

Populismus und Populistischer Moment im Vergleich zwischen
Frankreich, Italien und Österreich

Dem Fachbereich

Philosophie-Religionswissenschaft-Gesellschaftswissenschaften

der Universität - Gesamthochschule - Duisburg

zur Erlangung des akademischen Grades

Dr. sc. pol.

vorgelegte Dissertation

von

Falkenberg, Susanne

aus

Wanne-Eickel, jetzt Herne

Referentin: Prof. Dr. Marieluise Christadler

Korreferent: Prof. Dr. Klaus Hänsch

Tag der mündlichen Prüfung:

29. November 1997

POPULISMUS UND POPULISTISCHER MOMENT IM VERGLEICH ZWISCHEN FRANKREICH, ITALIEN UND ÖSTERREICH

INHALTSVERZEICHNIS		Seite
1.	Forschungsleitende Überlegungen	1
1.1.	Forschungsstand	7
1.2.	Forschungsziel	11
2.	Populismus in den Sozialwissenschaften	12
2.1.	Deskriptiv-phänomenologischer Ansatz	13
2.2.	Sozialpsychologischer Ansatz	15
2.3.	Mono-funktionalistische Interpretation	16
2.4.	Bi-funktionalistische Interpretation	20
2.5.	E allora?	22
2.6.	Merkmale von Populismus	22
2.7.	Zusammenfassende Kritik	23
3.	Populistischer Moment und populistische Politik	25
3.1.	Zielsetzung	25
3.2.	Moderne Gesellschaft und populistischer Moment	25
3.2.1.	Einleitende Überlegungen	25
3.2.2.	La crise (quelle crise?)	27
3.2.3.	Krise und Gemeinschaft	33
3.2.4.	Krise und Protest	38
	Der Zusammenhang von Krise und Protest	38
	Exkurs: Wandel des Parteiensystems	39
	Exkurs: Protest von Neuen Sozialen Bewegungen	42
	Die Organisationen populistischen Protests	43
3.3.	Populismus tendenziell rechtspopulistisch	47
3.4.	Etablierte Politik und Populismus	49
3.5.	Das Interesse an populistischer Politik	50
3.6.	Zusammenfassung	52
4.	Einführung in den komparativen Block	54
4.1.	Rechtes politisches Denken in Frankreich, Italien und Österreich.	
	Stammkultur und Faschismus	54
4.1.1.	Frankreich	54
4.1.2.	Italien	59
4.1.3.	Österreich	63
4.1.4.	Diskussion	66
5.	Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg	68
5.1.	Frankreich	68
5.1.1.	Poujadismus	68
5.1.2.	OAS	68
5.1.3.	La Nouvelle Droite	70
5.2.	Italien	73
5.2.1.	L'Uomo qualunque	73

5.2.2.	Movimento sociale italiano/Alleanza nazionale	75
5.2.3.	La (Prima) Nuova Destra	78
5.2.4.	La (Seconda) Nuova Destra	79
5.3.	Österreich	80
5.3.1.	Verband der Unabhängigen (VdU)	81
5.3.2.	Die FPÖ bis 1986	82
5.3.3.	Andere Organisationen	85
	Der Österreichische Turnerbund	86
	Kärntner Heimatdienst	87
	Der Österreichische Kameradschaftsbund	87
	Die Aula	88
5.4.	Diskussion	88
6.	Front National, Lega Nord und FPÖ im Vergleich	91
6.1.	Front National	91
6.2.	Lega Nord	94
6.3.	Freiheitliche Partei Österreichs	97
6.4.	Zusammenfassung	102
7.	Gründungs- und Konsolidierungsphasen	103
7.1.	Front National	104
7.2.	Lega Nord	107
7.3.	Freiheitliche Partei Österreichs	109
7.4.	Diskussion	112
8.	Durchbruch der Parteien	116
8.1.	Front National	116
	Erste urbane Erfolge	116
	Parteipolitische Erneuerung	117
	Nationaler Durchbruch und Etablierung	118
	Radikalisierung	119
	Wende moderat rückwärts	121
8.2.	Lega Nord	125
	Das Jahr 1989	125
	Ecco: La Lega Nord	126
	Eppure si muove - der rapide Wandel Italiens	128
8.3.	Freiheitliche Partei Österreichs	133
	Erfolgsrausch nach 1986	133
	Der Durchbruch in Wien	135
	Das Ende einer Partei?	136
8.4.	Kurzprofile der Wählerschaft	140
	Front National	140
	Lega Nord	141
	Freiheitliche Partei Österreichs	141
8.5.	Diskussion	142
9.	Erfolgsbedingungen und Erfolgsursachen	148
9.1.	Einleitung	148
9.2.	Frankreich	148
9.2.1.	Sozio-ökonomische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg	148

9.2.2.	Wandel des Parteiensystems	150
9.2.3.	Das Paradigma Marseille	153
9.2.4.	Krise der politischen Kultur?	155
9.3.	Italien	158
9.3.1.	Sozio-ökonomische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg	158
9.3.2.	Wandel des Parteiensystems	161
9.3.3.	Zusammenbruch des Parteiensystems	162
9.3.4.	Lokalismus und Klientelismus	165
9.4.	Österreich	169
9.4.1.	Sozio-ökonomische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg	169
9.4.2.	Wandel des Parteiensystems	170
9.4.3.	Modernisierung und SPÖ-Krise	171
9.4.4.	Einwanderung und Privilegienwirtschaft	175
9.5.	Diskussion	177
	Wandel der Industriegesellschaft	178
	Protestparteien neuen Typs?	181
	Der populistische Moment	183
10.	Resümee	187

ANHANG

Literaturverzeichnis	1
----------------------	---

1. Forschungsleitende Überlegungen

Der Front National (FN) aus Frankreich, die italienische Lega Nord und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) gehören unter elektoralen und politischen Aspekten zu den erfolgreichsten westeuropäischen Protestparteien.¹ Ablehnung von kulturellen und sozialen Minderheiten sowie der verbale Kampf gegen die traditionellen politischen und bürokratischen Handlungsträger ("Establishment") bilden dabei die Kernbereiche ihrer Präsentation. Die Lega Nord hat den bislang größten Erfolg erzielt, denn der Zerfall des alten Parteiensystems Anfang der 90er Jahre ist von ihr erheblich beschleunigt, wenn nicht sogar ausgelöst worden. Darüber hinaus war sie 1994 für einige Monate an der Rechts-Regierung unter Silvio Berlusconi vertreten, die sie nach ihrem Koalitionsaustritt wieder zu Fall gebracht hat. Aber auch die beiden anderen Akteure nehmen großen Einfluß auf die Politik. So wurde die FPÖ 1986 von Jörg Haider nicht nur übernommen, sondern zugleich neu gestylt und auf die Interessen einer verunsicherten Wählerschaft aus dem Arbeitermilieu zugeschnitten. Ihr dortiger Erfolg veranlaßt österreichische Politikwissenschaftler inzwischen, die FPÖ als Arbeiterpartei neuen Typs zu bezeichnen.² Dies läßt sich auch auf den Front National übertragen, obgleich er seine Stimmen nicht nur bei Arbeitern, sondern in allen sozialen Milieus gewinnt.³ Die Ursachen für die Wahlerfolge der drei Parteien sind vielfältig. Jedoch zwingen die "Orte ihres Durchbruchs" zum Nachdenken: Hier wie dort sind die Hochburgen mit den bevölkerungsreichen und industrialisierten Zentren identisch. Äquivalente Erfolgsursachen im Zusammenhang mit neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien innerhalb dieser Zentren können damit vermutet werden. Neben den erfolgsbiographischen Gemeinsamkeiten fällt eine weitere Übereinstimmung ins Auge, denn die genannten Parteien werden von Sozialwissenschaftlern häufig unter den Begriff populistisch oder rechts-populistisch gefaßt.⁴

Populismus ist nicht nur in Mode gekommen, er scheint auch als "Gespenst" umherzugehen, wie mitunter behauptet wird.⁵ Dabei trifft

¹ Zu Protestpartei vgl. die weiteren Ausführungen in diesem Kapitel.

² Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. 1994: Radikaler Rechtspopulismus in Österreich. Die FPÖ unter Haider. Forschungsbericht, in: Fessel + GfK, Zentrum für angewandte Politikforschung (Hg.), Wien.

³ Mayer, Nonna/Rey, Henri 1993: Avancée électorale, isolement politique du Front National, in: Revue politique et parlementaire, N.964, 42-48.

⁴ Vgl. dazu die Folgeanmerkungen.

⁵ Dubiel, Helmut 1986: Das Gespenst des Populismus, in: Ders. (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M., S.33-50. Lö-

die Wendung des *umhergehenden Gespenstes* den Kern des Problems. Denn der aus dem Althochdeutschen stammende Begriff Gespenst wird lexikalisch mit *Verlockung*, aber andererseits mit *Trugbild* übersetzt. Mit Blick auf die *Verlockung* ließe sich fragen, warum populistische Parteien in den letzten Jahren für viele Wähler so attraktiv geworden sind. Andererseits jedoch macht das *Trugbild* auf eine definitorische Schwierigkeit aufmerksam: Wer oder was ist überhaupt populistisch? Was sind originäre populistische Merkmale? Ist Populismus ein eigenständiges Phänomen oder vielleicht lediglich eine Verpackung, hinter der sich unterschiedliche Ideologien verbergen? Diese Fragen umreißen die analytischen Schwerpunkte dieser Arbeit. Denn ihr Ziel ist weder die alleinige Untersuchung der Erfolgsursachen der oben genannten Parteien noch eine isolierte Populismus-Analyse. Es soll vielmehr untersucht werden, mit Hilfe welcher Populismus-Definition der Erfolg dieser Parteien erklärt werden kann.

Populismus und Krise

Bemerkenswert ist die Fülle und vor allem die Widersprüchlichkeit der vorliegenden Populismus-Theorien. Er gilt danach etwa als Überdruckventil sich modernisierender Gesellschaften,⁶ als Instrument bürgerlicher Eliten zur Überwindung einer Gesellschafts- oder Staatskrise⁷ oder als politische Taktik der mit populären Milieus Verschmelzung suchenden Arbeiterklasse.⁸ Ungeachtet der verschiedenen Versuche einer typologischen oder begrifflichen Präzisierung existiert innerhalb der Sozialwissenschaften jedoch bis heute keine allgemein akzeptierte Populismus-Definition. Dem definitorischen Dissens steht allerdings ein konditionaler Konsens gegenüber: Alle Interpretationen unterstreichen die Bedeutung gesellschaftlicher Krisenereignisse als Voraussetzung für populistische Politik - und zwar unabhängig davon, ob Populismus als Ideologie, als politische Taktik oder als politische Protestform verunsicherter Gesellschaftsmitglieder verstanden wird. Aus dieser Gemeinsamkeit läßt sich der Schluß ziehen, daß Populismus ohne Krise nicht erklärt werden kann. Die den theoretischen Überlegungen dieser Arbeit zugrundeliegende Annahme, wonach beide Phänomene miteinander verknüpft sind, erfordert eine Analyse des Krisenbegriffs. Was ist eine Krise? Wie kann sie sich äußern? Wird sie gesellschaftsweit oder nur segmentär empfunden? Welche Entwicklungen gehen ihr voraus, und welche Konsequenzen hat sie?

venich, Friedhelm 1989: Dem Volk aufs Maul. Überlegungen zum Populismus, in: Politische Vierteljahresschrift 1/89, S.22-31.

⁶ Etwa Dubiel, Helmut 1986, a.a.O.

⁷ Etwa Germani, Gino 1965: *Politica y Sociedad en un epoca de transicion*, Buenos Aires.

⁸ Etwa Laclau, Ernesto 1981: *Kapitalismus-Faschismus-Populismus* (mit einem Anhang "Populistischer Bruch und Diskurs"), Berlin, S.123ff.

Diese Fragen werden noch zu klären sein. Hier soll zunächst auf der Basis enzyklopädischen Wissens festgehalten werden, daß Krise der Höhe- und Wendepunkt einer gefährlichen Entwicklung ist.

Der populistische Moment

Wahlstudien zeigen, daß dem Erfolg der drei Parteien kein kontinuierlicher Prozeß stetig steigender Wahlergebnisse vorausgegangen ist. Es läßt sich hingegen eher von einem elektoralen Durchbruch oder von einem scheinbar plötzlichen und signifikanten Wandel der Wählermeinung sprechen. Dieser Wandel ist nicht voraussetzungslos. Daß der "plötzliche" Durchbruch der Parteien auf elektoraler Ebene den *Höhepunkt* einer problematischen Entwicklung anzeigt, ist die Hypothese dieser Arbeit. Ich bezeichne diesen Höhepunkt als "populistischen Moment".⁹ Für seine Analyse ist nicht nur die Krise und ihr Entwicklungsverlauf von Bedeutung, sondern auch der konkrete Zeitpunkt wahltaktischer Veränderungen. Dabei ist der Frage nachzugehen, welche gesellschaftlichen Probleme in diesem Moment zusammengetroffen sind oder kumulieren.

Was aber ist das Populistische dieses Moments? Wie immer man den Begriff Populismus auch deuten mag - ohne einen Bezug auf das "Volk" ist dieses Phänomen nicht sinnvoll zu erfassen. Dabei hat "Volk" unterschiedliche Konnotationen. Es kann verstanden werden als eine Grundgesamtheit ohne "Selbst"-Bewußtsein. An dieses Ganze kann mit einer bestimmten Handlungs- oder Mobilisierungsabsicht appelliert werden (z.B. im Rahmen eines Wahlaufrufs). Volk läßt sich hingegen auch als eine Grundgesamtheit mit "Selbst"-Bewußtsein begreifen, wobei hier überwiegend nationale und kulturelle, aber auch sozio-politische Eigenschaften relevant sind. Von einem populistischen Appell läßt sich dann sprechen, wenn als wirklich erachtete Besonderheiten eines Segments in den Mittelpunkt des Diskurses gestellt werden. Ausschlaggebend für den Erfolg dieses Appells ist, daß diese Besonderheiten so stark ausgeprägt sein oder als so stark empfunden werden müssen, daß sie innersegmentäre Interessen- und Klassengegensätze überlagern können.

Damit stellt sich die Frage, was diesen populistischen Appell so populär macht. Und warum sind es Parteien wie der Front National, die Lega Nord und die FPÖ, die in den vergangenen Jahren so erfolgreich in die nationalen Parteiensysteme eindringen konnten? Die identischen "Orte ihres Durchbruchs" und ihre starke Anbindung in den großen Industriezentren lassen ähnliche Konfliktlinien vermuten: Umbau der Industriegesellschaft, Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Durchlässigkeit sozialer Netze, soziale Desintegration, abnehmende Kaufkraft bei hohen Mobilitäts- und Qualifikationsanforderungen. Ganze Bevölkerungsgruppen verlieren mehr oder minder schlagartig ihre Bindungen und Standorte innerhalb der diversifizierten Gesellschaft. Diese von Kränkungerfahrungen, Statusängsten und torpedierten Glückserwartungen betroffenen Gruppen

⁹ Vgl. zu Populistischem Moment Agnus, Stewart 1969: *The Social Roots*, in: Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest: *Populism*, London, S.180-197.

fallen Helmut Dubiel zufolge "aus den etablierten Diskursen und Legitimationsmustern gleichsam" heraus und liegen eigentümlich quer "zum Spektrum politischer Richtungstraditionen".¹⁰ Demgegenüber offerieren die genannten Parteien die Vorstellung von einer Gemeinschaft mit einer definierten und finiten Anzahl von Mitgliedern (natürliche Insider), die in ihren Rechten von deklarierten Outsidern beeinträchtigt oder sogar bedroht wird. Diese Outsider werden für verschiedene soziale und wirtschaftliche Probleme innerhalb des Gemeinwesens verantwortlich gemacht. Aber nicht nur sie. Die Kritik gilt zugleich dem politischen System. Ihm wird aufgrund seiner repräsentativen Partikularität der Vorwurf gemacht, an den *eigentlichen* Interessen der Gemeinschaft vorbeizugieren. Parteien wie der FN, die Lega und die FPÖ reklamieren dagegen für sich den Alleinvertretungsanspruch dieser Interessen. Sie präsentieren sich deshalb weder als weltanschauliche Alternative noch als parteipolitische Konkurrenz zu einer anderen Richtungspartei, sondern als Transmitter des Protests der sich in ihren Rechten verletzt fühlenden Gemeinschaft. In diesem Sinn können sie als Protestparteien bezeichnet werden.

Wenn die Ursachen ihres Durchbruchs auf vergleichbare Problemstrukturen zurückzuführen sind, so müssen ihre thematischen Offerten nicht nur einen Bezug dazu haben, sondern insgesamt ein ähnliches Muster aufweisen. Um einen derartigen Zusammenhang nachzuweisen zu können, ist eine Analyse ihrer organisatorischen und ideologischen Besonderheiten vor und nach ihrem elektoralen Durchbruch erforderlich. Die Entscheidung, den Front National, die Lega Nord und die FPÖ zum Gegenstand dieser Arbeit zu machen, erweist sich dabei über die Gemeinsamkeit ihres Erfolgs hinaus auch in dieser Hinsicht als sinnvoll. Denn zwischen diesen Parteien bestehen wichtige Unterschiede in Bezug auf ideologische Wurzeln und weltanschauliche Bezugssysteme, Alter, Organisationsart und Formen der politischen Teilnahme. Dahinter verbirgt sich die These, daß ein populistischer Moment keine "parteienstiftende Wirkung" hat. Er kommt vielmehr bereits länger existenten Akteuren zugute, die flexibel genug sind, die mit diesem Moment im Zusammenhang stehenden Themen in ihr inhaltliches Repertoire zu integrieren. Wenn sie aber bereits vor einem populistischen Moment existiert haben, können sie, zumindest bis zu ihrem Durchbruch, nicht als populistisch bezeichnet werden.

Die politischen Profiteure des populistischen Moments

Gehören sie trotz ihrer weltanschaulichen Unterschiede zum Kontext der extremen Rechten?¹¹ Immerhin wird von einigen Sozialwissenschaftlern die Nähe von Rechtsextremismus und Populismus oder Rechts-Populismus betont, wobei diese Nähe unterschiedlich definiert wird. Einige sprechen von Populismus und Rechtsextremismus als ideologische Nachbarphänomene. Danach ist Populismus eine mo-

¹⁰ Dubiel, Helmut 1986, a.a.O., S.47.

¹¹ Zu Rechtsextremismus vgl. das Folgekapitel.

derne oder modernisierte Variante des traditionellen Rechtsextremismus, sozusagen ein *Rechtsextremismus light*.¹² Stärker am strategischen Instrumentarium orientiert unterstreichen andere die Bedeutung populistischer Politik als eine spezifische und moderne *Taktik* rechtsextremer Organisationen.¹³ Beide Interpretationen weisen jedoch nur graduelle Unterschiede auf. Auf den Populismus-Begriff wird vor allem dort zurückgegriffen, wo eine gewisse Unsicherheit über den ideologischen Charakter einer Partei besteht. Ein gutes Beispiel dafür ist die FPÖ. Sie gilt "fakultätsintern" als rechtsextrem, aber auch als (rechts-)populistisch. Hier muß jedoch ein zeitlicher Aspekt beachtet werden: Als rechtsextrem wird die FPÖ überwiegend von jenen bezeichnet, die sie in ihrer Gesamtheit, d.h. seit ihrer Gründung untersuchen,¹⁴ während "populistisch" dort bevorzugt wird, wo das analytische Gewicht auf den Jahren nach 1986 liegt.¹⁵ Dieser Zeitpunkt gilt allgemein als Beginn einer parteipolitischen Modernisierung, die nach der Amtsübernahme Jörg Haiders als Parteiobmann begonnen hat. Das Beispiel FPÖ läßt sich auch auf andere Protestparteien übertragen, wobei generell eine doppelte Popularität ins Auge fällt: Der Begriff populistisch wurde populär, als auch die so klassifizierten Parteien populär(er) geworden sind. Man kann dies als innerbetrieblichen Zufall oder politikwissenschaftlichen Modetrend abtun; man kann aber andererseits der Frage nachgehen, inwieweit sich parteipolitische Modernisierung und elektoraler Erfolg wechselseitig verstärken und in welchem Umfang sich mögliche Wandlungsprozesse auch inhaltlich und ideologisch niederschlagen. Augenfällig auch in diesem definitorischen Zusammenhang ist die Bedeutung des zeitlichen Phänomens, das heißt des Momentes, in dem die Parteien aus einem relativen oder faktischen Schattendasein heraustreten. Nach wie vor ungeklärt ist jedoch, inwieweit die von einem populistischen Moment profitierenden Parteien von der extremen Rechten stammen oder stammen müssen.

Meiner These zufolge besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen der Verknappung sozialer und ökonomischer Ressourcen und dem Erfolg von solchen Parteien, die den Zugang um die noch zu verteilenden Güter einschränken wollen. Arbeit, Wohnraum, soziale Dienste und Leistungen sind in nicht mehr ausreichendem Maß vorhanden, und es wird als ungerecht empfunden, diese Güter auch

¹² Vgl. etwa Betz, Hans-Georg 1994: *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, New York: St. Martin's.

¹³ Butterwegge, Christoph 1996: *Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion*, Darmstadt, S.27ff.

¹⁴ Bailer-Galanda, Brigitte/Lasek, Wilhelm/Neugebauer, Wolfgang 1992: *Politischer Extremismus (Rechtsextremismus)*, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): *Handbuch des Politischen Systems Österreichs*, Wien, S.286-295.

¹⁵ Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. 1994, a.a.O.

"gemeinschaftsfremden" Gruppen zur Verfügung zu stellen. Unter diesem speziellen Aspekt könnte man die so argumentierenden Parteien auch als *Organisationen nicht-egalitärer Gerechtigkeit* bezeichnen. Sind Nicht-Egalitarier aber zwingend rechtsextrem? Norberto Bobbios philosophischen Gedanken zufolge nicht. Der Unterschied zwischen Egalitarismus und Nicht-Egalitarismus ist seiner Auffassung nach keine Frage extremer Positionen. Bobbio, auf der Suche nach Gründen und Bedeutungen der politischen Rechts-links-Unterscheidung, zeichnet ein in vier Teile zerlegtes Schema: extreme Linke, linke Mitte, rechte Mitte und extreme Rechte. Diese vier Segmente setzt er mit dem Gleichheits- und dem Freiheitsideal in Beziehung. Hinsichtlich des Freiheitsgedankens unterscheiden sich demnach die linke und die rechte Mitte von den jeweiligen Extremen; die Trennungslinie in Bezug auf das Gleichheitsideal aber verläuft zwischen den linken und den rechten Positionen: "Die Antithese könnte nicht größer sein: im Namen der natürlichen Gleichheit verdammt der Egalitarier die gesellschaftliche Ungleichheit; im Namen der natürlichen Ungleichheit verdammt der Nicht-Egalitarier die gesellschaftliche Gleichheit."¹⁶ Folgt man dieser Argumentation, so muß mit Blick auf die anti-egalitär argumentierenden Protestparteien festgestellt werden: 1. Ideologisch sind sie auf der politischen Rechten zu verorten. 2. Sie können dabei zur extremen Rechten zählen, sie müssen es aber nicht. Auf den Gegenstand dieser Arbeit bezogen heißt dies, daß die von einem populistischen Moment profitierenden Parteien anti-egalitär, nicht aber notwendigerweise rechtsextrem sind. Die Entscheidung, den Front National, die Lega Nord und die FPÖ zu untersuchen, muß auch auf diesem Hintergrund gesehen werden. Denn anders als die beiden Vergleichsobjekte gehört die Lega Nord nicht zum Kontext der extremen Rechten.

1.1. Forschungsstand

Der Rechtsextremismus-Begriff

Parallel zu ihren Erfolgen sind nicht nur die rechten Protestparteien forschungsrelevant geworden; ihr Aufstieg provozierte in den Sozialwissenschaften zugleich einen intensiven Streit über die "richtigen" Etikettierungen, denen in der Regel der begriffstheoretische Diskurs vorausgeht. Zur Kennzeichnung antidemokratischer, antipluralistischer, nationalistischer, rassistischer und autoritärer Einstellungen hat sich der Begriff rechtsextrem weitgehend etabliert, auch wenn er nicht eindeutig definiert und sehr umstritten ist.¹⁷ Die Kritik gilt zumeist seiner

¹⁶ Bobbio, Norberto 1994: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin, S.80.

¹⁷ Kowalsky, Wolfgang/Schröder, Wolfgang 1994: Rechtsextremismus - Begriff, Methode, Analyse, in: Diess. (Hg.): Rechtsex-

totalitarismustheoretischen Färbung sowie der im Wort mitschwingenden Differenzierung zwischen einem "normalen" Ganzen und dessen randständigem Extrem.¹⁸ Unter einem solchen Blickwinkel könnte die Bezeichnung ihre Beziehung zu den Massenphänomenen Faschismus und Nationalsozialismus verlieren.¹⁹ Auch von methodischer Seite werden gravierende Mängel aufgezählt. Das Nicht-Vorhandensein einer institutionalisierten Rechtsextremismus-Forschung führt Richard Stöss zufolge nicht nur zu begrifflichen Unklarheiten. Diese Konfusion hat auch forschungsstrategische Konsequenzen. Seine Kritik zielt dabei auf die Autoren, die sich "in der Regel eines sehr persönlichen Forschungsdesigns (bedienen), ohne andere zur Kenntnis zu nehmen oder gar zu berücksichtigen. Daher finden auch nur in Ausnahmefällen wissenschaftliche Debatten statt."²⁰ Das Aufeinanderbeziehen wäre umso wichtiger, als Konsens darüber besteht, "daß es sich beim Rechtsextremismus um ein mehrdimensionales Einstellungsmuster handelt", während umstritten ist, "welche Dimensionen dieses Muster einschließt".²¹ Damit sind nicht einfach eindeutig abgrenzbare Kategorien gemeint, die es Wolfgang Kowalsky und Wolfgang Schröder zufolge per se gar nicht gibt. Sie widersprechen der Auffassung, daß sich Rechtsextremismus einfach gleichsetzen lasse mit Nationalismus, Rassismus, Autoritarismus, Xenophobie, Verfassungsantagonismus oder Antipluralismus. "Erst durch ein Denken in Zusammenhängen, das mit diesen einfachen Zuordnungen bricht, läßt sich Rechtsextremismus begreifen, und zwar indem die einzelnen Elemente miteinander in Bezug gesetzt werden, und so zu einem (Bezugs-)System verdichtet werden."²² Die beiden Sozialwissenschaftler betonen dabei die Bedeutung gesellschaftlich-sozialer Relationen und Institutionen, "die nur vermittelt sozialer Akteure und ihres Handelns (existieren)".²³ Ein solches kontextuelles Denken ersetze auch die Suche nach einer spezifischen rechtsextremen Thematik, die es danach gar nicht gäbe. Vielmehr könnten Rechtsextremisten "Themen durch Herauslösung (Desartikulation) aus ihrem ursprünglichen Kontext und durch Einführung (Reartikulation) in einen rechtsextremen Kontext besetzen".²⁴ Die Einführung neuer und die Vernachlässigung alter Thematiken scheint

tremismus. Einführung und Forschungsbilanz, S.7-22. Butterwegge, Christoph 1996, a.a.O.

¹⁸ Butterwegge, Christoph, a.a.O., S.27.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Stöss, Richard 1994: Forschungs- und Erklärungsansätze - ein Überblick, in: Kowalsky, Wolfgang/Schröder, Wolfgang (Hg.), a.a.O., S.25.

²¹ Ebd., S.28.

²² Kowalsky, Wolfgang/Schröder, Wolfgang 1994, a.a.O., S.12.

²³ Ebd.

²⁴ Ebd.

genau jene Schnittstelle zu sein, die Sozialwissenschaftler dazu veranlaßt, von einem modernisierten Rechtsextremismus, von der Neuen Rechten oder auch von (Rechts-)Populismus zu reden. Claus Leggewie wirft zudem die Frage auf, inwieweit "die radikale Rechte in ganz Europa auf dem Weg zu einer sozialen Bewegung eigenen Typs ist".²⁵ Er kommt zu dem Schluß, daß die radikale (oder extreme) Rechte zur partiellen Übernahme von Ausdrucks- und Präsentationsformen jener Strömungen innerhalb der "Bewegungsgesellschaft" gezwungen ist, "die sie ideologisch, zum Teil auch gewaltförmig am meisten bekämpft".²⁶

Rechtsextremismus und Populismus

In vielen Untersuchungen steht der Modernisierungsaspekt der extremen Rechten im Mittelpunkt.²⁷ Gleichwohl ist es innerhalb der Sozialwissenschaften noch umstritten, ob die extreme Rechte sich den realgesellschaftlichen Wandlungen lediglich anpaßt oder auch einen ideologischen Modernisierungsprozeß durchmacht, der neue Begrifflichkeiten erfordert.

Dagegen ist die eigentliche Populismus-Forschung kein aktuelles sozialwissenschaftliches Gebiet. Die bis in die 60er Jahre zurückreichenden Überlegungen zu Populismus, seiner Qualität, zu Merkmalen und Intentionen galten vielfach historischen Phänomenen wie etwa der US-amerikanischen People's Party oder der russischen Volkstümlerbewegung.²⁸ Aber auch andere Strömungen in Südosteuropa oder Lateinamerika wurden unter dem forschungsleitenden Begriff Populismus analysiert, wobei die jüngsten Impulse ebenfalls aus diesen geographischen Zusammenhängen stammen.²⁹ Für den westeuropä-

²⁵ Leggewie, Claus 1994: Rechtsextremismus - eine soziale Bewegung?, in: Kowalsky, Wolfgang/Schröder, Wolfgang (Hg.) 1994, a.a.O., S.325.

²⁶ Ebd., S.337.

²⁷ Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hg.) 1989: Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsextremismus in Westeuropa, Wien, Zürich. Leggewie, Claus 1994, a.a.O., S.325-338; Greß, Franz/Jaschke, Hans-Gerd/ Schönekas, Klaus 1990: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Frankreich, BRD, GB, Opladen; Betz, Hans-Georg 1991: Radikal rechtspopulistische Parteien in Westeuropa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B44/91, S.3-14; Leggewie, Claus 1992: "Nationalpopulismus" - der neue Rechtsextremismus, in:, Theo (Hg.): Parteien und Gesellschaft, Stuttgart; Betz, Hans-Georg 1994, a.a.O. Vgl. auch das Schwerpunktheft Neue Rechte (Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1995/ 3);

²⁸ Vgl. etwa Venturi, Franco 1952: Populismo Russo, Torino. Hofstadter, Richard 1969: North America, in: Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest (Hg.): Populism, London, S.9-27.

²⁹ Vgl. etwa Tella, Torcuato di 1970: Populism and Reform in Latin America, in: Veliz 1970, S.47-74. Germani, Gino 1965, a.a.O. Zermeño, Sergio 1994: Neoliberal Polarization and the

ischen Kontext liegen einige modernisierungstheoretische Analysen vor, mit deren Hilfe sich der Erfolg von modernen rechtsorientierten Protestparteien erklären läßt.³⁰ Wichtige Ursachen für den Erfolg dieser Parteien ergeben sich danach aus dem soziostrukturellen und dem sozio-ökonomischen Wandel der Gesellschaft und den damit verbundenen Zäsuren. Diesen Beiträgen stehen zahlreiche komparative Analysen gegenüber, in denen die erfolgreichen Protestparteien im Mittelpunkt stehen. Die politischen Standorte der oft gleichen Untersuchungsobjekte werden mit Begriffen wie *extremistisch*, (*rechts- oder national-)**populistisch*, *rechtsradikal* und *rechtsextrem* markiert.³¹ Wo mit dem Stichwort

Return of Personalized Leadership. Paper prepared for presentation at the Vienna Dialogue on Democracy, "The Politics of Antipolitics", Vienna, 7-10 July 1994. Nun, José 1994. Postmodern Populism? The Paradoxes of Menemism, in: ebd. Mayorga, René Antonio 1994: Neopopulist Actors and Democracy in Latin America. A Comparative Analysis of Peru, Brazil, and Bolivia, in: ebd.

³⁰ Vgl. etwa Dubiel, Helmut 1986, a.a.O. Loch, Dietmar 1990: Marseille -eine Hochburg des Front national. Erklärungsansätze für den Erfolg des Rechtsextremismus in Frankreich, in: Albertin, Lothar et al. (Hg.): Frankreich-Jahrbuch, S.157-172. Berti, Lapo 1991: Sull'invisibilità del problema operaio nella società postindustriale. Considerazioni e margine di una ricerca sui luoghi della produzione e la crisi della rappresentanza, in: ITER, 1/91, S.20-30.

³¹ Europäisches Parlament 1985: Untersuchungsausschuß "Wiederaufleben des Faschismus und Rassismus in Europa". Bericht über die Ergebnisse der Arbeiten, Luxemburg. Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hg.) 1989, a.a.O. Schulz, Hans-Jürgen (Hg.) 1990: Sie sind wieder da! Faschismus und Reaktion in Europa, Frankfurt/M. Backes, Uwe 1990: Extremismus und Populismus von rechts. Ein Vergleich auf europäischer Ebene, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B46-47/90, 3-14. Europäische Gemeinschaften - Europäisches Parlament 1990: Sitzungsdokumente. Berichte im Rahmen des Untersuchungsausschusses Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Luxemburg. Greß, Franz/Jaschke, Hans-Gerd/Schönekas, Klaus 1990 (Hg.), a.a.O. Confalonieri, Maria-Antonietta 1991: L'altra faccia dell'Europa: varietà di populismi xenofobi, in: Ulisse. Autunno 1991, S.52-58. Betz, Hans-Georg 1991, a.a.O. Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. 1992(a): Überdehnung, Erosion und rechtspopulistische Reaktion. Wandlungsfaktoren des österreichischen Parteiensystems im Vergleich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2/92, S.147-164. Merkl, Peter H./ Weinberg, Leonard (Hg.) 1993: Encounters with the Contemporary Radical Right, New York. Betz, Hans-Georg 1994, a.a.O. Pfahl-Traugher, Armin 1994: Volkesstimme. Rechtspopulismus in Europa, Bonn. Falkenberg, Susanne 1995: Gesellschaftlicher Wandel und politischer Protest. Front National und Lega Nord im Vergleich, in: Österreichische Zeit-

Populismus gearbeitet wird, zeigt sich erneut die Schwierigkeit einer forschungsleitenden Instrumentalisierung des Begriffs. In der Regel orientieren sich die Untersuchungen *nicht* an einer der älteren Populismus-Theorien; mitunter sogar nur an lexikalischen oder alltagswissenschaftlichen Begriffsausdeutungen.³²

Andere Analysen referieren einen mehr oder minder großen Ausschnitt des theoretischen Bestands, ohne zu erkennen zu geben, welcher Interpretation der höchste Erklärungswert zugebilligt wird.³³ Die sich daran anschließenden Untersuchungen von als populistisch bezeichneten Strömungen bleiben daher ohne erkennbaren Bezug zu den vorangestellten theoretischen Überlegungen.³⁴

Unabhängig von der definitorischen Grundlage lassen sich auf der komparativen Ebene Defizite feststellen. In einigen Publikationen werden die Forschungsobjekte lediglich nebeneinander bzw. hintereinander gestellt. Zudem wird in ihnen auf einheitliche Fragestellungen verzichtet. Ein qualifizierter Vergleich ist damit nicht möglich. Forschungstechnische Probleme dieses Typs finden sich vor allem dort, wo das Wissen verschiedener Experten zusammengetragen wird.³⁵

Konklusiv kann festgestellt werden, daß viele Analysen über moderne rechte Protestparteien vorliegen. Sie werden unter verschiedene forschungsleitende oder lediglich kennzeichnende Begriffe

schrift für Politikwissenschaft, 1995/3, S.305-316. Kitschelt, Herbert 1995: The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis. In collaboration with Anthony J. McGann, Ann Arbor, Mich.

³² Vgl. dazu etwa Backes, Uwe 1990, a.a.O. Backes widmet sich erst in der Abschlußdiskussion seines Beitrags (Extremismus und Populismus von rechts) seinem eigentlichen Gegenstand. Dabei definiert er Populismus unter Zuhilfenahme eines wenig aufschlußreichen Zitats als Machteroberungsstrategie, die sich "auf die Erkenntnisse des hypothetischen Volkswillens beruft" (Zitat S.13, Anm.44).

³³ Etwa Pelinka, Anton 1987: Populismus und Wirtschaftsverbände, in: Ders. (Hg.): Populismus in Österreich, Wien, S.60. Schedler, Andreas 1994: Die antipolitischen Stereotypen des Jörg Haider, in: Institut für Höhere Studien (Hg.), Wien. Zinell, Adelheid 1995: Moderner Rechtspopulismus in Frankreich. Von Charles de Gaulle zu Jean-Marie Le Pen, Frankfurt/M., S.3ff.

³⁴ Eine erwähnenswerte Ausnahme bildet Elfferding, Wieland 1986: Rechtspopulistische Potentiale in der CDU/ CSU, in: Dubiel, Helmut (Hg.), a.a.O., S.150-189. Elfferding bezieht sich in seiner Analyse der CDU/CSU explizit auf seine in der Einleitung vorgenommenen theoretischen Überlegungen.

³⁵ Etwa Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hg.) 1989, a.a.O. Schulz, Hans-Jürgen (Hg.) 1990, a.a.O.

gefaßt und häufig komparativ untersucht. Populismus als eigenständiges Phänomen im Zusammenhang mit rechtsorientierten oder rechtsextremen (Protest-) Parteien in Westeuropa ist dagegen ein neues und bislang wenig entwickeltes Forschungsgebiet. Wer sich damit beschäftigen will, muß die Erkenntnisse der älteren Populismus-Forschung berücksichtigen und prüfen, welche theoretischen Anhaltspunkte sich daraus für eine Analyse ergeben.

1.2. Forschungsziel

Mit dieser Arbeit wird das Ziel verfolgt, einen schlüssigen Zusammenhang zwischen Populismus und rechten Protestparteien herzustellen. Dabei wird auf die Populismus-Literatur zurückgegriffen, um auf deren Basis ein theoretisches Populismus-Konzept zu entwickeln. Dieses Konzept wird auf die ebenfalls aus der Sekundärliteratur stammenden Erkenntnisse über die hier relevanten Parteien sowie über die sozio-ökonomischen und politischen Entwicklungen Frankreichs, Italiens und Österreichs angewandt.

Im ersten Teil dieser Arbeit werden die vorhandenen Populismustheorien aus Gründen der Übersichtlichkeit systematisiert und diskutiert. Dieser Schritt dient der pointierten Darstellung der theoretischen Kontrapolitionen sowie der Destillation von dennoch vorhandenen Gemeinsamkeiten. Im Anschluß daran wird das Populismus-Konzept entwickelt, mit dessen Hilfe der Erfolg der hier relevanten Parteien erklärt werden soll. Innerhalb dieses zweiten Komplexes werden mehrere Schwerpunkte gesetzt. Der einleitende historische Abschnitt vermittelt einen Überblick über rechte Stammkulturen, Faschismus sowie über rechtsextreme Strömungen, die in den drei Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg von besonderer Bedeutung waren bzw. sind. Der Front National, die Lega Nord und die FPÖ stehen im Zentrum der anschließenden Kapitel. Den Eingangsbemerkungen über den Forschungsstand und den Kurzportraits ihrer Führungsfiguren folgt die Untersuchung ihrer organisationspolitischen Entwicklungsgeschichte bis zu ihrem jeweiligen elektoralen Durchbruch. Trotz politischer und ideologischer Unterschiede scheinen ihre politischen Taktiken, ihre Rhetorik und Selbstdarstellung einem ähnlichen Muster zu folgen. Auf diesem Hintergrund ist der Frage nach dem Zusammenhang zwischen den Erfolgsbedingungen der Protestparteien und ihrer Präsentation nachzugehen. Diese Analyse ist gerade wegen der organisatorischen Unterschiede bedeutsam. Denn wenn die Profile der Parteien im Zuge ihres Erfolgs ähnlicher werden, so wäre dies ein zusätzlicher Beleg für die Äquivalenz der Erfolgsbedingungen. Dabei muß untersucht werden, inwieweit der wachsende Gestaltungsspielraum dieser Parteien das Resultat gesellschaftlicher Krisen- und Modernisierungserscheinungen ist und welche Beziehung zwischen den Erfolgsursachen und dem Wandel der Organisationen selbst besteht. Dies sind die Kernfragen der weiteren Kapitel des zweiten Schwerpunktteils, in denen die Phasen des elektoralen Durchbruchs der drei Parteien, der Wandel der jeweiligen Parteiensysteme und die Modernisierungsentwicklung Frankreichs, Italiens und Österreichs untersucht werden. Um einen qualifizierten Vergleich durchführen zu können, müssen die Parteien und die gesellschaftlichen Entwicklungen mit Hilfe eines

systematisch vergleichenden Rasters untersucht werden. Dies geschieht abschnittsweise und unter identischen Fragestellungen, wobei der Vergleich in den jeweils anschließenden Diskussionskapiteln vorgenommen wird.

2. Populismus in den Sozialwissenschaften

Seit mehreren Jahrzehnten ist Populismus ein sozialwissenschaftlicher Forschungsgegenstand. Von besonderer Bedeutung ist das Symposium "Populismus", das 1967 an der Londoner School of Economics stattfand und den Populismus-Diskurs bis heute beeinflusst. Das wichtigste Motiv zur Durchführung dieser Veranstaltung war eine gewisse Ratlosigkeit seitens der Initiatoren im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung ehemaliger Kolonien. Sie haben nach ihrer Unabhängigkeit und Staatgründung nicht den erwarteten sozialistischen, sondern, wie Ionescu/Gellner sagen, einen populistischen Weg eingeschlagen.³⁶ Daneben wurde über populistische Politiken auch in kommunistischen und liberalen Gesellschaften sowie generell über Ideologie und Funktion des Populismus diskutiert.³⁷

Obgleich hier und anderswo zahlreiche Versuche unternommen wurden, den Begriff Populismus zu präzisieren,³⁸ existiert bis heute keine allgemein akzeptierte Definition.³⁹ Worauf dieses Dilemma zurückzuführen ist und ob es sich überhaupt um eines handelt, sei erst einmal dahingestellt. Zunächst gilt es, die unterschiedlichen Beiträge auszuwerten und ihren Forschungsstrategien und -ergebnissen entsprechend zu systematisieren. Ich fasse sie folgendermaßen zusammen:

1. Deskriptiv-phänomenologischer Ansatz
2. Sozialpsychologischer Ansatz

³⁶ Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest 1969: Introduction, in: Diess. (Hg.), a.a.O., S.1f.

³⁷ Die Beiträge sind publiziert in: Ebd.

³⁸ Vgl. auch Pelinka, Anton (Hg.) 1987: Populismus in Österreich, Innsbruck. Dieser Band ist nach Diskussionen an der politikwissenschaftlichen Abteilung der Universität Innsbruck verfaßt worden, bei denen u.a. um eine theoretische Analyse von Populismus und eine Präzisierung des Begriffs ging. Vgl. ebenso den unterschiedliche Aspekte beleuchtenden Band von Dubieli, Helmut (Hg.) 1986: Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M.. 1994 fand unter der Verantwortung der politikwissenschaftlichen Abteilung des Instituts für Höhere Studien in Wien der internationale Kongreß "The Politics of Antipolitics" statt. Insoweit sich die dort gehaltenen Referate mit Populismus befaßt haben, werden sie im Rahmen dieser Arbeit an entsprechender Stelle ausgewertet.

³⁹ Ernst, Werner W. 1987, a.a.O., S.10.

3. Mono-funktionalistische Interpretation
4. Bi-funktionalistische Interpretation

2.1. Deskriptiv-phänomenologischer Ansatz - Populismus wird vorausgesetzt -

Eine beachtliche Zahl sozial- und geschichtswissenschaftlicher Ausführungen untersucht historische und zeitgenössische Phänomene unter der Annahme, daß diese Erscheinungen populistisch sind. Verschiedentlich haben sich politische Strömungen über den Begriff Populismus oder einen verwandten Namen definiert. Dazu zählen die Volkstümlerbewegung *narodnicestvo* aus Rußland oder die US-amerikanische *People's Party* als wichtigste Beispiele. Diese Eigenbezeichnungen werden (häufig) von Historikern und (seltener) von Sozialwissenschaftlern zur Klassifikationsgrundlage ihrer Ausführungen gemacht.⁴⁰ Andererseits wird politischen Strömungen gerne das Attribut "populistisch" zugeschrieben, um beispielsweise Bewegungen und Parteien neuen Typs zu charakterisieren, die sich volkstümlich präsentieren und mit anderen Begriffen schwer zu erfassen sind.

So bezeichnet Attila Agh zahlreiche neugegründete Parteien im zentralen Osteuropa - z.B. die ungarische Rechts- und Lebenspartei - als populistisch, wobei er zwischen moderatem und radikalem Nationalpopulismus unterscheidet.⁴¹ Gwen Brown stellt Überlegungen über Ross Perot an und kommt zu dem Schluß, daß sich der ehemalige

⁴⁰ Stellvertretend für viele Beiträge: Venturi, Franco 1952, a.a.O. Hofstadter, Richard 1969, a.a.O. Walicki, Andrzej 1969: Russia, in: Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest (Hg.), a.a.O., S.62-96. Canovan, Margaret 1981: Populism, New-York, London. Betz, Hans-Georg 1991, a.a.O.

⁴¹ Agh, Attila 1994: Neo-Traditionalism and Populism from Above in Central Europe. Paper prepared for presentation at the Vienna Dialogue on Democracy, "The Politics of Antipolitics", Vienna, 7-10 July 1994.

US-amerikanische Präsidentschaftskandidat der *neopopulistischen Rhetorik der Antipolitik* bedient.⁴²

Auch die Linke ist nicht frei von dem Verdacht, populistisch zu sein. So gilt es zumindest unter Journalisten als ausgemacht, daß der politisch-rhetorische Stil des SPD-Chefs Lafontaine populistisch ist. Dies ist pejorativ gemeint und erstreckt sich nicht nur auf den Pressebereich: Helmut Dubiel nennt auf sozialwissenschaftlicher Seite beispielhaft zwei unterschiedliche wissenschaftspolitische Lager, die in den 70er Jahren den Vorwurf "populistisch" an den jeweiligen politischen Gegner richteten. Der US-amerikanische Neokonservatismus verfolgte dabei das Ziel, aus der Studentenbewegung hervorgegangene Politikkonzepte abzuqualifizieren, während neomarxistische Sozialwissenschaftler in Großbritannien mit dem Vorwurf "populistisch" ihre Kritik an der Wahlkampfstrategie Margaret Thatchers bündelten.⁴³

Das gravierendste Manko der von mir eingangs beschriebenen Methode liegt darin, daß sie das Problem, welches zu lösen sie vorgibt, umgeht. Nicht Populismus, sondern die jeweils im Zentrum stehende Organisation ist Gegenstand der Untersuchung. Ideologisch-formative Eigenarten werden dabei zu populistischen Merkmalen umgedeutet. Bereits 1967 hatte Peter Wiles konstatiert, daß man sich scheinbar je nach akademischem Zweck seine Populismusdefinition zurechtlege. Wer ihn auf die russische Volkstümlerbewegung beziehe, bezeichne Populismus als intellektuell und eher links; wer die People's Party im Blick hat, definiert ihn als antiintellektuell oder rechtsextrem.⁴⁴ Zwar ist es nicht von vornherein illegitim, vom Namen einer Partei auf eine bestimmte Ideologie zu schließen. Daß dies jedoch problematisch sein kann, sei mit Verweis auf Parteien wie die Liberaldemokratische Partei Rußlands oder die bundesdeutschen "Republikaner" angedeutet. Vor allem aber sollten sich Untersuchungen über Populismus gerade wegen der bisherigen Unschärfe nicht auf eine Analyse von Parteien beschränken. Bereits hier liegt einer der Gründe für die Bandbreite der Populismus-Definitionen. Aber auch dort, wo politische Formationen von außen mit dem Adjektiv populistisch belegt werden (und sie keinen entsprechenden Eigennamen aufweisen), stehen nicht Populismus oder populistische Merkmale im Zentrum der Analyse, sondern die jeweils untersuchten Phänomene samt ihrer Besonderheiten.

⁴² Brown, Gwen 1994: *Deliberation and its Discontents*. Ross Perot and the Neopopulist Rhetoric of Antipolitics, in: ebd.

⁴³ Als jeweilige Repräsentanten der unterschiedlichen wissenschaftspolitischen Fraktionen werden auf US-amerikanischer Seite genannt: Daniel Bell, Edward Shils, Nathan Glazer, Peter Berger. Für Großbritannien Ernesto Laclau und Stuart Hall. Vgl. dazu: Dubiel, Helmut 1986, a.a.O., S. 38ff.

⁴⁴ Wiles, Peter 1969: *A Syndrom, Not A Doctrin: Some Elementary Theses On Populism*, in: Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest (Hg.), a.a.O., S. 166ff. Vgl. dazu die Kritik von Laclau, Ernesto 1979, a.a.O., S. 124.

2.2. Sozialpsychologischer Ansatz - Populismus als Reaktion -

Im Mittelpunkt dieses Ansatzes stehen Protestbereitschaft und -verhalten von Individuen, die durch sozio-ökonomische Modernisierungserscheinungen verunsichert oder generell mit der Lebenswirklichkeit moderner Gesellschaften unzufrieden sind. Mit Verweis auf Phasen abrupten und tiefgehenden gesellschaftlichen Wandels spricht Helmut Dubiel vom *populistischen Moment*, der wesentlich vom Bedeutungsverlust tradiertter Verhaltens- und Orientierungsmuster gekennzeichnet sei: "Herkömmliche Orientierungen verlieren schlagartig nicht nur ihre ökonomische Basis, sondern auch ihren kulturellen Ort in der gesellschaftlichen Rationalität."⁴⁵ Die Folgen davon sind nach Dubiel "kollektive Kränkungserfahrungen" oder individuelle Gefühle, die in negativer Form als "Empfindung verletzter Gerechtigkeit, als *Kränkung* sozialer Ehre, als Ahnung *vorenthaltenen Glücks*" erlebt werden.⁴⁶

Während Dubiel eher vage von Wandlungsschüben in nicht näher bezeichneten Gesellschaften spricht, orientiert sich Werner W. Ernst an der Adornoschen Kritik bürgerlicher Gesellschaftsstrukturen. In diesem Sinn beschreibt er Populismus als eine dem bürgerlichen System immanente Verhaltensform und Reaktion⁴⁷ und knüpft populistische Stilmittel, Artikulationen und Organisationsformen nicht an das Auftreten von Krisen und Umbrüchen. Vielmehr komme im Populismus das Gefühl von Machtlosigkeit zum Ausdruck, das sich via Ressentiment gegen partikulare Eliten- und Privilegienherrschaft richtet und dabei von dem Wunsch nach eigenem Machtzuwachs getragen wird.

Obgleich diese Interpretation wichtige Anhaltspunkte zum Verständnis des zu untersuchenden Phänomens gibt, weisen die konkreten Ausführungen zwei Defizite auf: 1. Dubiel beschreibt populistischen Protest implizit als politische Erscheinung potentiell jeden Gesellschaftstyps. Meine Kritik gilt nicht dieser Annahme an sich, sondern der Tatsache, daß sie implizit vorgetragen wird. Ein Vergleich verschiedener Gesellschaftsformen, ihrer Wertesysteme, Konfliktimmanenzen und -linien und die Analyse der jeweils möglichen *Populismen* hätte den Rahmen seiner theoretischen Ausführungen zweifellos gesprengt. Aber mit einem in diese Richtung gehenden Hinweis wäre angedeutet, warum populistische Politiken verschieden sind oder sein können. 2. Weitgehend abstrakt bleiben die Ausführungen von Ernst. Zwar definiert er Populismus als zum bürgerlichen System gehörend und leitet diesen Zusammenhang strukturlogisch her (und umgeht *in diesem Sinn* das Manko des Dubielschen Ansatzes). Allerdings nennt er keine Phasen oder

⁴⁵ Ebd., S.47.

⁴⁶ Ebd., S.45.

⁴⁷ Ernst, Werner W. 1987, a.a.O., S.10ff.

Momente, in denen populistische Reaktionsmuster zu erwarten oder aufgetreten sind. Ein Verweis auf die ständige Präsenz des Populismus⁴⁸ kann eine Analyse insbesondere dann nicht ersetzen, wenn man sich nicht der Kritik aussetzen will, letzte Wahrheiten verkündet zu wollen.

2.3. Mono-funktionalistische Interpretation - Populismus als bürgerliches Herrschaftsinstrument -

Dieser teleologisch (und vielfach marxistisch) akzentuierte Ansatz interpretiert Populismus als Instrument bürgerlicher Eliten, die in kritischen gesellschaftlichen Phasen antikapitalistischem Massenprotest vorbeugen wollen. Dementsprechend definieren Friedhelm Lövenich und Georg Vobruba den Gemeinschaftsappell als ein modernes Instrument der bürgerlichen Klasse zur Wahrung ihres eigenen Besitzes.⁴⁹ Die im Kontext dieses Appells angesprochenen gesellschaftlichen Probleme können entweder simplifiziert oder dramatisiert werden. In jedem Fall aber dient der Appell einer Verschleierung bürgerlicher Partikularinteressen. Populismus und Gemeinschaftsrekurs, so die Quintessenz von Donald MacRae, sind schlichte Rechtfertigungen der "Asymmetrie bürgerlicher Prinzipien".⁵⁰

Unter ähnlich funktionalistischen Aspekten wird Populismus auf dem Hintergrund populärer, zumeist anti-urbaner Bewegungen von Arbeitern und Bauern gegen die bürgerliche Elite in Lateinamerika interpretiert (z.B. Peronismus).⁵¹ Mit populistischen Inhalten vorgetragener Protest ist nach Gino Germani das Resultat gesellschaftlicher Modernisierungs- und Industrialisierungsphasen, die so abrupt verlaufen, daß die gegen diesen Wandel protestierenden Massen keinen eigenen Klassenstandpunkt finden und formulieren können.⁵² Bürgerliche Eliten haben somit steuernden Zugriff auf die

⁴⁸ Im Rahmen eines Gespräches im Mai 1993 habe ich Werner W. Ernst gebeten, seine Ausführungen (1997, a.a.O.) zu präzisieren und zu sagen, welche gesellschaftlichen Bedingungen populistische Artikulation zur Folge haben können. Diese Antwort ist er mir mit dem Verweis auf deren ständige Präsenz schuldig geblieben.

⁴⁹ Georg Vobruba 1986: Die populistische Anrufung der Gemeinschaft, in: Dubiel, Helmut (Hg.), a.a.O., S.221ff. Lövenich, Friedhelm 1989: Dem Volk aufs Maul. Überlegungen zum Populismus, in: PVS 1/89, S.22ff.

⁵⁰ MacRae, Donald 1969: Populismus als Ideologie, in: Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest (Hg.), a.a.O., S. 158ff.

⁵¹ Laclau, Ernesto 1979, a.a.O., S. 127ff. Tella, Torcuato di 1970: Populism and Reform in Latin America, in: Veliz 1970, S.47-74. Germani, Gino 1965, a.a.O.

⁵² Germani, Gino 1965, a.a.O., S.150ff.

Inhalte und Richtungen des typischerweise von Bauern und Arbeitern vorgetragenen Protests.⁵³

Dagegen knüpfen Emilio De Ipola und Juan-Carlos Portaniero populistische Artikulation und Protest nicht mechanisch an ein bestimmtes gesellschaftliches Entwicklungsstadium; sie beschreiben Populismus vielmehr als **ein** mögliches Instrument zur Überwindung einer Staatskrise, zu deren Lösung der Staat nur noch mit Hilfe des Zugriffs auf die Massen bei gleichzeitiger Steuerung der Protest-Richtung imstande ist.⁵⁴ Die Bourgeoisie wird dabei als Vollzugsorgan machtpolitischer Interessensicherung beschrieben. Ihr falle in einer solchen Krisensituation die Funktion zu, den Protest auf nur einen Teilbereich staatlicher Herrschaft zu lenken und ihn somit zu entschärfen. Ähnlich teleologisch ist die bekannte Interpretation Torcuato di Tella. Er definiert Populismus als charakteristischen Ausdruck einer gesellschaftlichen Übergangsphase, in der bürgerliche und modernisierungswillige Eliten breite, sich im Spannungsfeld zwischen Modernisierung und Traditionalismus bewegende populäre Schichten mobilisieren können. Da diese Bewegungen nur im Zeitraum sozio-ökonomischer oder politischer Ungleichzeitigkeit entstehen, sind sie Übergangsphänomene.⁵⁵ Ähnlich wie Germani beschreibt auch di Tella die protestierenden Massen als unfähig, einen Klassenstandpunkt zu finden. "Einer höheren Entwicklungsstufe würde folglich mehr eine 'Klassen-' und weniger eine 'populistische' Organisation entsprechen."⁵⁶ Er bewertet Populismus aber nicht nur negativ. Denn die steuernden bürgerlichen Eliten können durchaus soziale und politische Interessen verfolgen, die von der Mehrheit der eigenen sozialen Schicht abgelehnt werden.

Auch neuere Untersuchungen über Mittel- und Lateinamerika untersuchen populistische Führungspolitik. Sie ist Sergio Zermeno zufolge die Konsequenz neoliberaler Polarisierung und demographischer Expansion und der damit einhergehenden Urbanisierung.⁵⁷ Damit

⁵³ Ihm zufolge verläuft der Wandel einer Gesellschaft nicht zwingend synchron. Unter der Voraussetzung einer "Ungleichzeitigkeit der Entwicklung" verweist Germani auf zwei Effekte: *Demonstrations- und Fusionseffekt*. Demonstrationseffekt bezeichnet das Eindringen von zu industriellem Fortschritt gehörenden Gewohnheiten und Überzeugungen in sogenannte rückständige Bereiche. Fusionseffekt markiert die Tendenz des Verstärkens traditioneller Züge aufgrund bereits entwickelter Stadien. Vgl. Laclau, Ernesto 1979, a.a.O., S.130.

⁵⁴ Ipola, Emilio de/Portaniero, Juan Carlos 1982: Das National-Populare und die real existierenden Populismen, in: Haug, Wolfgang Fritz/Elfferding, Wieland (Hg.): Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Berlin, S.87ff.

⁵⁵ Vgl. Tella, Torcuato di 1970, a.a.O., S.47-74.

⁵⁶ Laclau, Ernesto 1979, a.a.O., S. 132.

⁵⁷ Zermeno, Sergio 1994: Neoliberal Polarization and the Return of Personalized Leadership. Paper prepared for presentation at

gelangt er zu einem ähnlichen Schluß wie René Antonio Mayorga, der nach einer Untersuchung in Peru, Brasilien und Bolivien feststellt, daß der Neoliberalismus unter bestimmten Umständen (neo-)populistische Politiken provoziert. Er verweist dabei auf die Krise der demokratischen Institutionen und auf den Zusammenhang von ökonomischer und politischer Macht (z.B. Fernández in Bolivien, aber auch Berlusconi in Italien). Merkmale neopopulistischer Politik sind Personalisation und Antiinstitutionalismus. Die zumeist massenmedial artikulierten Appelle richten sich an die Gesamtheiten Volk oder Nation und zielen gleichermaßen auf Zentralismus und Präsidentialismus. Mayorga zufolge ist der Neopopulismus im Patriarchat und seiner politischen Kultur beheimatet.⁵⁸

Wenngleich die Schlußfolgerungen über Beschaffenheit, Interessenkonflikte und Steuerungsinstrumente moderner bürgerlicher Gesellschaften bestechend logisch erscheinen, übersehen MacRae, Vobruba und Lövenich meines Erachtens die Diversifizierung dieser Gesellschaften und ihre Konstitutions- und Legitimationsbedingungen. Gerade die von ihnen diskutierten Konfigurationen zeichnen sich durch unterschiedliche Rollenzuweisungen, sich wandelnde soziale Milieus und politisch-kulturellen Pluralismus, mithin durch hohe Komplexität aus, sodaß ihre Grobausteilung "bürgerliche Eliten" einerseits und "verführtes Volk" andererseits in jedem Fall zu kurz greift.

Ähnlich problematisch sind die (älteren) lateinamerikanischen Ansätze. Aufgrund der Annahme eines Antagonismus zwischen "Volk" und "Macht" argumentiert Germani logisch und kohärent. Auch seine These, wonach systemkritischer Protest nur von Bauern und Arbeitern artikuliert werden könne, hat für eine bestimmte Phase in Lateinamerika sicherlich Berechtigung. Dennoch wird Gesellschaft - und meine Kritik schließt die Ausführungen de Ipolas und Portantieros mit ein - zu strikt in zwei divergierende Teile mit klar abgegrenzten (und abgrenzbaren) politischen Interessen unterteilt. Mögliche soziale, politische und ökonomische Handlungsmotive von gesellschaftlichen Gruppen, die sich im Raum zwischen dieser strengen Dichotomie bewegen (können), bleiben unberücksichtigt. Diese statische Gesellschaftsbetrachtung produziert notwendigerweise eine ebenso starre Populismusinterpretation.

Zwar ist auch die Interpretation di Tellas teleologisch ausgerichtet; allerdings steht bei ihm nicht das unmittelbare Machtinteresse und das damit verbundene Handeln einer bürgerlichen Elite im Mittelpunkt, sondern die dem System immanente Modernisierungslogik. Motor dieser Modernisierung kann demzufolge durchaus eine den Mehrheitsinteressen des eigenen sozialen Kontextes widerstrebende bürgerliche Schicht sein, die sich Teile der "popularen"

the Vienna Dialogue on Democracy, "The Politics of Antipolitics", Vienna, 7-10 July 1994. Vgl. auch Nun, José 1994: Postmodern Populism? The Paradoxes of Menemism, ebd.

⁵⁸ Mayorga, René Antonio 1994: Neopopulist Actors and Democracy in Latin America. A Comparative Analysis of Peru, Brazil, and Bolivia, in: ebd.

Forderungen zu eigen macht. Auch diese Interpretation sieht Populismus und populistische Bewegungen im "Dienste" bürgerlicher Macht; aber die Tallas läßt unterschiedliche bürgerliche Interessen zu und betont zugleich die Möglichkeit einer Modernisierungsrichtung mit positiven Folgen für zuvor benachteiligte Gruppen.

Die aus späteren Jahren stammenden Ausführungen Zerméños und Mayorgas sind dagegen weitaus weniger teleologisch und dichotomisch, wenngleich sie keinen Zweifel daran lassen, welche Gesellschaftsgruppe von (neo-)populistischer Politik profitiert. Besonders kommt dies bei Mayorga und seinem Verweis auf Berlusconi und Fernández zum Ausdruck. Zerméño und Mayorga vermuten einen direkten Zusammenhang zwischen dem Neoliberalismus und (neo-)populistischen Politikmustern, der nicht unerheblich zu sein scheint und im weiteren Verlauf dieser Arbeit näher untersucht wird. Sollte ein solcher Zusammenhang bestehen, so hieße dies, daß Populismus in direkter Abhängigkeit zu anderen Politiken steht und daß es einen "Populismus an sich", eine populistische Ideologie nicht gibt.

Allerdings war eine theoretische Populismus-Analyse von den beiden Wissenschaftlern nicht intendiert: Mayorgas Referat beginnt bereits mit der Präjudikation, daß der Brasilianer Collor de Melo, der Peruaner Fujimoro und einige "bolivianische Outsider" (Mayorga) populistische Politik betreiben. Was das spezifisch Populistische ihrer Politik ist, führt Mayorga nicht weiter aus (insofern wäre sein Beitrag auch unter Punkt 2.1. zu diskutieren). Zerméños Ausführungen nähern sich den Phänomenen "antipolitische Politik" und "Rückkehr personalisierten leaderships" über eine Analyse der sozio-ökonomischen Modernisierung in Mittel- bzw. Lateinamerika.

2.4. Bi-funktionalistische Interpretation - Populismus von "links" und "rechts" und "oben und "unten" -

Die Frage, ob ein "rechter" und ein "linker" Populismus unterschieden werden könne, wird in den Sozialwissenschaften immer wieder aufgeworfen und diskutiert. Während Populismus von den meisten Wissenschaftlern nicht nur als tendenziell rechts bezeichnet, sondern konkret reaktionärer, antidemokratischer und antiliberaler⁵⁹ Politik zugeordnet wird, steht die "linkspopulistische" Variante nur als theoretische Möglichkeit im diskursiven Raum.

Der Londoner Soziologe Stuart Hall etwa hält die Linke - und dabei insbesondere die britische Linke - für unfähig, eine eigene

⁵⁹ Mit Ausnahme des seit Ende der 80er Jahre von der FPÖ getrennten liberalen Atterseekreises. In einem Positionspapier betonen Mitglieder dieses Zirkels geradezu die Notwendigkeit einer Symbiose von liberaler und populistischer Politik. Vgl. Kier, Wolfgang (I.A. der politisch-wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft Atterseekreis) 1987: Die Liberalen - auf der Suche nach der verlorenen Identität?, Wien, S.1ff

populistische Strategie umzusetzen.⁶⁰ Für Micha Brumlik wäre Links-populismus nur als kurzlebige Phänomen vorstellbar, da er zum "Verzicht auf Aufklärung und transparente Interessenartikulation" gezwungen sei und deshalb rechten Politikvorstellungen in die Hände spiele.⁶¹

Auf der Basis des Hegemoniebegriffs von Gramsci argumentiert Ernesto Laclau. Für ihn ist linker Populismus weder Utopie noch Abstraktion, sondern der bereits mehrfach realisierte Kampf der Arbeiterklasse um politische Hegemonie mit dem Mittel einer Verschmelzung sozialistischer und populär-demokratischer Ideologien.⁶² Seine Definition des rechten Populismus geht über die unter Punkt 2.3. diskutierten Interpretationen hinaus: Populismus von rechts ist das Instrument **einer** bürgerlichen Fraktion, um mit dessen Hilfe eine anderweitig nicht zu realisierende Hegemonie zu erreichen. Laclau postuliert keine homogene bürgerliche Klasse und anerkennt explizit interklassistische Interessengegensätze. Trotz der unterschiedlichen Instrumentarien und Intentionen integrieren nach Laclau sowohl linker als auch rechter Populismus den Aufruf der Massen zum Kampf gegen den Staat in einer Krisensituation in ihr strategisch-politisches Konzept.⁶³

Die Ausführungen von Brumlik und Hall sind für eine kritische Auseinandersetzung zu spekulativ. Laclau dagegen führt detaillierter aus, unter welchen Bedingungen und wie sich "rechter" und "linker" Populismus präsentieren können. Jedoch sind seine Definitionen lediglich graduelle Modifikationen einer dichotomen Gesellschaftsinterpretation aus marxistischer Perspektive. Linker Populismus erstrebt danach nichts anderes als eine sozialistische Gesellschaft, während sich die Darstellung der rechtspopulistischen Strategie unschwer auf jene Faschismustheorie zurückführen läßt, wonach Faschismus als extremste Form bürgerlicher Herrschaft gilt. Hier wird lediglich eine traditionelle Gesellschaftsinterpretation unter einem anderen Stichwort - Populismus - neu aufgelegt.

⁶⁰ Stuart Hall 1982: Populär-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Haug, Wolfgang Fritz/Elfferding, Wieland (Hg.), a.a.O., Berlin, S.120.

⁶¹ Brumlik, Micha 1986: Geistesaristokraten und Einpunkt-egalitaristen - Ein anti-populistisches Pamphlet, in: Dubiel, Helmut (Hg.), a.a.O., S. 250.

⁶² Er nennt als Beispiele u.a. die Bewegungen Maos und Titos und mit Einschränkung den italienischen PCI. Laclau, Ernesto 1979, a.a.O., S.152.

⁶³ Ebd. Nicht alle versuchen, Populismus auf der Links-rechts-Skala zu placieren. Puhle definiert ihn z.B. als ein Phänomen, das sich überwiegend im Raum zwischen konservativen und rechts-liberalen Status-quo-Politikern und klassenspezifisch definierten Arbeiterparteien bewege. Puhle, Hans-Jürgen 1986: Was ist Populismus, in: Dubiel, Helmut (Hg.), a.a.O., S. 14f.

Allerdings weist Laclau selbst darauf hin, daß die meisten Konzeptionen den Faschismus "als eine *besondere* Form des Populismus betrachten".⁶⁴

2.5. E allora?

Populismus ist scheinbar universell bzw. unpräzise: Er ist Strategie oder Instrument von Organisationen, Politikern und Klassen und kommt als Ideologie, ein anderes Mal als sozialer Reflex daher. Populismus ist reaktionär, revolutionär oder auf den Status-quo bezogen und demokratisch oder antidemokratisch orientiert. Er ist instrumenteller Bestandteil von (oder bestimmend im) Konservatismus, Sozialismus und Liberalismus. Auch nähere oder fernere mit diesen Ismen verwandte Politikformen: Nationalismus,⁶⁵ Trotzismus⁶⁶, Radikaldemokratie⁶⁷ wurden bereits als populistisch klassifiziert.

Lediglich eine politische Idee fällt in diesem Zusammenhang aus dem Rahmen: Der Anarchismus, der jedenfalls *bislang* noch nicht in dem Verdacht stand, populistisch zu sein oder populistische Merkmale aufzuweisen.

2.6. Merkmale von Populismus

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, welche unterschiedlichen und teils gegensätzlichen Definition existieren. Nicht zuletzt deshalb wird von einigen Wissenschaftlern versucht, Populismus über seine Merkmale zu definieren. Mit Hilfe eines Vergleichs verschiedener Organisationen, die in der Literatur als populistisch auftauchen (oder die man selbst für populistisch hält) extrahieren sie strömungs- und formationsübergreifende Charakteristika. So kommt Margaret Canovan zu dem Schluß, daß populistische Organisationen/Bewegungen sich auf das Volk berufen und sich als Opposition gegen das Establishment begreifen.⁶⁸ Der ebenfalls nach Merkmalen forschende Hans-Jürgen Puhle definiert Populismus als ein klassenübergreifendes und gegen das politische Establishment gerichtetes Phänomen. Zudem hätten Populisten ein di-

⁶⁴ Laclau, Ernesto, a.a.O., S.132. Vgl. Ipola, Emilio de/Portantiero, Juan Carlos 1982, a.a.O., S.98.

⁶⁵ Vgl. Donald MacRae 1969: Populism as an Ideology, in: Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest (Hg.), a.a.O., S.166.

⁶⁶ Vgl. Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest 1969, a.a.O., S.3.

⁶⁷ Vgl. etwa Pelinka, Anton 1987: Populismus und Wirtschaftsverbände, in: Ders. (Hg.), a.a.O., S. 66. Dubiel, Helmut 1986, a.a.O., S.39.

⁶⁸ Canovan, Margaret (1981, a.a.O., S.289ff) hat sich hauptsächlich mit dem russischen und dem US-amerikanischen Phänomen befaßt.

chotomes, "die Kleinen" und "die Großen" unterscheidendes Gesellschaftsbild.⁶⁹

Leider haben kleinste gemeinsame Nenner mitunter den Nachteil, wenig substantiell zu sein.⁷⁰ Auch sozialistische und kommunistische Bewegungen definieren sich als Opposition gegen politisches Establishment - zumindest so lange, wie sie selbst keine Herrschaftselite darstellen - und berufen sich im Rahmen dieser Opposition auf das Volk. Gleiches gilt für junge grün-alternative Parteien und für die ihnen nahestehende Gruppierungen, die u.a. aus einer grundlegenden Opposition gegen die Funktionsmechanismen institutionalisierter Politik in modernen Gesellschaften entstanden sind. Auch sie beziehen sich mit ihren basisdemokratischen, also klassenübergreifend formulierten Politikvorstellungen auf eine Grundgesamtheit aller Bürger. Und haben nicht Faschismus bzw. Nationalsozialismus mit ihrer Berufung auf die (vermeintlichen) Interessen des Volkes eine Mobilisierung der Massen gegen einen Teil der politisch/gesellschaftlichen Eliten und damit die Bildung einer neuen politischen Ordnung ermöglicht?

Während die von Canovan angeführten und formationsübergreifenden Merkmale zu allgemein und deshalb nicht aufschlußreich sind, ist das Resümee Puhles schon beinahe originell. Daß Populismus klassenübergreifend und gleichzeitig von einem dichotomen Gesellschaftsbild geprägt sei, wirft die Frage nach der Stringenz seiner Argumentation auf. Allerdings ist ihm insofern Recht zu geben, als im unreflektierten Protest, mit dem Gesellschaft in "Große" und "Kleine" unterteilt wird, kein Klassenstandpunkt zum Ausdruck kommt.

2.7. Zusammenfassende Kritik

Drei wichtige Defizite lassen sich als Quintessenz der bisherigen Betrachtungen festhalten:

1. Insbesondere phänomenologische Ausführungen tendieren dazu, den populistischen Charakter einer Organisation vorauszusetzen und deren spezifische Eigenschaften als populistisch zu qualifizieren. Dieser Ansatz umgeht somit das Problem, das er eigentlich lösen will.

⁶⁹ Neben diesen beschreibt Puhle eine Reihe von "Sowohl-als-auch-Merkmalen" wie z.B. "ihre Forderungen können, müssen aber nicht immer vereinbar sein mit sozialistischen Prinzipien", "Populisten können sowohl für den Kapitalismus als auch gegen ihn sein": Puhle, Hans-Jürgen 1986: Was ist Populismus, in: Dubiel, Helmut (Hg.), a.a.O., S.13f.

⁷⁰ Dies gilt im übrigen auch für größte gemeinsame Nenner. Peter Wiles (1969, a.a.O., S.167f) nennt in seinen Ausführungen insgesamt 24, darunter zahlreiche Sowohl-als-auch- oder Können-müssen-aber-nicht-Merkmale.

2. Dagegen bleiben die theoretisch-analytischen Deutungen häufig in den ideologischen Denkgebäuden ihrer Interpreten stecken und werden abstrakt formuliert. Die Autoren setzen zudem selten historische oder zeitgenössische Strömungen zu ihren Theorien in Bezug und bleiben mithin den Beweis der Erklärungstauglichkeit ihrer Theorien schuldig.

3. Der Versuch, Populismus über Merkmale zu definieren, erweist sich als wenig hilfreich, weil die als typisch klassifizierten Charakteristika zu (ver)allgemein(erbar) sind.

Erneut ließe sich der Schluß ziehen, daß Populismus universell, allgegenwärtig und vor allem kein eigenständiges Phänomen ist.⁷¹ Damit wäre, gäbe man sich zufrieden, genügend gesagt. Ich behaupte aber, daß die beschriebenen Widersprüche bei genauem Hinsehen keine Widersprüche sind. Damit will ich zum Ausdruck bringen, daß Populismus einen Kontext verwandter Politikstile oder -inhalte bezeichnet, deren Besonderheiten aus der Unterschiedlichkeit der sie produzierenden Gesellschaftstypen, ihrer jeweiligen Werte- und Normensysteme und Krisenspezifika herzuleiten sind. Politische Phänomene können nicht im luftleeren Raum analysiert werden. Ihre Ideologien und Referenzen stehen im Zusammenhang mit der Gesellschaft, in der sie existieren (freilich unterscheiden sich auch ideologisch verwandte Parteien innerhalb eines Kontextes). Daneben ist ein weiterer Punkt zu beachten: Trotz aller Unterschiedlichkeiten gibt es eine **externe** Gemeinsamkeit, die auf alle als populistisch klassifizierten Organisationen und Bewegungen zutrifft: In allen Untersuchungen hat der Faktor "Krise" eine besondere Bedeutung; unabhängig vom Gesellschaftstyp oder der historischen Phase.⁷² Aus diesem Grund ist es erforderlich, das Verhältnis von Krise und Populismus zu analysieren. Von besonderer

⁷¹ Vgl. zu der Frage eines "Populismus an sich" und der Verneinung dieser Frage MacRae, Donald 1969, a.a.O., S.162.

⁷² Allcock betont den Zusammenhang von einer bestimmten sozialen Phase und der Form des Populismus, die unter ihrem Eindruck entsteht. Er kann deshalb durchaus unterschiedliche Merkmale aufweisen, die auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen. Populismus kann sowohl ländlich als auch urban, er kann Artikulationsform einer kleinen oder einer relevanten gesellschaftlichen Gruppe (Schicht, Stand, Klasse) sein. Er kann von herrschenden Eliten angeführt, aber auch aus der Bevölkerung heraus organisiert werden. J.B. Allcock: Populism: A brief Biographie, in: Sociology 5/71. So wie Allcock Populismus in Verbindung mit diversen sozialen Phasen betrachtet sehen möchte, verlangt Balibar mit Bezug auf Amin eine differenzierte Kriseninterpretation auf der Basis von Systemkontext und Krisenqualität. Vgl. Balibar, Etienne 1990: Rassismus und Krise, in: Ders./Wallerstein, Immanuel: Rasse - Klasse - Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg, Berlin, S. 271, (Anm.1).

Bedeutung ist dabei der konkrete Zeitpunkt, der Moment signifikanter elektoraler Veränderungen.

3. Populistischer Moment und populistische Politik -

3.1. Zielsetzung

Krise ist ein Phänomen, ohne das Populismus nicht zu begreifen ist. Gesellschaftliche Krisenereignisse können demnach einen populistischen Moment konstituieren, in dessen Folge bestimmte Reaktions- und Protestmuster zu erwarten sind. Der Begriff populistischer Moment wurde von Agnus Stewart im Rahmen seiner Analyse von Konflikten zwischen traditionellen und nicht-traditionellen gesellschaftlichen Segmenten eingeführt⁷³ und von anderen, z.B. Lawrence Goodwyn oder Helmut Dubiel, übernommen.⁷⁴ Damit sind bereits mehrere Begriffe bzw. Phänomene angesprochen, die zu präzisieren und deren Beziehungen zu untersuchen sind.

3.2. Moderne bürgerliche Gesellschaft⁷⁵ und populistischer Moment

3.2.1. Einleitende Überlegungen

Wie jedes Kollektiv definiert sich auch Gesellschaft.⁷⁶ Sie tut dies über ihre Verfassung sowie über ein dynamisches innergesellschaftliches Werte- und Normensystem, wobei die Segmente aufeinander bezogen und voneinander abhängig sind. Jede Gesellschaft verfügt darüber hinaus über ihrem Selbstverständnis und der sozialhistorischen Phase gemäße Kollektivierungsformen (Familie,

⁷³ Stewart, Agnus 1969, a.a.O., S. 187.

⁷⁴ Dubiel, Helmut 1986, a.a.O., S.43ff. Goodwyn, Lawrence 1978: The Populist Moment. A Short History of the Agrarian Revolt in America, New York.

⁷⁵ Ich orientiere mich an Zapf, für den moderne Gesellschaften durch "die Grundinstitutionen der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft und der Wohlstandsgesellschaft mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat" bestimmt sind. Zapf, Wolfgang 1991: Modernisierung und Modernisierungstheorien, in: Ders. (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften: Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main, Frankfurt/M., S.34.

⁷⁶ Vgl. Shils, Edward 1991: Was ist eine Civil Society, in: Michalski, Krzyszof (Hg.): Europa und die Civil Society. Castalgandolfo-Gespräche 1989, Stuttgart. Zur Funktions- und Legitimationslogik bürgerlicher Gesellschaften vgl. Hobsbawn, Eric J.1990: Nations and nationalism since 1780. Programme, Myth, Reality, Cambridge, New York, Melbourne.

Parteien, Vereine, Bürgerinitiativen etc.). Dieser Rahmen konstituiert verschiedene Formen von partikularen Identitäten, Rollenmustern und Orientierungen und als deren Resultat eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Identifikation mit dem System selbst (oder Massenloyalität, wie Habermas sagt).⁷⁷

Werner W. Ernst beschreibt die dem bürgerlichen Staat immanente Gegensatzlogik, welche im Postulat moralischen Denkens und Verhaltens einerseits und partikularer Herrschaft bzw. korporatistischer Gesellschaftsorganisation andererseits zum Ausdruck kommt.⁷⁸ Bestimmend an dieser "dualistischen Struktur" (Ernst) ist das Komplementäre dieser beiden Faktoren, deren Bestand dem Interesse der partikularen Herrschaft dient. Sozialprozesse und Individuen unterliegen somit strukturellen und psychologischen Zwängen, die über den Bezugsrahmen Identität legitimiert werden.⁷⁹ Identität ist dabei das Resultat der Rezeption moralischer Kategorien und Werte sowie unterschiedlich stark ausgeprägte Machtkompetenz der einzelnen Gesellschaftsmitglieder durch und in verschiedenen Rollen. Damit wird erklärbar, warum systemimmanente oder durch externe Faktoren ausgelöste bzw. verstärkte Konflikte in der Regel keine Gefahr für den Bestand des Systems mit sich bringen.

Ich differenziere hier zwischen *systemstruktureller Krisen- und Konfliktregelung*⁸⁰ in demokratisch legitimierten Institutionen (vertikale Beziehung), *bürgerschaftlichen Problemlösungen* (horizontale Beziehungen)⁸¹ und *systemideeller Konfliktbewältigung*.

⁷⁷ Zum sozialwissenschaftlichen Gebrauch des Begriffs Identität vgl. Christadler, Marieluise 1990: Die französische Identität - Eine Frage und viele Antworten, in: Albertin, Lothar et al. (Hg.) 1990: Frankreich-Jahrbuch 1990, Opladen, S.36. Zur Diskussion über die Begriffe Identität und kollektive Verhaltensnormen vgl. Balibar, Etienne 1990, a.a.O., S.271. Ernst, Werner W. 1987, a.a.O., S.18 äußert sich aus sozialpsychologischer Sicht über die "abstrakte(n) Form herrschender Identitätslogik".

⁷⁸ Vgl. dazu Brunkhorst, Hauke 1995: Wider den Tugendboom. Recht und Moral stützen sich nur, wenn man sie trennt, in: Frankfurter Rundschau, 25.11.1995, S. ZB3.

⁷⁹ Vgl. Ernst, Werner W. 1987, a.a.O., S. 10ff.

⁸⁰ Vgl. Zimmermann, Ekkart 1993: Mechanismen der Regulierung gewaltsamer Konflikte in liberalen Demokratien, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2/93, S.221f. In seinen einleitenden Bemerkungen führt Zimmermann aus, daß "die Mechanismen der Konfliktregulierung als Gegenstand systemvergleichender Forschung ein kraß unterentwickeltes Feld (sind)".

⁸¹ Vgl. Wingert, Lutz 1996: Unpathetisches Ideal. Mittelmaß statt Wahn: Über den Begriff eines bürgerschaftlichen Wir, in: Frankfurter Rundschau, 23.1.1996, S.16.

Dazu gehört ein weites Feld verinnerlichter Denkmuster, die dazu führen, daß Probleme nicht als Schwächen des Systems, sondern als Schwäche einzelner Personen oder Gruppen betrachtet werden: Konflikte werden damit ent-politisiert bzw. individualisiert. Dazu zählt: 1. der inzwischen etwas verhaltener formulierte Vorwurf, Arbeitslosigkeit sei selbstverschuldet; 2. die von den Massenmedien unterstützte Tendenz, Amtsmißbrauch und Korruption in Politik, Wirtschaft und Verwaltung unter dem Aspekt persönlichen Versagens einzelner und nicht unter strukturellen Gesichtspunkten zu beleuchten; 3. die Tatsache, daß Minderheiten, wo Wohnungs-, Arbeitsmarkt- und andere Probleme nicht mehr vereinzelt werden können, in die Rolle des Sündenbocks gedrängt werden. Wenn man so will, ist dies letztlich eine Form von Kollektiv-Individualisierung.⁸² Lövenich weist dabei zu Recht darauf hin, daß es im Interesse moderner bürgerlicher Gesellschaften liegt, Herrschaftsansprüche mit nicht-repressiven Mitteln durchzusetzen.⁸³ Das gilt auch für die Überwindung von Krisen.

3.2.2. La crise (quelle crise?)

Krise wird vom Duden als "Entscheidungssituation, Wende-, Höhepunkt einer gefährlichen Entwicklung" definiert. Anders als im medizinischen Bereich, wo die Alternative Ab- oder Überleben heißt, können gesellschaftliche Krisen mehrere Entwicklungen nehmen.⁸⁴ So ist eine Systemkrise, d.h. die unrechtmäßige, gewaltsame und/oder gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung vollzogene Außerkraftsetzung von Verfassungs- und Legitimationsgrundlagen eines Systems theoretisch umkehrbar und die Reanimation des alten bzw. die Konstituierung eines äquivalenten Rechts- und Gesellschaftssystems möglich. Allerdings kann eine faktische oder repräsentative Gesellschaftsmehrheit freiwillig auf ihren Verfassungsrahmen verzichten und damit eine relativ konfliktfreie Transformation einleiten. So z.B. geschehen bei der DDR-Integration in die Bundesrepublik Deutschland oder der via Referendum geborenen slowakischen Republik. Beidem ist eine Legitimationskrise der politischen Eliten und ihrer Strukturen vorausgegangen. Es gibt auch Krisenereignisse, die sich innerhalb eines Systems ereignen, ohne dessen Grundlagen zu tangieren. Diese Krisen werden durch gezielte Maßnahmen, etwa durch eine Korrektur bisheriger Verteilungsprinzipien oder die Wahrnehmung verfassungsrechtlicher Sonder- bzw. Ausnahmebestimmungen (z.B. im "Verteidigungsfall") überwunden oder nehmen einen anderen Verlauf.

⁸² Vgl. Gehmacher, Ernst 1992: Modernisierungsverlierer und Rechtsextreme. Eine Theorie des politischen Protests, in: Renner-Institut: Rechts Marsch - in die Zukunft, Dokumentation der Enquete vom 9. April 1992, Wien.

⁸³ Vgl. Lövenich, Friedhelm 1989, a.a.O., S.22.

⁸⁴ Vgl. Bühl, Walter L. 1984: Krisentheorien. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang, Darmstadt.

Bleiben wir einmal bei der extremen Situation, daß eine Verfassung gewaltsam oder widerrechtlich durch Intervention von außen oder innen außer Kraft gesetzt wird. In einem derartigen Fall ließe sich mit einigem Recht von einer System- oder Staatskrise sprechen. Was aber, wenn dies von der Bevölkerung nicht als dramatisch empfunden oder sogar goutiert wird? Sicher wird es dafür Gründe wie eine vorausgegangene ökonomische Krise oder eine Legitimationskrise der gesellschaftlichen Eliten geben. Was aus staatsrechtlicher Perspektive entsprechend bezeichnet werden kann, muß von der Bevölkerung also nicht unbedingt als Krise empfunden werden. Allerdings ist kaum davon auszugehen, daß alle Gesellschaftsmitglieder die gleichen Interessen haben oder verfolgen. Was also, wenn eine Bevölkerungsmehrheit die gewaltsame oder widerrechtliche Systemtransformation befürwortet und eine Bevölkerungsminderheit darunter zu leiden hat? Unter diesen Bedingungen gäbe es Nutznießer und Benachteiligte oder Opfer, die unter der Entwicklung zu leiden haben und sich somit in einer (persönlichen) Krise befinden, die durch die Mehrheitsgesellschaft provoziert wird. Es ist ebenso vorstellbar, daß ein sozio-ökonomischer Prozeß von einem größeren Teil der Bevölkerung als Bedrohung und in diesem Sinn als Krise erlebt wird, ohne daß von staatsrechtlicher Seite oder von seiten bestimmter sozialer Gruppen eine Veranlassung besteht, mit diesem Begriff zu operieren. Wenn jedoch der Kreis der Betroffenen kontinuierlich steigt, dann ist mit dem Anwachsen von Frustrationen nicht nur in dieser, sondern auch in denjenigen Gruppen zu rechnen, die fürchten, in eine vergleichbare Lage zu gelangen.

Aber auch in diesem Fall muß differenziert werden. So überlegt Ulrich Beck, ob die heutigen Probleme nicht weniger "Ausdruck von Krisen, sondern von Siegen des Industrialismus" sind.⁸⁵ Marginalisierung, 2/3-Gesellschaft, wachsende Arbeitslosigkeit und Armut wären demzufolge immanente Erscheinungen oder Folgen der Industriegesellschaft. Damit wäre gleichzeitig festgestellt, daß diejenigen, die sich aufgrund dieser Entwicklung in einer Krise befinden (oder sich selbst von einer Krise betroffen fühlen), eine systemgemäße Rolle einnehmen. Krise ist so betrachtet eine unabdingbare Folge des Industriekapitalismus. Oder ist es präziser, von Begleiterscheinung zu sprechen? Oder gar von einer notwendigen Voraussetzung, mit der bestimmte gesellschaftliche Transformationsprozesse eingeleitet, begleitet, begründet, gerechtfertigt oder erst möglich gemacht werden?

Im Rückblick auf die späten 80er und der 90er Jahre läßt sich feststellen, daß neoliberale Forderungen mit zunehmendem Selbstbewußtsein vorgetragen wurden. Nach der Erosion des sozialistischen Zusammenhangs braucht sich der Kapitalismus nicht mehr als die bessere Systemalternative zu präsentieren. Deshalb müssen sich die herrschenden Eliten bei ihren Entscheidungen auch keine Sorgen mehr über ein wachsendes Frustrationspotential machen, das sich *theo-*

⁸⁵ Beck, Ulrich 1990: Der Konflikt der zwei Modernen, in: Zapf, Wolfgang (Hg.), a.a.O., S.50.

retisch linken systemantagonistischen Parteien oder Argumenten öffnet. Das zeitliche Zusammentreffen von neoliberaler Vehemenz und dem Ende des Sozialismus ist daher sicher kein historischer Zufall. Was aber passiert mit den Menschen, die durch die Auswirkungen neoliberaler Wirtschaftspolitik zunehmend verunsichert sind? Sie können in die Privatheit fliehen und die am eigenen Leib erfahrenen Probleme als individuell erleben oder persönlichem Versagen zuschreiben. Die so empfundenen Krisenmomente bleiben abgesehen von einer sinkenden Wahlbeteiligung ohne politische Konsequenzen; wenn man Politik einmal sehr eng mit Parlamentspolitik gleichsetzt. Es ist aber auch möglich, daß sich die Betroffenen weigern, sich selbst als Verursacher ihrer Probleme zu sehen, und sich Argumenten öffnen, die die Schuldigen bei gesellschaftlichen Minderheiten suchen.

Grundsätzlich können die politischen Eliten dadurch in Legitimationsschwierigkeiten kommen. Dies wäre der Fall, wenn ein überproportional großer Teil den Wahlen fern bliebe. Mit Blick auf die Vereinigten Staaten von Amerika muß allerdings eingeräumt werden, daß aus einer niedrigen Wahlbeteiligung (bislang) noch keine Legitimationsprobleme erwachsen sind. Anders verhält es sich, wenn Anti-Systemparteien in die traditionellen Strukturen eindringen und einen hohen Stimmenanteil an sich binden. In vielen europäischen Ländern läßt sich eine solche *Tendenz* erkennen. Die traditionellen politischen Parteien und demokratischen Strukturen können so in Legitimationsschwierigkeiten geraten, die sich zu einer Legitimationskrise auswachsen kann.

Krise ist demnach ein von Prozessen abhängiges Phänomen mit unterschiedlichen Bezugsformen. Deshalb ist stets zu fragen, von wessen Krise die Rede ist.⁸⁶ Sie ist, wie Ekkart Zimmermann mit Recht feststellt, nicht allein ein quantitatives Phänomen.⁸⁷ Andernfalls "hätte es in Holland mit der höchsten Arbeitslosigkeit westlicher Länder im Jahre 1936 erheblich mehr politische Turbulenz geben müssen als beispielsweise in Deutschland".⁸⁸ Eine ökonomische (oder Verteilungs-)Krise kann also im äußersten Fall eine Systemkrise nach sich ziehen, muß es aber nicht. Das Schüren sozialer Ängste für politische Zwecke und mangelnder Verfassungs-Konsens

⁸⁶ Amin will wissen, von wessen Krise die Rede ist, in welchem Systemkontext sie auftritt und welche Faktoren sie auszeichnen. Amin, Samir et al. 1982: *La Crise, quelle crise? Dynamique de la crise mondiale*, Maspero. Vgl. auch Balibar, Etienne 1990: *Rassismus und Krise*, in: Ders./Wallerstein, Immanuel, a.a.O., S. 261-272.

⁸⁷ Zimmermann, Ekkart 1987: *Vergleichende Krisen- und Konfliktforschung*, in: Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand: *Vergleichende Politikwissenschaft*, Opladen, S.241-260.

⁸⁸ Ebd., S.251.

spielen daher für die Richtung und den Verlauf eine erhebliche Rolle.⁸⁹

Ich unterstütze die Definition Joachim Raschkes, für den Krise weder "die alleinige Zuspitzung objektiver Widersprüche ohne Krisenbewußtsein" noch ein lediglich "subjektives Unzufriedenheits- oder Unruhephänomen", sondern eine Kombination beider Faktoren ist.⁹⁰ Allerdings möchte ich etwas hinzufügen: Der Verlauf einer Krise und die Qualität des Krisenbewußtseins hängt auch von den Interessen der gesellschaftlichen Handlungsträger und davon ab, wie sie strategisch damit umgehen.

Binder et al. unterscheiden mit der Penetrations-, Legitimations-, Partizipations-, Verteilungs- und Identitätskrise fünf Krisen,⁹¹ die in modernen Gesellschaften durchaus auftreten, anders aber als in Entwicklungsländern nicht zusammen oder in schneller Abfolge. Aus diesem Grund ist das Entstehen einer Systemkrise unwahrscheinlich. Dabei wäre zu fragen, unter welchem Stichwort "Systemkrise" diskutiert wird und ob man dabei eher juristische oder ökonomische Kategorien zugrunde legt.

Eine ökonomische Krise in liberalkapitalistischen Systemen ist Jürgen Habermas zufolge *auch* eine Systemkrise. Sie tritt im Zusammenhang mit ungelösten ökonomischen Steuerungsproblemen auf,⁹² wobei die "ökonomische Krise sich unmittelbar in eine soziale Krise (umsetzt)".⁹³ Die Interessengegensätze unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen treten dabei zutage, und die "soziale Integration der Gesellschaft" ist in Frage gestellt.⁹⁴ Systemtheoretisch betrachtet sind Krisen deshalb "anhaltende Störungen der *Systemintegration*".

In einer weitgehend über Arbeit und Leistung determinierten Gesellschaft haben Dauerarbeitslosigkeit, die Abqualifizierung ehemals bedeutender Berufsprofile, der Zwang, minderqualifizierte Arbeit anzunehmen oder sinkende Chancen beruflicher Qualifizierung weitreichende Folgen auf Sozialstrukturen, Rollenmuster, Identität

⁸⁹ Vgl. dazu Klönne, Arno 1984: Arbeitslosigkeit und Systemkrise. Ein Rückblick auf die Weimarer Republik, in: Bonß, Wolfgang et al. (Hg.): Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt/M.

⁹⁰ Raschke, Joachim 1988: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/M., New York, S.161.

⁹¹ Binder L. et al. 1971: Crisis and Sequences in Political Development, Princeton.

⁹² Habermas, Jürgen 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M., S.41ff.

⁹³ Ebd., S.47.

⁹⁴ Ebd., S.48.

und Wertorientierungen.⁹⁵ Verifizierbare Daten über konjunkturelle Einbrüche oder industrielle Modernisierungsschübe reichen daher nicht aus, um schon von einer Krise zu sprechen. Hinzukommen muß das bereits erwähnte individuelle und/oder kollektive Empfinden, in einer Krise zu stecken.⁹⁶ Dieses Empfinden läßt sich auch als Verlust von Sicherheit bezeichnen.⁹⁷ Statusangst und Statusverlust, soziale Desorientierung, psychosoziale Streßerscheinungen, fortschreitender Mangel an Übersicht oder Perspektivlosigkeit sind hier die wichtigen Stichwörter.

Krisenempfinden stellt sich freilich nicht über Nacht ein, sondern ist ein Zusammentreffen von (berechtigten) sozialen und ökonomischen Ängsten und Mißtrauen gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Handlungsträgern. Es ist dabei durchaus möglich, latente Unsicherheitsgefühle für politische und ökonomische Zwecke zu instrumentalisieren und sie in eine bestimmte Richtung zu lenken: Sozio-ökonomische Modernisierung, insbesondere wo mit ihr empfindliche Veränderungen verbunden sind, bedarf einer breiten Legitimation und lobbyistischer Überzeugungsarbeit bei Parteien, Verbänden, Medien und Gesellschaftsmitgliedern. Dabei muß unterschieden werden zwischen jenen, die sich *individuell* von einer Krise betroffen fühlen, und jenen, die *das Gefühl haben*, daß eine *gesellschaftliche Krise* vorhanden ist. Ich behaupte, daß gerade die nicht unmittelbar von der Krise Betroffenen zwei wichtige gesellschaftliche Funktionen erfüllen: 1. Von ihnen wird ein gesellschaftliches Stadium als Krise definiert, weil sie Gefahren für die gesellschaftliche Entwicklung oder für das System sehen. 2. Sie stellen diejenige Basis dar, die sozio-ökonomische Modernisierungsprozesse einfordert oder der Modernisierung gegenüber aufgeschlossen ist. In diesem Sinn bilden sie die Basis, die die Eliten zur Durchsetzung ihrer Ziele brauchen. Die beiden genannten Funktionen können sich ergänzen, sie können aber auch Gegensätze sein.

Die moderne und plurale Gesellschaft zeichnet sich durch komplexe Strukturen aus, in denen Regierung und Opposition, Kammern, Verbände, Medien sowie organisierte und nicht organisierte Bürger- und Unternehmerschaft interagieren und eine Balance herstellen. Wirtschaftliche Eliten als einflußreiche Lobbyisten

⁹⁵ Vgl. auch Noll, Heinz-Herbert 1991: Beschäftigungsstrukturen im Wandel: Die Bundesrepublik im internationalen Vergleich, in: Zapf, Wolfgang (Hg.), a.a.O., S. 279-291. Beck, Ulrich: Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M.

⁹⁶ Vgl. etwa Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. 1994, a.a.O. Hainsworth, Paul (Hg.) 1994: The Extreme Right in Europe and the USA, London. Black, Gordon S./Black, Benjamin D. 1994: The Politics of American Discontent, New York.

⁹⁷ Vgl. dazu auch das Kapitel 3.4. Vgl. Betz, Hans-Georg 1991, a.a.O..

müssen ihre partikularen Interessen mit den Interessen anderer gesellschaftlicher Akteure abstimmen. Ausnahmefälle wie zeitweiliger Stillstand institutionalisierten Interessenausgleichs, Spontan- oder Generalstreik (der ja auch institutionalisiert ist), Protestwahlverhalten oder Massendemonstrationen sind danach noch kein wirklicher Ausdruck von Krise. Der Streik ist ebenso legitim (und legal) wie massenhaftes Demonstrieren oder die Wahl einer nicht etablierten Partei. All diese Erscheinungen mögen aber Anzeichen eines gestörten Entwicklungsprozesses sein. Wie schon erwähnt kann eine ökonomische Krise auch eine Systemkrise nach sich ziehen.⁹⁸

Neben zahlreichen historischen gibt es jüngere und vergleichsweise(!) undramatische Beispiele. So wurden 1994 im budgetär arg belasteten aber auch politisch desorientierten Italien drei Parteien (Alleanza nazionale, Forza Italia und Lega Nord) in die Regierung gewählt, die aus demokratischer Perspektive mehrfach skeptisch zu betrachten sind. Ich will damit nicht behaupten, daß Italien am Rande einer Systemkrise stand; aber sowohl die politisch-ideologische Herkunft der Parteien oder ihrer Anführer als auch ihre Ziele waren und sind nicht ohne politische Brisanz: Teilung der Republik als Kernforderung der Lega; das Ziel Berlusconi und Finis, das Parlament durch die Konstitution eines starken Präsidialamtes deutlich zu schwächen; keine demokratische Legitimation Berlusconi als Vorsitzender seiner "Instant-Partei",⁹⁹ deren Statuten zudem für drei Jahre auf Eis gelegt worden sind;¹⁰⁰ seine von ihm zwar bestrittene aber nachgewiesene Mitgliedschaft in der seit Jahren verbotenen weil verfassungsfeindlichen Geheimloge P2; die Vermischung politischer und privat-wirtschaftlicher Interessen durch Berlusconi, was nicht zuletzt dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Führungselite seiner Fininvest-Holding von ihm mit zahlreichen öffentlichen Aufgaben betraut worden ist; die Reklamierung Istriens als angeblich italienisches Gebiet durch die Alleanza nazionale u.v.a.m. Mittlerweile befinden sich die genannten Parteien wieder in der Opposition. Zudem haben sie ihre politischen Zielvorstellungen zum Teil zurückgenommen oder modifiziert. Gleichwohl liegt die Gefahr derartiger Krisenmomente darin, daß unter ihrem Einfluß Organisationen und Politikstile begünstigt werden (können), die zwar in der Regel Übergangsphänomene bleiben und zumeist in das System integriert oder von ihm absorbiert werden können. Eine Garantie für derart systemgerecht ablaufende politische Prozesse gibt es indessen nicht.

Die wichtigsten Erkenntnisse sind zusammenfassend folgende:

⁹⁸ Politische Krise bezeichnet einen Kontext verschiedener Krisen: Legitimations-, Partizipations- oder Systemkrise.

⁹⁹ Vgl. Pallaver, Günther 1995: L'unto del signore. Berlusconi, Forza Italia und das Volk, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 3/95, S.318.

¹⁰⁰ Ebd. ff.

1. Krise ist der Höhepunkt eines für das System bedrohlichen Prozesses.
2. Krise ist nicht allein ein quantitatives Phänomen.
3. Krise steht in unterschiedlichen Abhängigkeitsverhältnissen. Sie muß weder von allen Mitgliedern eines Segments als solche empfunden noch unter jedem Begriff als solche definiert werden (Wirtschafts-, Staats-, Identitätskrise etc.).
4. Der Verlauf einer Krise und die Qualität des Krisenbewußtseins ist auch davon abhängig, wie die gesellschaftlichen Eliten mit der Krise und ihren eigenen Interessen (strategisch) umgehen.
5. *Eine* Krise kann die Voraussetzung für weitere Krisen konstituieren.

3.2.3. Krise und Gemeinschaft

In modernen kapitalistischen Gesellschaften existieren nurmehr unbedeutsame Kräfte, die mit Krise Hoffnung auf revolutionäre Veränderungen verbinden. Derartige in Theorien gekleidete Wünsche haben sich als Illusion erwiesen; zudem hat die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg ein Wohlstandswachstum mit sich gebracht, durch das zuvor systemantagonistisch vorgetragene politische und materielle Ansprüche befriedigt werden konnten. "Wohlstand - objektiv meist bescheiden, im Verhältnis zum eigenen Herkunftsmilieu jedoch beträchtlich - verschafft lang ersehnte Entfaltungsmöglichkeiten in Privatheit, Familie, und Freizeit. Es kommt zu einer 'Demokratisierung' ehemals exklusiver Konsum- und Lebenschancen."¹⁰¹ Die Überwindung einer Krise wird damit von allen Gesellschaftsmitgliedern erhofft.¹⁰² Georg Vobruba nennt das positive Anbindung von Interessen an den Gesellschaftsbestand, wodurch sich gleichzeitig die "Trägerschaft der gesellschaftlichen Bestandsinteressen verbreitert" hat.¹⁰³

Krisen lassen sich aber selten rasch beseitigen. Ihre Auswirkungen müssen bis zur ihrer Überwindung mit Hilfe verschiedener Instrumentarien abgefedert werden. In derartigen Phasen erfreuen sich auch Gemeinschaft und der *common sense*¹⁰⁴ einer besonderen

¹⁰¹ Beck, Ulrich 1991(b): Von der Vergänglichkeit der Industriegesellschaft, in: Ders.: Politik in der Risikogesellschaft, Frankfurt/M., S.38.

¹⁰² Vobruba, Georg 1986: Die populistische Anrufung der Gemeinschaft, in: Dubiel, Helmut (Hg.), a.a.O., S.238.

¹⁰³ Ebd, S.238.

¹⁰⁴ Zu "common sense" vgl. Kebir, Sabine 1986: Zum Begriff des Alltagsverständes ("senso comune") bei Antonio Gramsci, in: Dubiel, Helmut (Hg.), a.a.O., S. 74-83. Hall, Stuart, a.a.O.,

Beliebtheit. Es kann im partikularen Interesse an ein als Gemeinschaft definiertes Segment appelliert werden, den Gürtel zum angeblich eigenen Schutz enger zu schnallen, sich auf moralische oder religiöse Werte zu besinnen oder sich schlicht auf den gesunden Menschenverstand zu verlassen.

Gemeinschaftliche Ideologien wie der aus den USA stammende Kommunitarismus erleben eine Renaissance. Die Anhänger des (Neo-)Kommunitarismus beklagen den Verlust moralischer Kategorien, den fortgeschrittenen Wissenschaftsglauben, die Entfremdung zwischen den Menschen und, summa summarum, die Hegemonie des Liberalismus.¹⁰⁵ Andreas Beierwaltes zieht eine Linie des Kommunitarismus, die von protestantischen Einwanderern und ihrem 1789/91 kumulierten Protest gegen die Bundesverfassung über die von verarmten Farmern gegründete People's Party¹⁰⁶ bis zu modernen Strömungen reicht, wobei er hier zwischen praktischem und philosophischem Kommunitarismus unterscheidet.¹⁰⁷ Dessen Vertreter fordern eine Rückbesinnung auf traditionelle Tugenden,¹⁰⁸ die Abkehr vom Individualismus oder wie zum Beispiel Robert Unger den "konterrevolutionären Kampf" gegen den Liberalismus mit dem Ziel "einer ordnungstiftende(n) Zerstörung falscher Konventionen".¹⁰⁹

Während Beierwaltes den Kommunitarismus als notwendige Ergänzung des Liberalismus bezeichnet, kommt Stephen Holmes zu einem anderen Schluß: Der Grundfehler des Antiliberalismus - wie

118ff. Vgl. auch Gruppi, Luciano 1977: Gramsci - Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats, Hamburg.

¹⁰⁵ Vgl. Taylor, Charles 1992: Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus, Frankfurt/M. MacIntyre, Alasdair 1987: Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart, Frankfurt/M., New York. Sandel, Michael 1982: Liberalism and the Limits of Justice, Cambridge.

¹⁰⁶ Als Bewegung hat sie nicht lange überlebt, weil ihre Anführer es abgelehnten, mit den Arbeitern eine gemeinsame Basis zu finden. Allerdings wurden zahlreiche Forderungen, wie z.B. Kartellgesetzgebung oder das Wahlrecht, erfüllt. Beides hat bis heute Bestand. Vgl. dazu auch Abromeit, Heidrun 1993, a.a.O., S.101ff.

¹⁰⁷ Beierwaltes, Andreas 1995: Das Ende des Liberalismus? Der philosophische Kommunitarismus in der politischen Theorie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B43/95, S. 25ff.

¹⁰⁸ Beierwaltes bezeichnet das Postulat, daß "eine moralisch handelnde Person auf die Existenz eines Wertekanons angewiesen" sei, als kommunitaristische Grundposition. Ebd., S.28.

¹⁰⁹ Ludger Heidbrink 1995: Verzerrts Bild: Stephen Holmes beleuchtet die Tradition des Antiliberalismus, in: Die Zeit, 1.12.1995 (Beilage Politisches Buch).

des Kommunitarismus als dessen "weiche" Erscheinung - besteht "neben der messianischen Aufladung des Gemeinschaftsbegriffs und einer moralischen Überbewertung des Sozialen darin, daß nicht hinreichend zwischen liberaler Theorie und liberaler Gesellschaft unterschieden wird".¹¹⁰ Ihm wird jedoch von Ludger Heidbrink vorgeworfen, den Fehler zahlreicher antiliberaler Strömungen insofern zu perpetuieren, als er ebenfalls auf der Ebene liberaler Theorie und nicht auf der Grundlage gesellschaftlicher Faktizität argumentiert. Er schließt seine kritische Auseinandersetzung mit Holmes mit der Feststellung, daß die antiliberalen Kultur- und Gesellschaftskritik den Blick für die Unzulänglichkeit demokratischer Gesellschaften, "die nicht zuletzt in dem blinden Vertrauen auf die Heilkraft der liberalen Rationalität liegt", schärfen kann.¹¹¹

Der Kommunitarismus sowie andere semi- oder antidemokratischen Strömungen postulieren eine über alle Partikularinteressen hinausgehende Gemeinschaft mit gemeinsamen Werten, die danach strebe, sich selbst zu erhalten, und die sich von anderen Gemeinschaften/Segmenten abgrenzt.¹¹² Auch die Grundlagen der modernen bürgerlichen Gesellschaft - demokratische Legitimation und Repräsentation, formaljuristische Chancengleichheit, Partizipation, Wohlstand und Wohlfahrt etc. - verbinden die Bürger mit dem System. Ihnen ist die grundsätzliche Identifikation mit ihm und das Interesse an seinem Bestand gemein. Daraus zieht Vobruba den Schluß, daß damit auch "alle Gesellschaftsmitglieder zugleich Träger von und Adressaten für Gemeinschaftsideologie" seien.¹¹³ Allerdings darf aus dem zurecht postulierten gemeinsamen Interesse am Systembestand nicht die Existenz einer Gemeinschaft mit gleichen Interessen abgeleitet werden. Gemeinschaftsideologie wäre - auch bei großzügiger Auslegung des Begriffs - keine Ideologie, wenn alle gesellschaftlichen Fraktionen sie gleichermaßen artikulieren und internalisieren. Hier muß differenziert werden. Wer redet von Gemeinschaft, und welche Interessen stehen dahinter? Wer darf Mitglied einer Gemeinschaft sein, und wer muß draußen bleiben? Wird Gemeinschaft gegenüber anderen Gruppen oder Gemeinschaften als erhöht oder als benachteiligt empfunden? Ist sie temporärer Zweck oder gilt sie als vorausgesetzt? Zielen die Gemeinschaftsappelle gegen das Establishment oder werden sie aus ihm heraus formuliert?

Die Inhalte der Appelle mögen, gleich von wem sie stammen, mitunter identisch sein, aber die dahinter stehenden Absichten sind verschieden. Gemeinschaftsideologie von oben dient vor allem dem

¹¹⁰ Ebd. Vgl. Holmes, Stephen 1995: Die Anatomie des Antiliberalismus, Hamburg.

¹¹¹ Heidbrink, Ludger 1995, a.a.O..

¹¹² Genau hier sieht Beierwaltes, Andreas 1995, a.a.O., S.43f die Problematik des Kommunitarismus. Es werde nicht hinlänglich klar, wer zu der Gemeinschaft zähle und wer nicht.

¹¹³ Vobruba, Georg 1986, a.a.O., S.238.

Ziel, eine klassenlose Gesellschaft vorzugaukeln. Sie richtet sich an jene, deren Wohlstandserwartungen, die in Wachstumsphasen befriedigt worden sind, nicht mehr erfüllt werden und in deren materiellen Besitzstand eingegriffen wird. Insofern kann die Gemeinschaftsideologie als eine Art Substitut für Wohlstandszuwachs bzw. dessen Bewahrung bezeichnet werden.¹¹⁴ Unter dem Strich kann die von *Outsidern* vorgetragene Gemeinschaftsideologie die gleiche Funktion erfüllen, es muß aber nicht in ihrem eigentlichen Interesse gelegen haben.

Neuere Untersuchungen über Wirtschafts- und Sozialpolitik, Wohlfahrtsstaat und moderne Gesellschaften kommen zu dem Schluß, daß populistische Politik eine Reaktion auf neoliberale Politik ist.¹¹⁵ Dabei kann der Neoliberalismus bei der Durchsetzung seiner Ziele populistische Taktiken anwenden oder provozieren. Diese Politik muß deshalb nicht zwingend "von oben" kommen, wie Pallaver in Anlehnung an den Fall Berlusconi meint.¹¹⁶

*Populistische Gemeinschaftsappelle und -anrufungen*¹¹⁷ müssen aber, schon allein um als berechtigt wahrgenommen zu werden, gegen das sogenannte Establishment zielen.¹¹⁸ Es bildet den **Adressaten** des

¹¹⁴ Allerdings sollte mit Hall bzw. Gramsci bedacht werden, daß der populistische Appell bei anhaltender oder sich verschärfender Krise zunehmend an Wert verlieren kann. Die von verschiedenen Interessen getragenen gesellschaftlichen Fraktionen können kollidieren und sind möglicherweise nur noch mit dem Mittel der Zwangsgemeinschaft zusammenzuhalten. Hall, Stuart 1982: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Haug, Wolfgang/Elfferding, Fritz (Hg.), a.a.O., S.112f.

¹¹⁵ Vgl. Menzel, Ulrich 1995: Die neue Unübersichtlichkeit, in der die Welt als Tollhaus erscheint. Globalisierung und Zersplitterung: zwei Megatrends, die sich diametral widersprechen, prägen die Gegenwart, in: Frankfurter Rundschau, 24.7.1995 (Dokumentation). Betz, Hans-Georg 1993: Krise oder Wandel? Zur Zukunft der Politik in der postindustriellen Moderne, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B11/93, S.11f. Zermeño, Sergio 1994, a.a.O.

¹¹⁶ Pallaver, Günther 1995, a.a.O., S.323.

¹¹⁷ Hall geht auf verschiedene Verwendungen des Begriffs ein. "Anrufung" unter marxistischer Perspektive heißt, die Subjekte als geformte soziale Subjekte ideologisch anzurufen. Die psychoanalytische Interpretation sieht das soziale Subjekt als Resultat widersprüchlicher Beziehungen. So ist auch die Anrufung den gleichen widersprüchlichen Beziehungen unterworfen. Hall, Stuart 1986: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Dubiel, Helmut (Hg.), a.a.O., S.96.

¹¹⁸ Vobruba, Georg 1986 a.a.O., S.222: "Je dramatischer die populistische Anrufung von Gemeinschaft ausfällt, um so drasti-

mit den Appellen verbundenen Protests. Ihm wird Machtbesessenheit und Korruptierbarkeit sowie die Komplizenschaft mit jenen Kräften vorgeworfen, die den Interessen des Volks entgegen handeln. Dies kann eine dirigistische Bürokratie, das Großbankenwesen, kosmopolitisches Denken oder Einwanderung sein.¹¹⁹ Mir erscheint es aber sinnvoll, nicht nur vom Appell zu sprechen, weil damit nur der Akteur im Mittelpunkt steht. Differenzierter ist "Gemeinschaftsbezug", denn die mit Gemeinschaft verbundenen Begriffe und Themen müssen den Bedürfnissen der angesprochenen gesellschaftlichen Gruppen entsprechen; wobei sicher auch diese Bedürfnisse gesteuert werden können. Komplementäre Elemente sind Abgrenzung, Ausgrenzung, Marginalisierung und Stigmatisierung.

3.2.4. Krise und Protest

Zusammenhang von Krise und Protest

Aus dem Vorhandensein einer problematischen gesellschaftlichen Phase läßt sich das Aufkommen politischen Protests nicht kausal ableiten. Ein Zusammentreffen ist an folgende Voraussetzungen geknüpft: 1. an individuelles/kollektives Krisenempfinden und 2. an das Mißtrauen gegenüber Parteien und deren Repräsentanten, das sich zudem in ein Mißtrauen auch gegenüber den herrschenden Strukturen ausweiten kann.¹²⁰ Krise und Protest können demnach nicht in einem isolierten Verhältnis von Ursache und Wirkung betrachtet werden. Protest richtet sich gegen jemanden. Damit rückt der Protestadressat in den Blickpunkt des Interesses.

Parteienrepräsentanten, vor allem aber mit Parteien identifizierte Systemrepräsentanten aus Parlament und Regierung stehen anders als andere Eliten stets im Zentrum der meist medialen Öffentlichkeit. Aufgrund ihrer Omnipräsenz werden sie von weiten Teilen der Gesellschaft folglich als die Macher des Systems angesehen,¹²¹ und sie begreifen sich aufgrund ihrer Stellung und trotz aller eingeräumten Sachzwänge¹²² selbst als solche. Sie werden daher als Verursacher von Krisen wahrgenommen oder verdächtigt, diese nicht

scher geht es um die Zurückdrängung und Pönalisierung von Interessensverfolgung."

¹¹⁹ Ernst, Werner W. 1987, a.a.O., S.12.

¹²⁰ Vgl. Bredow, Wilfried/Brocke, Rudolf H. 1987: Krise und Protest, Opladen, S.14.

¹²¹ Plasser Fritz 1985: Elektronische Politik und politische Technostruktur reifer Industriegesellschaften. Ein Orientierungsversuch, in: Ders./Ullram, Peter A./ Welan, Manfred (Hg.): Demokratierituale, Wien, S.9-32.

¹²² Beck, Ulrich 1991(a), a.a.O., S.51: "Bis heute gilt: Selbstbestimmung und Demokratie, ja, aber nicht angesichts des Imperialismus von Technik, Wissenschaft und Industrie."

bewältigen zu können oder in Kauf zu nehmen. Damit erfüllt die etablierte (Partei-)Politik eine Art Pufferfunktion zwischen (Wahl-) Bevölkerung und bürokratischen und wirtschaftlichen Eliten, die ich etwas überspitzt formuliert als die oben genannten Sachzwänge bezeichne.¹²³ Sie steht zugleich im Spannungsfeld von Modernisierung und Stagnation. Aus diesem Grund sind (partei)politische Repräsentanten immer wiederkehrenden Mißtrauensschüben ausgesetzt. Die Tatsache, daß Protest sich zuerst und häufig ausschließlich gegen sie richtet, liegt in der Logik des Systems.¹²⁴ Demgegenüber steht die Strategie der herrschenden Ökonomie, Gesellschaftsentwicklung als "Naturgewalt" darzustellen: "Einbruch im Wirtschaftswachstum", "prosperierende Konjunktur" und so fort.

Exkurs: Wandel des Parteiensystems

In vielen modernen Demokratien ist eine Veränderung der Parteiensysteme zu konstatieren.¹²⁵ Dieser Wandel wird durch sinkende Wahlbeteiligung, größere Abstimmungsflexibilität plus Wahlenthaltung, verstärkte Wahl gemäßiger Parteien, Veränderungen der Selbstverortung auf der Links-rechts-Skala und die Etablierung parteipolitischer Neuerscheinungen angezeigt. Plasser und Ulram diskutieren unterschiedliche Erklärungsmodelle. Als wenig aufschlußreich und durch vergleichende internationale Studien zum Teil widerlegt bezeichnen sie dabei jene Modelle, die von einer programmierten Erosion (Decline-of-Parties-Theorien) oder einer fundamentalen Axialverschiebung westlicher Parteiensystem ausgehen.¹²⁶ Bereits 1988 hatte Plasser den Ansatz von Russell Dalton, Scott Flanagan und Paul Allan Beck mit den Begriffen "modische Krisendiagnosen, suggestive Krisenbeschwörungen und spekulative Wandlungsprognosen" kritisiert.¹²⁷ Ihr vielzitiertes Modell

¹²³ Vgl. auch Lackner, Herbert 1993: Das Ego-Prinzip, in: profil 29/1993, S.11.

¹²⁴ Vgl. Lenk, Kurt/Neumann, Franz 1969: Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied.

¹²⁵ Vgl. zu den heute existierenden Parteien in westlichen Demokratien, die sich gemäß der bekannten Cleavage-Theorie von Lipset/Rokkan an vier Konfliktlinien entlang herausgebildet haben, Lipset, Seymour M./Rokka, Stein 1967: Cleavage Structure, Party Systems and Voter Alignment. An Introduction, in: Dies. (Hg.): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York, S.1-64.

¹²⁶ Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. 1992, a.a.O., S.147-164. Internationale vergleichende Studien bestätigen danach "erhebliche Variationen, länderspezifische Trends und gegenläufige Entwicklungen, die pauschale Niedergangsthesen widerlegen" (ebd., S.147).

¹²⁷ Plasser, Fritz 1988: Das österreichische Parteiensystem zwischen Erosion und Innovation. Eine empirische Langzeitanalyse, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hg.): Das österreichische Parteiensystem, Wien, S. 53-78.

teilt Wandlungsdynamik von Parteiensystemen in verschiedene Phasen: Zeiträume relativ geringer Abstimmungsschwankungen (stable realignments) signalisieren ein stabiles Parteiensystem. Als innovative Phase (realignment) wird die Veränderung der Grundstruktur eines Parteiensystems bezeichnet. Von Erosion (dealignment) sprechen die Autoren, wenn Parteibindungen aufgrund einer Überlagerung klassischer Parteiendifferenzen durch neue thematische Konfliktlinien zunehmend schwächer werden.¹²⁸

Neuere Ansätze der Parteienforschung fordern eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Wandlungsfaktoren (vorübergehende Veränderungen, beschränkter Wandel, genereller Wandel und Systemtransformation). So verlangt Mair, diese Erscheinungen insgesamt zu spezifizieren und zwischen "systemic change" und "party-related-change" zu differenzieren und dem Parteienwettbewerb sowie strategischen Entscheidungen der Parteien mehr interpretativen Raum zu geben.¹²⁹ Insbesondere Konzepte, die auf hochaggregierten Datenreihen basieren, vermögen dies nicht. Vor allem geben derartige Daten nur bedingten Aufschluß über die gesellschaftlichen Hintergründe dieses Wandels.

Hans-Georg Betz nennt als wichtige Ursache für diesen Wandel den seit zwei Jahrzehnten anhaltenden Modernisierungsprozeß, der durch technische Innovation und Spezialisierung von Beschäftigungsprofilen einerseits und Überwindung der fordistischen Massenproduktion andererseits gekennzeichnet ist.¹³⁰ Von Bedeutung ist zudem die Erweiterung des tertiären Sektors sowie die "Ausweitung des Wohlfahrtsstaates sowohl hinsichtlich des Anteils der staatlichen Transferleistungen am Bruttosozialprodukt als auch des Anteils der Beschäftigten im öffentlichen Dienst".¹³¹ Dieser Wandel mit nachhaltigen Folgen auf das Konsum- und Arbeitsverhalten, Lebensplanungen und Wertorientierungen hat vor allem linkslibertären und rechtspopulistischen Strömungen genutzt.¹³² Sie stellen die herkömmlichen Parteiensysteme in Frage, tragen aber auf der anderen Seite zu ih-

¹²⁸ Dalton, Russell J./Flanagan, Scott C./Beck, Paul Allan (Hg.) 1984: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment?, Princeton, New Jersey.

¹²⁹ Mair, Peter 1989(a): The Problem of Party System Change, in: Journal of Theoretical Politics 1, S. 251-276. Mair, Peter 1989(b): Continuity, Change and the Vulnerability of Party, in: West European Politics 12, S. 169-187. Vgl. auch: Bartolini, Stefano/Mair, Peter 1990: Identity, Competition and Electoral Availability. The stabilization of European electorates 1885-1985, Cambridge. Rose, Richard/MacAllister 1990: The Loyalties of Voters, Cambridge.

¹³⁰ Vgl. Schumm, Wilhelm 1990: Transformationsprozesse im modernen Kapitalismus. Forschungsperspektiven zur Analyse industrieller Rationalisierung, in: Zapf, Wolfgang (Hg.), a.a.O., S.248ff.

¹³¹ Betz, Hans-Georg 1993, a.a.O., S.6.

¹³² Ebd., S.7ff.

rer Re-Stabilisierung bei, indem sie selbst integrale Akteure dieser Systeme werden.¹³³

Das durch institutionelle Rahmenbedingungen, exogene Prozesse und strukturelle Trends geprägt Parteiensystem verändert sich insbesondere in kritischen gesellschaftlichen Phasen. Die strategischen Entscheidungen der Partieliten bestimmen dabei wesentlich Richtung, Tempo und Intensität des Wandels.¹³⁴ Parteien und Wähler werden so zu sich wechselseitig verstärkenden Motoren sozio-politischer Veränderungen, durch sie aber gleichzeitig verunsichert und in ihrer Entscheidungskompetenz möglicherweise gelähmt. Dies bedeutet, daß Wandel nicht fließend, sondern ungleichzeitig verläuft. Ein den Wandel verstärkendes Moment kommt hinzu, wenn neue politische Formationen die Möglichkeit haben, in ein traditionelles Parteiengefüge einzudringen (wobei die Tatsache, daß sie in das System eindringen konnten, freilich selbst ein Indikator für Veränderungen ist).

Die meisten politischen Systeme Westeuropas offerieren den Bürgern in Bezug auf Abstimmungsentscheidungen nur wenige Möglichkeiten. Darauf kann durch eine höhere Bereitschaft zur politischen Teilnahme ("Einmischung") in Bürgerinitiativen und -bewegungen oder durch ein Votum für eine Partei reagiert werden, die sich für größere Bürgerkompetenzen ausspricht.

Das Wählen rechter, "volksnaher" und antielitärer Protestparteien findet sich dagegen eher bei Gruppen mit verhältnismäßig geringer Partizipationsbereitschaft oder -möglichkeit. Protestwahlverhalten, wo es noch kein Stammwahlverhalten ist, dient dabei auch dem Zweck, der traditionell bevorzugten Partei auf indirektem Weg die Meinung zu sagen. Stichwort Denkwahl. (Mit der erhöhten Bereitschaft, für unkonventionelle Parteien zu stimmen, deutet sich darüber hinaus eine Abkehr von der Elitenorientiertheit an.¹³⁵) Rechte Protestparteien werden also unter Umständen trotz ihrer inhaltlichen Aussagen gewählt.

¹³³ Ebd., S.12ff.

¹³⁴ Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. 1992, a.a.O., S.148. Vgl. zur Bedeutung strategischer Entscheidungen von Parteien und deren Entscheidungsträgern: Carmines, Edward G. 1991: The Logic of Party Alignments, in: Journal of Theoretical Politics 3, S.65-80.

¹³⁵ Inglehart, Ronald 1989: Cultural Change, Princeton.
Der Politikwissenschaftler Andreas Schedler setzt sich kritisch mit dem modern gewordenen "empirischen Konstrukt Politikverdrossenheit" auseinander und hinterfragt dabei vor allem die den Umfragedaten zugrundeliegenden Meßmethoden und Interpretationen. Schedler, Andreas 1993: Das empirische Profil der "Politikverdrossenheit". Ein Annäherungsversuch (auf der Grundlage von Austrian Life Style 1992), in: Institut für Höhere Studien, Forschungsberichte, Reihe Politikwissenschaft, April 1993, Wien.

Finden sie Zuspruch wegen ihrer Politik, so müssen folgende Aspekte berücksichtigt werden: 1. Die genannten Protestparteien sprechen *emotionale Bedürfnisse* an (Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, Wertschätzung¹³⁶), die von den etablierten Parteien nicht mehr befriedigt werden. Der politische Inhalt wird indirekt transportiert. 2. Es ist aber auch möglich, daß *politische Inhalte* von rechten Protestorganisationen deshalb Zuspruch finden, weil sie bereits vorhandene, bislang aber tabuisierte oder überlagerte Meinungen thematisieren.¹³⁷ Die beiden Punkte lassen sich nicht strikt voneinander trennen, da Meinungen Ergebnisse von Kommunikations- und Interaktionsprozessen sind.

Exkurs: Protest von Neuen Sozialen Bewegungen

An dieser Stelle möchte ich **kurz** die Unterschiede zwischen Neuen Sozialen Bewegungen¹³⁸ und rechts orientierten Protestparteien ansprechen,¹³⁹ weil in verschiedenen, vor allem journalistischen Beiträgen häufig beides als populistisch bezeichnet wird.

Erweiterung von Bildungschancen und zunehmende soziale Absicherung waren wesentliche Voraussetzungen, unter denen sich Neue Soziale Bewegungen entwickeln konnten.¹⁴⁰ Die industrielle

¹³⁶ Alain Bihl nennt als einen Erfolgsgrund des FN: "Zu allerletzt aber, im Moment des schmerzlichen Gefühls, von allen verlassen zu sein, bietet die Dramaturgie der FN ihren Anhängern eine neue Identität und Würde: das Gefühl, Franzose zu sein, und darüber hinaus das Versprechen einer kollektiven Rettung." Bihl, Alain 1995: Le Pen frißt sich in die Seele der Arbeiter. Sozialabbau - eine Chance für die extreme Rechte in Frankreich, in: Le Monde diplomatique (Beilage der taz/woz), Dezember 1995, S.9. Vgl. auch: Ders. 1995: Pour en finir avec le Front national, Paris.

¹³⁷ Balibar, Etienne 1990, a.a.O., S.261ff führt aus, daß offener Rassismus nur *eine* Form bereits existenter, in materiellen, psychischen und soziopolitischen Strukturen angelegter Resentiments sei. "Angesichts der Existenz einer latenten rassistischen Struktur und des Konflikts zwischen dieser Struktur und der dem offiziellen Humanismus des liberalen Staats innewohnenden Zensur schlage ich vor, ihn den 'Übergang zur Tat' zu nennen (die Abstufungen reichen vom Diskurs bis zur 'individuellen' Gewalt, von dieser bis zur organisierten Bewegung (...))." (Zitat S. 263).

¹³⁸ Der Begriff orientiert sich an Raschke, Joachim 1988, a.a.O., S.411ff.

¹³⁹ Vgl. auch Betz, Hans-Georg 1993, a.a.O.

¹⁴⁰ Vgl. Gottweis, Herbert 1992: Neue soziale Bewegungen in Österreich, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems in Österreich, Wien, S.310. Brand, Karl-

Modernisierung in der Nachkriegszeit und der dadurch stetig wachsende Wohlstand ermöglichten eine Aufweichung vormals fester sozialer Gefüge, in denen "soziale Schicht, Einkommenslage, Beruf, Ehepartner und politische Einstellung meist aus einem sozialen Guß waren."¹⁴¹ Zugleich haben Wachstum und Wohlstand die Kritiker- und Protestgeneration produziert, die sich gegen die Wachstumsphilosophie richtet. Die Angst vor Krieg und Umweltzerstörung hat aber in der Regel nicht lähmend gewirkt, sondern Menschen zur politischen Teilnahme motiviert, die zur Erweiterung der Erfahrungshorizonte führte; neue (kollektive) politische, soziale und kulturelle Identitäten wurden gefunden.

Im Votum für rechts orientierte Protestparteien kommt dagegen die (individuelle bzw. individualisierte) Angst vor dem Verlust der materiellen und sozialen Basis zum Ausdruck.¹⁴² Schon alleine der zeitlich/ökonomische Vergleich der Erfolge dieser und jener Strömungen verweist auf diese Unterschiede. Zudem teile ich die Auffassung Joachim Raschkes, wonach die Entstehungsgrundlagen alternativer Bewegungen sich einem "wie weit auch immer gedehnten (...) Krisenbegriff entziehen", es sei denn man würde jeden Interessen- und Wertekonflikt als Krise bezeichnen.¹⁴³

Die Organisationen populistischen Protests

Eine Analyse der Bedingungen populistischer Politik sagt noch nichts über ihre unmittelbaren Träger aus. Zunächst ist festzuhalten, daß der populistische Moment in der Regel keine eigenen Organisationen kreiert. Vielmehr ist davon auszugehen, daß bereits länger existente Organisationen kurz- oder mittelfristig begünstigt werden und unter Umständen in das jeweilige Parteiensystem dauerhaft eindringen. Daraus ergibt sich auch die ideologische, taktische und formative Verschiedenartigkeit der von diesen Momenten profitierenden Akteure und die Schwierigkeit, sie unter einen einheitlichen Begriff zu fassen. Schließlich würde sich die Katze mit der Behauptung, daß die Nutzniesserinnen populistischer Momente populistische Parteien wären, in den Schwanz beißen.

Canovan, Puhle und andere haben bereits ein Merkmal genannt, durch das sich diese Organisationen auszeichnen und das ihren politischen Standort markiert: Sie agieren außerhalb des sogenannten Establishments, und sie agieren gegen das Establishment.¹⁴⁴

Werner (Hg.) 1985: Neue Soziale Bewegungen in Westeuropa und in den USA. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt/M.

¹⁴¹ Beck, Ulrich 1991(a), a.a.O., S.41.

¹⁴² Hoffmann, Hans-Joachim 1993: Die Angst als Kapital der rechten Verführer, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr.5, 29. Januar 1993.

¹⁴³ Raschke, Joachim 1988, a.a.O., S.161.

¹⁴⁴ Vgl. das Kapitel 2.6.

Maria Antonietta Confalonieri sumiert sie unter den Begriff "politische Familie", ohne davon auszugehen, daß alle strukturellen, ideologischen und rhetorisch-strategischen Merkmale identisch sind oder sein müssen.¹⁴⁵ Die von ihr als xenophob und populistisch bezeichneten Familienmitglieder sind durch eine grundsätzliche Anerkennung demokratischer Prinzipien bei Favorisierung plebiszitärer Entscheidungsformen bestimmt.¹⁴⁶ Confalonieris Absicht, zu bündeln und dabei Unterschiede zuzulassen, ist ein weitreichender, aber auch problematischer Typologierungsversuch. Die von ihr genannten Merkmale dieser politischen Familie sind für eine Klassifikation zu unpräzise. Vor allem führt sie nicht näher aus, aus welchem Grund sie diese Organisationen als populistisch bezeichnet, womit wir bei der Problematik des Sich-im-Kreise-Drehens angelangt sind. Zudem bleibt sie die Antwort schuldig, wo die Grenze zwischen der demokratischen und der antidemokratischen Rechten verläuft, wobei diese Grenzen mehrfach zu ziehen wären: einerseits innerhalb der nicht etablierten Rechten und andererseits zwischen ihr und ihren Segmenten und der - ebenfalls nicht homogenen - institutionalisierten Rechten.

Andreas Schedler favorisiert den Begriff "antipolitische Parteien", die durch Mobilisierung gegen das politische Establishment determiniert sind. Ihrer politischen Botschaft zufolge sind alle anderen Parteien gleich: "Nicht Wettbewerb, Kartellbildung treibt sie an. Daß sie im Plural auftreten, ist nur Illusion (...). In Wirklichkeit steht der Gegner im Singular. Regierung und Opposition sind identisch, ihre Konfrontation ein blosses Schattenboxen."¹⁴⁷ Problematisch finde ich die bei Schedler zum Ausdruck kommende Annahme, daß etablierte (Parlaments-)Politik "politisch" und gegen sie opponierende Politik "unpolitisch" sei. Vor allem vernachlässigt er taktische Entscheidungen der sogenannten unpolitischen Akteure, die (auch) aufgrund der Dominanz traditioneller Parteien und Politiken auf die von ihm ausgeführten Stilmittel zurückgreifen, um auf sich aufmerksam zu machen und ihr Vorhandensein zu legitimieren. Politische Newcomer präsentieren sich oft schon allein wegen ihres Neuseins als Generalopposition und können nach einigen Wahlerfolgen durchaus ihren Platz im Parteiensystem finden und dort (auch konstruktiv) agieren (etwa deutsche und österreichische Grüne oder die skandinavischen Fortschrittsparteien, die er neben zahlreichen anderen Parteien unter diesen Begriff gefaßt hat). Im Grunde basiert dieser "Typ", auch wenn der Begriff "antipolitisch"

¹⁴⁵ Confalonieri, Maria Antonietta 1991, a.a.O..

¹⁴⁶ Auf dieser Ebene wird deutlich, daß Protest gegen politische Eliten zwei Aspekte beinhaltet: 1. Sie sind Adressaten politischen Protests. 2. Ihre korporatistischen Gestaltungsprinzipien widersprechen tendenziell populistischen Vorstellungen von Gesellschaftsorganisation. Vgl. dazu auch: Borcio, Roberto 1991: La Lega come attore politico: dal federalismo al populismo regionalista, in: Mannheimer, Renato (Hg.): La Lega Lombarda, Milano, S.66.

¹⁴⁷ Schedler, Andreas 1994, a.a.O., S.8.

populär geworden ist, auf einem Minimum an Merkmalen. Sie sind wenig scharf, und zudem lassen sich aus ihnen weder ideengeschichtliche noch solche Erkenntnisse gewinnen, die Aufschluß über die Intentionen der so bezeichneten Organisationen geben.

Kehren wir also zu meiner Ausgangsüberlegung zurück, wonach ein populistischer Moment keine organisationskreierende Wirkung hat. Daß die davon profitierenden Organisationen sich nicht unter einen strengen Begriff fassen lassen, hat nicht zuletzt mit ihrer bereits zuvor bestehenden Unterschiedlichkeit zu tun. Es wäre geradezu aberwitzig zu vermuten, daß separatistisch/föderalistisch denkende Parteien ein erfolgreiches Äquivalent in Frankreich oder anti-wohlfahrtsstaatliche Formationen im angelsächsischen Raum einen Platz fänden. Die Liste nationaler und nicht einfach globalisierbarer Spezifika ließe sich mühelos fortsetzen. Sicherlich existieren zwischen den Parteien zum Teil bedeutende weltanschauliche Übereinstimmungen. Rechtsextrem, äußerst rechts, rechts - dies alles sind Begriffe, die aber nicht für alle Parteien zutreffen. (Rechte) Protestpartei wiederum kann nur für eine grobe Kennzeichnung, für eine pragmatische Unterscheidung, nicht aber typologisierend verwandt werden. Dies mag einer der Gründe dafür sein, daß sich (rechts-) "populistisch" so großer Beliebtheit erfreut, obgleich es konzedertermaßen schon ein wenig mehr ist als eine bloße Verlegenheitsbezeichnung.

Ich gebe Confalonieri insofern Recht, als diese Parteien sich demokratisch präsentieren müssen (Wahlteilnahme) und die Legitimation der liberalen Gesellschaft nicht explizit in Frage stellen dürfen; gleichzeitig sind sie gezwungen, gegen den etablierten Politikbetrieb zu ag(it)ieren, um als tatsächliche Alternative dazustehen.

Drei wichtige Parteitypen, die unter dem Eindruck gesellschaftlicher Krisenereignisse erfolgreich geworden sind, lassen sich unterscheiden. Grundlage dieser Unterteilung sind ihre **zentralen** Issues.

1. Anti-Wohlfahrtsstaat-Parteien¹⁴⁸ wie in Skandinavien¹⁴⁹ oder die schweizerische Autopartei)¹⁵⁰;

¹⁴⁸ Gerda Bohnmann 1993: Paradigmata im Verständnis des Wohlfahrtsstaates. Zum Wiederaufleben der Staatstheorie in den Sozialwissenschaften, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1993/1, S.5-22.

¹⁴⁹ Wolff, Reinhard 1989: "Fortschrittsparteien" gegen den Fortschritt, in: Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hg.), a.a.O., S.144-150. Andersen, Goul Jorgen/Bjorklund, Tor 1994: Struktureller Wandel, neue Konfliktlinien und die Fortschrittsparteien in Dänemark, Norwegen und Schweden, in: Pappi, Franz Urban/Schmitt, Hermann (Hg.): Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien, Frankfurt/M., New York, S.57-90.

¹⁵⁰ Heller, Andreas 1989: Die Autopartei - Freie Fahrt für freie Bürger!, in: Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hg.), a.a.O., S. 102-103.

2. Anti(zentral)staatliche Parteien (z.B. Vlaams Blok,¹⁵¹ verschiedene norditalienische Ligen bzw. Lega Nord);

3. Nationalistische und identitätsorientierte Parteien (z.B. bundesdeutsche "Republikaner",¹⁵² Front National, Forza Italia¹⁵³).

Aufgrund spezifischer gesellschaftspolitischer Bedingungen erst einmal zu Erfolg gelangt (oder im Einzelfall entstanden), unterwerfen sich die genannten Organisationen genau wie andere Parteien dem Konkurrenzkampf um Stimmen und Mandate. Populistische Politik wehrt sich zwar "zunächst gegen den korporatistischen Geist und setzt auf die 'Anständigkeit' der einfachen Menschen. In der Praxis politischen Handelns jedoch sieht sich der Populismus zu korporatistischer Politik gezwungen."¹⁵⁴ Die Hoffnung, derartige Zwänge umgehen bzw. durchbrechen zu können, nennt Ernst schlicht einen Denkfehler.¹⁵⁵

3.3. Populismus tendenziell rechtspopulistisch

Eine Traditions- oder etablierte Partei¹⁵⁶ kann trotz aller wahrnehmbaren Veränderungen des Wählerverhaltens immer noch ein Wählerpotential mobilisieren, das traditionell und tendenziell dieser Organisation stärker als der jeweiligen Konkurrenz zuneigt. Dieses Potential fehlt insbesondere den vergleichsweise jungen Protestformationen. Sie können zwar durchaus weit zurückreichende ideologische Wurzeln haben. Allerdings fehlt ihnen zumindest zu Beginn ihrer elektoralen Karriere eine numerisch relevante und gewachsene Stammwählerschaft. Sie sind - auch weil die traditionellen Positionen von anderen Akteuren seit langem besetzt sind - weit

¹⁵¹ Europäische Gemeinschaften - Europäisches Parlament 1990, a.a.O., S.14ff. Trom, Danny 1990: Rechtsradikalismus in Belgien, in: Schulz, Hans-Jürgen (Hg.), a.a.O., S.108-114.

¹⁵² Hirsch, Kurt/Sarkowicz 1989: Schönhuber und seine Kreise, Frankfurt/M. Greß, Franz/Jaschke, Gerd/Schönekas, Klaus 1990, a.a.O..

¹⁵³ Pallaver, Günther 1995, a.a.O., S.317-328.

¹⁵⁴ Ernst, Werner W. 1987, a.a.O., S.17.

¹⁵⁵ Ebd., S.16.

¹⁵⁶ Vgl. Smith, Gordon 1984: Europäische Parteiensysteme - Stationen einer Entwicklung?, in: Falter, Jürgen, W./ Fenner, Christian/Greven, Michael Th. (Hg.): Politische Willensbildung und Interessensvermittlung, Opladen. Beyme, Klaus von 1982: Parteien in westlichen Demokratien, München. Stammen, Theo 1978: Parteien in Europa. Nationale Parteiensysteme. Transnationale Parteiensysteme. Konturen eines europäischen Parteiensystems, München.

stärker als andere Akteure gezwungen, ihre Programmatik und Aussagen an aktuellen Befindlichkeiten (oder Befindlichkeitsstörungen) zu orientieren, wenn sie ihren elektoralen und parlamentarischen Besitzstand wahren oder ausbauen wollen. Dabei bedienen sie sich durchaus alter, überlagerter oder tabuisierter Themen und Ressentiments. Es gibt Organisationen, denen es gelungen ist, anhaltende Konfliktlinien für sich zu nutzen und zugleich ein Thema dauerhaft zu besetzen.¹⁵⁷ Andere sind parallel zur Überwindung oder Abschwächung einer Krisenphase wieder relativ bedeutungslos geworden.¹⁵⁸ Dies muß aber nicht zwingend ihre völlige Atomisierung bedeuten. Im Falle neuer Konfliktlinien können sie durchaus wieder in Erscheinung treten, wie z.B. die norwegische Fortschrittspartei, die inzwischen als etablierte Partei bezeichnet werden kann.

In den bisherigen Ausführungen ist bereits die Relevanz gesellschaftlicher Krisenereignisse und der strategisch-rhetorische Umgang mit ihnen für den elektoralen Erfolg populistisch agierender Organisationen betont worden. Die sich in diesen Phasen manifestierenden Unsicherheitsgefühle innerhalb der Gesellschaft bzw. einzelner Segmente korrespondieren, von Grundängsten einmal abgesehen, mit den tatsächlichen Risiken des industriellen Systems. Gleichzeitig werden diese Risiken durch die Strukturen eben jener Gesellschaften bis zu einem gewissen Grad minimalisiert bzw. kompensiert.¹⁵⁹

Sicherheit "war zweifellos schon immer eine der grundlegenden Wertideen wohlfahrtsstaatlicher Gesellschaften".¹⁶⁰ Deshalb ist die Angst vor dem Verlust von sozialer, ökonomischer oder ökologischer Sicherheiten auch ein besonders geeignetes Betätigungsfeld für populistische Politik. "Den Wettkampf um die Ausbeutung von Angst und

¹⁵⁷ Z.B. der Front National mit seinem Schwerpunktthema Einwanderung oder der Vlaams Blok mit seinen Kernthemen Separation/Einwanderung.

¹⁵⁸ Etwa die die dänische und norwegische Fortschrittspartei, die nach ihren beachtenswerten Anfangserfolgen deutliche Einbußen haben hinnehmen müssen. Die norwegische Partei war zeitweilig ganz von der parlamentarischen Bildfläche verschwunden, das dänische Pendant dagegen nur erheblich geschwächt.

¹⁵⁹ Neben dem gesamten Bereich sozialstaatlicher Leistungen denke man auch an das umfangreiche Versicherungswesen, das nahezu alle Risiken abdeckt oder abzudecken vorgibt. Ewald weist zu Recht darauf hin, daß dieser diversifizierte und expandierte Sektor weder von Soziologen noch von Juristen oder Versicherungskaufleuten selbst als wichtiges soziales Phänomen wahrgenommen wird. Ewald, François 1991: Die Versicherungsgesellschaft, in: Beck, Ulrich (Hg.): Politik in der Risikogesellschaft, Berlin, S. 288-301. Vgl. auch: Lau, Christoph 1991: Neue Risiken und gesellschaftliche Konflikte, in: ebd., S.248ff.

¹⁶⁰ Lau, Christoph 1991, a.a.O., S.248.

Furcht gewinnt nur, wer diesen mehr oder minder diffusen Gefühlen einen eindeutigen Anhaltspunkt gibt".¹⁶¹ Dabei liegt es im Interesse des politischen Systems, daß diese Ängste nicht auf das System selbst, sondern auf angebliche Bedrohungen von außen gelenkt werden. Dafür stehen namentlich z.B. internationale und organisierte Kriminalität, Masseneinwanderung und auf einer etwas abstrakteren Ebene auch der islamische Fundamentalismus.

Die Abhängigkeit populistischer Politik von Krisen(erscheinungen) und von Sicherheitsbedürfnissen, die sich unter dem Eindruck von Krisen potenzieren, ist den Strategen der hier relevanten Parteien kaum verborgen geblieben. Dies bedeutet, daß sie auch in für sie weniger günstigen Perioden an latent vorhandene Ängste appellieren müssen, um mit den so erzeugten (Miß-)Stimmungen zu balancieren und eine Gemeinschaft von Betroffenen gegen äußere und innere "Sicherheitsrisiken" zu konstituieren. Es muß mithin differenziert werden zwischen einem populistischen Moment und einer dadurch provozierten Politik, die sich auch dann zu behaupten versucht, wenn Krisenerscheinungen überwunden werden oder abgeschwächt sind. Sich im normalen Spannungsfeld bewegende Themen müssen dabei zu Konflikten stilisiert werden, um daraus die Legitimation der eigenen Politik ableiten zu können.¹⁶² Aufgrund dieser Abhängigkeiten von Stimmungen neigt die populistische Taktik nicht nur zur Vereinfachung von Problemen, sie lebt geradezu davon. Dies bedeutet Verzicht auf Aufklärung und konstruktive Kritik, Innovation und Kreativität. Populistische Politik ist, da sie mit Ängsten spekuliert, im Grunde archaisch. Aus diesem Grund vertrete ich die These, daß populistische Politik und die sich ihrer bedienenden Organisationen tendenziell rechtspopulistisch sind.

3.4. Etablierte Politik und Populismus

In der Literatur werden vielfach Politikstile von etablierten Parteien und deren Repräsentanten als populistisch bezeichnet. Meinen bisherigen Ausführungen ist zu entnehmen, daß ich diese Auffassung nicht teile. Zwar mag der Appell an das Zusammenstehen der Gemeinschaft und die Berufung auf *die Leute* oder *das Volk* zur politischen Auseinandersetzung gehören. Diesen Appellen fehlt aber ein entscheidendes Merkmal: Sie zielen nicht gegen das etablierte politische System *insgesamt*, sondern gegen parteipolitische Konkurrenz innerhalb dieses Kontextes, gegen einzelne Gesetzes-

¹⁶¹ Brumlik, Micha 1986, a.a.O., S.269. Vgl. auch Hoffmann, Hans-Joachim 1993, a.a.O., S.9.

¹⁶² In diesem Zusammenhang sei die Politik der Autopartei aus der Schweiz und die dänische Fortschrittspartei genannt. Beide Kräfte haben ihre Stimmen anfangs mit den Themen Steuern und Wohlfahrtsstaat erzielt. Nach elektoralen Verlusten konzentrierten sie sich jedoch auf den Bereich Einwanderung.

normen oder gegen die Bedeutung eines gesellschaftlichen Akteurs, nicht aber gegen seine Existenz.¹⁶³

Erinnert sei hier an die Urteile des deutschen Bundesverfassungsgerichtes, mit denen der staatlich verordnete Kreuz-Zwang in Schulen für verfassungswidrig und die Meinung, Soldaten seien Mörder, für verfassungskonform erklärt wurde. Die Richtersprüche haben zum Teil zu heftigen Auseinandersetzungen geführt; der Bestand des Gerichtes wurde von einzelnen Verbalinjurien abgesehen jedoch nicht in Frage gestellt.¹⁶⁴

Populistische Politikmuster können aber im Rahmen etablierter Politik entstehen oder aus ihr erwachsen. Ein Beispiel dafür ist der ehemalige Freidemokrat Manfred Brunner, der sich parallel zur Vollendung des EG-Binnenmarktes an die Spitze dagegen gerichteten Protests zu setzen versuchte.¹⁶⁵ Noch bemerkenswerter in diesem Zusammenhang ist die FPÖ. Sie hat in ihrer Parteigeschichte schon viele Stadien durchlaufen: Das der marginalisierten Partei, später das der etablierten Regierungspartei und unter Haider das der selbsternannten Opposition gegen die sogenannten Altparteien, zu denen sie wegen ihres langen Bestehens eigentlich auch zu zählen ist.

3.5. Das Interesse an populistischer Politik

Die Frage "Wem nutzt dies?" ist immer eine der spannendsten. Da populistisch agierende Parteien in Krisensituationen eine Funktion als zeitweiliges Auffangbecken haben können, möglicherweise anderen Akteuren Impulse geben, sie vielleicht zum Nach- oder Umdenken inspirieren oder eine Diskussion über die Hintergründe ihres Erfolgs bewirken, ist die Frage nach ihrem

¹⁶³ Problematischer ist es, wenn neue Akteure auf der politischen Bühne erscheinen. So waren die Grünen nach ihrer Gründung bzw. nach dem Einzug in den Bundestag mit erheblicher Ablehnung von etablierter Seite konfrontiert. Ihnen wurde sogar die Mitwirkungslegitimation abgesprochen. Allerdings haben sich die Grünen anfangs explizit als Alternative zum gesamten etablierten Apparat präsentiert. Vgl. Raschke, Joachim 1993: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln.

¹⁶⁴ Wider journalistisches Erwarten hat sich auch die Juristenversammlung der CDU im März 1996 nicht für eine Rüge in Richtung Karlsruhe ausgesprochen.

¹⁶⁵ Ihn fand man dann als antieuropäischen Autor im 1993er Jahrbuch des äußerst rechtslastigen Freiheitlichen Bildungswerkes wieder. Für dieses Jahrbuch war u.a. der Rechts-extreme Andreas Mölzer verantwortlich. Brunner, Manfred 1993: Die EG auf dem Weg zur politischen Union, in: Höbelt, Lothar/Mölzer, Andreas/Sob, Brigitte: Jahrbuch für politische Erneuerung 1993, Wien, 153-157.

gesellschaftlichen Nutzen verhältnismäßig einfach zu beantworten: Abstrakt betrachtet liegt der Nutzen populistischer Politik im Interesse des Systems und damit im Interesse weiter Teile der Gesellschaft.¹⁶⁶ Aber eben nur abstrakt betrachtet. Und wenn sie ein Übergangsphänomen bleibt. Kann sie überhaupt mehr sein als das? Da Populismus keine Ideologie, sondern überwiegend eine Taktik ist, die von verschiedenen, bereits skizzierten Organisationen angewandt wird, kann sie gar nicht mehr als eine temporäre Erscheinung oder eine Begleiterscheinung sein. Populistische Politik ist abhängig von und verknüpft mit der Ideologie oder den Absichten der jeweiligen Organisation. Wenn es ihr - theoretisch - gelänge, hegemoniefähig zu werden, so wäre das System über eine bestimmte Ideologie oder Grundhaltung bestimmt; es wäre vielleicht ein rassistisches, ein nationalistisches oder ein föderalistisches (Lega Nord), aber kein "populistisches System".

Wer aber sind - so es sie gibt - die konkreten Profiteure? In vielen Beiträgen über Populismus scheint die Antwort klar: Populistische Politik nutzt in erster Linie den wirtschaftlichen Eliten. Oder etablierten Parteien, die mit Hilfe populistischer Vereinfachung Gesetze auf den Weg bringen, die ohnedies ihren Absichten entgegenkommen. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die europäische Diskussion über Immigration und Immigrationsbeschränkung. Doch gerade in diesem Bereich läßt sich feststellen, daß ein emotionalisiertes Klima Parteien und ihre Vertreter zum symbolischen, juristischen und politischen Handeln gegen die von ihnen (mit) provozierten Stimmungen zwingt. So hat beispielsweise die österreichische Regierung parallel zu der von der FPÖ initiierten Volksabstimmung "Österreich zuerst"¹⁶⁷ ein äußerst rigides Einwanderungsgesetz diskutiert und später verabschiedet, das den Vorstellungen der FPÖ weitgehend entsprach. Sowohl der Gesetzes- als auch der Referendumsinitiative sind die entsprechenden hitzigen Auseinandersetzungen vorausgegangen. Eine unmittelbare Folge davon war die erhöhte Gewaltbereitschaft gegen Immigranten, die schließlich zur Gründung der Initiative "SOS-Mitmensch" führte, in der zahlreiche, auch prominente Bürger aktiv sind. 1995 schließlich wurde das rigide Gesetz (auch auf internationalen Druck) erheblich entschärft. Ich habe dieses Beispiel herausgegriffen, um zu unterstreichen, daß populistische Politik nicht unbedingt den politischen Interessen etablierter Parteien entgegenkommt. Diese können, wie das Beispiel ebenfalls verdeutlicht, durch die Adaption solcher Themen auch in Legitimationsschwierigkeiten kommen.

¹⁶⁶ Zimmermann, Ekkart 1987, a.a.O., S.232 führt aus, daß politischer Protest durchaus positive Wirkung auf das System haben kann, nämlich "als Instrument des sozialen Wandels, als Herausforderung Träger Mehrheiten, als Trainingsareal für neues Führungspersonal, als Ort der Diskussion gesellschaftlicher Werte und ihrer kontinuierlichen Erneuerung und Festigung im Prozeß politischer Sozialisation".

¹⁶⁷ Freiheitliche Partei Österreichs (Hg.) 1993: Österreich Zuerst. Volksbegehren. 12 gute Gründe Punkt für Punkt, Wien.

Ein anderer Zusammenhang ergibt sich auf seiten der Industrie, die vielleicht ein Interesse daran haben mag, daß Probleme zu ihren Gunsten vereinfacht und zudem Forderungen erhoben werden, die sie selbst nicht ohne weiteres artikulieren kann oder will: Erinnert sei hier an die bundesdeutschen Industrie, die auf die wachsende Gewaltbereitschaft gegen "ausländische Inländer" mit Kampagnen geantwortet hat, die auf die Notwendigkeit liberaler Einwanderungspolitik verweisen, und die mit Blick auf innerbetrieblichen Frieden und Protest aus dem Ausland von Politikern entsprechend einwanderungsfreundliche Maßnahmen fordern, die diese zum Teil gar nicht erbringen wollen.

Zu behaupten, daß populistische Politik und deren gemeinschaftsappellativen, fremden- und verbände-feindlichen Forderungen *unmittelbar* im Interesse dieser oder jener Fraktion läge, wäre also eine grobe Vereinfachung. Daß diese Politik allerdings jenen nutzt, die zur "richtigen" Zeit mit den "richtigen" Themen aufwarten und somit Konstrukteure ihrer eigenen Karrieren samt der dazugehörigen Privilegien sind, ist eine einfache Erkenntnis. Sie sollte aber auch nicht unberücksichtigt bleiben.

3.6. Zusammenfassung

Populistische Politik läßt sich nur im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Krisenereignissen begreifen. Krise ist dabei das Zusammentreffen von einem unter zumeist konjunkturellen Zwängen verlaufenden tiefgehenden sozio-ökonomischen Wandel und die dadurch bedingten oder ermöglichten Veränderungen sozialer, politischer und ökonomischer Leitbilder. Bei den besonders betroffenen gesellschaftlichen Gruppen kann dies zur nachhaltigen und mehrschichtigen Verunsicherung über ihren gesellschaftlichen Stellenwert führen. Diese Voraussetzungen konstituieren einen populistischen Moment.

Die entstandenden Konfliktlinien werden durch den Gemeinschaftsrekurs *zeitweilig* neutralisiert und potentiell systemkritischer Protest in eine ungefährliche Richtung gelenkt. Gemeinschaftsideologie fungiert dabei als Substitut für reduzierte materielle und immaterielle Sicherheiten. Einerseits wird an eine imaginäre Gemeinschaft mit dem Ziel ihres Zusammenhalts appelliert. Andererseits stößt der Appell auf die Bereitschaft oder den Wunsch der angesprochenen Segmente, sich einer durch gleiche Lebensbedingungen, Interessen und Ansichten determinierten Gruppe zugehörig zu fühlen. Populistische Gemeinschaftsappelle grenzen dabei nicht nur bestimmte soziale Gruppen, sondern auch das politische Establishment als nicht zur Gemeinschaft gehörig oder gegen sie agierend aus.

Krisenerscheinungen sind eine wichtige Handlungs- und Legitimationsgrundlage populistischer Politik, die etablierte Parteien und ihre Repräsentanten verdächtigt, diese zu verursachen oder zu verschärfen. Eine Gesellschaft, in der die Thematisierung antagonistischer Klassen und Interessen überholt ist, entwickelt

notwendigerweise spezifische Formen politischen Protestes. Krise wird nicht als systemimmanent begriffen, sondern lediglich fragmentarisch mit der Folge einer mehr oder weniger bewußten Wahrnehmung von Vakuen.¹⁶⁸ Dies entspricht den Funktionsmechanismen der modernen bürgerlichen Gesellschaftskonzeption.¹⁶⁹

Populistische Politik formuliert ihre Maximen unter der Prämisse moralischer und organisatorischer Erneuerung der Politik und ist zugleich gezwungen, sich den Spielregeln der von ihr abgelehnten Politik zu unterwerfen. Die Forderung nach moralischer Erneuerung von Politik und Gesellschaft wird im Kontext vermeintlich gleicher Interessen einer postulierten Gemeinschaft formuliert. Gemeinschaftsappelle gehen einher mit sozialer Ausgrenzung und Protest gegen die politischen Eliten und ihre Strukturen. Hierbei handelt es sich um die Wesensmerkmale der aus dem populistischen Moment resultierenden Artikulations- und Handlungsmuster, die ich als populistische Politik bezeichne. Sie fungiert als eine Art Puffer zwischen den Segmenten, die sich verändern und denjenigen, die durch diese Veränderung verunsichert und protestbereit sind.

4. Einführung in den komparativen Block

Nach den theoretischen Ausführungen werde ich mich detailliert mit den in dieser Arbeit relevanten Organisationen auseinandersetzen. Dabei bediene ich mich des eingangs beschriebenen direkten und unmittelbaren Vergleichs, mit der die Besonderheiten und Entwicklungen der Parteien sowie die Bedingungen ihres Erfolgs analysiert werden. Besonders wichtig ist dabei eine Untersuchung der drei Parteiensysteme sowie eine Analyse sozio-ökonomischer Entwicklungsprozesse und gesellschaftlicher Krisenerscheinungen.

Diesem umfangreichen Komplex gehen zunächst zwei Kapitel über rechte Stammkulturen und Faschismus sowie die Entwicklung des Rechtsextremismus nach dem Zweiten Weltkrieg voraus. Obgleich diese Kapitel für meine *unmittelbaren* Fragestellungen wenig bedeutsam sind, halte ich das Nachzeichnen rechter Kontinuitäten in Österreich, Frankreich und Italien für wichtig. Denn deren Kenntnis schafft die Voraussetzung, die im Zentrum dieser Arbeit stehenden Parteien entsprechend zuzuordnen.

Es wird sich noch zeigen, daß die ideologische Einordnung der Lega Nord schwierig ist. Sie war sicher nie rechtsextrem und "doch auf ihre Weise von Anfang an extremistischer als die rechten Parteien Europas. Denn während diese Parteien ihren Nektar aus bestimmten Politikfeldern saugen, startete die Lega einen

¹⁶⁸ Vgl. Beck, Ulrich 1991(a), a.a.O., S.40-54.

¹⁶⁹ Vgl. Hobsbawm, Eric 1990, a.a.O., S.97. Ihm zufolge war es im Verlauf der Nationalstaatsgründungen von entscheidender Bedeutung, Staatsbürger zu schaffen, die sich mit dem bürgerlichen Staat identifizierten.

Generalangriff auf den italienischen Staat".¹⁷⁰ Obwohl sich die Lega in dieser Hinsicht also von den anderen Parteien unterscheidet, werde ich Italien in den beiden folgenden Kapiteln unter den gleichen Fragestellungen untersuchen wie Frankreich und Österreich. Dies ist aus Gründen der Vollständigkeit des Ländervergleichs geboten.

4.1. Rechtes politisches Denken in Frankreich, Italien und Österreich - Stammkultur und Faschismus

Im Zentrum des folgenden Kapitels stehen jene rechte Strömungen, die in Frankreich, Italien und Österreich eine lange Tradition haben oder von besonderer Bedeutung sind. Ihre völlig trennscharfe Systematisierung ist allerdings nicht möglich, was "Koalitionsbildungen" miteinander konkurrierender Strömungen ebenso verdeutlichen wie die Entwicklung der Rechtsextremismen nach dem Zweiten Weltkrieg, die im anschließenden fünften Kapitel untersucht werden.

4.1.1. Frankreich

Gemeinhin und zurecht werden die Wurzeln rechten politischen Denkens auf die gegenrevolutionären Bewegungen des 18. und 19. Jahrhunderts zurückgeführt. Aber auch die Revolution selbst schuf mit dem Nationalstaat die Bedingung für rechtes und insbesondere für nationalistisches Denken: "Die dominierende Bourgeoisie und die bürgerlichen Gesellschaftsformationen haben sich wechselseitig durch einen 'Prozeß ohne Subjekt' konstituiert, indem sie den Staat in der nationalen Form umstrukturierten und den Status sämtlicher Klassen veränderten, was die gleichzeitige Genese von Nationalismus und Kosmopolitismus verständlich macht".¹⁷¹ Zugleich wurde mit der Emanzipation des aufstrebenden Bürgertums die Entwicklung des Besitzstandskonservatismus eingeleitet.¹⁷²

Während hier eher von abstrakten Entwicklungsprozessen die Rede ist, wende ich mich nun den explizit gegenrevolutionären Strömungen zu. Dazu zählen royalistisch-klerikale Kräfte, das organisierte gegenrevolutionäre Bürgertum sowie der Bonapartismus als Negation von Ancien régime und bürgerlichem Parlamentarismus.

¹⁷⁰ Braun, Michael 1994: Italiens politische Zukunft, Frankfurt/M., S.110.

¹⁷¹ Balibar, Etienne/Wallerstein, Imanuel 1990, a.a.O., S.112.

¹⁷² Brumlik, Micha 1986, a.a.O., S.226.

Der bislang umfassendste Systematisierungsversuch¹⁷³ geht auf René Rémond zurück:¹⁷⁴

1. Als entschiedenste gegenrevolutionäre Strömung bezeichnet er die vor allem in der Restaurationszeit einflußreichen Royalisten, deren Weltanschauung sich über die Action française bis zum heutigen katholischen Integrismus sowie zur neurechten Denkschule Groupement de Recherche et d'Études pour la Civilisation Européenne (GRECE) weiterverfolgen läßt.¹⁷⁵ Allerdings ist mit Marieluise Christadler darauf hinzuweisen, daß GRECE aufgrund seiner antichristlichen Ideologie nicht der Kernfamilie der Legitimisten zuzuordnen ist.¹⁷⁶

2. Die liberal-konservativen Orléanisten, während der Juli-Revolution entstanden, vertraten die Interessen des aufstrebenden Bürgertums, das zwar vom Kapitalismus profitierte, seiner Geburtshelferin Revolution aber skeptisch gegenüberstand.¹⁷⁷ Als vorläufig letzte Strömung dieser Gruppe nennt Rémond den Giscardismus.¹⁷⁸

3. Die 1848 gegründete und aus Anhängern des 1851 durch Staatsstreich an die Macht gelangten Louis Bonaparte bestehende bonapartistische Bewegung vereinigte unterschiedliche autoritäre und nationalistische Strömungen. Im Boulangismus und anderen nationalistischen sowie antisemitischen Organisationen, in verschiedenen Zwischenkriegslogen, schließlich im Gaullismus und Poujadismus sieht Rémond die Tradition des Bonapartismus weiterleben bzw. neu aufgelebt.

In den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts wurde Frankreich nach einer kurzen Phase sozialer und bildungspolitischer Reformen von der großen Depression erfaßt. Diese Krise nutzte den Monarchisten

¹⁷³ Christadler, Marieluise 1986: Frankreichs Konservative zwischen liberaler Vernunft und rechter Versuchung, in: Leviathan 14/86, S.179.

¹⁷⁴ Rémond, René 1982: Les droites en France, Paris S.37ff. Zur Kritik dieses Ansatzes und zur Kritik an den Kritikern vgl. Christadler, Marieluise 1986, a.a.O., S.179ff.

¹⁷⁵ Rémond, René 1982, a.a.O., S.283ff.

¹⁷⁶ Christadler, Marieluise 1986, a.a.O., S.182. Unter formalen Aspekten konzidiert sie Rémond aber insofern eine korrekte Kategorisierung, als sich "zunächst die gegenrevolutionäre, dann auch die revolutionäre Rechte (Cercle Proudhon)" von der Strategie der liberaldemokratischen Zirkel des 18. Jahrhunderts, die Revolution in den Köpfen vorzubereiten, "inspirieren (ließ) und so einen 'Gramscismus von rechts' lange vor Gramsci (praktizierte)". Ebd., S.183.

¹⁷⁷ Vgl. Greß, Franz et al. 1990, a.a.O., S.26.

¹⁷⁸ Rémond, René 1982, a.a.O., S.294ff.

und Bonapartisten, die bei den Wahlen von 1885 nur knapp die absolute Mehrheit verfehlten. Ihr gewachsenes Selbstbewußtsein und ihre gesellschaftliche Akzeptanz zeigten sich wenig später im Zusammenhang mit der Boulanger-Krise 1887/88 und der Dreyfus-Affaire Ende des 19. Jahrhunderts. Antisemitismus, Antikapitalismus und Antiparlamentarismus sowie das Leitbild einer auf nationaler Gemeinschaft basierenden Gesellschaft bildeten dabei die auf große Zustimmung stoßende Gegenideologie zum liberal-republikanischen Denken. Im Verlauf der Dreyfus-Affaire wurden zahlreiche rechte (vielfach von linken Themen und Personen inspirierte) Diskussionszirkel und Clubs gegründet, von denen sich die Ligue d'Action française (AF) um Charles Maurras und ihr studentisches Tochterunternehmen zur wichtigsten intellektuellen Strömung mit bis zu 60 000 Mitglieder entwickelt hat. Mit ihrer an Traditionalismus, Nationalismus (*integraler Nationalismus*) und Positivismus orientierten Ideologie und ihrem taktischen Brückenschlag zwischen populärem Radikalismus der Nationalisten und elitärem Monarchismus hat sie die Grundlage für eine Massenbewegung geschaffen.

Besondere Bedeutung hatte dabei die von der Action française 1908 gegründete Tageszeitung, die unübersehbaren Einfluß auf das gesellschaftliche Klima nahm und zu seiner Radikalisierung beitrug. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs war das Thema Dreyfus und seine Rehabilitierung immer wieder Gegenstand wüster Agitation. Während des Ersten Weltkriegs wurde es still um die AF, aber in den 30er Jahren haben sich weitere, stark von ihr beeinflusste Gruppierungen, Ligen und Clubs formiert, die von der in Frankreich verspätet auftretenden Weltwirtschaftskrise profitieren konnten. Zur stärksten Kraft avancierte der Parti Populaire Français mit zeitweilig 250.000 Mitgliedern. "Kennzeichen dieser Zwischenkriegsrechten - deren Machtübernahme nur durch das Volksfrontbündnis aus Sozialisten, Kommunisten und Liberalen (Radicaux) verhindert wird - bleibt die organisatorische wie ideologische Heterogenität. Konservative, monarchistisch-klerikale Elemente bestehen neben nationalistischen und antisemitischen, bis hin zum offenen Faschismus."¹⁷⁹ 1940 schließlich ist es der extremen Rechten gelungen, erstmals die alleinige Macht zu erzielen. Damit ging die Niederlage liberal-republikanischer Politik einher, an deren Stelle von Marschall Pétain der autoritär-korporatistischen Staat gesetzt wurde.

Über das Vorhandensein und die Bedeutung eines *eigenen* französischen Faschismus wird in Frankreich gestritten. Die extremsten Antworten auf die Frage nach Präsenz, Relevanz und Originalität geben René Rémond und Bernard-Henri Lévi sowie der israelische Historiker Zeev Sternhell. Mit Verweis auf die politische Hegemonie der "klassischen" Rechten verneint Rémond ausdrücklich die Entstehungschancen eines französischen Faschismus und

¹⁷⁹ Lehrforschungsprojekt (LFP) an der Universität Duisburg 1990/91: "Rechtsextreme Strömungen und Parteien in Westeuropa", unveröffentlichte Projektarbeiten. Im folgenden als LFP 1990/91 zitiert.

spricht "lediglich von Adaptionen außerfranzösischer Vorbilder".¹⁸⁰ In eine ähnliche Richtung zielt Pierre Milza, für den Vichy in erster Linie ein durch von außen kommendes und durch die militärische Niederlage Frankreichs ermöglichtes Regime war.¹⁸¹ Dagegen hält Lévy den Faschismus für eine "genuin französische" und vor dem Ersten Weltkrieg entwickelte Ideologie, die zur faschistischen Revolution des Pétain-Regimes geführt habe.¹⁸² Mit seiner "These attackiert Lévy nicht nur den 'Geschichtsbuch-Mythos vom gewaltsam importierten Faschismus', er deckt gleichzeitig den Anteil der Linken an der 'französischen Ideologie' auf".¹⁸³

In eine ähnliche Richtung zielt die Argumentation von Zeev Sternhell. Er unterscheidet mit der liberal-konservativen und der revolutionären Rechten nur zwei rechte Grundströmungen, wobei er letztere für den Faschismus als Synthese aus Nationalismus und Sozialismus verantwortlich macht.¹⁸⁴ Auch Michel Winock bringt Vichy mit zwei rechten Strömungen in Verbindung: 1. Mit dem National-Populismus, der zum Teil im Vichy-Regime wieder auftaucht und¹⁸⁵ 2. die gegenrevolutionäre, katholisch-royalistische Linie, die von 1789 bis zur Action Française führt.¹⁸⁶

Zwischen diesen Extremen finden sich unterschiedliche Einschätzungen: Henry Rousso bezeichnet Vichy als ein "Bürgerkriegsphänomen",¹⁸⁷ Jean-Pierre Azéma als "autoritär, aber nicht faschistisch",¹⁸⁸ Thammer/Wippermann sprechen von einem Regime, das rechte Kontinuitäten "in Themen und Personen" aufwies.¹⁸⁹

Damit stellt sich die Frage nach den Wurzeln faschistischen Denkens und seinem Wirken im real existierenden État français. Wird Faschismus mit Mussolini gleichgesetzt, dann hätte Frankreich in

¹⁸⁰ Ebd.

¹⁸¹ Milza, Pierre 1991: Fascisme français. Passé e présent, 2. Auflage, Paris, S.11ff.

¹⁸² Lévy, Bernard-Henri 1981: "L'ideologie française", Grasset.

¹⁸³ Christadler, Marieluise 1986, a.a.O., S.180.

¹⁸⁴ Dazu und zur Kritik daran vgl. ebd..

¹⁸⁵ Winock, Michel 1990: Nationalisme, antisémitisme et fascisme en France, Paris, S.41ff.

¹⁸⁶ Winock, Michel (Hg.) 1993: Histoire de l'extrême droite en France, Paris, S.7ff.

¹⁸⁷ Christadler, Marieluise 1990a: Vichy-Syndrom und nationale Identität. Ein Interview mit Henry Rousso, in: Albertin, Lothar: Frankreich-Jahrbuch 1990, Opladen, S.105-116.

¹⁸⁸ Azéma, Jean-Pierre, zitiert nach LFP 1990/91.

¹⁸⁹ Ebd.

der Tat wenig damit zu tun. Zwar sind auf organisatorischer Ebene einige Gruppierungen zu nennen, deren politische Inhalte und ideologischen Anleihen als faschistisch bezeichnet werden können,¹⁹⁰ doch lassen sie sich nicht mit Weltanschauung und Strategie "Musso-linis unter einen Hut bringen".¹⁹¹ Begreift man Faschismus hingegen als Antithese revolutionärer Ideale, muß in seine Analyse vor allem der Action-française-Gründer Charles Maurras einbezogen werden, der, so Ernst Nolte, "den ganzen Strom des gegenrevolutionären Denkens seit 1789 in sich aufgenommen, verwandelt und für seine Zeit und seine politische Partei neugeformt hat".¹⁹²

4.1.2. Italien

Ein gegenrevolutionäres Äquivalent gibt es in Italien nicht, da Adel und Bürgertum einen risorgimentalen Kompromiß geschlossen haben.¹⁹³ Diese auch den Widerstand der europäischen Großmächte neutralisierende Übereinkunft wurde möglich, nachdem sich das gemäßigte Bürgertum (moderati) gegen den revolutionären Flügel der Risorgimento-Bewegung (democratici) durchgesetzt hatte. Mit der sozialistischen und der christlichen Arbeiterbewegung sowie dem Klerus hatte der unitarisch-liberale Staat potente Widersacher. Das ebenfalls christliche und föderalistische Neo-Guelfentum dagegen

¹⁹⁰ Größere Übereinstimmungen mit dem Faschismus Italiens finden sich nur bei den 1925 von George Valois (Alfred Georg Gressent) gegründeten und den italienischen fasci nachempfundenen faisceau. Valois war zuvor Mitglied der Action française gewesen, brach aber nach dem 1. Weltkrieg mit dieser Gruppe und vor allem mit ihrem Anführer Maurras. Ein wesentlich eigenständigeres und "französischeres" Bild geben Organisationen wie Croix de feu, Action française und Parti populaire français ab. Vgl. Curtis, Michael 1959: Three against the Third Republic - Sorel, Barrès, Maurras, Princeton. Wippermann, Wolfgang 1983: Europäischer Faschismus im Vergleich 1922-1982, Frankfurt/M.

¹⁹¹ Greß, Franz et al. 1990, a.a.O., S.40.

¹⁹² Nolte, Ernst 1984: Der Faschismus in seiner Epoche. Action française, Italienischer Faschismus, Nationalsozialismus, München, Zürich, S.62.

¹⁹³ Gruner, Wolf D. 1991: Italien zwischen Revolution und Nationalstaatsgründung 1789-1861, in: Ders./Trautmann, Günter (Hg.): Italien in Geschichte und Gegenwart, S.133. Heydemann, Günther 1991: Die Carbonari als politisch-soziale Trägergruppe der Revolution - Neapel 1820/21, in: Gruner, Wolf D./Trautmann, Günter, a.a.O., S.77-104. Ferraris, Angiola 1974: Mazzini e i rivoluzionari italiani: Il partito d'azione 1830-1845, Milano. Stuke, Horst/Forstmann, Wilfried (Hg.) 1979: Die europäischen Revolutionen von 1848, Königstein.

war ein bedeutender Motor der italienischen Einigungsbewegung gewesen.¹⁹⁴

Mit der Annexion des Kirchenstaates 1870 entwickelte sich der Klerus zur zeitweilig wichtigsten oppositionellen Kraft, wobei der Vatikan nicht zur aktiven Opposition oder zum Kampf gegen den laizistischen Staat, sondern zur Nicht-Teilnahme am politischen Leben aufgerufen hat. Spürbare Annäherung zwischen Staat und Klerus vollzog sich erst um die Jahrhundertwende; bemerkenswerterweise zu einem Zeitpunkt also, als die politische Rechte erstarkt war.

Der Parlamentarismus der ersten Jahre war von zahlreichen Arrangements der in den Kammern vertretenen Kräfte, von Pragmatismus, Realismus und schrittweisen Reformen gekennzeichnet; und von transformistischer Politik,¹⁹⁵ die vom zwischen 1876-1887 regierenden linksliberalen Agostino Depretis zur vollen Entfaltung gebracht wurde. Grundsätzlich ist gegen diese Taktik in dosierter Verwendung nichts einzuwenden. Im Italien des letzten Jahrhunderts wurde sie jedoch politischer Alltag, was wegen der damit einhergehenden Konfliktunterdrückung eine Radikalisierung der jeweiligen Randflügel zur Folge hatte. Von diesem Klima wiederum konnte die nationalistische Rechte profitieren, deren Repräsentanten mehr als einmal direkt von der äußeren Linken herübergewandert sind. Mehrere Strömungen, die als Wegbereiter des Faschismus betrachtet werden dürfen, lassen sich unterscheiden:

1. Der Kreis um Francesco Crispi, der für den Übergang vom emanzipatorischen Risorgimento zum aggressiven Nationalismus steht. Der zunächst zur extremen Linken zählende Crispi war seit 1861 als Abgeordneter und zwischen 1887-1891 und 1893-1896 als Superminister mit der Doppelverantwortung für das Innen- und das Außenressort tätig. Seine rigide Innenpolitik zielte gegen die immer stärker werdende Arbeiterbewegung und seine aggressive Außenpolitik gegen Afrika.¹⁹⁶ Crispi wurde vom ähnlich denkenden Pelloux abgelöst, der aber wegen des wachsenden Widerstandes der sozialistischen und katholischen Arbeiterbewegung gegen ihre Unterdrückung vom Parlament gestürzt wurde. Damit wurde der Weg für den liberalen Reformen Giovanni Giolitti frei.

2. Darüber hinaus existierte seit der Jahrhundertwende eine von Frankreich inspirierte neoromantische Strömung, deren Hauptvertreter der Literat, spätere Fiume-Besetzer und Mussolini-

¹⁹⁴ In den 1840er Jahren hatte sich das liberale Neo-Guelfentum zur stärksten politischen Kraft entwickelt. Vgl. dazu Hearder, Harry 1983: Italy in the Age of Risorgimento 1790-1870, New York.

¹⁹⁵ Trasformismo ist eine parteiübergreifende Konsensbildung. In Italien hat diese Politik aber auch dazu geführt, daß der Nord-Süd-Gegensatz für parteipolitische Zwecke, Mehrheitsabsicherungen und Vorteile instrumentalisiert wurde.

¹⁹⁶ Vgl. Lill, Rudolf 1991, a.a.O., S.177ff.

Verehrer Gabriele D'Annunzio war.¹⁹⁷ Zahlreiche von ihm beeinflusste Diskussionszirkel und Zeitschriften feierten die Wiedergeburt des Spirituellen, Okkulten und Irrationalen und forderten Überwindung des Positivismus, Wiedererweckung des Glaubens und der Mystik. Publikationen etwa wie der 1903 von Giuseppe Prezzolini und Giovanni Papini gegründete Leonardo, Giuseppe A. Borgeses Hermes oder der von Enrico Corradini¹⁹⁸ herausgegebene Regno (in dem auch zahlreiche Pareto-Beiträge veröffentlicht wurden) formulierten bereits hier das außenpolitische Programm des faschistischen Italien.¹⁹⁹ An der Schwelle zum Ersten Weltkrieg stimmte auch die Zeitschrift La Voce in den Kriegsgesang ein. Sie war vom Verlegerpaar Prezzolini/Papini 1908 als Organ des "gereiften Nationalismus" (Nolte) gegründet worden und unterschied sich in Wort und Ton vom Nationalismus Corradinis. Aber schließlich wurde auch sie aggressiver, womit einmal mehr die Problematik eines sogenannten gemäßigten Nationalismus unterstrichen wird.

3. Großen Einfluß auf die Entwicklung des Faschismus hat der 1908 von Filippo Tommaso Marinetti als neue Kunstrichtung ins Leben gerufene Futurismus gehabt.²⁰⁰ Die von Marinetti, Settimelli und Carli gegründete Zeitschrift Roma futurista und die futuristischen fasci hatten sich als antiphilosophische, anti-kulturelle Bewegung mit dem Ziel einer Erneuerung Italiens verstanden. Die Tatsache, daß die futuristische Ideologie später stark von Sorel und Bergson beeinflusst wurde und mit mystischer Unterlegung den Krieg verherrlichte, verdeutlicht zumindest in der Frage der Ästhetisierung von Gewalt die Gemeinsamkeit von Futuristen und Neoromantikern.²⁰¹

¹⁹⁷ Gegen die Waffenstillstandsvereinbarungen hatte D'Annunzio 1919 zusammen mit einer Freischar die Stadt Fiume (Rijeka) besetzt und erst nach 16 Monaten wieder geräumt. Nach dem 1. Weltkrieg hatten Jugoslawien und Italien in der sog. Fiume-Frage um die Stadt gestritten, die nach D'Annunzios Coup Freistaat wurde, 1924 an Italien fiel und seit 1947 wieder zum jugoslawischen Territorium gehörte. Heute ist sie eine kroatische Stadt. Rainer Wuthenow schreibt über D'Annunzio in einer Buchrezension (D'Annunzio, Gabriele 1990: Lust, Stuttgart), daß "die Sehnsucht des Ästheten nach der befreienden Tat stark in ihm (war)". Frankfurter Rundschau, 29.09.1995

¹⁹⁸ Corradini gilt als führender Theoretiker des italienischen Nationalismus. Er war Anführer der von ihm 1910 gegründeten Associazione nazionalista italiana.

¹⁹⁹ Lill, Rudolf 1991, a.a.O., S.176f.

²⁰⁰ Futurismus ist eine Anfang des 20. Jahrhunderts in Italien und Rußland aufkommende, politisch akzentuierte Bewegung zur Revolutionierung von Literatur, bildender Kunst und Musik. Vgl. Chiellino, Carmine 1978: Die Futurismusdebatte, Bern.

²⁰¹ Vgl. auch Priester, Karin 1972: Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, Köln, S.183.

Anders als in Frankreich streitet man in Italien kaum über Ursprung und Herkunft des Faschismus, was nicht zuletzt daran liegt, daß es hier keine staatliche Judenverfolgung gab. Die 1919 von Mussolini gegründeten fasci di combattimento waren ebenso widersprüchlich und uneinheitlich wie das verwirrte politische Klima, in dem sie entstanden sind: Unter den ersten fasci, die der linken Idee gegenüber durchaus aufgeschlossen, aber gegen die russische Revolution eingestellt waren, befanden sich Anarcho-Syndikalist, Arditisten, Futuristen und Ultrakonservative.²⁰² Gerade Linke und Syndikalist hatten dem Faschismus noch über einen längeren Zeitraum ein fortschrittliches Image verschafft, das er aber spätestens seit der Zerschlagung der proletarischen Massenorganisationen einbüßte. Anfang der 20er Jahre hatte der Faschismus seine ideologische Orientierung an "Gruppierungen wie Futurismus, Arditismus, D'Annunzianismus und linksinterventionistischen Kreisen" eingebüßt.²⁰³ Die faschistische Bewegung war seit 1920 in einen militant außerparlamentarischen und den parlamentarischen Flügel um Mussolini gespalten, der sich mit seinem Normalisierungs- bzw. Parlamentarisierungskurs Hoffnung machte, das breite Bürgertum an sich binden zu können.

Karin Priester unterstreicht, daß das gängige Begriffspaar Mussolini/Faschismus insofern irreführend ist, als die nationalistische Ideologie, "die ab 1923 das politische und ideologische Bild des Faschismus bestimmen wird, (...) ohne und gegen Mussolini entstanden ist".²⁰⁴ Erst nach der Zerschlagung linker Organisationen setzte die Industrie auf ihn und seinen 1921 gegründeten Partito nazionale fascista, von dem sie sich eine grundlegende Erneuerung des in der Krise steckenden Staates erhoffte. Carlo Tullio-Altan betont dabei die Bedeutung einer dichten Gruppe von nationalistisch gesinnten Intellektuellen verschiedenster Provenienz, die durch ihre "Mitarbeit und bemerkenswerte Sensibilität für die Probleme des Staates" zu seiner Neugestaltung nach faschistischem Muster beigetragen und dem faschistischen Regime zu Popularität verholfen haben.²⁰⁵

Seine gesellschaftliche Anbindung begann der italienische Faschismus in dem Moment zu verlieren, "in dem er sich dem deutschen Nationalsozialismus unterordnete".²⁰⁶ Spötter stellen vielleicht nicht einmal ganz zu unrecht fest, daß Italien zwischen den 20er und 40er Jahren 80 Millionen Einwohner gehabt habe: 40 Millionen Faschisten und ebensoviele Antifaschisten.

²⁰² Ebd., S.185.

²⁰³ Priester, Karin 1972, a.a.O., S.201.

²⁰⁴ Ebd., S.207.

²⁰⁵ Tullio-Altan (1986, a.a.O., S.123) betont dabei besonders den Einsatz dieser Personen für staatliche Wohlfahrt und Freizeitprojekte für einen großen Teil der Bevölkerung.

²⁰⁶ Fritzsche, Peter K. 1987, a.a.O., S.74.

4.1.3. Österreich

Nach der in Österreich sattem bekannten Drei-Lager-Theorie von Adam Wandruszka²⁰⁷ existieren mit dem sozialistischen (1.), dem christlich-konservativen (2.) und dem deutschnationalen Lager (3.) drei voneinander unterscheidbare sozio-kulturelle und sozio-politische Milieus. Zwei dieser auch die Parteien umfassenden Lager gehören ideologisch zur politischen Rechten.

Das Deutschnationale Lager

Während Rainer Münz im deutschnationalen Lager auch den Liberalismus verortet,²⁰⁸ wird von Anton Pelinka explizit das Vorhandensein einer wichtigen liberalen Strömung bestritten.²⁰⁹ Zwar hatten seiner Meinung nach an der Wiege des dritten Lagers verschiedene Gruppen gestanden, "die das 'Völkische' mit dem 'Liberalen' zu verbinden versuchten";²¹⁰ zwar hat auch das 1882 formulierte Linzer Programm (das nicht zur Gründung einer Partei führte) noch verschiedene freiheitliche Vorstellungen formuliert; jedoch herrschte innerhalb dieser Strömung von Beginn an das Streben nach deutscher Hegemonie in allen gesellschaftlichen Bereichen vor. "Hier ist sie schon, die Position, die etwa die Kärntner Parteien gegen die slowenische Volksgruppe mehr als ein Jahrhundert danach ins Treffen führen: Andere Sprachen als die deutsche werden nicht geduldet."²¹¹

²⁰⁷ Wandruszka, Adam 1954: Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Benedikt, Heinrich: Geschichte der Republik Österreich, Wien, S.419.

²⁰⁸ Münz zufolge hat sich das im dritten Lager beheimatete "jüdische Besitzbürgertum" in zwei Flügel gespalten: National-Liberale und Sozial-Liberale. Münz, Rainer 1991: Wer sind wir? Fragen nach der österreichischen Identität und seiner Bürger, in: Dr.-Karl-Renner-Institut (Hg.): Ein Problemaufriß zur politischen Kultur. Studientagung zur politischen Bildung, Wien, S.9. Zudem bezeichnet Münz das Streben nach der deutschen Kulturhegemonie als eine "Rache für die Emanzipation der Tschechen, Polen und Slowenen". Vgl. ebd., S.7ff.

²⁰⁹ "Es gibt kein liberales Erbe, das sich im dritten Lager verankern ließe. Nicht einmal eine wirtschaftliche Grundidee zieht sich durch die Geschichte dieses Lagers." Pelinka, Anton 1990(a), a.a.O., S.103.

²¹⁰ Ebd., S.98.

²¹¹ Ebd., S.99.

Georg Ritter von Schönerer war verantwortlich für die antisemitische Ausrichtung des Linzer Programms. Sowohl die 1920 gegründete Großdeutsche Volkspartei als auch der Landbund, den später die ÖVP beerben konnte, haben Schönerers Positionen übernommen und wesentliche Teil von Hitlers "Mein Kampf" vorweggenommen.²¹²

Das inhomogene und in fast allen sozialen Milieus beheimatete deutschnationale Lager des 19. Jahrhunderts hatte sich in erster Linie durch Opposition gegenüber der Habsburgmonarchie, Anti-Katholizismus bzw. Antiklerikalismus, später durch prononcierten Antisemitismus sowie überwiegend "im Volk" präsenten Antikapitalismus ausgezeichnet. Dieses zunächst verstreute und sich zur "deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft"²¹³ zählende Lager konnte infolge seiner ideologischen Radikalisierung um die Jahrhundertwende von der österreichischen NSDAP *insgesamt* an sich gebunden werden.²¹⁴ Hitler kann dabei als Produkt und zugleich als Motor eines Deutschnationalismus bezeichnet werden, der um die Jahrhundertwende seine volle Blüte entfaltet hat.

Das parteipolitisch organisierte dritte Lager zeichnet sich Kurt Richard Luther zufolge durch folgende, bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts geltende Merkmale aus:²¹⁵

1. Dezentral organisierte Honoratioren, deren regionale Hochburgen über Jahrzehnte hinweg mit vor allem Kärnten, Oberösterreich und Salzburg nahezu identisch geblieben sind.
2. Geringe Organisationsdichte trotz zahlreicher Vorfeldorganisationen.

²¹² Das liberal gesinnte jüdische Bürgertum konnte sich aus guten Gründen kaum dieser politischen Strömung und auch nicht dem ebenfalls antisemitischen christlichen Lager anschließen und fand seine politische Heimat in der Arbeiterpartei. Vgl. Ebd.

²¹³ Bemerkenswerterweise hat der erste Bundesparteiohmann der FPÖ Anton Reintaller in seinem Beitrag zu einem "neuen Kapitel Österreichs" ausgerechnet "die Abstandnahme von Geschichtsfälschungen, welche Österreich in eine dem deutschen Volk feindliche Partei einschalten möchten" beklagt. Im Unterschied zu SPÖ und ÖVP, die Österreich gerne als erstes Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands sehen, hat sich die FPÖ offensichtlich diese Lebenslüge erspart. Vgl. Reintaller, Anton 1991: Ein neues Kapitel österreichischer Geschichte, in: FPÖ 1991: Meilensteine des Aufstiegs. 35 Jahre FPÖ, Wien, S.22.

²¹⁴ Pelinka, Anton 1992: Politische Kultur und nationale Identität in Österreich, in: Morass, Michael/Pallaver, Günther, a.a.O., S.74f.

²¹⁵ Luther, Kurt Richard 1992: Die Freiheitliche Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, S.247.

3. Überrepräsentanz einer männlichen, akademischen, protestantischen bzw. laizistischen Wählerschaft aus dem Kleinbürger- bzw. Kleinstadtmilieu, zu denen ein Kreis eher inhomogener Protestwähler tritt. Gemeinsames Merkmal ist "eine gewisse Anfälligkeit für autoritäres Denken".²¹⁶

4. Hohe Konfliktbereitschaft wegen der ideologischen Ambivalenz von liberalen und (deutsch-)nationalen Kräften bei ansonsten anti-sozialistischem und anti-klerikalem Grundkonsens.

Das Christlich-Konservative Lager

Rechtes Denken findet sich darüber hinaus im christlich-konservativen Lager mit der Christlichsozialen Partei (CP) als erstes bedeutendes organisatorisches Zentrum. Sie war ein Zusammenschluß von Christlich Sozialem Verein und konservativem Liechtensteinclub mit kleinbürgerlichen Gruppen um Karl Lueger (dem Gründer der CP) und die erste große antisemitische Partei Europas. Obwohl sie nach ihrer Gründung 1891 gegen Adel und hohen Klerus eingestellt war, suchte sie nach dem Zusammenbruch der feudalen Strukturen ein enges Verhältnis zum organisierten Katholizismus, der aufgrund dieser Entwicklung seinerseits "seinen verlängerten Arm" verloren hatte.²¹⁷

Das christlich-konservative Lager bestand vornehmlich aus Bauern und katholischem Kleinbürgertum und war Karl Lueger und seiner christlichen Soziallehre sowie seinem prononcierten Antisozialismus und Antisemitismus gegenüber sehr aufgeschlossen. Signifikant ist der Meinungs- und Wertewandel der Partei, die erst antiklerikal und dann kirchenfreundlich, erst für und später gegen die Republik eingestellt war und schließlich im Verbund mit den Heimwehren den autoritären Ständestaat und den Austrofaschismus aus der Taufe gehoben hat.²¹⁸

Pelinka bezeichnet den Austrofaschismus als konstitutive Wurzel einer Großpartei, nämlich der ÖVP. Damit will er nicht ständischen Autoritarismus und demokratisch gesinnte Volkspartei in einen Topf werfen, sondern auf institutionelle und personelle Verflechtungen sowie darauf verweisen, daß die ÖVP bis heute für die Politik Schuschniggs und Dollfuß' Verständnis aufbringe: "Für

²¹⁶ Ebd.

²¹⁷ Pelinka, Anton 1990(a), a.a.O., S.115f. Münz, Rainer 1991, a.a.O., S.9.

²¹⁸ Nach dem Ersten Weltkrieg waren mit den Heimwehren viele paramilitärische Verbände des Bauern- und Bürgertums entstanden, die sich als österreichisch definiert und an etlichen Grenzkonflikten beteiligt haben. Mitte der 20er Jahre (nach dem Brand des Wiener Justizpalastes) wurden sie vom italienischen Faschismus beeinflusste Kampforganisationen.

die ÖVP ist die Diktatur des Austrofaschismus keineswegs eine von vornherein vollständig abzulehnende Geschichtsepoche."²¹⁹

4.1.4. Diskussion

Die maßgeblichen gegenrevolutionären Strömungen in Frankreich gehören anders als die anti-risorgimentalen Bewegungen Italiens zur politischen Rechten. Aber das Risorgimento ist kein mit der französischen Revolution vergleichbares Ereignis, auch wenn es im Vorfeld der italienischen Staatsgründung zahlreiche "revolutionäre Vorkommnisse" gab. Günther Heydemann weist darauf hin, daß diese Vorkommnisse überwiegend in den jeweiligen lokalen Zusammenhängen interpretiert werden müssen und nicht pauschal als risorgimental zu bezeichnen sind.²²⁰ Darüber hinaus ist die Staatsgründung gleichsam ein Produkt des Kompromisses zwischen Adel und moderatem Bürgertum, das sich gegen die revolutionären bzw. linken Strömungen der risorgimentalen Bewegung durchgesetzt hatte. Ein Vergleichsfall Österreich fehlt in diesem Zusammenhang.

In allen drei Staaten wurden Ende des letzten Jahrhunderts weit rechts stehende Organisationen spürbar stärker. Obgleich sie sich in ihrem Denken, ihren primären Zielen und ihren Strategien auch innerhalb eines jeden Staates voneinander unterschieden haben, waren sie sich politisch nahe genug, um später gemeinsam agieren zu können oder den Boden für eine rechte Konkurrenzströmung zu bereiten. Rechtes als rückwärtsgewandtes und in diesem Sinne reaktionäres Denken orientiert sich an alten Werten, Machtstrukturen und Ideologien, auch wenn dieses Denken unter dem Stichwort "revolutionär" firmiert. Unter diesem Blickwinkel haben rechte Strömungen trotz unterschiedlicher Merkmale stets gemeinsame Wurzeln; unterschiedliche oder widerstreitende Strömungen sind deshalb prinzipiell kompatibel.

In Italien und Frankreich haben sich um die Jahrhundertwende auch elitäre bzw. revolutionäre Zirkel mit betont intellektuellem Habitus herausgebildet, wobei ihre Protagonisten nicht selten von der äußersten Linken stammten. Warum in Österreich derartige Strömungen fehlen (bis heute hat die Alpenrepublik auch keine "Neue Rechte" französischen Typs aufzuweisen), ist schwer zu beantworten. Ein entscheidender Grund dafür ist aber zweifellos die politische Bedeutung des ursprünglich lagerübergreifenden und später vom dritten Lager repräsentierten Deutschnationalismus.

Für alle Staaten gleichermaßen schwierig ist der Umgang mit der faschistisch/nationalsozialistischen Vergangenheit. Erst 1995 hat der französische Staatspräsident Chirac die Mitschuld

²¹⁹ Pelinka, Anton 1993(b): Die Großparteien und der Rechts-extremismus, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus, Wien, S.469.

²²⁰ Vgl. etwa Heydemann, Günther 1991, a.a.O.

Frankreichs an der Deportation der Juden eingestanden; beinahe zeitgleich wurde vom österreichischen Kanzler Vranitzky der Mythos, wonach Österreich erstes territoriales Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft gewesen sei, relativiert. Der Umgang mit der Geschichte durch staatliche Repräsentanten ist eine, die wissenschaftliche Auseinandersetzung damit eine andere Sache.

Rolf Uessler hat am Beispiel Italien zwei Forschungsphasen identifiziert. Er unterscheidet dabei den bis etwa Mitte der 60er Jahre dauernden Zeitraum, der wesentlich von der Resistenza und von Untersuchungen geprägt war, die emigrierte Forscher während der Zeit des Faschismus verfaßt haben. Ihre Beiträge und das gesellschaftliche Klima waren in hohem Maß von der Annahme geprägt, daß die Überwindung des Faschismus eine italienische Eigenleistung, eine Leistung der Resistenza gewesen sei (dies gilt ebenso für Frankreich). Einigkeit bestand vor allem darin, daß der Faschismus sowie die Zeiträume vor seiner Entfaltung und nach seiner Überwindung von "Kontinuität und Bruch" gekennzeichnet sind. In der zweiten Phase wurden Uessler zufolge diese "Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den einzelnen Bereichen" herausdestilliert und "die antifaschistische Grund- und Ausgangslage" durchlöchert und aufgebrochen.²²¹ Hier setzte die personalistische, auf Mussolini konzentrierte Faschismusforschung ein, die wesentlich von Renzo de Felice geprägt wurde.

Der Umgang mit Vichy in Frankreich wurde in diesem Kapitel bereits andiskutiert; bislang unerwähnt blieb jedoch, daß auch in Frankreich der Mythos von der Selbstbefreiung über lange Jahre vorherrschte. Henry Rousso führte dazu aus, daß der von Marc Ophuls gedrehte und von der 1968er Bewegung inspirierte Film "Le chagrin et la pitié" (1971) eine neue Phase einleitete, mit der dieser Mythos überwunden wurde. "Politisch gesehen war das auch das Ende der Ära, in der Gaullisten und Kommunisten das Erbe der Résistance unter sich aufgeteilt hatten."²²²

Ein österreichisches Äquivalent dazu ist der Opfer-Mythos, der lange Zeit nicht in Frage gestellt wurde. Die Mitschuld und die Aufarbeitung der Vergangenheit wurde erst seit Mitte/Ende der 80er Jahre in Wissenschaft und Publizistik bedeutsam. Dabei hat "das 'Bedenkjahr' 1988 (...) der historischen Forschung einen deutlichen Impuls gegeben".²²³

5. Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg

²²¹ Uessler, Rolf 1994, a.a.O., S.253.

²²² Christadler, Marieluise 1990a, a.a.O., S.108f.

²²³ Malina, Peter 1993: Erinnerung statt Entschuldigung. Für eine neue Gedächtniskultur, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg), a.a.O., S.529.

5.1. Frankreich

5.1.1. Poujadismus

Die extreme Rechte Frankreichs nach dem 2. Weltkrieg war ideologisch und personell fragmentiert.²²⁴ Zu einem ersten und größeren Erfolg brachte es Pierre Poujade, der 1953 mit seiner Bewegung Union de Défense des Commerçants et Artisans (UDCA)²²⁵ in Erscheinung trat und bei den Legislativwahlen 1956 12,5% der Stimmen erzielen konnte. Unter den 52 UDCA-Mandatsträgern befand sich auch der damals 28jährige Jean-Marie Le Pen, dessen parlamentarische Karriere als Mitglied dieser Protestbewegung begann. Sie war Ausdruck und Instrument eines verunsicherten Mittelstandes, der - vom Leitbild einer agrarisch-handwerklichen Gesellschaftsstruktur geprägt - seine Existenz durch die industrielle Modernisierung bedroht sah und sich zudem als Opposition gegen die krisenanfällige 4. Republik begriff. Nachdem sich die gaullistische Bewegung 1953²²⁶ für elektorale Abstinenz entschieden hatte, wurde der bereits von de Gaulle zugespitzte antiparlamentarische Protest zum Teil durch das Votum für die Bewegung Poujades artikuliert.

Ihr Gestaltungsspielraum blieb zeitlich und politisch begrenzt. Hans-Gerd Jaschek weist aber darauf hin, daß diese kleinbürgerlich-rechte Organisation schon deshalb nicht unbedeutend war, weil sie dazu beigetragen hat, daß Vertreter der extremen Rechten und ihre politischen Ziele wieder Eingang in die Gesellschaft gefunden haben.²²⁷

5.1.2. OAS

Eine wichtige Strömungen der extremen Rechten war die militante antigaullistische Organisation de l'Armée Secrète (OAS), die infolge der Dekolonisationspolitik de Gaulles entstanden ist. Im April 1961 hatten sich "im Kampf um die Erhaltung Frankreichs als Kolonialmacht und gegen die defätistische Republik (...) dis-

²²⁴ Zur extremen Nachkriegsrechten vgl. Milza, Pierre 1987: *Fascisme français. Passé et Présent*, Paris. Algazy, Joseph 1984: *La tentation néo-fasciste en France: 1944-1965*, Paris.

²²⁵ Greß, Franz et al. 1990, a.a.O., S.32ff. Weisenfeld, Ernst 1980: *Frankreichs Geschichte nach dem Krieg. Ereignisse, Gestalten, Hintergründe 1944-1980*, München, S.112ff.

²²⁶ Sie hieß damals *Rassemblement de Peuple Français (RPF)*; zwischen 1958 und 1968: *Union pour la Nouvelle République*; zwischen 1968 und 1976: *Union des Démocrates pour la V. République* und seitdem *Rassemblement pour la République*.

²²⁷ Greß, Franz et al. 1990, a.a.O., S.33.

kreditierte Neo-Pétainisten mit Algerienfranzosen und enttäuschten Militärs²²⁸ zusammengeschlossen und die terroristisch agierende OAS formiert. Mit dem Inkrafttreten des Evian-Vertrages und der damit wirksam werdenden Unabhängigkeit Algeriens zerbrach die OAS, nachdem sie weitreichenden innen- wie außenpolitischen Schaden angerichtet hatte. Dieser Vertrag provozierte die völlige Entfremdung zwischen de Gaulle und der extremen Rechten, die sich in den Folgejahren weitgehend darauf beschränkte, seine Politik zu attackieren.

Der Rechtsextremismus steckte nunmehr in einer nachhaltigen Krise, war er doch nicht nur durch das Pétain-Regime geschwächt,²²⁹ sondern nach dem Zerfall der UDCA, dem Erfolg der Gaullisten und der Unabhängigkeit Algeriens um weitere Niederlagen reicher und zunehmend isoliert. Damit bestand der Zwang einer völligen organisatorisch-thematischen Neuorientierung.

In den 60er Jahren haben sich einige antigauillistische Gruppierungen formiert: So etwa der OAS-Nachfahre Mouvement Jeune Révolution und die comités T.V., deren zentraler Lebenszweck (wie die Initialen T.V. zeigen) darin bestand, den Präsidentschaftsanwärter Jean-Louis Tixier-Vignancours (1965) zu unterstützen.²³⁰ Nach der Niederlage (5,27%) des in den 60er Jahren zur zentralen Figur des französischen Rechtsextremismus avancierten ehemaligen Vichy-Ministers zerfiel diese Bewegung aber wieder. Zwei Organisationen sind für die Entwicklung der extremen Rechten von besonderer Bedeutung: 1. die 1969 gegründete nationalistische Bewegung Ordre Nouveau (ON), auf deren Initiative 1972 der Front National gegründet wurde. 2. die bereits 1960 konstituierte Fédération des étudiants nationaliste (FEN),²³¹ zu der auch der spätere Kopf der Neuen Rechten, Alain de Benoist,²³² gestoßen war.

²²⁸ LFP 1990/91.

²²⁹ Allerdings boten die Dekolonisationspolitik und der Antikommunismus der extremen Rechten die Chance, sich am Thema Vichy vorbeizumogeln.

²³⁰ Tixier-Vignancour war u.a. Sektionschef des Mouvement social européen, das aus der Malmöer Konferenz europäisch-neofaschistischer Bewegungen (1951) hervorging.

²³¹ FEN hat sich nach einem Streit um die Algerienpolitik von Jeune Nation bzw. seiner Studentenorganisation Union Nationale des étudiants de France abgespalten. Jeune Nation selbst war 1949 von Pierre Sidos und seinen Brüdern als antibolschewistische, militaristische, xenophobische und antisemitische Bewegung gegen die Politik de Gaulles gegründet worden.

²³² Benoist arbeitete in der Folge bei verschiedenen rechts-extremen Publikationen, zumeist unter dem Pseudonym Fabrice Laroche bei der von FEN herausgegebenen Europe Action. Vgl. zu Benoist das Kapitel "Eine mögliche Biographie" Christadler, Marieluise 1983: Die Nouvelle Droite, in: Fetscher, Iring:

Mit der Gründung der FEN kam ein leichter Erneuerungsprozeß der französischen Rechten in Gang; einer Rechten, die eine legale anti-gaullistische Organisation aufbauen und nach neuen Wegen der politischen Auseinandersetzung mit dem Ziel einer Modernisierung des eigenen Lagers suchen wollte.

Eine Emanzipation von der radikalen Rechten deutete sich 1962 an, als das von Dominique Venner geleitete FEN-Organ Europe Action das "Manifeste de la classe 60" veröffentlichte, in dem sich bereits jener anti-jüdische und anti-christliche, (neo-)paganistische, okzidentale, der Wissenschaftlichkeit verpflichtete Duktus findet, der die später gegründete Denk- und Eliteschule GRECE auszeichnet.²³³ Es dauerte allerdings noch einige Zeit, bis es zur völligen Neuorientierung dieser politischen Strömung kam. Erst nachdem der Präsidentschaftsanwärter Tixier-Vignancours 1965 und zwei Jahre später das Wahlbündnis aus MNP und REL²³⁴ gescheitert war, haben sich Benoist und seine Mitstreiter entschlossen, ihre Arbeit "auf den 'metapolitischen' Bereich zu konzentrieren".²³⁵

5.1.3. La Nouvelle Droite

In Folge der Maiunruhen von 1968 konnten die Gaullisten erstmals bei Legislativwahlen die absolute Mandatsmehrheit erzielen. Im gleichen Jahr und vermutlich nicht weniger zufällig wurde auch das neurechte Projekt Groupement de Recherche et d'Études pour la Civilisation Européenne (GRECE) aus der Taufe gehoben.²³⁶ Nomen est omen, denn bereits das Wort GRECE deutet auf

Neokonservative und Neue Rechte. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in der Bundesrepublik, Westeuropa und den Vereinigten Staaten, München, S.163-216 (zu Benoist direkt: S.168-170).

²³³ Buzzi, Paul 1991: Le Front National entre nationalpopulisme et extrémisme de droite, in: Regards sur l'actualité, no.169, 3/91. Milza, Pierre 1987, a.a.O., S.330.

²³⁴ Mouvement nationaliste du progrès (MNP) hatte sich an den 1967er Legislativwahlen unter dem Namen REL (Rassemblement européen pour les libertés) beteiligt. REL wurde von Venner und alten FEN-Mitgliedern gegründet.

²³⁵ Christadler, Marieluise 1983, a.a.O., S.170. Diese Entscheidung fiel aber, wie zu erwarten, keineswegs eindeutig aus. Erst 1974 habe man sich innerhalb der Nouvelle Droite endgültig auf die neue Linie festgelegt. Ebd., S.248 (Anm.15/Anhang).

²³⁶ GRECE wurde zum Vorbild der Neuen Rechten auch in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien. Vgl. Duraton-Crabol, Anne-Marie 1988: Visages de la Nouvelle Droite. Le GRECE et son histoire. Christadler, Marieluise 1983, a.a.O., S.163-211. Moreau, Patrick 1983: Die neue Religion der Rasse. Der Biologismus und die kollektive Ethik der Neuen Rechten in Frankreich und Deutschland, in: Fetscher,

ein hier prävalentes Gesellschaftsverständnis hin, das nicht den aufgeklärten Bürger, sondern den "aristokratischen Typ der Antike"²³⁷ in den Mittelpunkt stellt. Da die neurechten Denker jedoch kaum auf breite und unmittelbare Zustimmung hoffen konnten, haben sie sich für die bereits von den vorrevolutionären sociétés de pensée erprobte Strategie entschieden, mit Hilfe des philosophisch-intellektuellen Diskurses gesellschaftliche Veränderungen in den Köpfen vorzubereiten. Wer wie GRECE einen grundlegenden Wertewandel anstrebt, hat auch an den Ideen und der Strategie der alten Rechten massive Kritik. Benoist etwa wirft der französischen Nachkriegsrechten ihre Ideologiefreundlichkeit, ihren Vaterkomplex, ihre Kulturaversion und die Unfähigkeit, in längeren Zeiträumen zu denken, vor.²³⁸

Mit ihren kulturpessimistischen Attitüden weiht die Nouvelle Droite die französische wie die gesamte europäische Gesellschaft dem Untergang und führt dabei die Symptome "Dekadenz" und "Krise" auf die Gleichmacherei universalistischer Ideale des "Judeo-Christentums" zurück. Dagegen proklamiert die GRECE-Philosophie das "Recht auf Verschiedenheit" der Kulturen (droit à la difference). Dies sieht nur auf den ersten Blick wie eine pluralistische Weltanschauung aus, denn dem von ihr angestrebten *europäischen Reich* als nahezu reinrassischer Einheit²³⁹ wird implizit ein besonderer Platz unter den Sozietäten zugestanden; darüber hinaus vertreten die neurechten Denker einen antiegalitären Rechts- und Würdebegriff.²⁴⁰ Die Neue Rechte beruft sich auf mehrere, miteinander verwandte Weltanschauungen: Neue Biologie, Neopositivismus und Verhaltensforschung Lorenzscher Schule sowie auf Wegbereiter des Faschismus: Sorel, Gobineau, Pareto und andere. Insgesamt handelt es sich nur um eine "angeblich neue Ideologie" und um ein "zum Teil inkohärentes pseudowissenschaftliches Ideengebäude".²⁴¹

Drei miteinander in Bezug stehende Ziele werden von der Neuen Rechten verfolgt:

1. Gesellschaftliche Verankerung des aristokratischen Zukunftsentwurfs via Kulturhegemonie.

Iring, a.a.O., S.122-160. Vgl. auch Benoist, Alain de 1977: *Vu de droite. Anthologie critique des idées contemporaines*, Copernic (Für diese Anthologie bekam Benoist den Essay-Preis der Academie Française).

²³⁷ Christadler, Marieluise 1983, a.a.O., S.194.

²³⁸ Ebd., S.167.

²³⁹ Ebd., S.122.

²⁴⁰ Moreau, Patrick 1983, a.a.O., S.119ff.

²⁴¹ Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hg.) 1989, a.a.O., S.333.

2. Wissenschaftliche Fundamentierung der eigenen Ideologie als wichtigstes Legitimationsinstrument.

3. Neutralisation des Faschismus-Vorwurfs (durch Wissenschaftlichkeit) und Bruch der linken Kulturhegemonie.

Trotz wohlfeiler Strategien blieb die Nouvelle Droite 10 Jahre lang mehr oder minder ein "Sektenunternehmen ohne Breitenwirkung" (Christadler). Zu größerer Popularität gelangte sie erst, als die Mitarbeit von Verantwortlichen ihres Organs *Éléments* in der Redaktion der Wochenendbeilage des *Figaro* bekannt wurde. Ob und inwieweit sie dazu beigetragen hat, das politische Klima Frankreichs nach rechts zu verschieben, ist schwer zu beantworten. Der Pariser Publizist Alain Rollat (*Le Monde*) jedenfalls spricht von einem gescheiterten Projekt, da "sowohl die bürgerliche als auch die radikale Rechte (FN) das elitäre Ideengebäude der Nouvelle Droite nicht genutzt (haben)".²⁴²

Im Gegensatz zu den Intellektuellen von GRECE engagiert sich der Club d'Horloge nicht nur auf kultureller, sondern explizit auch auf parteipolitischem Ebene. 1974 wurde der Uhrenclub von Yvan Blot und Jean-Yves Galou gegründet, die - wie auch der später dazugestoßene Bruno Mégret - Mitte der 80er Jahre zum Front National übergewechselt sind. Zuvor waren sie wie viele andere Mitglieder bei UDF und RPR aktiv. Die Traditionsrechte war bereits auf Distanz gegangen, nachdem der Club aufgrund der engen Zusammenarbeit mit GRECE die Rolle des "Transmissionsriemens zwischen den bürgerlichen Rechten und den Rechtsradikalen"²⁴³ übernommen hatte. Aufgrund erheblicher personeller Verquickungen zwischen dem Front National und dem Club d'Horloge ist der Uhrenclub weit stärker als zuvor mit der radikalen Rechten assoziiert. Beide Organisationen haben zueinander ein instrumentelles Verhältnis und stehen in diesem Sinn in gegenseitigen Abhängigkeit.²⁴⁴

5.2. Italien

5.2.1. L'Uomo qualunque

Bereits am 27.12.1944 - also knapp vier Monate vor Zusammenschluß der unter deutscher bzw. alliierter Besatzung stehenden italienischen Gebiete - wurde das erste Exemplar der Wochenzeitschrift *L'Uomo qualunque* vom neapolitanischen Journalisten und Dichter Guglielmo Giannini in Rom auf den Markt gebracht. Das Periodikum polemisierte gegen alle Formen

²⁴² Rollat, Alain 1989: "Nouvelle Droite". Die "Neue Rechte" in Frankreich, in: Kirfel, Martina/Oswalt, Walter, a.a.O., S.123.

²⁴³ Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hg.) 1989, a.a.O., S. 326 (Anhang).

²⁴⁴ Vgl. die weiteren Ausführungen zum Front National.

organisierte Politik und forderte das Recht auf Ruhe, Sicherheit, Privateigentum, Unterhaltung und Frieden und stellte sich in seiner ersten Ausgabe schlicht als "Zeitung des Jedermann" vor.²⁴⁵ Das Blatt zielte in erster Linie gegen ehemalige Widerstandskämpfer und gegen antifaschistische Parteien, die Giannini aufgrund der von ihnen angekündigten "Säuberungsaktionen" mit den Faschisten gleichsetzte.²⁴⁶ Dieser Tenor sprach offensichtlich die Bedürfnisse des Kleinbürgertums und ehemaliger Mitläuferfaschisten an, die Angst vor strafrechtlicher Verfolgung, Rufschädigung oder vor dem Verlust ihrer Stellung hatten.

Inspiziert durch den großen Erfolg seiner Zeitung, deren Auflage innerhalb eines Jahres von 80.000 auf 850.000 Exemplare gestiegen war, gründete Giannini im August 1945 den *Fronte dell'Uomo qualunque*,²⁴⁷ den er als größte Protestkraft gegen die im Untergrund wieder- bzw. neugegründeten Parteien und gegen das von ihnen gebildete *Comitato di Liberazione Nazionale (CLN)* bezeichnete.²⁴⁸ Es verwundert daher kaum, daß zahlreiche Altfaschisten den Weg in den *Fronte* fanden. Er hatte deshalb mit erheblichen Imageproblemen zu kämpfen. Daran konnten auch die zahlreichen, gegen die Faschisten gerichteten Ausschlußverfahren nichts ändern.

Das qualunquistische Programm war ein Sammelsurium wenig präziser Aussagen: Überwindung von Klassendenken und Egoismus, Wertschätzung des Mittelstandes, Konfrontation gegen organisierte Politiker, denen der ehrbare und fleissige Staatsdiener als moralische Leitfigur gegenübersteht, sowie ein allenthalben zum Ausdruck gebrachtes Arbeitsethos.²⁴⁹ Diffuse Ängste vor und scharfe Ablehnung einer pluralen politischen Kultur, die Verunsicherung des Mittelstandes durch die hohe Streikfrequenz (*scioperomania*) und die Mitwirkungslegitimation der kommunistischen Partei waren die wesentlichen Gründe für verschiedene Einzelerfolge des Qualunquismus (vor allem im Süden).²⁵⁰

²⁴⁵ *L'Uomo qualunque*, anno I, n.1., Roma. Vgl. auch Bocca, Giorgio 1981: *Storia della Repubblica italiana*, Milano, S.337ff.

²⁴⁶ Fritzsche, Peter K. 1987, a.a.O., S.86.

²⁴⁷ Der 1. Parteitag fand im Februar 1946 in Rom statt.

²⁴⁸ Aus einer mir vorliegenden Arbeit für das Seminar "Protestparteien in Italien" (Sommersemester 1993, Universität Innsbruck).

²⁴⁹ Costabile, Antonio 1991: *Il Fronte dell'Uomo qualunque e la Lega Lombarda: Movimenti antipartito e crisi di legittimazione nel sistema politico italiano*, in: Working Paper N.48 di Istituto di Sociologia - Università di Messina; Istituto di Studi Politologici - Università di Messina; Dipartimento di Scienza della Politica - Università della Calabria, Armando Siciliano, Messina, S.55ff.

²⁵⁰ Die Partei hatte bei den Wahlen zur Costituente 5,6% der Stimmen und bei den darauf folgenden Teilkommunalwahlen in Rom, Neapel und Palermo sogar die relative Mehrheit erzielt.

Die Verschärfung des Ost-West-Konflikts, eine dem Mittelstand entgegenkommende Politik der Christdemokraten und auch Gianninis hektische Kungeleien mit zuletzt allen politischen Parteien, beendeten die kurze Karriere der Protestpartei.

Bis heute ist der Begriff Qualunquismus virulent. Er bezeichnet "eine spezifische politische Unzufriedenheit, die Entfremdung mit Zynismus und Angst mit Abwehr paart. Es ist diese mentale Haltung eines 'ohne mich', die immer anfällig bleibt für die politische Konsequenz des 'Einer für alle'".²⁵¹ Diese Haltung und weniger die qualunquistischen Inhalte haben verschiedentlich dazu geführt, daß die Lega Nord und der Front dell'uomo qualunque in einem Atemzug genannt werden. Verbale Ablehnung organisierter Politik, die Wertschätzung der Arbeit und auch der ambivalente Kurs zwischen Kungelei und Abgrenzung zeichnen Bossi und Giannini gleichermaßen aus. Aber es gibt gravierende Unterschiede: Die Lega ist eine norditalienische Partei, während die Aktionen des Fronte im wesentlichen auf den Süden mit einer völlig anderen Sozialstruktur und politischen Kultur beschränkt blieb. Dies kommt auch in ihrem Verhältnis zum Faschismus zum Ausdruck: Die Lega versteht sich als eine Partei in der Tradition des (bürgerlichen) Antifaschismus. Ein qualifizierter Vergleich dieser beiden Organisationen ist aber aufgrund der kurzen Existenz der Qualunquisten schwer möglich.²⁵²

5.2.2. Movimento sociale italiano/Alleanza nazionale

1948 konnten sich zwei politische Kulturen "und ihre Organisationen, die zu den ehemaligen Antisystemkräften des liberalen Italiens gehörten" bei den Wahlen durchsetzen und so "zu den dominierenden politischen Kräften des republikanischen Italiens" avancieren.²⁵³ Mit den ersten organisatorischen Gehversuchen des neofaschistischen MSI war gleichzeitig der "Grundstein für eine schwierige Demokratie (...) gelegt".²⁵⁴ Die Faschismusproblematik dieser Stunde lag Peter K. Fritzsche zufolge nicht in der Alternative "faschistische Machtergreifung oder faschistische Marginalität", sondern darin, inwieweit demokratische Entwicklungen blockiert werden können.²⁵⁵ Der Einfluß des MSI war von Beginn an

²⁵¹ Fritzsche, Peter K. 1987, a.a.O., S.87.

²⁵² Vgl. auch Costabile, Antonio 1991, a.a.O., S.55ff.

²⁵³ Ebd., S.88.

²⁵⁴ Die Democrazia cristiana hatte 48,5% der Stimmen erzielt, die gemeinsam kandidierenden Sozialisten/Kommunisten kamen auf 31% und der MSI auf 2% der Stimmen. Ebd., S.87.

²⁵⁵ Fritzsche, Peter K. 1991: Vom Postkommunismus zum Postfaschismus - Das Beispiel des Movimento Sociale Italiano, Manuskript für das Jahrbuch Backes, Uwe/ Jesse, Eckhard: Demokratie und Extremismus. Vgl. zur Rolle der katholischen Kirche und ihren Beitrag zur Legitimation des MSI bzw. zur Bedeutung

beträchtlich: 1. Seine starke gesellschaftliche Anbindung in Südtalien und innerhalb der italienischsprachigen Bevölkerung Südtirols. 2. Instrumentalisierung der Rechtsextremen durch die bürgerlichen Parteien zur Absicherung parlamentarischer Mehrheiten. 3. Die später hinzutretende "pragmatische Dialogbereitschaft" des sozialistischen PSI und auch des kommunistischen PCI, dessen Legitimation als antifaschistische Partei nicht zuletzt von der faschistischen Präsenz abhing.²⁵⁶

Der MSI wurde 1946 als Nachfolgepartei des verbotenen Partito nazionale fascista gegründet und konnte legal aufgebaut werden, obwohl die Reorganisation der Mussolini-Partei verboten war.²⁵⁷ Zunächst war der MSI Sammelbecken des alten faschistischen Kerns. Er konnte aber bald unzufriedene Arbeiter, heimkehrende Soldaten und einen nicht geringen Teil des bei der Volksabstimmung vom Juni 1946 entmachteten Adels samt seines Umfeldes als Mitglieder gewinnen.²⁵⁸ Seit seiner Gründung war der MSI durch innerparteiliche Konfrontationen zwischen seinen wichtigsten Flügeln gekennzeichnet. Obwohl politisch-strategische Innovationen durch ständige Auseinandersetzungen erschwert wurden, waren diese Strömungen bis Anfang der 90er Jahre untrennbar miteinander verknüpft. Fernando Visentin unterscheidet:²⁵⁹

1. Den legalistischen Flügel mit einer autoritär, neo-bonapartistisch akzentuierten Politikkonzeption.²⁶⁰

der Beziehungen DC/MSI und der 1963 gescheiterten Grande Destra (DC, MSI, PDIUM) Rosenbaum Petra 1975: Neofaschismus in Italien, Frankfurt/M., S.42ff. Fritzsche, Peter K. 1983: Skandale - Terrorismus - Mafia: Die politische Kultur Italiens zwischen Anomie und Normalität; Beitrag zur Tagung der AG "Politische Kulturforschung" der Universität Braunschweig (26.-28.7.83).

²⁵⁶ Vgl. Fritzsche, Peter K. 1991, a.a.O. Schulz, Hans-Jürgen 1990, a.a.O., S.162.

²⁵⁷ Vgl. Rosenbaum, Petra 1975, a.a.O. Caciagli, Mario 1988(b): The Movimento Sociale Italiano - Destra Nazionale and Neo-Fascism in Italy, in: West European Politics, Right-Wing Extremism in Western Europe, Vol II, No.2, London, S.19-33. Zur Organisationsstruktur: Ignazi, Piero 1989: Il polo escluso. Profilo del Movimento sociale italiano, Bologna.

²⁵⁸ Raith, Werner 1989: Neofaschisten auf dem langen Vormarsch, in: Kirfel, Martina/Oswalt, Walter, a.a.O., S.137.

²⁵⁹ Visentin, Fernando 1990: Faschismus in Italien, in: Schulz, Hans-Jürgen, a.a.O., S.76ff.

²⁶⁰ MSI-Vorsitzende waren: Almirante (1946-50), De Marsanich (1950-54), Michellini (1954-69), Almirante (1969-87), Fini (1987-90), Rauti (1990-91), Fini (1991-1995). 1995 wurde der MSI aufgelöst.

2. Die "revolutionär" auftretende Anti-Establishment-Fraktion mit zwei Richtungen: a. linken Themen gegenüber offenen Populisten und b. "Aristokraten" und Elitaristen.

3. Den offen terroristischen und faschistischen Teil, den Visentin im wesentlichen mit der an zahlreichen Attentaten beteiligten Gruppe um Giuseppe (Pino) Rauti sowie inhaltlich mit der Terza Posizione assoziiert.

Aufgrund der mehrfachen Verquickungen strategischer und inhaltlicher Elemente ist diese Unterteilung nicht unproblematisch. Obgleich Fritzsche unter dem Strich ähnlich resümiert wie Visentin, stellt er im Zusammenhang mit dem MSI wichtige und über Systematisierungen hinausgehende Fragen.²⁶¹ Zunächst fragt er nach den möglichen Modellen eines unter rechtsextremer Regie neu gestalteten Italien und nennt den militaristisch-aristokratischen, einen autoritär-populistischen sowie den "genuinen" faschistischen Staat. Als mögliche Strategien zur Beseitigung pluralistischer Strukturen nennt Fritzsche die Instrumentalisierung eben jener Strukturen oder die Anwendung von Gewalt. Entscheidend scheint mir dabei seine Interpretation, wonach der MSI zur Verquickung beider Elemente gezwungen und ihm lediglich die Chance geblieben war, parlamentarisches und militantes Handeln je nach Bedarf und Situation unterschiedlich zu gewichten. Zudem machen seine Ausführungen deutlich, daß aufgrund des strömungsumspannenden Weltbildes - Antikommunismus, Ablehnung parlamentarischer Demokratie, Antiegalitarismus - Positionsverschmelzungen und taktische Standortverlagerungen in der Partei selbst und durch ihren beschränkten Handlungsspielraum angelegt waren.²⁶²

Missinische Wahlergebnisse, die sich in "ruhigen" Phasen grob um fünf Prozent bewegten, korrelierten seit Gründung der Partei stark mit gesellschaftlichen Linksentwicklungen: Stimmenzuwachs auf kommunal/regionaler Ebene als Vorbote einer sich abzeichnenden Linksöffnung der Christdemokraten Anfang der 60er Jahre; weitreichende Steigerung nach dem 68er Aufbruch; leichtes Wachstum parallel zur Geburt der Neuen Sozialen Bewegungen; und schließlich der bislang größte Erfolg 1993/94 nach dem Zusammenbruch der alten Parteistrukturen und Einführung des Mehrheitswahlrechtes, das von vielen Beobachtern als Wahlhelfer für die Linke bewertet worden war.

Nur selten hat der MSI gesellschaftliche Veränderungen antizipiert und entsprechende Konzepte entwickelt. Zudem blieben die meist verspätet geführten Strategiedebatten in Flügelkämpfen stecken. Erneut an einem solchen Tiefpunkt angelangt, war die Parteimehrheit 1990 erstmals bereit, für einen Vertreter des linksfaschistischen (Fritzsche) Kreises zu stimmen. Pino Rauti hatte bereits Ende der 70er Jahre eine neue Strategie zur Einbindung der vom PCI enttäuschten Linken gefordert und die Notwendigkeit eines

²⁶¹ Fritzsche, Peter K. 1991, a.a.O.

²⁶² Ebd.

geänderten Erscheinungsbildes parallel zur wachsenden Akzeptanz der Neuen Sozialen Bewegungen erneut betont. Aber erst das Versagen des Parteichefs Fini, der auf die im Zeitraffer verlaufenden weltpolitischen Veränderungen Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre weder taktisch noch inhaltlich reagiert und dagegen am alten Leitbild einer vornehmlich antikommunistischen Partei festgehalten hatte, führte zur innerparteilichen Kräfteverschiebung. Nach zwei Wahlniederlagen aber mußte Rauti, kaum im Amt, wieder zurücktreten, und der Legalist Fini gelangte erneut an die Spitze der Partei.

Ihm ist mit der nationalen Etablierung des MSI und seiner weitgehenden Überführung in die zunächst als wahltaktisches Tochterunternehmen gegründete Alleanza nazionale sowie ihrer Regierungsbeteiligung der bislang wichtigste Schachzug in der Parteiengeschichte gelungen. Obgleich die Bedeutung des 1993 verabschiedeten Mehrheitswahlrechts und des Zusammenbruchs des alten Parteiensystems wichtige Gründe für den MSI/AN-Aufstieg sind, darf Finis persönlicher Beitrag nicht übersehen werden: Sein geschicktes Abwarten, die moderate Sprache sowie sein gesamter Habitus, für den zahlreiche Italiener Sympathie bekunden.

Fritzsche hatte erwartet, daß mit dem Postkommunismus auch der Postfaschismus einhergehen würde. Bemerkenswerterweise hatte der Italien-Experte Recht im Unrecht. Den MSI gibt es in der Tat nicht mehr. Dafür ist aber eine Organisation entstanden, die wie ehemals mit dem antikommunistischen Ticket reist und dafür auch belohnt wird. Der Publizist Giorgio Bocca spricht in diesem Zusammenhang vom "Antikommunismus ohne Kommunismus", der nicht nur Fini, sondern auch Berlusconi's Erfolg bewirkt hat.²⁶³

5.2.3. La (Prima) Nuova Destra

Der Mehrheitskurs des MSI und die Gewaltverstrickungen seiner Randflügel haben dazu beigetragen, daß der italienische Rechtsintellektualismus Anfang der 80er Jahre eine neue Dynamik entfalten konnte.²⁶⁴ Schon die Tatsache, daß 1978 mit der Zeitschrift *Elementi* eine überaus aufwendig und professionell gestaltete Zeitschrift auf den Markt gebracht wurde, weist auf ein gestiegenes Selbstbewußtsein der intellektuellen Rechten hin. Mit der 1982 vom MSI-Dissidenten Mario Tarchi gegründeten Gruppierung *Nuova Destra* formierten sich Teile der üblicherweise in losen Zirkeln debattierenden Rechten erstmals auch in organisatorischem Rahmen. Der überwiegende Teil aber blieb unorganisiert - wenn auch nicht unverbunden.

Ähnlich wie in Frankreich wurde die Neue Rechte nicht durch Aktivitäten, sondern durch Diskussionen über sie bekannt. So

²⁶³ Il venterdì, supplemento a la Repubblica, 11.2.1994. Vgl. zu den Verbindungen des MSI zur P2: Europäisches Parlament 1985, a.a.O., S.49.

²⁶⁴ Vgl. Revelli, Marco 1984: *La Nuova Destra*, in: Ferraresi, Franco: *La destra radicale*, Milano.

befaßte sich 1982 das Historische Institut der Resistenza in Cuneo mit Absichten und Strategien der bislang wenig bekannten Rechten, wodurch die von Frankreich und de Benoist stark beeinflussten Zirkel erstmals Gegenstand (halb-)öffentlicher Diskussion waren. Die Auseinandersetzungen erreichten ihren Höhepunkt, als der ehemalige PCI-Abgeordnete und Philosoph Massimo Cacciari an neurechten Diskussionsveranstaltungen teilnahm, die er, so sie stattfinden, auch als progressiver Bürgermeister von Venedig (seit 1993) frequentiert. Allerdings ist es in Italien keine Ausnahme, daß "nicht nur innerhalb der Rechten oder innerhalb der Linken, sondern zwischen beiden 'Lagern'" diskutiert wird".²⁶⁵

Ideologie und weltanschauliche Referenzen von Nouvelle Droite und Nuova Destra sind weitgehend deckungsgleich: Favorisierung organisch legitimierter Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen anstelle des merkantilen Ökonomismus moderner Demokratien, Antiegalitarismus und ausgeprägter Mystizismus als Fundament für "Vergemeinschaftung" und Überwindung des Rationalismus sowie ein okzidentaler Nationalismus, wonach "das Römische Europa seinem Wesen nach eine überlegenere Einheit gegenüber sonstigen historischen Konfigurationen ist".²⁶⁶ Beide Strömungen berufen sich auf die Neobiologie und die Erkenntnisse von Genetik und Ethologie. Darüber hinaus stützen sie sich auf das evolanische Weltbild, dessen "Anti-Semitismus und Anti-Christianismus die Grundbedingung für die befreiende Rückkehr zum 'heidnischen Imperialismus' sind".²⁶⁷ Im Unterschied aber zur französischen präsentiert sich die italienische Rechte weniger elitär bzw. geschlossen. Dies trifft vor allem für den Kreis um Tarchi zu, der wegen seiner Kontakte zu Rauti an den MSI angebunden war. Unter dem Strich blieb die italienische Neue Rechte bedeutungslos; sie hatte gehofft, parallel zur Krise der Linken größeren Einfluß zu erzielen.²⁶⁸ Dies ist ihr aber nicht gelungen.

5.2.4. La (Seconda) Nuova Destra

Seit dem Wahlsieg des rechten Pakts um Berlusconi im März 1994 hat der Begriff "Nuova Destra" in Italien eine neue Bedeutung erfahren.²⁶⁹ Im Zentrum wissenschaftlicher Diskurse stehen dabei

²⁶⁵ Raith, Werner 1989: Neofaschisten auf dem langen Marsch, in: Kirfel, Martina/Oswalt, Walter, a.a.O., S.142.

²⁶⁶ Marco Revellis Bemerkungen auf der Tagung des Europäischen Parlaments 1985, a.a.O., S.51.

²⁶⁷ Nolte, Ernst 1984, a.a.O., S.315.

²⁶⁸ Fritsche, Peter K. 1987, a.a.O., S.229.

²⁶⁹ Daß der Begriff "Neue Rechte" derart verwandt wird, zeigt die Bedeutungslosigkeit und die Schwäche der "alten" Neuen Rechten an.

insbesondere die Taktiken des Industriellen,²⁷⁰ dem es in atemberaubend kurzer Zeit gelungen ist, seinen Wahl- und Jubelverein Forza Italia aus dem Boden zu stampfen und zusammen mit Alleanza nazionale, Lega Nord und einigen rechten DC-Überresten eine Regierung zu bilden.²⁷¹ Forza Italia als eigentliche Wahlsiegerin hatte zur Zeit ihres Durchbruchs weder erkennbare organisatorische Strukturen noch ein inhaltliches Profil. Ihr Programm hieß Berlusconi, der seinen Wählern nicht nur ein neues Wirtschaftswunder verhieß, sondern ihnen allabendlich die unbeschwerte Welt via Fernsehen ins Haus lieferte. Aufgrund seines medial inszenierten Kontakts zur Bevölkerung wird Berlusconi verschiedentlich als neo-peronistisch bezeichnet.²⁷²

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht ist zu fragen, was an der Politik Berlusconis und seiner Partner rechts, und vor allem was daran neu-rechts ist. Inhaltlich/thematisch besteht keine Veranlassung, von einer Neuen Rechten zu reden, weil die Aussagen der Parteien weder neu im Sinne einer politischen Idee noch zusammenhängend und zudem nicht einmal kompatibel sind. Auch die politischen Taktiken waren und sind wenig originell: Wie ehemals zielt(e) der Wahlkampf vornehmlich gegen eine in den Dunstkreis des Kommunismus hineinphantasierte Linke. Daß der PCI-Nachfolger PDS innerhalb der Sozialistischen Internationale eher rechts placiert ist, spielt(e) dabei augenscheinlich keine Rolle. Allerdings wurde 1994 mit Berlusconi erstmals ein Industrieller zum Regierungschef gewählt, der stets deutlich gemacht hat, daß er auch als Amtsträger nicht auf seine wirtschaftlichen Kompetenzen verzichten will. Zudem rückte mit der Alleanza nazionale eine Organisation in das Machtzentrum, deren zu der Zeit noch existierende Mutterpartei jahrzehntelang von der Regierungsebene ferngehalten worden war. Und schließlich gelangte mit der Lega eine Kraft an die Regierung, die den italienischen Sstaat zerteilen wollte.

Aber dies genügt nicht, schon von einer Neuen Rechten zu reden. Sie haben die Wahlen zwar nicht gerade zufällig, aber genauso wenig aufgrund präziser politischer Vorstellungen, Gedanken oder einprägsamer Themen gewonnen. Dies spricht nicht gegen das Vorhandensein politischer Ideen: Im Fall der Alleanza nazionale aber sind sie nicht neu, bei Berlusconi im eigentlich politischen Sinn kaum vorhanden und bei der Lega wenig kohärent. Ein Faktum freilich macht die Bezeichnung Neue Rechte diskutierenswert: Der politischen Elite und allen voran Berlusconi und Fini ist es gelungen, eine Debatte über die Bildung einer italienischen Präsidentialrepublik loszutreten. Aber auch dies konstituiert noch keine Neue Rechte. Es

²⁷⁰ Siehe das Schwerpunktthema "La nuova destra in Italia": Ulisse, Inverno/Primavera 1994. Vgl. auch Gnoli, Antonio 1994: Vedi alla voce Destra, in: la Repubblica, 3.4.1994, S.21.

²⁷¹ Vgl. zu den Hintergründen das Kapitel 9.2.3.

²⁷² Vgl. dazu auch PDS 1993: Cambia la politica. E l'informazione? Convegno nazionale del Pds, Roma, 9.11. 1993: "Sarebbe un caso esemplare di 'peronismo elettronico'."

bleibt abzuwarten, ob dieses Thema in ein erkennbares Ideengebäude eingebunden wird.

5.3. Österreich

Methodisch ungleich schwieriger als die bisherigen Abschnitte gestaltet sich das Kapitel Österreich. Dies resultiert aus der bereits recht langen Geschichte der Freiheitlichen Partei Österreichs und ihrer unterschiedlichen politischen Phasen. Die FPÖ ist ein integraler Bestandteil des postnationalsozialistischen Rechtsextremismus, hat aber seit etwa Ende der 60er Jahre einen Kurs eingeschlagen, der zu einer Stärkung der liberalen Kräfte führte. Ein erneuter und gravierender Wandel fand mit der Amtsübernahme Haiders als Parteiobmann 1986 statt. Diese Post-86er-FPÖ steht im Zentrum der später folgenden Kapitel.

5.3.1. Verband der Unabhängigen (VdU)

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus waren zahlreiche NSDAP-Mitglieder ohne politische Heimat. Ein kleiner Teil ehemaliger NSDAP-Wähler und Mitglieder trat dem 1949 gegründeten Verband der Unabhängigen (VdU) bei, der Wahlverein und Auffangbecken in einem war.²⁷³ Bemerkenswerterweise hatte die SPÖ zu den Förderern des VdU gehört, die sich damit vor allem eine Schwächung ihrer Hauptkonkurrentin ÖVP erhoffte.²⁷⁴ Die unterschiedlichen Einschätzungen über den Charakter und Zweck des VdU sind überraschend. Denn anders als Pelinka, der im VdU ein rechtsextremes Sammelbecken **und** ein SPÖ-Instrument sieht, kommt Kurt Richard Luther zu dem Schluß, daß der VdU "als liberales Gegengewicht zum Proporz der Großparteien, sowie als Mittel zur Integrierung ehemaliger Nazis und anderer Unzufriedener ins politische System Österreichs" gedacht war.²⁷⁵

All diese Aussagen zusammen können nicht richtig sein. Warum beispielsweise sollte die SPÖ an einem auch gegen sie selbst gerichteten Gegengewicht interessiert gewesen sein? Welcher Liberalismusidee liegt zudem die Annahme zugrunde, daß eine liberale Partei explizit das Ziel verfolgt, Altnazis und andere Un-

²⁷³ Allerdings wurden der "VdU und dessen Nachfolgepartei FPÖ (...) niemals die politische Heimat der übergrossen Mehrheit ehemaliger Nationalsozialisten. Sowohl ÖVP als auch SPÖ konnten wesentliche Teile dieses Potentials zu sich herüberziehen." Pelinka, Anton 1993(b), a.a.O., S.471.

²⁷⁴ Ebd., S.470f. Vgl. zur Rolle der SPÖ und des damaligen Innenministers Oskar Helmer bei der Gründung des VdU : Riedlsperger, Max E. 1978: The Lingering Shadow of Nazism. The Austrian Independent Party Movement since 1945, Boulder.

²⁷⁵ Luther, Kurt Richard 1992, a.a.O., S.247.

zufriede einzusammeln? Während man den ersten Widerspruch noch mit dem Hinweis auf parteipolitische Taktik und dem Interesse der SPÖ erklären kann, Ex-NSDAPlern aus präventiven Gründen ein legales Terrain zu schaffen, läßt sich die zweite Kontradiktion kaum auflösen. Wie verhält es sich mit dem österreichischen Liberalismus? Pelinka bestreitet ein nennenswertes liberales Erbe, konzidiert jedoch immer wiederkehrende Ansätze freisinniger Politik. Sie lassen sich punktuell **auch** im Dritten Lager feststellen, das für sich in Anspruch nimmt, politische Heimat der (Deutsch-)Nationalen und Liberalen zu sein. Es bedarf jedoch keiner geschichtswissenschaftlichen Detailarbeit, um zu erkennen, daß der Deutschnationalismus wie wohl jede "vaterländische" Idee - Nationalliberale quo ieratis? - mit liberaler Weltanschauung unvereinbar ist. Der "Liberalismus" des Dritten Lagers erschöpfte sich im wesentlichen darin, gegen die Hegemonie der beiden anderen Lager zu streiten und blieb deshalb weitgehend ohne inhaltliche Konturen.

Unstrittig im Fall des VdU jedenfalls ist der Grund seiner Auflösung: Er wurde zusehends schwächer, nachdem die ÖVP infolge größerer VdU-Wahlerfolge spürbar nach rechts gerückt war. Der VdU wurde nach langen internen Konflikten schließlich von der äußersten Rechten übernommen und 1955 zugunsten der FPÖ aufgelöst.

5.3.2. Die FPÖ bis 1986

Von 1956 bis etwa Mitte der 60er Jahre war die FPÖ eine eher unbedeutende und schwach organisierte Partei. Ihr erstes Programm war ein kurzer Schlagwortkatalog, der den politischen Interessen ehemaliger NSDAP-Mitglieder entsprach. Bei dem 1957 verabschiedeten Folgeprogramm "Richtlinien freiheitlicher Politik" handelt es sich grob um eine Neuverabschiedung des ersten Manifestes. In ihm finden sich neben antikommunistischen und deutschnationalen Stellungnahmen auch deutliche Kritiken an den beiden großen Parteien, ihrem Österreichnationalismus und ihrer Proporzpolitik. Aus Gründen der Anschaulichkeit und um die erdrückende Dominanz liberaler Repräsentanten zu illustrieren, will ich kurz ein paar der wichtigsten Parteimitglieder jener Stunde vorstellen:

1. Anton Reinthaller. Er war 1. Bundesparteiobmann (1956-58), zuvor Mitglied der NSDAP-Landesleitung in Österreich und Landwirtschaftsminister der Seyß-Inquart-Regierung.
2. Friedrich Peter. Der zweite Parteiführer (1958-78) war Angehöriger der 1.SS-Infanteriebrigade.
3. Otto Scrinzi. Der spätere Kärntner FPÖ-Abgeordnete hatte als Psychiater am Institut für Erb- und Rassenbiologie an der Universität Innsbruck gearbeitet und war bereits zwischen 1934 und 1938 Sturmführer der illegalen SA. Er gehört zu den Gründern von VdU und FPÖ und war bis 1986 eine dominante Person innerhalb des Kärntner Landesverbandes. Zeitgleich zu seiner Kandidatur als Bundespräsident 1986 legte er wegen seiner weitreichende Kontakte zum internationalen Rechtsextremismus auch innerhalb der FPÖ umstrittene Scrinzi seine Mitgliedschaft nieder.

Anfang der 60er Jahre hatte Bundesparteiobermann Friedrich Peter die Tragweite des Imageproblems seiner bislang isolierten Partei erkannt und mit modifizierten Inhalten und einer veränderten Selbstdarstellung die Integration der Partei in österreichische Strukturen vorbereitet. Dieser Veränderungs- und Öffnungswille²⁷⁶ ist auf die marginalisierte Rolle der Partei selbst, aber auch auf die Taktik der SPÖ zurückzuführen. Sie war innerhalb der Großen Koalition weitgehend ohne Profilierungsspielraum geblieben und mit ihrer Anfang/Mitte der 50er Jahre nach rechts ausbrechenden Partnerin ÖVP zunehmend unzufrieden. Dieser als Antwort auf die Erfolge des VdU gedachte Rechtsruck hatte die beiden großen Koalitionsparteien entfremdet, wodurch eine konstruktive Arbeit kaum mehr möglich war.

Nun müssen nicht erst gravierende Gründe vorliegen, damit ein kleinerer Koalitionspartner nach Möglichkeiten sucht, zur stärksten Kraft zu avancieren. Deshalb ist es kaum verwunderlich, daß die SPÖ mit der FPÖ Kontakt aufgenommen hat, wofür "Habsburg-" und "Olah-Krise" die markantesten Beispiele sind.²⁷⁷ Im Vorfeld erster Tuchfühlungen hatte Franz Kreuzer in seiner Eigenschaft als Chef der Abendzeitung eine Koalition von SPÖ und der nach seiner Meinung schon beinahe liberalen FPÖ publizistisch angedacht und damit offenkundig eine andere Meinung vertreten als junge Wiener Sozialisten, die der FPÖ attestierten, "liberal wie anno nazimal" zu sein.²⁷⁸ Viele der durch diese zwischenparteilichen Küngeleien brüskierten FPÖ-Mitglieder haben die Partei verlassen, 1966/67 die radikale NDP²⁷⁹ gegründet und damit ihrerseits faktisch wie ungewollt einen direkten Beitrag zur koalitionsären Gebrauchswertsteigerung der FPÖ geleistet.

Mehr noch als die Gewißheit, eine potentielle Partnerin zu haben, wog die Modernisierungsbereitschaft der SPÖ. Die seit 1966 oppositionelle Partei hat sich stark von der Aufbruchstimmung einer

²⁷⁶ Auch programmatisch zum Ausdruck gebracht in den Manifesten "Salzburger Bekenntnis" (1964) und "Bad Ischler Programm" (1968): Erstmalige Anerkennung demokratischer Werte bei rechtsextremer Grundrichtung. Luther, Kurt Richard 1992, a.a.O., S.256.

²⁷⁷ Habsburg-Krise umschreibt die Abstimmungskongruenz von SPÖ/FPÖ über die mögliche Rückkehr des Adligen in die Alpenrepublik, die mit dem Votum der beiden Kräfte vereitelt wurde. Olah-Krise markiert die "Einkaufspolitik" des SPÖ- und Gewerkschaftsfunktionärs Franz Olah, der die FPÖ 1962 für eine Koalition gewinnen wollte. Allerdings hatte die FPÖ die rund eine Million Schilling nicht für den Wahlkampf, sondern für die Renovierung ihrer Geschäftsstelle ausgegeben. Immerhin auch eine Form von Erneuerung.

²⁷⁸ KPÖ 1964: Was ist die FPÖ?, Wien, S.2.

²⁷⁹ Die NDP wurde 1988 aufgelöst. Vgl. zur Partei Lasek, Willi 1990: Deutschnationale, rechtsextreme und neonazistische Strömungen, in: Schulz, Hans-Jürgen, a.a.O., S.98ff.

bis dahin überwiegend konservativen Studentenschaft²⁸⁰ beeinflussen lassen. Beide Strömungen haben erheblich zu einem aufgefrischten gesellschaftlichen Klima beigetragen, das der SPÖ 1970 die absolute Mehrheit im Nationalrat bescherte. Um sich auch für die Zukunft abzusichern, haben die Sozialisten²⁸¹ weiterhin Kontakte zur mittlerweile auch von der ÖVP umgarnten FPÖ gehalten. Damit war die kleine Partei beidseitig aufgewertet und spätestens 1983 unter Norbert Stegers Vorsitz als Regierungspartei an der Seite der SPÖ salonfähig.

Luther bezeichnet den Zeitraum zwischen den Mittsiebzigern und 1986 nach *Ausgrenzung* und *Modernisierung* als dritte Phase und als Ära der politischen Akzeptanz, des aufstrebenden Liberalismus und internen Pluralismus.²⁸² Programmatischer Ausdruck einer Liberalisierung war das bereits 1973 verabschiedete "Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik". Diese Schrift war jedoch kein österreichisches Äquivalent der mittlerweile obsoleten FDP-Thesen von Freiburg, sondern mit seinem Rekurs auf Leistung, Stärke und Eliten das Gegenteil einer Idee nicht nur formal-juristisch garantierter, sondern auch finanziell flankierter Chancengleichheit.

Trotz programmatischer und personeller Erneuerungen blieb aber ein echter Wandel der Partei aufgrund des großen Einflusses rechter Fraktionen und außerparteilicher "Lobbyarbeit" noch extremerer Strömungen aus. Dies ist das Resümee vieler FPÖ-Beobachter, die wie Luther von der Ära des aufstrebenden Liberalismus gesprochen hatten, 1986 aber feststellen mußten, daß liberale Strömungen ohne Chance geblieben waren, die Partei in ihrem Sinn zu verändern:²⁸³ Der Eintritt der FPÖ in die kleine Koalition und die Modernisierung der FPÖ-Parteispitze können nicht darüber hinwegtäuschen, "daß ein entscheidender geistig-ideologischer Durchbruch, bei der Masse der Parteianhänger (...) offenbar nicht gelungen" war.²⁸⁴ Die Tatsache, daß die Mehrheit des Salzburger Parteitags gegen den ausdrücklichen

²⁸⁰ In Österreich mündete dieser Aufbruch jedoch nicht in einer Studentenbewegung und blieb relativ zahm.

²⁸¹ Zu dieser Zeit nannten sich die heutigen Sozialdemokraten noch Sozialisten.

²⁸² Luther, Kurt Richard 1992, a.a.O., S.248.

²⁸³ Vgl. Bailer, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang 1993: Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, a.a.O., S.327-428. Siehe insbesondere das Unterkapitel 4: Die Episode Steger: Der vermeintliche Durchbruch des Liberalismus, S.335-339.

²⁸⁴ Neugebauer, Wolfgang 1981: Die FPÖ: Zurück zu den Wurzeln, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Fotokopie ohne Quellennachweis, Wien, S.69. Vgl. dazu aber auch: Bailer, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang 1993, a.a.O., S.335f.

Willen der Führungsspitze am deutschnationalen Bekenntnis festgehalten hat, mag ein Indiz dafür sein.²⁸⁵

Aufschlußreicher aber als eine unter Umständen durch große Beeinflussung zustande gekommene Parteitagsmehrheit sind die Aktivitäten des dezidiert rechten Flügels, der zu rechtsextremen Kleingruppen, deutschnationalen und anderen Traditionsvereinen oder gemäßigteren Großorganisationen in regem Kontakt stand oder bequemerweise gleich in deren Führungsgremien vertreten war.²⁸⁶ Die Riege um den Parteivorsitzenden Steger wurde aufgrund des von diesen Gruppen ausgeübten Drucks immer wieder zu Konzessionen gezwungen. Dies umso mehr, als es ihnen innerhalb der Koalition nicht gelungen ist, die FPÖ als liberale Partei gesellschaftlich zu verankern. Nur unter dieser Voraussetzung hätte für sie die Chance bestanden, dem Druck zu widerstehen.

Es ist sicherlich falsch, die sogenannte liberale Phase als Betriebsunfall eines parteipolitischen Modernisierungsprozesses abzutun; unter dem Strich war sie eher ein Intermezzo zeitweilig aufstrebender Liberaler, die eine Zeit überbrückt haben, die die rechts stehenden Kräfte benötigt haben, um sich ihrerseits zu modernisieren.

Die Entwicklung der FPÖ seit 1986, also seit der Amtsübernahme Haiders als Bundesparteiobmann, werde ich in einem späteren Kapitel weiter ausführen.

5.3.3. Andere Organisationen

Einen exakten Überblick über die äußerst vielfältige rechtsextreme Szene Österreichs zu vermitteln, zielt an meiner Absicht vorbei, die Entwicklung des Rechtsextremismus nach dem Zweiten Weltkrieg lediglich in seinen wichtigsten Zügen wiederzugeben. Aus diesem Grund fehlen im folgenden Kapitel die zahlreichen radikalen bzw. terroristischen Kleingruppen, die mannigfach existierenden Traditions- oder Kulturvereine sowie studentische Organisationen.²⁸⁷ Auch werde ich mich nicht mit den

²⁸⁵ FPÖ 1985: Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Beschlossen am 1. und 2. Juni 1985 in Salzburg, Wien, Teil 1, Grundlegung. Hier ist nicht mehr vom "Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft" die Rede, sondern von der "besonderen Wesensart des eigenen Volkes". Dieses Programm korrigiert zudem die zuvor explizit wirtschaftsliberale Ausrichtung und erhebt zahlreiche rechtsstaatliche Forderungen.

²⁸⁶ Bailer-Galanda, Brigitte/Lasek, Wilhelm/Neugebauer, Wolfgang 1992: Politischer Extremismus (Rechtsextremismus), in: Dachs, Herbert et al. (Hg.), a.a.O., S.289ff. Lasek, Willi 1990, a.a.O., S.99ff.

²⁸⁷ Ich verweise auf die Systematisierung dieser Organisationen von: Bailer-Galanda, Brigitte/Lasek, Wilhelm/Neugebauer, Wolfgang 1992, a.a.O., S.288ff.

Nationaldemokraten (NDP) auseinandersetzen, weil die 1966/67 gegründete Partei bedeutungslos geblieben ist; abgesehen einmal von den 3,2% der Stimmen, die ihr Vorsitzender Norbert Burger bei den Präsidentschaftswahlen 1980 erzielen konnte. Das für die kleine Partei recht hohe Ergebnis ist aber schnell erklärt: 1. Die ÖVP hatte keinen eigenen Kandidaten ins Rennen geschickt. 2. Der FPÖ-Bewerber war wegen seines Widerstandes in der NS-Zeit für Rechtsextreme nicht wählbar.

Obgleich ich also darauf verzichte, mich mit den genannten Strömungen näher auseinanderzusetzen, will ich keinesfalls nur exemplarisch Organisationen herausgreifen, die genauso gut durch andere substituiert werden könnten. Mir geht es vielmehr darum, extremrechte Kontinuitäten und Komplexitäten am Beispiel der wichtigsten Großorganisationen sowie anhand einer Verlagsgesellschaft aufzuzeigen.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wurden in Österreich viele kleine Organisationen gegründet, die sich fast alle dem später zugelassenen VdU angeschlossen haben. In den 50er Jahren haben sich weitere Organisationen der politischen Rechten formiert, die bis heute unabhängig geblieben sind. Dazu zählen die von Bailer-Galanda, Lasek und Neugebauer untersuchten "gemäßigter auftretenden Großorganisationen":²⁸⁸ der 1952 gegründete Österreichische Turnerbund (ÖTB) und der 1955 aus der Taufe gehobene Kärntner Heimatdienst (KHD). Pelinka nennt als weitere relevante Vereinigung den Österreichischen Kameradschaftsbund. Die im folgenden kurz vorgestellten Organisationen sind vor allem wegen ihrer Brückenfunktion bedeutsam.

Der Österreichische Turnerbund

Etwa 75.000 Mitglieder organisieren sich im ÖTB; 40 Prozent davon sind Kinder und Jugendliche. Während sie in erster Linie an sportlicher Betätigung interessiert sind, orientiert sich die ÖTB-Führungsspitze bis heute an der Weltanschauung des deutschen Turners Jahn,²⁸⁹ für den Sport bekanntermaßen kein zweckfreies Freizeitvergnügen war.²⁹⁰ Wie er will auch der ÖTB eine (deutsch-)national-völkische Gesinnung über den Sport vermitteln, der gleichsam Bestandteil dieser Weltanschauung ist.²⁹¹ Der ÖTB versteht sich als Nachfolgeorganisation des Deutschen Turnerbundes in Österreich, bemüht sich aber nach außen um ein demokratisches, d.h. förderungswürdiges Image. Mehrere Urteile, die dem Organ des Tur-

²⁸⁸ Bailer-Galanda, Brigitte et al. 1992, a.a.O., S.292f.

²⁸⁹ Vgl. dazu Pittler, Andreas P. 1993: Friedrich Ludwig Jahn und der ÖTB. Zum ideologischen Gehalt des "Jahnschen Turnens", in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), a.a.O., S.281.

²⁹⁰ Jörg Haider war 1966 Sieger des Redewettbewerbs des ÖTB; sein Thema "Wie deutsch ist Österreich".

²⁹¹ Bailer, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang 1993, a.a.O., S.185.

nerbundes eine neofaschistische Tendenz und dem Verein nationalsozialistische Tendenz attestierten, verhinderten jedoch bislang seine Aufnahme in die Dachorganisation des österreichischen Sports.²⁹²

Kärntner Heimatdienst

Schon der ÖTB ist aufgrund seines pluralen Mitgliederniveaus zumindest partiell in die Gesellschaft eingebunden und insofern kein Randphänomen. Im Fall des Kärntner Heimatdienstes und des Österreichischen Kameradschaftsbundes kommt jedoch auch noch die parteipolitische Achse quer durch alle Lager hinzu. Unter dem Dach des etwa 8000-Mitglieder starken KHD kümmern sich unterschiedliche Organisationen um die Pflege des Deutschtums und damit spiegelbildlich auch mit antislowenischer Politik. Der KHD-Vorgänger Kärntner Heimatbund war maßgeblich an der Verfolgung slowenischer Bürger beteiligt, und das von ihm konstituierte Vorurteil, nach dem sich zur eigenen "Volksgruppe" bekennende Slowenen heimatfremd und kommunistisch seien, ist bis heute in den Köpfen der Kärntner Mehrheitsbevölkerung verankert. Eines der Hauptanliegen des KHD ist der Kampf gegen "Slowenisierung" Kärntens und gegen die im Staatsvertrag von 1955 festgeschriebenen Minderheitenrechte. Pikanterweise sitzen im Führungsgremium des KHD "Vertreter der drei Parlamentsparteien neben Alt- und Jungvölkischen, neben echten 'Ehemaligen' und getarnten Neo-Rechtsextremen".²⁹³

Der Österreichische Kameradschaftsbund

Eine ähnlich treffliche Runde hat auch der Österreichische Kameradschaftsbund zu bieten, der sich qua Satzung zunächst darauf beschränkt, ein Dachverband verschiedener Soldatenverbände zu sein. Kaum überraschend indes, daß er mehr sein will, als ein loser Zusammenschluß zeitweilig freiwillig oder zwangsweise miteinander verbundener Kriegsteilnehmer. Genauso wenig überraschend ist es, daß er seine Legitimation nicht darin sieht, über kollektives Fehlverhalten oder Kriegsschuld zu reflektieren. Zentrales Anliegen zumindest seiner Funktionäre ist es, den nationalsozialistischen Angriffskrieg zu rechtfertigen und den Mitgliedern das sichere Gefühl zu vermitteln, auf der rechten Seite gestanden zu haben. Pelinka stuft diese Organisation daher wie auch den KHD als partiell rechtsextrem ein und betont zudem die besondere Rolle von ÖVP und SPÖ. Die beiden Parteien mußten entscheiden, die "von ihnen unabhängigen Phänomene durch eine energische Politik der Abgrenzung zu gettoisieren oder aber durch eine Politik der Verschleifung zu integrieren. Beide Großparteien haben sich spätestens seit 1949 für die zweite Möglichkeit entschieden."²⁹⁴

Die AULA

²⁹² Neugebauer, Wolfgang 1981, a.a.O., S.204f.

²⁹³ Ebd., S.260.

²⁹⁴ Pelinka, Anton 1993(b), a.a.O., S.466f.

Auch der 1950 gegründete Aula-Verlag im Besitz der Arbeitsgemeinschaft Freiheitlicher Akademikerverbände versucht sich als ideologische Brücke, allerdings nur innerhalb der politischen Rechten.²⁹⁵ Die Autoren des gleichnamigen Periodikums und die Geldgeber von Zeitschrift und Verlag können nicht bedingungslos als rechtsextrem eingestuft werden, sie tragen aber zweifellos zur Aufwertung des Verlags bei. Reinhold Gärtner hat die Zeitschrift "Aula" auf mehreren Ebenen untersucht und ist nach einer Analyse von Inhalten, Kontakten zwischen Aula und anderen (tendenziell) rechtsextremen Publikationen bzw. Verlagen, von Anzeigenkunden und vor allem von (Gast-)Autoren zu dem Schluß gekommen, daß sie eine "zentrale Brückenfunktion zwischen Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus (erfüllt)".²⁹⁶ Im Grunde, so das Fazit von Bailer-Galander und Neugebauer, "repräsentiert die 'AULA' das deutschnationale bis rechtsextreme Milieu in Österreich, ausgenommen den militanten jugendlichen Neonazismus".²⁹⁷

5.4. Diskussion

Unverkennbar sind die Kontinuitäten des österreichischen Rechtsextremismus, der nach dem Zweiten Weltkrieg gut organisiert blieb. Dabei waren sowohl der VdU als auch die FPÖ in der Lage, kleinere Organisationen der extremen Rechten zu absorbieren oder eng an sich zu binden. Pelinka verweist in diesem Zusammenhang auf die Rolle der beiden grossen Parteien Österreichs, die vor der Alternative Ausgrenzung oder Integration (bzw. Domestizierung) rechtsextremer Strömungen standen, und sich für die letzte Möglichkeit entschieden haben. Damit bezieht sich der Politikwissenschaftler vor allem auf die weit rechts stehenden Großorganisationen, die von SPÖ und ÖVP durch ihre gremienpolitische Mitwirkung zugleich aufgewertet und zumindest zum Teil unter Kontrolle gehalten wurden. Parallelen zu Italien gibt es insofern, als der MSI in der Nachfolge der verbotenen Mussolini-Partei geduldet wurde, obwohl er aufgrund der Strafrechtsbestimmungen eigentlich hätte aufgelöst werden müssen. Er konnte, wie der Verband der Unabhängigen, zahlreiche kleinere Strömungen an sich binden. In Frankreich dagegen war die extreme Rechte nach dem Zweiten Weltkrieg zersplittert, untereinander zerstritten und lediglich darin einig, gegen den starken de Gaulle und seine Politik zu opponieren. Er hatte es in den ersten Nachkriegsjahren geschafft, den zuvor von der nationalistischen Rechten vertretenen Antiparlamentarismus und demokratische Positionen miteinander zu versöhnen. Vor

²⁹⁵ Vgl. dazu Gärtner, Reinhold 1993: Die Aula, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), a.a.O., S.254f. Besitzer der AULA sind die der FPÖ nahestehenden Freiheitlichen Akademikerverbände.

²⁹⁶ Ebd., S.270.

²⁹⁷ Bailer, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang 1993, a.a.O., S.406.

allem aber wandte sich die extreme Rechte Frankreichs gegen seine pragmatische Dekolonisationspolitik. Derart auf de Gaulle konzentriert, hatte sie es versäumt, eigene Akzente zu setzen. Es ist deshalb weder zufällig noch überraschend, daß infolge dieser einseitigen und wenig erfolgreichen Konzentration eine "neurechte" Strömung herauszubilden begann.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren in allen drei Staaten Protestparteien erfolgreich, die nicht bedingungslos der extremen Rechten zugeschlagen werden können. Am wenigsten strittig dürfte eine entsprechende Klassifizierung des VdU sein. Wie stark die Präsenz radikaler deutschnationaler Kräfte innerhalb dieser Organisation war, unterstreicht der Mehrheitsbeschluß, mit dem der VdU aufgelöst und die FPÖ gegründet wurde. Im Unterschied zu den Bewegungen Poujades und Gianninis verzichtete der VdU auf antiparlamentarische Rhetorik. Daraus können zwei Schlüsse gezogen werden, die nicht im Widerspruch stehen: 1. Der VdU bzw. seine Führungskräfte standen in einer gewissen Abhängigkeit zur SPÖ, die kein Interesse an einer antiparlamentarischen, wohl aber an einer Partei hatte, die die ÖVP im demokratischen Kampf um Stimmen und Mandate schwächt. Antiparlamentarische Einstellungen innerhalb der VdU-Führerschaft können deshalb aus instrumentellen Gründen (Legalität, Partizipation) hintangestellt worden sein. 2. Es ist ebenso möglich, daß die Dominanz der Lagerkulturen die VdU-Politik beeinflußt hat: Die drei Lager produzieren auch Parteien, wobei sich die beiden großen Kräfte bei Wahlen und im Parlament um Meinungsführerschaft bemühen. Gegner wären demnach nicht a priori die Spielregeln, sondern die beiden anderen "Lagerrepräsentanten".

Alle drei Strömungen erfüllten nach dem Zweiten Weltkrieg die Funktion eines Sammelbeckens für Unzufriedene, die ihre Interessen bei keiner der übrigen Parteien vertreten sahen. Obgleich sie Übergangsphänomene waren, können sie nicht isoliert betrachtet werden. Der VdU wurde vergleichsweise reibungslos von einem Kreis übernommen, aus dem wenig später die FPÖ hervorging. Poujades Bewegung wurde parallel zur wahlpolitischen Rückkehr der Gaullisten überflüssig, die ihre zur UDCA gewanderte Wählerschaft zurückgewinnen konnte. Und schließlich waren auch die Qualunquisten kein Kuriosum innerhalb eines ansonsten "normalen", in links, Mitte und rechts geteilten Parteiensystems: Eine politisch-thematische Rechtswende der DC hatte ausgereicht, das Unternehmen Gianninis zu beenden, wengleich dessen taktische Inkompetenz eine erheblich Rolle bei dem Niedergang spielte. Nicht zuletzt die Wahlerfolge im Süden und das zeitliche Zusammentreffen von beginnender Erosion der Qualunquisten und MSI-Gründung legen den Schluß nahe, daß wichtige personelle Verbindungen zwischen Mitgliedern beider Organisationen bestanden haben.

Offensichtlich korrelieren in Frankreich die Handlungsunfähigkeit der extremen Rechten mit den seit Mitte/ Ende der 60er Jahre wahrnehmbaren Erneuerungen, die später in der Neuen Rechten mündeten. In Italien hat sich eine neurechte Strömung erst rund ein Jahrzehnt später zu Wort gemeldet. Aber auch hier gibt es eine ähnlichen Zusammenhang wie in Frankreich: Denn hier meldete sich

die Nuova destra in dem Moment zu Wort, als der MSI aufgrund der wachsenden Gewaltbereitschaft seiner Randflügel elektoral in die Defensive geraten ist. Gesteigertes Selbstbewußtsein zeigte sie zudem parallel zur Krise der Linken. Dies könnte bedeuten, daß neu-rechte Strömungen keine Eigendynamik entfalten, sondern daß ihre Aktivitäten, wie überhaupt ihr Entstehen, von der Politik und dem Erfolg der "klassischen" extremen Rechten abhängt, und daß *neu-rechts* in diesem Sinn nichts anderes als eine Reaktion auf sie ist. Ein Blick nach Österreich, wo bis heute keine neurechten Strömungen existieren, die traditionelle extreme Rechte aber nach wie vor gut organisiert und - im Fall der FPÖ - auch erfolgreich ist, könnte diese These bestätigen.

Im folgenden Kapitel werden die im Zentrum dieser Arbeit stehenden Parteien analysiert. Dabei gilt es, meine eingangs aufgestellten Thesen zu überprüfen. Zunächst habe ich behauptet, daß für den Erfolg rechtsrandiger Protestparteien äquivalente Krisenerscheinungen verantwortlich sind. Davon profitieren aber nur jene Kräfte, die flexibel genug sind, die durch den Wandel geborenen Themen in ihr Repertoire zu integrieren. Bedingt durch die (äquivalenten) Voraussetzungen ihres Erfolgs und durch den Zwang, diesen Erfolg zu reproduzieren, gleichen sich diese Organisationen immer stärker einander an. Eine Überprüfung dieser These setzt die Kenntnis der organisatorischen Unterschiede voraus. Sie werde ich in einem ersten Schritt analysieren.

6. Front National, Lega Nord und FPÖ im Vergleich

Durch das heute allgegenwärtige Fernsehen und seine Tendenz, zu verkürzen und Worte oft nur noch als akustisches Geleit bildhafter Darstellungen einzusetzen, erscheinen Politik und Politiker synonym. Politische Prozesse, Interaktion und Kommunikation zwischen Bürgerschaft und Repräsentanz oder die Bedeutung des Politischen im scheinbar unpolitischen Alltagshandeln sind für das Fernsehen kaum ein Thema. Politik ist Parteipolitik. Mehr noch: Politik ist die Politik von parteipolitischen Führungsfiguren. Ich will an dieser Stelle nicht entscheiden, wem die Hauptverantwortung für diesen Reduktionismus zu geben ist, sondern lediglich feststellen, daß Medien und Politiker aufeinander eingespielt und voneinander abhängig sind.

Es verwundert daher kaum, daß Umberto Bossi, Jörg Haider und Jean-Marie Le Pen weitaus bekannter sind, als Parteifreunde, divergierende Parteiflügel oder politische Programme. Die Politik von Front National, Lega Nord und der Freiheitlichen Partei Österreichs wird in erster Linie über ihre Führungsfiguren wahrgenommen und mit ihnen gleichgesetzt. Sie sind - nicht nur deshalb - wichtige und zentrale Personen, denen in meiner Arbeit zwar nicht das Hauptaugenmerk gilt, die ich jedoch im folgenden mit drei kurzen Portraits vorstellen möchte. Diesen persönlich-politischen Profilen folgt eine Auswertung sozial- und geschichtswissenschaftlicher Literatur über die drei Personen, ihre Parteien und deren ideologischen Klassifizierungen.

6.1. Front National

Kaum jemand, der bei Front National nicht sofort an seine Führungsfigur Jean-Marie Le Pen²⁹⁸ dachte. Der gebürtige Bretoner und spätere Sorbonne-Student hatte schon frühzeitig begonnen, sich politisch zu engagieren. Er war Mitglied verschiedener akademischer Zirkel mit konservativ-nationalistischer Ausrichtung, meldete sich 1953 als Freiwilliger zum Indochinakrieg, kam aber nicht mehr zum Einsatz, da bei seiner Ankunft der Krieg bereits beendet war. 1956 wurde er Abgeordneter der Poujadisten, beteiligte sich am Algerienkrieg sowie - um den Preis seines Mandats - an der terroristischen OAS. In den Folgejahren kümmerte er sich hauptsächlich um den Vertrieb verbotenen Nazimaterials und mischte in verschiedenen rechtsextremen Organisationen mit, die allesamt bedeutungslos blieben.

Nach mehreren Jahren politischer Abstinenz erschien er im Zusammenhang mit dem Front National erneut auf der politischen Bühne, meldete im 1972 gegründeten FN seinen Führungsanspruch an und setzte sich nach anfänglichen Flügelkämpfen und Streitereien als Parteichef durch. Machtwillen, Flexibilität und Eloquenz zeichnen den 67jährigen Le Pen aus, der besonders vor grossem Publikum durch Sprachbravour glänzt. Daß der Erfolg des Front National auch seinem Anführer gutgeschrieben wird, kann daher kaum verwundern und kommt in dem häufig verwandten Diktum "L'effet Le Pen"²⁹⁹ (der Le-Pen-Effekt) zum Ausdruck. Wo aber muß der Front National ideologisch verortet werden und was sind die Ursachen seines Erfolgs?

Ob der Front National rechtsextrem ist, wird in Frankreich nicht zuletzt wegen des denotatorischen Disputs unterschiedlich beantwortet. Marieluise Christadler verweist dabei auf Pierre-André Taguieff, der den Begriff rechtsextrem als polemisch und wissenschaftlich unbrauchbar verwirft. Andere bemühen sich um eine Differenzierung dieses Begriffs.³⁰⁰ Dabei komme in den von rechtsextrem über ultrarechts bis rechtsradikal reichenden Abstufungen die Komplexität gegenrevolutionären Denkens und zudem das Bedürfnis nach einer Trennung des Rechtsextremismus vom Faschismus zum Ausdruck.³⁰¹ In Bezug auf den Front National betont

²⁹⁸ Vgl. Taguieff, Pierre-André 1989(a): La métaphysique de Jean-Marie Le Pen, in: Mayer, Nonna/Perrineau, Pascal (Hg.): Le Front national à découvert, Paris, S. 173-194. Bresson, Gilles/Lionet, Christian 1994: Le Pen. Biographie. Paris.

²⁹⁹ Ein gleichnamiges Buch existiert von Plenel, Edwy/ Rollat, Alain 1984: L'effet Le Pen, Paris.

³⁰⁰ Extrême-droite, droite-extrême, ultra- oder arrière-droite, droite radicale. Vgl. Christadler, Marieluise 1995: Der Front National. Vom Außenseiter zur etablierten Protestpartei, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr.3/95, S.292.

³⁰¹ Ebd.

Michel Winock "das Wiederaufleben einer alten nationalpopulistischen Tradition",³⁰² in der Elemente wie Dekadenzvorwürfe, der Antagonismus gegen die offizielle Politik, die Betonung des Plebiszitären und eine starke Integrations- bzw. Führungsfigur zusammentreffen.³⁰³ Paul Buzzi weist darüber hinaus auf die im Front National vertretene Strömung des katholischen Integrismus hin.³⁰⁴ "Diese zweite Linie beginnt mit der gegenrevolutionären, katholisch-royalistischen Rechten von 1789 und führt zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur Action Française (...)"³⁰⁵

Stärker an den Bedingungen seines Erfolgs orientiert betonen etwa Nonna Mayer oder Pascal Perrineau den Charakter des FN als Protestpartei, die von der zunehmenden Desintegration der traditionellen Parteien profitiert.³⁰⁶ Immigration und Unsicherheitsgefühle sind weitere Stichwörter zur Erklärung des lepenistischen Erfolgs und zugleich wichtige Themen der Partei. Gleichwohl befinden sich ihre Hochburgen nicht innerhalb der problematischen Siedlungen, sondern eher an deren Rändern. Dies läßt Wahlmotive vermuten, die sich nicht direkt aus dem Zusammenleben verschiedener Kulturen, sondern aus der koexistenziellen Qualität und deren Außenwahrnehmung speisen. Zudem weisen Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid in ihrem Buch *Heimat Babylon* darauf hin, daß Xenophobie alle Gesellschaften begleitet, "die von Modernisierungsprozessen erfaßt werden und in denen immer wieder der fremde Bote für die Botschaft genommen und zur Rechenschaft gezogen wird."³⁰⁷

³⁰² Vgl. Winock, Michel 1990: *Le retour du national-populisme*, in: *Nationalisme, antisemitisme, fascisme en France*, S.41-49.

³⁰³ Vgl. dazu auch Brink, Rinke Van Den 1995: *Ohne Führer kein Erfolg? Auf der Suche nach den Gründen für den rechtsextremen Vormarsch*, in: *Le Monde diplomatique* (Beilage der taz/woz), Dezember 1995, S.7.

³⁰⁴ Buzzi, Paul 1991: *Le Front National entre national-populisme et extrémisme de droite*, in: *Regards sur l'actualité*", No.169, S.35ff.

³⁰⁵ Loch, Dietmar 1994: *Rechtsextremismus in Frankreich: Der "Front National"*, in: Kowalsky, Wolfgang/Schroeder, Wolfgang (Hg.): *Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz*, Opladen, S.240f.

³⁰⁶ Mayer, Nonna/Perrineau, Pascal 1990: *Pourquoi votent-ils pour le Front national?*, in: *Pouvoirs* 55, S.163-184. Vgl. auch Mayer, Nonna/Rey, Henri 1993: *Avancée électorale, isolement politique du Front national*, in: *Revue politique et parlementaire*, N.964, S.42-48. Vgl. zum Zusammenhang von Modernisierungskrisen und der wachsenden Bedeutung rechtsextremer Politik auch Winock, Michel 1994 (Hg.): *Histoire de l'extrême droite en France*, Paris.

³⁰⁷ Cohn-Bendit, Daniel/Schmid, Thomas 1993: *Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie*, Hamburg, S.325.

Pascal Perrineau, Jean Viard, Hans-Gerd Jaschke nennen als wichtige Erfolgsursache des FN den Wandel der traditionellen kulturellen und sozialen Subsysteme, die im Verlauf der gesellschaftlichen Modernisierung ihre Integrationsfähigkeit eingebüßt haben. Dabei ist es dem FN in verschiedenen Kommunen sogar gelungen, die entstandene Lücke mit eigenen sozio-kulturellen Netzen zu füllen.³⁰⁸ Aus ökonomischer Perspektive schließlich wird die Anfang der 80er Jahre einsetzende Wirtschaftskrise hervor-gehoben.³⁰⁹

Wo die Gründe für den Erfolg des FN zu suchen sind, wird noch zu klären sein. Daß sie aber nicht monokausal hergeleitet werden können, ergibt sich schon daraus, daß jeder politische Akteur in einem weitverzweigten sozialen, politischen und kulturellen Netz agiert.

6.2. Lega Nord

Hunde, die bellen, beißen nicht, behauptet der Volksmund. Auch der italienische. Und in der Tat läßt sich über die Bißfähigkeit Bossis trefflich streiten, seit er zwischen separatistischen Maximalismen und realpolitischen Kompromissen schwankt. Kein Zweifel indes besteht über die Härte des Tons und dessen provokative, oft vulgäre Färbung als Markenzeichen des *enfant terrible* der italienischen Politik. Bossis Biographie ist voll von Brüchen, oder besser Abbrüchen, denn sein Karrierewunsch als Musiker blieb ihm ebenso versagt wie ein Universitätsabschluß als Mediziner oder ein Traumjob als Elektrotechniker. Lediglich in seiner politischen Arbeit ist er (bislang) einigermaßen beständig, wenn auch nicht berechenbar.

Überraschen mag die Tatsache, daß Bossi lange Zeit für Politik nichts übrig hatte. Dies änderte sich mit nachhaltigen Folgen für die italienische Innenpolitik erst durch seine Freundschaft mit dem ehemaligen Vorsitzenden der autonomistischen Union Valdotaïne Bruno Salvadori: Umberto Bossi wollte Berufsbefreier werden.

Versuchsweise übte er sich als Retter der beiden Städte Como und Varese, die er mit seiner 1979 gegründeten *Unione nord-occidentale laghi per l'autonomia* aus den Fängen der Lombardei befreien und ihnen zu hoheitlichen Rechten verhelfen wollte. Nachdem dieser Versuch ins Leere gelaufen war, verlangte er die Selbstbestimmung der gesamten Lombardei und gründete 1982 die Lega Autonomista Lombarda, die 1984 in der Lega Lombarda aufging. Lange Zeit hatte sich niemand so recht für Bossi interessiert. Nachdem ihn aber seine langsam größer werdende Anhängerschaft 1987 zum Senator wählte, wurde er "dank seiner frechen Klappe, seiner volkstümlich-ordinären

³⁰⁸ Vgl. Perrineau, Pascal 1993, a.a.O., S.270-273.

³⁰⁹ Plenel, Edwy/Rollat, Alain, a.a.O.

Ausdrucksweise und seiner schrillen Schlipse schnell als *Senatùr* in ganz Italien berühmt".³¹⁰

Über die Bedeutung Bossis als politische Führungskraft und Identifikationsfigur existieren verschiedene Ansichten. Fritz Plasser und Peter A. Ulram bestreiten indirekt Bossis Relevanz, wenn sie als zentralen Unterschied zwischen Lega und FPÖ hervorheben, daß die österreichische Partei in besonderem Maß von ihrer Führungsfigur geprägt sei.³¹¹ Zu einem anderen Schluß kommt Marc Gilbert, der den Erfolg der Lega auf Bossis Einfluß und seine Selbstdarstellungskompetenz zurückführt.³¹² Die Tatsache, daß er bei den Deputiertenkammerwahlen 1992 rund 250.000 Vorzugsstimmen abschöpfen konnte und damit meist gewählter Parlamentarier (Senator) wurde, gibt Gilbert recht.

Anders als Haider, dem nach seiner Wahl zum Parteichef schon deshalb viel Aufmerksamkeit zuteil wurde, weil er einer im System verankerten Partei vorsteht, war Bossi über lange Zeit ein *outsider*. Die nationalen Medien haben sich mit wenigen Ausnahmen ebensowenig für ihn und seinen folkloristischen Verein interessiert wie die italienischen Parteien. Er hatte sich auf der *piazza* einen Namen gemacht, und sein Bekanntheitsgrad wuchs erst nach seiner Wahl zum Senator. Jedoch können weder Bekannt- noch Beliebtheit die zunächst schleichende und seit 1989 rapide Abkehr der Wähler von den traditionellen Parteien erklären. Innerhalb der Sozialwissenschaften existieren zahlreiche Untersuchungen, die nach den Gründen für den Erfolg der Lega suchen.

Die Parteien- und Wahlforschung hebt den bereits seit Mitte der 70er Jahre zu konstatierenden Vertrauensschwund in etablierte Parteien hervor,³¹³ bleibt aber in der Regel die Antwort schuldig, warum ausgerechnet eine Partei wie die Lega davon profitieren konnte. Roberto Biorcio betont in diesem Zusammenhang ihre Bedeutung als neuartige Partei, die ihre Akzeptanz vor allem aus ihrer Präsentation bezieht. Er definiert sie als *politischen Ak-*

³¹⁰ Roques, Valeska von 1994: Die Stunde des Leoparden. Italien im Umbruch, Wien - München, S.204. Der *senatore* heißt in lombardischer Färbung *senatùr*.

³¹¹ Plasser Fritz/Ulram, Peter A. 1992(a), a.a.O., S.159.

³¹² Gilbert, Marc 1993: The Lega Nord and Italian politics. Warriors of the new Pontida: The challenge of the Lega Nord to the Italian Party System, in: The Political Quarterly, H 1, S.100.

³¹³ Mannheimer, Renato 1991 (Hg.): La Lega Lombarda, Milano. Diamanti, Ilvo 1991: Una tipologia dei simpatizzanti della Lega, in: Mannheimer, Renato (Hg.), a.a.O., S.159-190. Diamanti, Ilvo 1993: La Lega. Geografia, storia e sociologia di un soggetto politico, Roma.

teur,³¹⁴ der als Dienstleistungsbetrieb seine Angebote an den Nachfragen der Bevölkerung orientiert und mit ihr in ein scheinbar direktes Interaktionsverhältnis tritt. Dagegen verweisen andere nicht primär auf den Wandel des Parteiensystems, sondern auf seine durch Korruption verursachte Krise.³¹⁵ Die auf den ersten Blick naheliegende und von der ausländischen Presse favorisierte Erklärung verliert jedoch bei genauer Betrachtung an Wert: Denn erstens herrschte in der italienischen Bevölkerung schon seit langem die Meinung vor, Politik und Parteien seien "schmutzig", und zweitens waren die Ligen und die Lega bereits vor den Enthüllungen der gegen Korruption ermittelnden Richterschaft erfolgreich.

Valeska von Roques und Jens Petersen betonen gleichermaßen den Nord-Süd-Gegensatz als wichtigen Grund für die Geburt und den Erfolg der norditalienischen Ligen bzw. der Lega Nord hervor.³¹⁶ Dagegen betont die modernisierungstheoretische Perspektive den Wandel der Arbeits- bzw. Industriegesellschaft und die damit entstandenen neuen Bedürfnisse und Konflikte.³¹⁷ Aufschlußreich sind die mehrdimensionalen Erklärungen Michael Brauns. Er nennt als wichtigste Gründe den durch Korruption bedingten Verschleiß des alten Systems und die von ihm hinterlassene Fiskalkrise, die von den antimeridionalen Ligen benutzt wurde, um eine Spaltung des Staates zu fordern. Diese Spaltung zielte vor allem darauf, den subventionsabhängigen Süden vom steuerpotenten Norden abzukoppeln.³¹⁸

Die ideologischen Klassifikationen sind vielschichtig, wobei die Abstufungen - sezessionistisch, autonomistisch, regionalistisch bzw. neoregionalistisch und föderalistisch - aus der Entwicklung des Leghismo resultieren. Ob und inwieweit die Lega als ras-

³¹⁴ Biorcio, Roberto 1991: La Lega come attore politico: dal federalismo al populismo regionalista, in: Mannheimer, Renato, a.a.O., S.34-83.

³¹⁵ Vgl. dazu die Ausführungen von Uessler, Rolf 1994, a.a.O., S.259.

³¹⁶ Roques, Valeska von 1994, a.a.O., S.193ff. Petersen, Jens 1994: Quo vadis, Italia? Ein Staat in der Krise, München, S.168ff.

³¹⁷ Bonomi, Aldo (Hg.) 1992: Localismo politico e crisi della modernità, in: Coscienza svizzera, No.13. Berti, Lapo 1991: Sull'invisibilità del problema operaio nella società postindustriale. Considerazioni a margine di una ricerca sui luoghi della produzione e la crisi della rappresentanza, in: ITER, 1/1991, S.20-30. CGIL Lombardia/A.A.S.TER: 1991: Le passioni e gli interessi dei localismi lombardi. Sintesi della ricerca, Milano. Poche, Bernard 1992: Identificazione territoriale e crisi della modernità, in: iter, 5-6, S.108-137.

³¹⁸ Braun, Michael 1994(a): Italiens politische Zukunft, Frankfurt/M., S.105ff.

sistische Partei bezeichnet werden kann, ist eine umstrittene Frage. Sie wird überwiegend verneint, wenn unter Rassismus eine kulturell-ethnisch hergeleitete "Höher- bzw. Minderwertigkeit" verstanden wird. Definiert man jedoch Wohlstandschauvinismus als eine moderne Variante rassistischen Denkens, dann wird sie wie von Jens Petersen, Sibylle Stegmüller³¹⁹ und Vittorio Moioli dementsprechend klassifiziert. Moioli bezeichnet den Rassismus der Lega als differenzialistisch: Indem sie vorhandene Ressentiments aufgreift und sie provokativ zuspitzt, sichert sie sich die Zustimmung der Bevölkerung und öffentliches Interesse. Damit wird zugleich Identität gestiftet, die sich aus der Abgrenzung nährt.³²⁰ Rolf Uessler nennt dies "negative Identifikation".³²¹

Obgleich die Lega vorhandene Ressentiments für propagandistische Zwecke instrumentalisiert, unterscheidet sie sich in dieser Hinsicht nicht von den übrigen italienischen Parteien.³²² Auch in diesem Punkt muß die Entwicklung der Lega berücksichtigt werden. Noch bis Anfang der 90er Jahre wurden Vorurteile gegen Immigranten und Südtaliener noch scharf formuliert. Parallel zur nationalen Etablierung der Partei und ihrem Willen, innerhalb des Systems zu gestalten, wurden sie jedoch vergleichsweise milde vorgetragen.³²³ Weitgehende Einigkeit besteht darüber, daß die Lega keine Partei der extremen Rechten ist und unter dem Blickwinkel ihrer politischen Ziele - sie tritt für eine Tout-court-Privatisierung ein - als neoliberal bezeichnet werden kann.³²⁴

So unterschiedlich die Ergebnisse auch sind; ein Faktum wird von allen Sozialwissenschaftlern, Journalisten und von der Lega selbst hervorgehoben: Das Jahr 1989, der Fall der Mauer als definitives Ende des Kalten Krieges, war eine wichtige Voraussetzung für die Beschleunigung längst augenfälliger Erosionserscheinungen des alten Parteiensystems und Chance für politische Newcomer.

6.3. Freiheitliche Partei Österreichs

Haider. Ganz Österreich scheint fasziniert von diesem Mann. Kaum ein anderer Politiker, der so viel Staub aufwirbelt und damit Journalisten Topmeldungen beschert. Plumpe Geschmacksverletzungen,

³¹⁹ Petersen, Jens 1994, a.a.O., S.170. Stegmüller, Sibylle 1994: Die Lega Nord und der Neoföderalismus, in: sowi. Sozialwissenschaftliche Informationen, S.270-276.

³²⁰ Moioli, Vittorio 1991: Il tarlo delle leghe, Milano, S.172f.

³²¹ Uessler, Rolf 1994, a.a.O., S.263.

³²² Balbo, Laura/Manconi, Luigi 1993: Razzismi - un vocabolario, Milano, S.33-37.

³²³ Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. 1993, a.a.O., S.42.

³²⁴ Vgl. auch Uessler, Rolf, a.a.O., S.260f.

Tabubrüche, historische Wahrheitsverschiebungen oder provokativ-intelligente Zuspitzungen, mit denen er nicht selten ins Schwarze und damit den Nerv von Politikern trifft, sichern der wohl umstrittensten öffentlichen Figur Österreichs permanente Medienpräsenz.

Entdeckt wurde das Rhetorik-Talent beim Jahrestreffen des Österreichischen Turnerbundes. Dieser ebenso politische wie sportliche Verein hatte 1966 Jörg Haiders Gedanken über *die Bedeutung österreichischen Deutschtums* mit dem Rednerpreis des Jahres prämiert.³²⁵ Damit weckte der Jugendliche das Interesse der Deutschen National Zeitung, die den Text nachdruckte, und des damaligen FPÖ-Vorsitzenden Friedrich Peter, der Haider in die Partei lockte. Neben seiner Parteiarbeit engagierte sich Haider zumeist an exponierter Stelle in zahlreichen rechtsextremen Organisationen. Darunter die Freiheitliche Jugend Oberösterreich und der Ring Freiheitlicher Jugend Österreichs. 1976 zog er nach Kärnten und übernahm in dem wichtigsten deutschnationalen Landesverband zahlreiche parteiinterne und parlamentarische Ämter; 1989 schließlich avancierte er dort zum Landeshauptmann (ein dem bundesdeutschen Ministerpräsidenten entsprechendes Amt). Nach nur zwei Jahren Amtsinhaberschaft wurde allerdings sein Rücktritt unumgänglich, nachdem er in einer hitzigen Haushaltsdebatte die Arbeitsmarktpolitik der Nationalsozialisten als "ordentlich" gelobt hatte. Seiner Karriere tat diese Provokation keinen Abbruch, denn zielstrebig wechselte er ein weiteres Mal seinen politischen Standort, zog nach Wien und wurde im Nationalrat Fraktionsvorsitzender seiner Partei. Seit 1986 hatte er bereits das Amt des Parteiobmanns inne.

Der Rhetoriker Haider zieht nicht nur Anhänger, sondern auch seine politischen Gegner in Bann. So hatte sich eine Gruppe Klagenfurter Psychologen fakultätsintern "über das Stück Faszination und Aufregung, das wir beim Haider-Thema auch in uns selbst immer wieder spürten", geärgert und sich als Konsequenz dieses Unbehagens mit "Haiders Inszenierungserfolgen und Erfolgsinszenierungen" intensiver auseinandergesetzt.³²⁶ Die 1992 vorgelegte Studie richtet sich aufgrund ihrer Methoden³²⁷ in erster Linie an Sozialpsychologen

³²⁵ Diese Gedanken hatte er weitgehend dem FPÖ-Programm entnommen.

³²⁶ Goldmann, Harald/Krall, Hannes/Ottomeyer, Klaus 1992: Jörg Haider und sein Publikum. Eine sozialpsychologische Untersuchung, Klagenfurt/Celovec (Zitat S.9).

³²⁷ Es wurde mit der Methode des sogenannten "Szenischen Verstehens" gearbeitet, das der Psychoanalytiker Alfred Lorenzer in die sozialwissenschaftliche Diskussion eingeführt hat. Dies bedeutet ein Dechiffrieren von Lebensäußerungen und -gefühlen und Symbolen und das "Sich-Einlassen auf einen zunächst fremd erscheinenden Lebensentwurf, egal ob dieser sich nun in einer dyadischen Begegnung, einem Gruppenprozeß, einem Text, einem Filmereignis, einem Sportskandal, einer politischen Inszenierung zeigt". Ebd., S.197.

und ist eine unter zahlreichen Untersuchungen, die sich mit Jörg Haider auseinandersetzen.

Zunächst erstaunt über die Fülle von Publikationen zum Thema FPÖ und Haider, fiel mir bei genauerer Durchsicht die Dominanz des sprachanalytischen Diskurses auf. Er zielt hauptsächlich darauf, Jörg Haiders Affinität zum Nationalsozialismus herauszuarbeiten und zu beweisen, daß seine NS-Anspielungen überwiegend weltanschaulicher und nicht taktischer Natur sind.³²⁸ Die Anwendungshäufigkeit dieser Methode legt den Schluß nahe, daß der überwiegende Teil österreichischer Gesellschaftswissenschaftler den Erfolg der FPÖ nach 1986 in erster Linie auf die Person Haiders und auf eine Wählerschaft zurückführt, die sich mit seinen Äußerungen identifiziert. Eine Analyse von politischen oder sozio-ökonomischen Erfolgsbedingungen der Partei gerät so ins Hintertreffen. Den diesbezüglichen Forschungsstand würde ich bei aller Vorsicht als rudimentär bezeichnen. Darüber hinaus halte ich es für sekundär, ob die inkriminierten Äußerungen auf einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild basieren oder stärker taktisch motiviert sind. Alleine die Tatsache, daß Haider seine Verlautbarungen häufig an den NS-Sprachgebrauch anlehnt und damit absichtsvoll an latent oder manifest vorhandene Affekte appelliert, ist Grund genug, an seiner demokratischen Integrität zu zweifeln.

Aber auch jenen, die diese Forschungsmethode bzw. ihre Dominanz wie ich für problematisch halten, fällt es augenscheinlich schwer, andere Instrumente anzuwenden. So bemängelt Andreas Schedler die einseitige akademische Konzentration auf Haiders "Affinitäten und Ambivalenzen gegenüber (...) nationalsozialistischen Positionen (..)". Seine Kritik zielt jedoch lediglich gegen das Thema und nicht gegen die Methode, der er sich in seiner Arbeit über die "antipolitischen Stereotypen" Haiders ebenfalls bedient.³²⁹

So interessant und legitim die Beschäftigung mit dem FPÖ-Obmann auch sein mag: Allein seine Rhetorik und seine NS-Anspielungen, Sprachwitz oder Provokationen können den Erfolg der FPÖ

³²⁸ Exemplarisch: Scharsach, Hans-Henning 1992: Haiders Kampf, Wien. Busch, Thomas/Fasching, Rosina/Pillwein, Christian 1992: Im rechten Licht. Ermittlungen in Sachen Haider-FPÖ, Linz. Januschek, Franz 1992: Rechtspopulismus und NS-Anspielungen am Beispiel des österreichischen Politikers Jörg Haider, in: Diss-Hefte, Nr.15, Duisburg. Joachim Riedl von der Süddeutschen Zeitung hat sich ebenfalls auf biographische Spurensuche gemacht und nach einigen Recherchen sowie Interviews mit Haiders Weggefährten konstatiert, daß Haider ein "Chamäleon auf Reisen" sei, der je nach Opportunität politische Meinung, Garderobe und Habitus ändert. Riedl, Joachim 1995: Der wahre Jörg, in: profil, 23.12.1995, S.32-37.

³²⁹ Schedler, Andreas 1994: Die antipolitischen Stereotypen Jörg Haiders, in: Institut für Höhere Studien (Hg.), Wien, S.1.

nicht erklären. Insofern liegt es nahe, sich mit den Befindlichkeiten der übrigen Parteien und den Beziehungen zwischen ihnen und (Wahl-)Bürgerschaft auseinandersetzen, wofür eine zweite Forschungsrichtung namentlich steht.³³⁰

Sie weist nach, daß der Erfolg der FPÖ auf die schwindende Integrationskompetenz der beiden großen Parteien zurückzuführen ist. Dies wird auf der Basis umfangreichen Datenmaterials zumeist lediglich konstatiert und die Gründe dafür mit nur wenigen Stichwörtern (gesellschaftliche Modernisierung, Arbeitslosigkeit) umrissen. Aufschlußreicher dagegen ist die 1994er Studie aus dem Hause Plasser/Ulram, in denen die Politologen detailliert die sozio-ökonomischen Hintergründe des FPÖ-Erfolgs beleuchten.³³¹ Nicht zuletzt wird der Erfolg nach 1986 auf die Haider unterstützende Boulevard-Presse zurückgeführt. Eine besondere Rolle spielt dabei die Kronenzeitung, deren Aufmacher sich häufig mit den jüngsten, zu Parolen verdichteten Botschaften Haiders decken.³³²

Die FPÖ wird mit unterschiedlichen Adjektiven belegt, und in vielen Untersuchungen wird die Frage, ob und inwieweit sie rechtsextrem ist, diskutiert. Aufgrund der Unterwerfungs- und Zermürbungstaktiken Haiders unterscheidet Hans-Henning Scharsach zwischen dem Parteiobmann, den er als rechtsextrem bezeichnet, und der weitgehend einflußlosen Mitgliederschaft, die er nicht pauschal der extremen Rechten zuschlagen mag. Er definiert die Partei deshalb als Führerpartei.³³³ Da aber auch bei der FPÖ Mitgliedschaft freiwillig und niemand am Austritt zu hindern oder zum Eintritt gezwungen ist, halte ich diese Differenzierung für fragwürdig.

Dagegen bewerten Brigitte Bailer und Wolfgang Neugebauer die FPÖ als tendenziell rechtsextrem, weil sich nach 1986 ein "entscheidendes Anwachsen der traditionellen deutschnational-

³³⁰ Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. 1992(a), a.a.O. Diess. 1993: Parlamentarische Demokratie gegen Politikverdrossenheit. Forschungsbericht zum Phänomen "Parteien- und Politikerverdrossenheit" für die Tagung der Präsidenten der Landtage der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs und Südtirols, Wien. Diess. 1988: Großparteien in der Defensive. Die österreichische Parteien- und Wählerlandschaft nach der Nationalratswahl 1986, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz, a.a.O., S.79-102.

³³¹ Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. 1994, a.a.O. Vgl. dazu das Kapitel 9.4.4.

³³² Neugebauer, Wolfgang/Bailer, Brigitte 1993: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien, S.344. Plasser, Fritz 1987: Massenmedien als Verstärker, in: Pelinka, Anton (Hg.), a.a.O., S.100.

³³³ Scharsach, Hans-Henning 1992, a.a.O., S. 226.

rechten bis rechtsextremen Kräfte" vollzogen hat.³³⁴ Die sich stärker mit den politischen Taktiken Haider und der FPÖ auseinandersetzen Beobachter bezeichnen die FPÖ dagegen als populistische, rechtspopulistische oder schlicht als Protestpartei.

Fritz Plasser und Peter A. Ulram fusionieren verschiedene Begriffe zu einem umfassenden Ausdruck und definieren die FPÖ als *radikale rechtspopulistische Partei*. In Anlehnung an Hans-Georg Betz³³⁵ differenzieren sie zwischen dem radikalen, dem rechten und dem populistischen Merkmal. *Radikal* sind Parteien dieses Typs in ihrer Ablehnung sozio-kultureller und sozio-politischer Systeme und in der Befürwortung des Leistungsprinzips und des liberalen Marktes, "ohne jedoch die Legitimität der Demokratie offen in Frage zu stellen".³³⁶ *Rechts* sind sie aufgrund ihrer Ablehnung individueller und sozialer Gleichheit und wegen ihrer Ablehnung der sozialen Integration von Minderheiten. Sie sind *populistisch*, weil sie Angst und Unsicherheit für ihre Zwecke instrumentalisieren und an den "gesunden Menschenverstand" und den sogenannten "kleinen Mann" appellieren.³³⁷

Auch Franz Januschek bezeichnet die FPÖ als eine rechtspopulistische Partei, definiert den Begriff jedoch anders als Plasser/Ulram: Die Partei Haider ist rechtspopulistisch "und zwar nicht nur der Geschichte der Partei wegen, sondern auch wegen der Inszenierung ihrer gegenwärtigen Politik. Dies gilt zum einen für den traditionellen Topos der rechtsextremen Politik, die Reinhaltung der Rasse, Nation oder auch nur 'Kultur' - ein Topos, der von der FPÖ durchaus bedient wird -, zum anderen aber auch für Anspielungen auf die nationalsozialistische Vergangenheit".³³⁸ Das Populistische selbst äußere sich in dem Willen der FPÖ, die Macht zu übernehmen und sich nicht lediglich an einer Koalitionsregierung zu beteiligen, womit sie letztlich auf die Durchsetzung ihrer Ziele verzichten und Glaubwürdigkeit verlieren würde.³³⁹

Bei der ideologischen Klassifizierung läßt sich eine gewisse Vorsicht konstatieren, die meines Erachtens auf die Entwicklung der Partei und die bis heute nicht eindeutig erkennbare Richtung zu-

³³⁴ Neugebauer, Wolfgang/Bailer, Brigitte 1993, a.a.O., S.353. Vgl. auch Bailer, Brigitte 1995: FPÖ, F-Bewegung und Neue Rechte, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 3/1995, S.263-274.

³³⁵ Betz, Hans-Georg 1994, a.a.O. Ders. 1991, a.a.O..

³³⁶ Betz, Hans-Georg 1994, a.a.O., S.4.

³³⁷ Plasser/Ulram 1994, a.a.O., S.2.

³³⁸ Januschek, Franz 1992, a.a.O., S.9.

³³⁹ Ebd.

rückzuführen ist.³⁴⁰ Wie viele andere hatte Hans-Henning Scharsach nach 1986 eine Re-Radikalisierung bzw. eine Renaissance des aggressiven Deutschnationalismus festgestellt. Aber "geblendet und irritiert durch diesen vermeintlichen 'Rückfall' übersehen politische Öffentlichkeit, Gegner und wahrscheinlich auch große Teile in der eigenen Partei, daß Haiders Politik eine völlig neue Dimension enthält, die weit über die Reproduktion gestriger Ideen hinausreicht."³⁴¹ Unklar bleibt bei Scharsach aber die Qualität des *Darüberhinausreichens*. Zwar wurde Haider mit Hilfe der Deutschnationalen zum Parteichef gewählt, und er stammt selbst aus diesem politischen Zusammenhang. Aber er will keine Reaktivierung der alten FPÖ, die auch in ihren guten Zeiten keine ernstzunehmende Konkurrenz für die anderen Parteien darstellte. Er will Anführer einer großen Partei oder Bewegung mit dem Ziel sein, in der nationalen Politik eine wichtige Rolle zu spielen. Unter machtpolitischen Aspekt befindet sich die FPÖ derzeit in ihrer wohl wichtigsten (Entwicklungs-)Phase, was gleichzeitig dazu führt, daß man sie ideologisch schwer einschätzen kann.

6.4. Zusammenfassung

Claus Leggewie konstatiert (wie zuvor schon Durkheim) völlig zu Recht, daß sich Soziales nur aus Sozialem und Politisches nur aus Politischem erklären lasse.³⁴² Ich will damit nicht behaupten, daß Haider, Le Pen und Bossi unwichtig sind oder daß ihre Parteien auch dann erfolgreich gewesen wären, wenn ihnen unauffällige Personen vorgestanden hätten. Zweifellos haben sie mit machiavellistischem Antriebe, politischem und sozialem Instinkt und einer gehörigen Portion Selbstbewußtsein die gesellschaftliche Stimmung und damit zusammenhängende Probleme erkannt, aufgegriffen und für sich instrumentalisiert. Sie sind aber keinesfalls Verursacher der für sie günstigen Bedingungen. Aus diesem Grund will ich die personalen Besonderheiten und Ähnlichkeiten der drei Parteichefs nicht lange diskutieren und nur auf einen wichtigen

³⁴⁰ Diese Vorsicht speist sich mitunter auch aus der ausgesprochenen Klagefreudigkeit Haiders. Dies führt nicht selten dazu, daß Bewertungen der Person Haiders gleich mit dem entsprechenden Aktenzeichen versehen werden. So darf er nicht als "Dressman getarnter Jungnazi" bezeichnet werden, man darf ihm aber den Vorwurf machen, gegen das Verbot nationalsozialistischer Wiederbetätigung verstoßen zu haben. Gerichte haben ebenfalls "Haider's 'Pakt mit Ewiggestrigen' und die Wertung der FPÖ als 'ausländerfeindlich, rassistisch und deutschnational' gelten lassen". Scharsach, Hans-Henning 1992, a.a.O., S.218-225.

³⁴¹ Ebd., S.35.

³⁴² Leggewie, Claus 1988: Explosion der Mitte. Zum Erfolg von Le Pens "Front National", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 33/1988, S.795, 801.

biographischen Unterschied verweisen: Anders als Jörg Haider und Jean-Marie Le Pen hat Umberto Bossi keine Berührungspunkte mit der extremen Rechten.³⁴³

Distanz oder Nähe zur extremen Rechten sagt nicht nur etwas über die Personen, sondern zugleich etwas über die Parteien aus, die in den folgenden Kapiteln im Mittelpunkt stehen. Die bereits hier deutlich gewordenen ideologischen Unterschiede sind noch weiter herauszuarbeiten. Unabhängig davon tauchen in den zitierten Untersuchungen aber auch Begriffe auf, die trotz parteipolitischer Differenzen äquivalente Erfolgsbedingungen der Parteien vermuten lassen: Modernisierung, Unsicherheit, Wandel der Industriegesellschaft und des Parteiensystems. Dies und die Überprüfung meiner Thesen steht im Zentrum von Kapitel 9. Im folgenden Teil werden die Parteien in ihrer Gründungs- und Konsolidierungsphase vorgestellt. Im Fall FPÖ bedeutet dies eine Analyse des Nach-1986er-Zeitraums, d.h. nach Haiders Antritt als Parteiobmann.

7. Gründungs- und Konsolidierungsphasen

Zehn Jahre mußte der Front National auf seine ersten Erfolge warten. Damit haben die Partei und ihr Chef den anderen etwas voraus: Geduld, Durchhaltevermögen, Zweckoptimismus. Zwar zeichnet sich auch Haider durch taktisches Abwarten und die Fähigkeit aus, Niederlagen einstecken zu können. Aber eine zehnjährige Durststrecke hat er nicht hinter sich bringen müssen. Und beide wiederum unterscheiden sich von Umberto Bossi, der auf Niederlagen sprachlich schrill und mit überstürzt wirkenden Attacken reagiert. So zum Beispiel im Sommer 1995, als er verfassungswidrig ein norditalienisches Parlament in Mantova "konstituierte" und die Stadt selbst zum Regierungssitz erklärte. Dies war bei aller Taktik ein Verzweiflungsakt des nach politischem Terrain und originären Themen suchenden Parteivorsitzenden.

Im Zentrum des folgenden Kapitels stehen die Gründungsbedingungen (Sonderfall FPÖ) der Parteien und ihre ideologischen Orientierungen. Dieser Abschnitt endet vor ihrem elektoralen Durchbruch, der im anschließenden Kapitel untersucht wird. Der FPÖ-Teil endet vor dem Durchbruch der Partei in der Arbeiterschaft.

7.1. Front National

³⁴³ Dies änderte sich interessanterweise erst 1994 mit dem Eintritt der Lega Nord in die Regierung, in der neben Berlusconi Forza Italia die MSI-Nachfolgerin Alleanza nazionale vertreten war. Allerdings hatte es sich Bossi scheinbar zur Aufgabe gemacht, den Alleanza-Chef Fini bei öffentlichen Auftritten als Faschist zu bezeichnen. Damit widersprach er provokativ der Koalitionspartnerin, die sich selbst als "post-faschistisch" tituliert.

Der Front National wurde 1972 auf Initiative des nationalistischen Ordre Nouveau (ON)³⁴⁴ gegründet, der sein aktivistisches Image korrigieren und zudem weite Teile der extremen Rechte zusammenschließen und sie dadurch stärken wollte.³⁴⁵ Allerdings mußte die Partei etwa 10 Jahre auf ihren elektoralen Durchbruch warten. Trotz wirtschaftlicher Krisenerscheinungen waren die "jeweiligen Oppositions- und Semioppositionsparteien (in der Lage), potentielle Protestwähler" an sich zu binden.³⁴⁶ Diese Integrationsfähigkeit blieb bis Anfang der 80er Jahre bestehen.

Der "frühe" FN unter weitgehender Federführung ehemaliger ON-Eliten integrierte unterschiedliche ideologische Strömungen, die sich im ersten Parteiprogramm "Défendre les Français" niederschlugen. Paul Buzzi unterscheidet dabei zwei ideologische Grundrichtungen: 1. die europäisch-nationalistische Strömung; 2. die ein breites Spektrum (Neo-Vichysmus, Neo-Faschismus, Poujadismus und Algerie Française) repräsentierende anti-gaullistische und legalistische Rechte um Jean-Marie Le Pen.³⁴⁷ Weder die revolutionäre neue noch die konterrevolutionäre Rechte schlossen sich - mit einigen monarchistischen Ausnahmen - der von Le Pen geführten Partei an. Aufgrund der heterogenen Struktur ist es kaum überraschend, daß der FN Veränderungen durchgemacht hat und Konflikten ausgesetzt war. Interne Streitigkeiten und Krisen hatten zumeist der Dominanz Le Pens gegolten, der zeitweilig sogar seinen Einfluß verlor und sich juristisch mit einer Abspaltung, die sich ebenfalls Front National nennen wollte, auseinandersetzen mußte. Die innerparteiliche Spannung wurde 1974 durch eine vom ON-Kreis vorgelegte und die Präsidentschaftskandidatur Giscard unter-

³⁴⁴ Im April 1964 hatte Paul Sidos die aktionistische Gruppe Occident gegründet, die später von François Duprat, Alain Robert, Gérard Longuet und Alain Madelin übernommen und weitergeführt wurde. Occident hatte sich vor allem während der Maiunruhen Straßenschlachten mit Kommunisten und der Linken insgesamt geliefert. Diese Gruppe wurde 1968, pünktlich nach Beendigung der Unruhen, von Innenminister Marcellin aufgelöst, reinkarnierte aber in wesentlichen Teilen als Ordre Nouveau, der weit weniger militant war.

³⁴⁵ Zur Entwicklung des Front National: Camus, Jean-Yves 1989: Origine et formation du Front National (1972-1981), in: Mayer, Nonna/Perrineau, Pascal (Hg.): Le Front National à découvert, Paris, S.17-36. Perrineau, Pascal 1993, a.a.O.

³⁴⁶ Höhne, Roland 1990: Der Front National auf dem Vormarsch, in: lendemains, 57/1990, S.143.

³⁴⁷ Buzzi, Paul 1991, a.a.O., S.33ff. Repräsentanten der europäisch-nationalistischen Strömungen waren Alain Robert, François Duprat und andere Mitglieder des ON, François Brigneau (Minute) und Pierre Bousquet (Autor von Militant und Mitglied der Waffen-SS). Die zweite Fraktion wurden neben Le Pen hauptsächlich von Roger Holeindre (OAS) repräsentiert.

stützende Wahlplattform verschärft, die Position Le Pens aber durch die Aufnahme von zwei radikalen Organisationen gefestigt:

1. die von François Duprat geführten Groupes nationalistes-revolutionnaires (GNR).
2. Fédération d'action nationale et européenne (FANE);³⁴⁸ eine aktionistische neofaschistische, von Marc Frederiksen dirigierte Organisation.

Diese beiden Gruppierungen setzten Alain Renault als Generalsekretär der Partei durch. Er gilt als Vertreter der harten neofaschistischen Linie und war zusammen mit Duprat Herausgeber der Cahiers européens. Duprat hatte die Koordination der Präsidentschaftskandidatur Le Pens übernommen, die aber lediglich 200.000 Stimmen (1,3%) einbrachte. Nach diesem schlechten Ergebnis spaltete sich der zur Zusammenarbeit mit der traditionellen Rechten neigende ON ab und gründete mit dem bis 1981 überlebenden Parti des Forces Nouvelles (PFN) das wichtigste FN-Konkurrenzunternehmen.³⁴⁹

Ein wichtiger Wendepunkt in der Geschichte des Front National vollzog sich Ende der 70er Jahre. Zeichen dieses Wandels ist zum einen das Ende nationalrevolutionärer Präsenz innerhalb der Partei. Nach dem Tod Duprats 1978 hatte der GNR-Kreis den FN verlassen und mit den ebenfalls dissidierenden Neofaschisten von FANE fusioniert.³⁵⁰ Demgegenüber gewann die von Jean Pierre Stirbois angeführte Gruppe der Solidaristen³⁵¹ an Gewicht. Sie war 1977 dem FN beigetreten, wenig später stießen katholische Integristen um

³⁴⁸ 1966 als Abspaltung von Occident gegründet, 1980 nach einem Bombenattentat auf eine Synagoge aufgelöst. Im selben Jahr rekonstituierte sich Occident unter anderem Namen: Faisceaux Nationalistes Européens (FN).

³⁴⁹ Der PN wurde von Brigneau (der zusammen mit Robert den kurzzeitig existierenden Faire Front als Instrument gegen Le Pen gegründet hatte) und Gaucher geführt. Vgl. zu den parteiinternen Auseinandersetzungen: Lampe, Thomas, 1992: Der Aufstieg des "Front National" in Frankreich. Extremismus und Populismus von rechts, in: Diskussionsbeiträge. Reihe des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Hannover, Frankfurt/M., S.26ff.

³⁵⁰ Buzzi, Paul 1991, a.a.O., S.37.

³⁵¹ Historisch sind die Solidaristen Überbleibsel des Algerienkrieges. 1970 erfolgte innerhalb der (Ende der 60er gegründeten) antikommunistischen und extrem nationalistischen Groupe Action Jeunesse (GAJ) eine Spaltung zwischen dem antiamerikanischen und antizionistischen Flügel. Letzterer gründete danach das Mouvement nationaliste révolutionnaire (MNR), das mit den GNR Duprats und dem Kreis um Stirbois sowie anderen antisemitischen und -arabischen Kreisen zusammenarbeitete. Diese sind 1977 unter dem Signet Union des solidaristes dem FN beigetreten.

Roman Marie³⁵² sowie einige "Überläufer" der Neuen Rechten dazu. Parallel dazu wurden die Inhalte verändert, die sich stärker am Poujadismus orientierten und auf den konservativen Mittelstand zielten. Beklagt wurden zuviel Staat, zu hohe Steuern, zu große gewerkschaftliche Kompetenzen und mangelnde Förderung unternehmerischer Eigeninitiative.³⁵³ Zugleich wollte der FN sein radikales neofaschistisches Image korrigieren. Der dominante Antisemitismus à la Duprat wurde durch die Kritik an außereuropäischer Einwanderung nicht gerade ersetzt, aber weitgehend überlagert.

Mitunter wird dieser Wandel auf den Tod Duprats und das Ausscheiden von GNR und FANE zurückgeführt.³⁵⁴ Meines Erachtens müssen aber zwei weitere Faktoren berücksichtigt werden: Trotz aller Bemühungen war der Front National bislang bei keiner Wahl erfolgreich und daher gezwungen, Themen und Strategie kritisch zu reflektieren. Darüber hinaus war seit Ende der 70er Jahre Bewegung in das bis dahin starre Parteiensystem gekommen. Das politische Klima hatte sich nach links verschoben, und gleichzeitig befand sich die gaullistische Partei in einer tiefen Krise. Mit dieser Entwicklung wuchs der Kreis unzufriedener Rechtswähler beider bürgerlichen Kräfte und des traditionellen Mittelstandes, der seine originären Interessen immer weniger vertreten sah. Was wäre eine Partei ohne arithmetisch-taktisches Bewußtsein? Wenn sich der Trend verstärken, die eigene Klientel ausbauen und sich die anderen Rechtskräfte schwächen ließen - so der unterstellte Gedankengang -, könnte die traditionelle Rechte langfristig Gefallen an einer Bündniserweiterung finden. Und die Intensität des Gefallenfindens hängt nicht unwesentlich von der Präsentation ab.

Bevor die Partei Le Pens aber zu ihren ersten Einzelerfolgen kam, gelang 1981 dem Linksbündnis aus Sozialisten und Kommunisten ein erdrutschartiger Wahlsieg, mit einer für den PS enormen Steigerung von 22,6% auf 37,5%; der PCF dagegen hatte rund 4% verloren und kam nur noch auf 16,2% der Stimmen. Zuvor hatte sich François Mitterrand gegen Giscard als Staatspräsident durchsetzen können. Die sich angedeutete politische Trendwende wurde damit bestätigt.

7.2. Lega Nord

Was sind die Ligen eigentlich, über die in den letzten Jahren auch hierzulande viel geschrieben worden ist? Wer sind ihre auf der *piazza* Dialekt parlierenden Anführer, die mit Alberto da Giussano einen lombardischen Befreier zum Symbol erheben, der vermutlich eine Erfindung - aber immerhin eine gute Erfindung! (la Repubblica) -

³⁵² Sein richtiger Name ist Bernard Antony; er ist ehemaliger EP-Mandatar und Gründer der Zeitschrift *Présent*.

³⁵³ Buzzi, Paul 1991, a.a.O., S.37.

³⁵⁴ So vertreten bei Buzzi, Paul 1991, a.a.O., S.37. Kleiser, Paul 1990: Front National und "Neue Rechte", in: Schulz, Hans-Jürgen, a.a.O., S.84.

aus dem letzten Jahrhundert ist? Was macht den Reiz Umberto Bossi aus, der mit Wortgewalt und Sprachakrobatik und einer Mischung aus sex and crime, aus Potenzgebaren und Gewaltandrohung gegen das Establishment zu Felde zieht? Warum liefen dieser "letzten leninistischen Partei Europas",³⁵⁵ in der angehende Mandatare noch bis vor kurzem gleich ein Blanko-Rücktrittsschreiben zu unterzeichnen³⁵⁶ und ansonsten wenig mitzureden hatten, zahlreiche Mitglieder und Wähler zu? Es sei bereits hier vorweggenommen, daß der Durchbruch der Ligen wenig mit der Bedeutung regionaler Historie oder lokaler Sprachoriginalität zu tun hat. Die Ursachen des Erfolgs von Bossi und seiner Partei sind anderswo zu suchen.³⁵⁷

Mit dem Begriff Leghismo bezeichnen italienische Sozialwissenschaftler und die Lega selbst den Kontext autonomistischer/föderalistischer Organisationen Norditaliens,³⁵⁸ von denen die Liga Veneta die älteste ist. Sie wurde bereits 1979/80 mit Unterstützung der venezianischen Società Filologia und der Union Valdotaïne gegründet. Im Veneto existieren zahlreiche kulturelle Organisationen, die sich überwiegend mit Sprachpflege und Literatur beschäftigen. Ihre Auffassung von Region als Nation und Territorium als Quelle historisch-kultureller Identität prägte auch die Liga Veneta, die sich 1980 erstmals um Mandate bemühte. Oder korrekter formuliert: Mit denen die Società Filologia via Liga Veneta Eingang in die parlamentarische Politik suchte. Mit nur etwa 14.000 Stimmen erzielte die junge Organisation unter Franco Rocchetta ein schlechtes Ergebnis. Sie kam aber bei den nationalen Wahlen 1983 als mittlerweile eigenständig operierende Kraft auf regional gerechnete vier Prozent, die sie ebenfalls bei den europäischen Abstimmungen 1984 erzielte.

Die Wähler der Liga Veneta stammten überwiegend aus ländlichen Räumen, waren konservativ und christdemokratisch sozialisiert, gehörten zum Mittelstand oder zur schlecht ausgebildeten Arbeiterschaft mittelständischer Betriebe. In beiden Gruppen waren

³⁵⁵ Provokative Eingangsbemerkung eines Interviews von Walter Minella mit Franco Castellazzi, einem ehemaligen Lega-Mitglied, über den frühen Leghismus in: Ulisse, Autunno/Inverno 1993, S.17-24. Allgemein zu Bossi und seinem Führungsstil: ebd.

³⁵⁶ Bocca, Giorgio 1990: La disUNITA' d'Italia, Milano, S.27.

³⁵⁷ In diesem Fall in Kapitel 9.

³⁵⁸ Dazu zählen unterschiedliche, auch namentlich unter dem Signet "Liga" firmierende Organisationen wie Liga Venta, Lega Toscana (als einziger nichtsettentrionalen Organisation), Lega Lombarda u.a. Es werden aber auch Organisationen wie L'Unione Piemontesa bzw. Piemont Autonomista (eine Abspaltung der ersten) unter den Begriff gefaßt; Südtiroler Volkspartei, Union Valdotaïne oder Partito Sardo d'Azione zählen nicht dazu, auch wenn sich die Lega selbst auf deren Forderungen beruft. Vgl. Bossi, Umberto/Vimercati, Daniele 1993: La Rivoluzione. La Lega: Storia e idee, Milano.

männliche Wähler überrepräsentiert. Ilvo Diamanti hat ihre Wahlmotive untersucht: Krise der christlich-demokratischen Partei, lokalistische Tradition, Angst vor der sozio-ökonomischen Entwicklung und schwindende Skepsis gegenüber laizistischen Parteien.³⁵⁹

Anfang/Mitte der 80er Jahre wurden die übrigen Ligen gegründet, die der Liga Veneta ideologisch und wahlsoziologisch entsprachen. Eine wichtige Veränderung ging von der Lega Lombarda aus: Sie rückte bis etwa 1987 vom ethnoregionalistischen Kulturverständnis ab³⁶⁰ und definierte die Lombardei und später den gesamten Norden als Konfiguration mit gleichen sozio-ökonomischen Interessen. Die so begründete und vergleichsweise säkulare Forderung nach Autonomie mit ihrem Kernziel "Los vom Süden" entspringt Bossis Einsicht, wonach eine moderne Protestpartei nicht von den Stimmen des konservativen Mittelstandes leben kann.³⁶¹ Flankiert wurde diese Wende zum Neoregionalismus (Ilvo Diamanti)³⁶² mit Steuerboykottaufrufen und schärferer Kritik an den bürokratischen und politischen Eliten in Rom, die nach Auffassung der Ligen unbeweglich, korrupt und vor allem *meridionalisiert* sind. Dem thematischen Wandel folgte die Veränderung der Wählerschaft mit einem nun höheren Anteil von Frauen und urbanen Mittelschichtlern. Nunmehr verloren auch der PSI und andere Linksparteien einen viele Wähler an die Lega.³⁶³

Was sind die Ursachen für diesen Wandel? Im Unterschied zum Veneto ist die Lombardei eine industrialisierte und tertiärisierte Region mit entsprechender Bevölkerung. Zudem stammt Bossi bei aller Freundschaft zu Salvadori nicht aus ethnoregionalistischen Zusammenhängen, deren Forderungen ihm im Grunde fremd geblieben sind. Sein zweifellos origineller Vorschlag, aus den zahlreichen norditalienischen Dialekten eine gemeinsame Sprache zu kreieren,³⁶⁴ unterstreicht seine Distanz und seinen instrumentellen Umgang mit Traditionen. Und nicht zuletzt wollte Bossi Karriere machen. Die diesem Karrierewunsch zugrundeliegende Modernisierung der Partei machte Bossi zu einer erfolgreichen politischen Figur. Damit unterscheidet er sich vom traditionalistischen Chef der Liga Veneta, Franco Rocchetta, der bis zu seinem Parteiaustritt im Herbst 1994 Bossis schärfster Gegner war.

³⁵⁹ Diamanti, Ilvo 1993, a.a.O., S.43ff.

³⁶⁰ Schon ihr erstes Parteiprogramm macht die Unterschiede zur Liga Veneta deutlich: Danach reicht ein fünfjähriger Aufenthalt in der Lombardei, um Lombarde zu werden. Diamanti, Ilvo 1993, a.a.O., S.60.

³⁶¹ Roques, Valeska von 1994, a.a.O., S.204.

³⁶² Diamanti, Ilvo 1993, a.a.O., S.55-67.

³⁶³ Ebd., S.112.

³⁶⁴ Italienisch ist die einzige der romanischen Sprachen, die sich durch eine Vielzahl stark unterscheidbarer Dialekte auszeichnet, die auch sprachwissenschaftlich abgrenzbar sind.

Bis 1989 war die Lega Lombarda die einzige Liga mit einer kontinuierlich nach oben weisenden Erfolgskurve, wodurch Bossi seine Position in der eigenen Sektion stärken und den Zusammenschluß aller Ligen zur Lega Nord (1991) forcieren konnte.³⁶⁵

7.3. Freiheitliche Partei Österreichs

Seit Haiders Amtsantritt als Obmann wird die Partei in Wissenschaft und Publizistik aufgrund seines Führungsstils und seiner Personalpolitik häufig als Haider-FPÖ bezeichnet. Es wäre sicher übertrieben, von der FPÖ als einem völlig neuen Produkt zu reden. Allerdings läßt sich ebensowenig behaupten, daß sie einen kontinuierlichen Wandlungsprozeß durchgemacht hat, in dem sich die Konturen der heutigen FPÖ bereits frühzeitig abgezeichnet haben. 1986 war ein Bruch. Und dieser Bruch war einschneidender als der Übergang von der rechtsextremen zur sogenannten liberalen bzw. moderaten Phase der Partei. Denn zu dieser Zeit hatten sich die soziologischen Profile der Wähler- und Mitgliederschaft kaum verändert.

Stegers Sturz und Haiders Amtsübernahme wurden von langer Hand und speziell von zwei Gruppierungen vorbereitet: Dem Lorenzer Kreis und dem Landesverband Kärnten.

Der Lorenzer-Kreis

Die in diesem informellen Kreis versammelten rechtsextremen FPÖ-Exponenten rühmen sich selbst ihrer Urheberschaft des "putschartigen" Wechsels. Dies mag vielleicht etwas selbstgefällig sein; aber immerhin wurde ihr Engagement von Haider auf dem Sonderparteitag in Innsbruck gelobt. Der Lorenzer Kreis fungiert als Kadergruppe der harten deutschnationalen Strömung und kümmert sich hauptsächlich um personelle Koordination und politische Strategie. Deshalb existieren auch keine schriftlichen und öffentlichen Stellungnahmen, Anträge oder Publikationen. Mit allerdings einer Ausnahme: 1989 wurde in der AULA ein "Lorenzer Erklärung" genanntes Positionspapier mit reaktionärem, rassistischem, faschistischem und nationalrevolutionärem Inhalt veröffentlicht.³⁶⁶ Die unterschiedlichen ideologischen Ansätze spiegeln die personelle Zusammensetzung des Lorenzer Kreises wider, und die Vielzahl der im Papier diskutierten Themen sind Ausdruck der Ereignisse Ende der 80er Jahre: Fall der Mauer, Ende des Ost-West-Konflikts, Ideologienkrise, Ostöffnung.

³⁶⁵ 1985 präsentierte sie sich in verschiedenen Kommunen der Provinz Varese anlässlich der Gemeinderatswahlen und erzielte dort im Schnitt 2,5%. Zwischen 1987 und 1989 kletterte sie, ebenfalls bei Kommunalwahlen, auf durchschnittlich 6,1%. Bei den Deputiertenkammerwahlen 1987 kam sie auf 3% und bei den EP-Wahlen auf 8% (jeweils auf die Region bezogen).

³⁶⁶ Die Lorenzer-Erklärung wurde publiziert in: Forum, Nr. 433, 16.3.1990, S.3-5.

Der Kärntner Landesverband

Ein großer Teil der Angehörigen des Lorenzer Kreises stammt aus dem Kärntner Landesverband, der ebenfalls eine wichtige Rolle bei Stegers Sturz und Haiders Inthronisation gespielt hat. Nicht zuletzt war es der Wahl-Kärntner Haider selbst, der entschlossen an seiner Karriere gearbeitet hat. Dabei ging es nicht nur um Meinungsführerschaft in der Partei, Promotion von Inhalten und Formulieren politischer Ziele. Haider ist seinem Wunsch, Parteiobmann zu werden, auch mit höchst praktischen Maßnahmen nähergekommen: gegenseitige Karriereversicherungen zwischen dem designierten Vorsitzenden und seinen wichtigsten Förderern, penetrante Beeinflussung kommunaler Untergliederungen zum Zweck der *richtigen* Delegiertenauswahl und Instrumentalisierung führender Mitglieder, die mit der Politik Stegers unzufrieden waren, aber nicht zur deutschnationalen Strömung zählten.

Seit 1985 hatte Haider seinen Anti-Steger-Kurs erheblich verschärft und ein Parteiausschlußverfahren sowie die Spaltung der FPÖ riskiert. Dazu kam es jedoch nicht, wodurch die Stärke der deutschnationalen Fraktion bzw. die Schwäche ihres politischen Gegners unterstrichen wird.³⁶⁷ Zudem waren die Kärntner aufgrund ihrer elektoralen Stärke in der bequemen Lage, Druck auf die Partei auszuüben.³⁶⁸

Unmittelbar nach Haiders Wahl zum Bundesparteiobmann fanden in Österreich Nationalratswahlen statt, bei denen die Wende der Partei mit 9,7% der Stimmen honoriert wurde. Dem Freudenfest folgte jedoch bald das Katerfrühstück, denn Haiders Förderer mußten feststellen, daß ihrem neuen Chef nicht nach Dank, sondern nach Abdank zumute war. Und zwar nach ihrem. Nach seinen ersten Wahlerfolgen fühlte sich Haider stark genug, auf ehemalige politische Freunde zu verzichten und die Außen- und Innenrepräsentanz nach seinem Gusto zu gestalten. Ehemalige Weggefährten wurden von ihm weggelobt oder mit zermürbenden Taktiken aus der Partei getrieben. Statt dessen scharte er eine Gruppe junger und dynamischer *Haiderianer* um sich, die ihren Vorgängern und dem neuen Vorsitzenden schon allein deshalb unterlegen sind, weil ihnen als Quereinsteigern die harte Schule von Strategie, Taktik und Rhetorik fehlt.

Anders verhält es sich bei dem aus Kärnten stammenden Andreas Mölzer, der von Haider 1991 zum Grundsatzreferenten gemacht wurde. Neben dieser Tätigkeit wurde er mit der Aufgabe betraut, die historisch-ideologischen FPÖ-Schriften zu verwalten. Seine Bestellung für diese wichtigen Ämter erfüllte eine Doppelfunktion: 1. Wegen des Angestelltenverhältnisses stand Mölzer unter der Kontrolle Haiders. Zwar gilt er als treu ergebener Haider-Anhänger. Nicht selten

³⁶⁷ Vgl. dazu Bailer, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang 1993, a.a.O., S.335ff.

³⁶⁸ Obwohl die FPÖ 1983 unter 5% gerutscht war, holte die Kärntner FPÖ 1984 bei den Landtagswahlen 16%.

jedoch hat Treue einen nur instrumentellen Charakter.³⁶⁹ 2. Mit der Anstellung Mölzers ließ sich zugleich die durch Haiders Personalpolitik frustrierten Deutschnationalen befrieden. Der 1952 geborene Historiker und Landeskundler war unter anderem führend an der AULA beteiligt, von 1985 bis 1990 Chefredakteur der Kärntner-Nachrichten und Mitglied des Autorenkollektivs der Deutschen Monatshefte. 1987 wurde er wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung zu einer geringen Geldstrafe verurteilt³⁷⁰ und zwei Jahre später auf der Landtagswahlliste der FPÖ placiert.

Mölzer bietet alles, was die Herzen der österreichischen Rechtsextremen höher schlagen läßt. Allerdings ist er Taktiker genug, um zu wissen, daß mit einer deutschnationalen Renaissance keine Wähler zu gewinnen sind. Deshalb favorisierte er wie Haider eine von ihm so bezeichnete *plebiszitäre Emanzipationsbewegung*, die sich ohne Ideologismen präsentiert.³⁷¹

Hatte Haider schon zu Beginn seiner Obmann-Karriere die Transformation seiner Partei und die Bildung einer *Bewegung* im Auge? Vermutlich nicht, denn bei allem Karrierestreben konnte er den fulminanten Aufstieg der FPÖ innerhalb kurzer Zeit kaum vorhersehen. Mittlerweile verzichtet die Partei darauf, Partei zu heißen und kommt als selbsternannte Bewegung daher. Mölzer? Der ist nicht mehr dabei. Er wurde von Haider entlassen.

7.4. Diskussion

Bossi, Le Pen und Haider haben sich als Führungskräfte durchsetzen bzw. stabilisieren können. Wer jedoch langfristig an führender Stelle stehen will, braucht Erfolgserlebnisse. Dies müssen nicht zwingend elektorale Effekte sein, wie das Beispiel des in dieser Hinsicht lange glücklosen Front National zeigt. Allein das Überleben einer Partei "gegen" eine ähnliche Konkurrenz kann schon ein Erfolg sein. Wenn jedoch eine Partei nach einem Achtungserfolg wieder in der Versenkung verschwindet oder dauerhaft Stimmeinbußen hinnehmen muß, wird dies nicht ohne Auswirkungen auf die Führung bleiben; eine Logik von Erfolg und Wiederholungszwang, der alle Parteien ausgesetzt sind.

Das Zusammentreffen von führungspolitischer Stabilisierung und elektoralen Erfolgen ist in Österreich und Italien signifikant.

³⁶⁹ Er hatte 1990 ein Haider-Jubel-Buch publiziert. Mölzer, Andreas 1990: Jörg! Der Eisbrecher. Jörg Haider und die Freiheitlichen - Perspektiven der politischen Erneuerung, Klagenfurt.

³⁷⁰ Gegen die Kärntner Nachrichten bzw. gegen Mölzer als Chefredakteur wurde ein entsprechendes Verfahren aufgrund einer in der Zeitung publizierten Buchrezension mit inkriminierbaren Inhalten eröffnet.

³⁷¹ Er beschreibt eine derartige Bewegung ausführlich in: Junge Freiheit, 12.08.1994.

Ansonsten durch Flügel- und Machtkämpfe oder Aufbauphasen absorbierte Kräfte werden frei und können auf Wahlen konzentriert werden. Der Erfolgsfall wiederum zieht eine Stabilisierung des Führungspersonals nach sich. Damit werden zugleich die Bedürfnisse der Wähler nach einer Identifikationsfigur befriedigt. Einige Daten sprechen für das Vorhandensein einer derartigen Korrelation: Schlagartig nach dem Sturz des blassen und umstrittenen Steger und seiner Substituierung durch den jungen und "feschen" Haider avancierte die FPÖ zu einer Zehn-Prozent-Partei mit steigender Erfolgskurve. Im Zeitraum zwischen den letzten Umfragen für FPÖ unter Steger (um die 2%) und den für die Haider-FPÖ erfolgreichen Wahlen hat sich nichts ereignet, womit diese Trendwende erklärt werden könnte. Mit einer Ausnahme allerdings: Die im Zusammenhang mit der Wahl Waldheims zum Bundespräsidenten aufgewühlten Emotionen. Will man aber nicht Haider selbst als kausale Ursache seines Erfolgs bezeichnen, dann muß es bereits zuvor ein latentes, aber unsichtbares oder durch andere Faktoren überlagertes Protestpotential gegeben haben.

Während es in Österreich einen Führungswechsel innerhalb der Partei gab, fand in Italien ein Parteienwechsel durch eine Führungsfigur statt (Gründung der Lega Nord). Damit konnte der bereits mit seiner Lega Lombarda erfolgreiche Bossi sich zum Spitzenmann einer norditalienischen Partei aufschwingen (siehe das folgende Kapitel) und für eine einheitliche Präsentation und für elektorale Akzeptanz sorgen. Anders sieht es in Frankreich aus. Denn obgleich Le Pen bereits lange vor dem Durchbruch des FN dessen unumstrittene Führungsfigur war, blieb er ohne elektoralen Erfolg. In diesem Zusammenhang müssen jedoch die oben untersuchten Zeiträume berücksichtigt werden: Während das Mißtrauen der italienischen und österreichischen Wähler in die traditionellen Parteien schon spürbar gewachsen war, endet die untersuchte Phase Frankreichs mit einem Sieg für die Linke zu Beginn der 80er Jahre, die die Rechtskoalition mit einem hervorragenden Ergebnis abgelöst hat. Diese Linke wurde nicht mangels Alternative oder zähneknirschend, sondern in der begründeten Hoffnung auf große soziale, politische und ökonomische Veränderungen gewählt.

Zur ideologischen Ausrichtung der drei Parteien: Für die frühen Ligen, den Front National und die FPÖ ist Nation in erster Linie durch Kultur und ethnische Zugehörigkeit bestimmt. Dieser Nationenbegriff blieb bei den Ligen allerdings auf die Region bezogen. Aber auch die Nationalismen der FPÖ und des FN sind unterschiedlich: Der österreichische Deutschnationalismus postuliert eine über die eigenen Staatsgrenzen hinausreichende Grundgesamtheit eines Volkes. Auch die kurzzeitig im FN präsente nationalrevolutionäre Strömung denkt über Frankreichs Grenzen hinaus und hat dabei ein europäisches Reich im Blick. Ohne dem folgenden Kapitel vorgreifen zu wollen, sei bereits hier angemerkt, daß Haider sich unterdessen vom deutschnationalen Bekenntnis distanziert und die Notwendigkeit eines inländischen Ansprechpartners erkannt hat.³⁷² In diesem Sinn adressiert er seine Appelle an die

³⁷² profil, 21.8.1995.

Gemeinschaft der Österreicher, die seiner Meinung zufolge durch innere und äußere Feinde bedroht wird.³⁷³ Bei allen drei Parteien fehlen bislang mit wenigen Ausnahmen die Vertreter der Neuen Rechten. Zweifellos hat in der FPÖ Modernisierungsbedarf bestanden, auch wenn durch den Obmann Friedrich Peter eine Öffnung der Partei eingeleitet wurde. Allerdings konnte sich die liberale Strömung um Norbert Steger das Modernisierungsdefizit zunutze machen, das die nationale Fraktion durch ihr Festhalten an alten Positionen geschaffen hat. Erst durch das schlechte Abschneiden der Liberalen bei Wahlen und Wahlumfragen wurde der Weg für den in vielerlei Hinsicht modernen Jörg Haider frei, auch wenn man ihn ideologisch betrachtet sicher nicht als einen Vertreter der Neuen Rechten bezeichnen kann. Dagegen ist das Fehlen einer Neuen Rechten innerhalb der Ligen schon deshalb nicht überraschend, weil auch die Köpfe der "alten" Rechten für den Leghismo keine Bedeutung haben. Für Frankreich ergibt sich ein ganz anderer Zusammenhang. Denn Alain de Benoist und seine Nouvelle Droite verzichteten ganz bewußt auf parteipolitische Aktivitäten, um sich dem kulturellen Paradigmenwechsel in den französischen Köpfen zu widmen. Daß der spätere Erfolg des Front National auch auf die Arbeit dieses "Ideenlabors" zurückzuführen ist, wird von Wolfgang Kowalsky ebenso vertreten wie von Dietmar Loch, der zwischen der Neuen Rechten und dem FN "eine uneingestandene Arbeitsteilung" vermutet.³⁷⁴

Ideologische Wandlungsprozesse sind bei der Lega und bei FPÖ am deutlichsten zu beobachten. Der fundamentalistische Ethnoregionalismus der ersten Ligen wurde schnell vom Neoregionalismus der aufstrebenden Lega Lombarda neutralisiert bzw. überlagert. Allerdings sind ideologische Abschleifungen oder Veränderungen weniger überraschend, wenn sich dies innerhalb einer jungen Partei vollzieht. Aus diesem Grund halte ich den Wandel der FPÖ und ihre Entideologisierungserscheinungen für bedeutsamer als den Wandel der Lega, in der sich traditionalistische und ideologisch gefestigte Strömungen noch gar nicht haben entwickeln können.

Welche Schlüsse sind aus diesen Entwicklungen zu ziehen? Zunächst einmal stoßen maximalistische Forderungen bei der Bevölkerung dann auf Ablehnung, wenn zwischen den Forderungen und den gesellschaftlichen Problemen keine Berührungs- oder Anknüpfungspunkte bestehen. Der Deutschnationalismus ist in der österreichischen Bevölkerung mittlerweile ein Randphänomen. Dagegen unterstreichen sozialwissenschaftliche Erhebungen ein stark

³⁷³ In einem Interview im Rahmen der ORF-Sendung "Anders gefragt" (3sat, 22.8.1995) hat Haider mehr als einmal von der Notwendigkeit eines österreichischen Patriotismus geredet.

³⁷⁴ Kowalsky, Wolfgang 1991: Kulturrevolution? Die Neue Rechte im neuen Frankreich und ihre Vorläufer, Opladen, S.23 u. 91. Loch, Dietmar 1994, a.a.O., S.242.

ausgeprägtes Österreich-Bewußtsein.³⁷⁵ Wenn die FPÖ eine Konsenspartei werden will, muß sie, zumindest nach außen, auf Deutschtümeleien verzichten. In Italien hingegen existieren mit dem Nord-Süd-Gegensatz und den Forderungen der Lega deutliche Berührungspunkte. Im öffentlichen Bewußtsein wird dieser Gegensatz primär als ökonomisches Problem begriffen. Daher war der Wandel des Leghismo vom Ethno- zum Neoregionalismus konsequent.

Das folgende Kapitel wird zeigen müssen, inwieweit die hier erst tendenziell wahrnehmbaren Veränderungen Fortsetzung finden. Meiner These zufolge ist nicht nur mit einer Fortsetzung dieser Entwicklung zu rechnen. Sie wird auch dazu führen, daß die Profile dieser ideologisch differenten Parteien ähnlicher werden. Zudem vermute ich einen Zusammenhang zwischen den Orten ihres Durchbruchs und ihrem weiteren Wandel. Und es muß sich zeigen, ob und in welchem Umfang auch der FN einen derartigen Prozeß durchmacht.

8. Durchbruch der Parteien

Ziel dieses Kapitels ist die Analyse des Durchbruchs der drei Parteien, was zunächst eine Diskussion des Begriffs erfordert. Eine Partei kann sich beispielsweise ohne gravierende Abweichung des Wahlergebnisses in einer zuvor nicht erreichten Wählerschaft etablieren und dafür eine gleichstarke Klientel verlieren. Wer nur auf das Resultat blickt, bemerkt diese möglicherweise bedeutende Veränderung nicht. Theoretisch denkbar ist auch, daß sich die Wahlergebnisse einer Partei nur deshalb verbessern, weil auch die von ihr umworbene sozialen Gruppen größer werden. Dieses Ereignis wäre im Unterschied zum ersten weniger interessant. Ebenfalls denkbar wäre der Niedergang einer Partei infolge einer Atomisierung ihrer Stammklientele (wobei dies konzedermaßen kein Durch-, sondern ein Einbruch wäre). Außer Frage dürfte deshalb stehen, daß der elektorale *crash*, die Steigerung von 0,x auf mehrere Prozent oder die Vervielfachung traditioneller Ergebnisse dann als Durchbruch zu bezeichnen ist, wenn vergleichbare Resultate wiederholt erzielt werden oder wenn die dauerhafte Anbindung innerhalb einer neuen Wählergruppe gelingt.

Der Zeitpunkt des FN-Durchbruchs ist leicht zu terminieren. Gleiches gilt für den italienischen Leghismo, auch wenn zuvor schon einige Einzelerfolge erzielt worden sind. Hier wie dort wurde zunehmend eine zuvor nicht umworbene bzw. nicht erreichte Wählerschaft gewonnen. Nach 1986 hat sich auch der FPÖ-Stimmenanteil sprunghaft gesteigert. Bemerkenswerter als dies ist die Tatsache, daß sich die Partei in der Arbeiterschaft etablieren konnte, was einem gravierenden Wandel ihres Wählerprofils entspricht.³⁷⁶

³⁷⁵ Reiterer, Albert F. (Hg.) 1988: Nation und Nationalbewußtsein in Österreich. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, Wien.

³⁷⁶ Vgl. Luther, Kurt Richard 1992, a.a.O., S. 247ff.

8.1. Front National

Erste urbane Erfolge

Zwar hatte der Front National bei den Kommunalwahlen 1983 insgesamt betrachtet noch miserabel abgeschnitten,³⁷⁷ erste kommunale Einzelerfolge deuteten jedoch eine Trendwende an. So erzielte die Partei in Paris und Aulnay sous Bois Ergebnisse um die 10%³⁷⁸ und in der nahe bei Paris gelegenen Stadt Dreux sogar 16,7% der Stimmen. Industriestädte wie Dreux sind mit unterschiedlichen Problemen konfrontiert: Mit der industriellen Modernisierung ging die Anwerbung ausländischer und billiger Arbeitskräfte einher, die in den hochgezogenen und wenig sympathischen Wohnsiedlungen in der Peripherie untergebracht wurden. Die Wirtschaftskrise seit Mitte der 70er Jahre und der dadurch bedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit provozierte in den industriellen Zentren ein Klima von Angst und Unsicherheit, das sich der Front National zunutze machen konnte. Sein Wahlkampf speziell in Dreux verfolgte eine Doppelstrategie. Zum einen zielte er gegen den PCF, dem man die Arbeiter mit dem Vorwurf abspenstig machen wollte, daß die Kommunisten zu immigrantenfreundlich seien. Während sich Pierre Stirbois auf dieser Schiene bewegte, kümmerte sich seine Frau "um Geschäftsleute und Freiberufler", die sie "mit Attacken gegen zu hohe Steuern und die 'Marxisierung des Unterrichts'" erfolgreich umwarb.³⁷⁹

Dreux blieb entgegen anderslautenden Vorhersagen kein Einzelfall. Weder prozentual, noch wahlsoziologisch, noch axial: In Dreux hatten sich bei den Nachwahlen die alliierten Rechtsparteien mit 55,5% der Stimmen gegen die Linke durchgesetzt, und Pierre Stirbois wurde stellvertretender Bürgermeister. Trotz der Abgrenzungsbestrebungen von hohen UDF- und RPR-Repräsentanten wurden unterhalb der nationalen Ebene immer wieder Bündnisse mit dem FN geschlossen.

Zum Zeitpunkt seines ersten Erfolgs war der Front National eine schlecht organisierte Partei. Es fehlten Strukturen, Strategien und Mitglieder, um elektorale Besitzstände zu halten und auszubauen. Zudem fällt die Inkompatibilität von mittelstandsorientiertem Wahlprogramm und urbaner Wählerschaft ins Auge. Die Korrektur dieses Mißverhältnisses leitete die nächste Phase ein.

³⁷⁷ Seine Ergebnisse lagen zwischen 0,3 und 1%.

³⁷⁸ In Paris waren es 11,3%, in Aulnay sous Bois 9,3%,

³⁷⁹ Christadler, Marieluise 1995, a.a.O., S.294. Marie-France Stirbois erzielte nach dem Unfalltod ihres Mannes in Dreux im Dezember 1989 ein Direktmandat (61,3%). Er hatte seit 1977 in Dreux kandidiert und seine Ergebnisse stets verbessern können.

Parteipolitische Erneuerung

Die Entwicklung des Front National zu einer *populären* und auf breite Schichten zugeschnittenen Partei ist auf dem Hintergrund der geschilderten Initiation keineswegs zufällig. Wachsendes Interesse an der Partei und deren Chef durch die Medien infolge dieser Effekte und der elektorale Durchbruch mit 11,2% bei den Europawahlen 1984 (infolge dieser Aufmerksamkeit?) machten aus der politischen Sekte eine Mitgliederpartei. Dies erforderte den Aufbau von Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen, die jedoch so konzipiert sind, daß die Macht der Führungsgremien nicht tangiert werden kann.³⁸⁰ Stirbois hatte bereits in Dreux einen gut organisierten Parteiapparat aufgebaut, und er brachte seine Erfahrungen nun auch national ein. Auch die wenig später zum FN gestoßenen Mitglieder des neurechten Club de l'Horloge widmeten sich der organisatorischen und politischen Modernisierung, wodurch Honoratioren aus Wissenschaft und Bürokratie am Front National zunehmend Gefallen fanden. Die (auch) an persönlichen Karrieren interessierten Intellektuellen haben wesentlich zur Modernisierung und zum Imagegewinn der Partei beigetragen.³⁸¹

Die Modernisierung der Partei läßt sich auch auf programmatischer Ebene nachvollziehen: Das ultra-liberale und antifiskalische Wirtschaftsprogramm wurde mit einem "populär-kapitalistischen" Anstrich (*propriété=responsabilité=enracinement*) versehen.³⁸² Bemerkenswerterweise geht die Modernisierung des Front National, also seine urbane Massensorientierung, in erster Linie auf den Einfluß jener Kräfte zurück, die mit den nun umworbenen Schichten soziologisch betrachtet wenig zu tun haben. Dies gilt für die Vertreter des Clubs de l'Horloge ebenso wie für die Eliten aus Wissenschaft und Bürokratie, die sich seit 1986 verstärkt die Ehre der Parteimitgliedschaft geben. Was auf den ersten Blick wie ein Widerspruch wirkt, ist in Wirklichkeit keiner. Zumindest nicht in Frankreich, meint Marieluise Christadler. Sie erläutert, daß die Praxis, Eliten für Ämter und Mandate anzuwerben, einem "sozialen Aufstiegs- und Notabilitätsmuster der französischen Gesellschaft" folgt, von denen alle Parteien "imprägniert" sind.³⁸³ Zumindest in dieser Hinsicht ist der Front National eine ganz normale Partei geworden.

Nationaler Durchbruch und Etablierung der Partei

³⁸⁰ Birenbaum, Guy 1992: *Le Front National en politique*, Paris.

³⁸¹ Birenbaum, Guy/François, Bastien 1989: *Unité et diversité des dirigeants frontistes*, in: Mayer, Nonna/Perrineau, Pascal, a.a.O., S.83-106.

³⁸² Buzzi, Paul 1991, a.a.O., S.39.

³⁸³ Christadler, Marieluise 1995, a.a.O., S.301.

Parteilpolitische Modernisierung³⁸⁴ und elektoraler Erfolg haben sich wechselseitig verstärkt. Den 11,2% bei den Wahlen zum Europäischen Parlament folgten 1986 auf regionaler Ebene 9,56% der Stimmen. Im gleichen Jahr gelang dem Front National auch auf nationaler Ebene der Durchbruch. Wenngleich das hohe Ergebnis auch auf das von den Sozialisten beschlossene Verhältniswahlrecht zurückzuführen ist,³⁸⁵ war spätestens hier klar, daß die ersten elektoralen Effekte des FN keine Einzel- oder Zufälle waren. 9,7% der Stimmen und 35 Abgeordnete konnte der Front National erzielen. Er wurde in hohem Maß von Arbeitern und kleinen Angestellten aus den Ballungszentren des Südens, Nordens und des Pariser Großraums und proportional stärker noch von Bauern, Handwerkern und Händlern gewählt.³⁸⁶ Dabei läßt sich ein Überhang ehemaliger UDF- und RPR-Präferenten feststellen.³⁸⁷ Als Wahlmotive werden weniger Sympathie für Le Pen oder die Partei, sondern für ihre Themen genannt, wobei sich ihre "eigenen Werte und die gesellschaftspolitischen Vorstellungen mit Themen der linken Parteien (z.B. Staatsinterventionismus, Sicherung der sozialen Errungenschaften) als auch mit Themen der rechten Parteien (z.B. Nationalstolz, soziale Hierarchie)" überschneiden haben.³⁸⁸

Zwischen 1984 und 1986 hatte sich der FN als verhältnismäßig moderate Partei präsentiert und seine Themen auf Einwanderung, Kriminalität, Korruption und Mißwirtschaft konzentriert. Moderat darf dabei keinesfalls mit gesinnungsdemokratisch übersetzt werden, denn durch alle Äußerungen des FN zieht sich seine xenophobische und antiliberale Grundeinstellung. Eindeutig rechtsextreme Verlautbarungen indes, die den gerade erstarkenden Front National dauerhaft von der exekutiven Ebene ausschließen könnten, wurden nur sehr vorsichtig formuliert. Diese Taktik machte vor allem wegen des eingeführten Verhältniswahlrechts Sinn, durch das der Einzug des FN ermöglicht wurde und eine Zusammenarbeit aller rechten Kräfte immerhin nicht ausgeschlossen war. Ihm blieb jedoch die Oppositionsrolle vorbehalten, denn UDF und RPR konnten allein eine

³⁸⁴ 1985 wurde das umfangreiche Parteiprogramm "Pour la France" verabschiedet, das nach Parteiangaben nach wie vor gültig ist. Schwerpunkte sind französische Identität bzw. Betonung des "Immigrantenproblems". Parolen wie "La France d'abord", "Les français d'abord", "Immigration: la préférence nationale" werden besonders herausgehoben. Vgl. Lampe, Thomas, a.a.O., S.66f.

³⁸⁵ Es fand nur bei den Wahlen von 1986 Anwendung.

³⁸⁶ Höhne, Roland 1989: Soziologie der Wählerschaft des Front National, in: lendemains 53/89, S.155f. Mayer, Nonna 1993: Le Front national, in: Chagnollaude, Dominique (Hg.): La vie politique en France, Paris, S.334.

³⁸⁷ Loch, Dietmar 1994, a.a.O., S.231.

³⁸⁸ Ebd.

Regierung bilden, die zur Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Staatschef gezwungen war.

Radikalisierung

Die Tatsache, daß sich die drei wichtigsten politischen Strömungen in der *cohabitation* arrangieren mußten, provozierte die erneute Radikalisierung des Front National,³⁸⁹ der sich vehement vom sogenannten Establishment abgrenzte und gleichzeitig kräftig mit ihm kungelte. Seine Angriffe gegen die als "Viererbande" diffamierten Parteien (PS, RPR, UDF, PCF) und ein straff geführter Wahlkampf bescherten Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 1988 14,4% der Stimmen. Dabei haben ihm seine aufsehenerregenden Bemerkungen über den Holocaust, den er als ein Detail der Geschichte abgetan hatte, offensichtlich nicht geschadet.³⁹⁰ Die Stimmen für den Bretonen stammten bei Überrepräsentanz des Mittelstandes aus allen sozialen Milieus,³⁹¹ und auch die geographischen Grenzen sind durchlässiger geworden.

Die Höhe dieses Ergebnisses weckte die Hoffnungen der Partei auf ähnliche Resultate bei den im gleichen Jahr stattfindenden Legislativwahlen. Zwar schnitt sie dabei mit 9,7% (ein Direktmandat) nach wie vor beachtlich, aufgrund der hochgesteckten Erwartungen nach Le Pens persönlichem Erfolg zugleich enttäuschend ab. Freuen durften sich hingegen die Sozialisten, die mit 37% der Stimmen an ihren Erfolg von 1981 anknüpfen und die bürgerliche Rechte erneut von der Regierung ablösen konnten. Nach seiner wahlsoziologischen Analyse zieht Claus Leggewie den Schluß, daß das rechte Wählerspektrum in drei Elektorate zerfallen sei.³⁹² Die Wähler dieses Spektrums verteilen sich auf:

- Neogaullisten, denen es nicht gelungen ist, den rechten Rand des Spektrums zu integrieren und die "populäre Basis" zu halten. Damit sei Chiracs Partei wieder eine klassische konservative Rechtspartei geworden;
- die UDF und Giscard, dessen, auch vom parteilosen Raymond Barres vertretene, zentristische Politik tendenziell für eine "sozialliberale Koalition der linken Mitte" stünde;
- den Front National, der trotz regionaler und soziostruktureller Schwerpunkte über alle Klassen und Regionen hinweg verankert sei und dabei "die paradoxe Figur eines 'Extremismus der Mitte', d.h. einer radikalen Protestpopulation zwischen links und rechts" verkörpere.³⁹³

³⁸⁹ Buzzi, Paul 1991, a.a.O., S.40.

³⁹⁰ Blume, Georg 1989: Neue Fronten, in: Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hg.), a.a.O., S.106

³⁹¹ Mayer, Nonna 1993, a.a.O., S.334.

³⁹² Leggewie, Claus 1988, a.a.O., S.797.

³⁹³ Ebd.

Die Europawahlen von 1989 hatten dem Front National ebenfalls enttäuschende 11,7% beschert, auf die Le Pen mit einem "Rückfall in uralte Komplottvisionen à la Maurras" reagierte, der "offenbar der Identitätsversicherung und inneren Festigung der Partei" diente.³⁹⁴ Diese Trendwende kostete den FN Image und Mitglieder und provozierte zugleich den Unmut der davon wenig begeisterten Modernisten. Sie nutzten die angeschlagene Stimmung und den Tod Stirbois und verpaßten der Partei einige organisatorische Umstrukturierungen und sich selbst als Repräsentanten der neu geschaffenen Ämter Generaldelegation (Bruno Mégret³⁹⁵) und Generalsekretariat (Carl Lang). Aber der erneute Auftrieb des Front National hatte wenig mit intellektuellen Planspielen, sondern mit zwei politischen Ereignissen zu tun: Mit der sogenannten Kopftuch-Affaire und die dadurch losgetretene "Grundsatzdebatte über die Integration muslimischer Staatsbürger- und bürgerinnen sowie über das Prinzip der republikanischen Laizität"³⁹⁶ und mit den nationalen Befreiungsbewegungen in Osteuropa, die den Nationalismus auch in Frankreich zum Thema machten. Die hohen Ergebnisse des Front National bei den Nachwahlen in Dreux (42%) und Marseille (33%) und das bei der Entscheidungsabstimmung erzielte Direktmandat in Marseille stärkten schließlich das Selbstbewußtsein des FN und Le Pens, der auf dem Parteitag in Nizza 1990 vom nationalen Führungsanspruch träumte.

Wende moderat rückwärts

Auf diesem 8. Parteikongreß im März/April 1990³⁹⁷ zeichnete sich erneut eine Imagewende ab, die Buzzi als tendenziell moderat beschreibt. Die Gründe für diesen Wandel lassen sich außenpolitisch mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und der Abschleifung des antikommunistischen Arguments und innenpolitisch mit dem neuerlichen Sieg der Sozialisten erklären: Weil der neuen Regierung eine etwa gleichstarke Opposition gegenüberstand, wurden auch koalitionäre Rechenspiele wieder interessant. Auch wenn RPR und UDF derartige Ansinnen weit von sich weisen und der FN in Nizza ebenfalls unterstrichen hat, durch Druck von außen auf die Regierung Einfluß nehmen zu wollen,³⁹⁸ mag der naheliegende Gedanke hier wie dort gekommen sein.

³⁹⁴ Christadler, Marieluise 1995, a.a.O., S.296.

³⁹⁵ Mégret hat sich als Kandidat bei den 1995er Kommunalwahlen beteiligt und sich in Vitrolle, nahe bei Marseille, um das höchste Amt der Stadt beworben. Sein Erstrundenergebnis lag bei 43%, in der Stichwahl erzielte er nur ein Prozent weniger. In Vitrolle haben die Sozialisten das Rennen gemacht.

³⁹⁶ Ebd.

³⁹⁷ Trotz der Statuten, wonach jedes Jahr einen Kongreß vorgesehen ist, wurde dieses höchste Entscheidungsgremium lediglich vier Mal einberufen. In Nizza (1990) wurden die neuen Parteistrukturen bestätigt.

³⁹⁸ Buzzi, Paul, a.a.O., S.40.

Die Realität indes sieht anders aus, denn mit den Legislativwahlen von 1993 erzielte die Traditionsrechte aus UDF und RPR mit fast vier Fünfteln aller Mandate eine erdrückende Mehrheit in der Nationalversammlung.³⁹⁹ Ihren Sieg verdankt sie allerdings weniger ihrer eigenen Kraft (rund 8% Zuwachs), als der desaströsen Niederlage der Sozialisten, mit der das Ende des Mitterrandismus eingeleitet und die Krise der parteipolitischen Linken offengelegt wurde. Der Front National blieb mit 12,8% der Stimmen hinter seinen eigenen Erwartungen und dem Ergebnis der Regionalwahlen 1992 (13,9%) zurück. Allerdings konnte er im Vergleich zu den letzten Legislativwahlen zulegen, hat aber nirgendwo ein Direktmandat erzielt.

Mehrere interessante Entwicklungen enthält das lepenistische Elektorat:

1988 (legislativ) lag der FN in 32 Departements zum Teil weit über seinem Gesamtergebnis von 9,7%. In diesen Bezirken legte er 1993 höchstens im Rahmen seines Gesamtzuwachses von ca. 30% zu.⁴⁰⁰ Ausnahmen dieser "stagnativen Steigerung" bilden die Departements Seine-et-Marne, Eure-et-Loire, Yonne, Marne und Loire mit einem höheren Anstieg von mindestens 40%. Einen überdurchschnittlichen Stimmenzuwachs⁴⁰¹ erzielte der Front National aber fast ausschließlich in Departements mit stark unterrepräsentierter FN-Wählerschaft. Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß die Partei ihre Wähler in ihren Hochburgen im Süden, Nordosten und im Großraum Paris zunehmend langsamer erreicht. Dagegen scheint sie sich neue, überwiegend ländliche Gebiete zu erschließen. Sie müssen neben ihren spezifischen Problemen Einbußen im Tourismus hinnehmen und verlieren ihren Stellenwert als attraktive Standorte für Zweitwohnungen.

Darüber hinaus dürften die in den Städten kumulierenden Probleme auch auf dem Land ihre Wirkung hinterlassen. Dem Front National gelingt mittlerweile auch die Anbindung ansonsten eher skeptischer Wählergruppen wie Frauen und engagierte Katholiken,⁴⁰²

³⁹⁹ Der PCF verlor weitere 2% bei allerdings leichten Zugewinnen in 14 Departements. Die gemeinsame Liste der ökologischen Parteien hat - trotz anderslautender Prognosen - keinen Sitz erhalten. Mit 31% Wahlenthaltung hat sich darüber hinaus die wachsende Entfremdung von Parteien und Bürgern gezeigt.

⁴⁰⁰ 1986 wurde der Trend erkennbar, daß der FN verstärkt in seinen eigenen Hochburgen zulegt. Vgl. dazu Lampe, Thomas, a.a.O., S.92.

⁴⁰¹ Steigerungen bewegten sich zwischen 40% und 450%. Derartig große Gewinne findet man in dünnbesiedelten Departements, in denen ein geringer absoluter einem prozentual enormen Zuwachs entspricht.

⁴⁰² Mayer, Nonna 1993, a.a.O., S. 334. Engagierte Katholiken haben vermehrt zwischen 1989 und 1992 für den FN votiert. 1993 waren sie wieder weniger vertreten.

und es hat sich "neben einer fluktuierende(n) Zahl von Gelegenheitswählern" (Christadler) eine zuvor nicht identifizierbare Stammklientel herauskristallisiert. Seine Wähler stammen aber nach wie vor aus allen sozialen Schichten, und auch die "geographische Herkunft hat sich nicht entscheidend geändert: FN Bastionen koinzidieren mit städtischen Problemen".⁴⁰³

Umfragen unterstreichen, daß der Front National seinen Erfolg hauptsächlich den Themen Immigration, innere Sicherheit und Arbeitslosigkeit verdankt.⁴⁰⁴ Daß Frankreich mit gravierenden Problemen konfrontiert ist, zeigen die Kommunalwahlen von 1995. Die schlechte Stimmung und die sich durch alle Wahlaussagen des FN ziehende Botschaft, nach der Franzosen positiv und Ausländer negativ diskriminiert werden sollen,⁴⁰⁵ brachte der Partei drei Bürgermeistersessel ein: in Toulon und in den südfranzösischen Kleinstädten Orange und Marignane. Im ebenso von Korruption wie gehobener Flanierkultur geprägten Nizza konnte ein FN-Dissident das Rennen für sich entscheiden, wohingegen Absprachen zwischen der traditionellen Rechten und Linken ("Republikanische Front") den Sieg von FN-Kandidaten in Dreux, Mülhausen und Noyon verhindern konnte. Auch wenn viele südfranzösische Städte von Korruption, Mafia-Verstrickung, Immobilien-Spekulation und Geldwäsche gekennzeichnet sind, kann der Erfolg des FN nicht nur darauf zurückgeführt werden. Denn auch in zahlreichen anderen Kommunen hat er beachtliche Ergebnisse erzielt, die mitunter nur knapp hinter den Resultaten der Sieger liegen. Öffentlichkeit und politische Eliten reagierten überrascht und bestürzt auf die Ergebnisse.

Noch ein Jahr vor diesen Abstimmungen hatte sich der Front National ernsthaft Sorgen machen müssen, nachdem er bei den Europawahlen von der Liste des nationalkonservativen de Villiers überflügelt worden war. Beide Organisationen haben einen Anti-Maastricht-Wahlkampf betrieben, wobei de Villiers Bewegung Mouvement pour la France weitaus stärker von der antieuropäischen Stimmung in Frankreich profitieren konnte als der Front National mit lediglich 10,5% der Stimmen. Darüber hinaus droht von neogaullistischer Seite Konkurrenz, seit der Präsidentschaftsanwärter Chirac die Themen Armut und Ausgrenzung zum Schwerpunkt erhoben hatte. Angesichts der

⁴⁰³ Christadler, Marieluise 1995, a.a.O., S.298.

⁴⁰⁴ Ebd.

⁴⁰⁵ Der lepenistische Bürgermeister von Toulon und EP-Abgeordnete Jean-Marie Chevallier beabsichtigt die "positive Diskriminierung ethnischer Franzosen" bei der Vergabe von Wohnraum und Sozialleistungen. Auch will er gegen die Verfassung "ethnisch" getrennte Schulklassen einführen. Allerdings muß er, seit die Rechtmäßigkeit seiner Amtsinhaberschaft juristisch bestritten wird, seine Ansinnen hintanstellen. Seine Enthebung wurde mit Unregelmäßigkeiten bei der Wahlkampffinanzierung begründet: Auf der FN-Liste hatte der Verwalter für Wahlkampffinanzien kandidiert, obgleich er aufgrund seiner Stellung dazu nicht befugt war.

sozio-ökonomischen Schiefelage war dies eine naheliegende Taktik; "so zu tun, als gäbe es keinen Bruch", wäre "wahlkämpferischer Selbstmord gewesen".⁴⁰⁶ Doch bei den kurz nach der Präsidentenwahl durchgeführten Kommunalwahlen wurde einmal mehr die Mobilisierungsfähigkeit des Front National und zugleich ein latentes Mißtrauen der Wähler in die traditionelle Rechte offengelegt.⁴⁰⁷ Le Monde spricht von einer deutlichen Warnung der Wähler an die Regierung.⁴⁰⁸ Die zukünftige Stärke des Front National wird nicht unwesentlich von der Politik des neuen Staatspräsidenten und von der Mobilisierungsfähigkeit der Linken abhängen, die sich allem Anschein nach zurückgemeldet hat. Ob sich daraus aber eine "nouvelle gauche" (Levi)⁴⁰⁹ mit Meinungsführerschaft in den Problemfeldern Arbeit und Soziales entwickelt, wird sich noch zeigen müssen.

Die Stimmung der Franzosen jedenfalls ist alles andere als euphorisch. 64% fürchten sich vor Arbeitslosigkeit, 51% glauben, ihren Wohlstand nicht halten zu können, 38% haben Zukunftsangst.⁴¹⁰ Von der Stimmung der Ausgeschlossenen einmal ganz zu schweigen. Die Erstrundenergebnisse der Präsidentschaftswahlen⁴¹¹ und die kommunalen Abstimmungen legen eine Vertrauenskrise offen, die die traditionellen Parteien zur Kenntnis nehmen müssen. Sie können darauf politisch reagieren, indem sie sich der Probleme annehmen, zu ihrer Überwindung oder Minimierung beitragen und somit vertrauensstiftend wirken. Natürlich können sie auch den vordergründig bequemeren Weg wählen und den FN in seiner Rhetorik nachahmen in der Hoffnung, ihm die Wähler abspenstig zu machen.

Nicht zuletzt besteht die Möglichkeit einer juristischen Reaktion, d.h. eine Wahlrechtsänderung, mit der es den stärker werdenden außerparlamentarischen Parteien gelingt, in die Nationalversammlung einzuziehen. Auch wenn die Parlamentsparteien daran kein unmittelbares Interesse haben und auch nicht ernsthaft über eine derartige Änderung nachdenken, halte ich es zumindest für nicht ausgeschlossen, daß einige politische Vordenker sich die entsprechenden Gedanken oder auch Vorschläge machen. Denn wenn sich das Parteiensystem dauerhaft erweitern sollte, aber nur die großen politischen Akteure im Parlament vertreten sind, so kommt dies

⁴⁰⁶ Julien, Claude 1995: Kleine Diagnose des sozialen Bruchs. Für den authentischen "Republikanischen Pakt", in: Le Monde diplomatique (Beilage der taz/woz), Juni 1995, S. 22.

⁴⁰⁷ Einen durch die Präsidentenwahl bedingten Bonus für die traditionelle Rechte hat es nicht gegeben. Dagegen haben viele Chirac-Wähler bei den Kommunalwahlen für die Linke oder den FN votiert.

⁴⁰⁸ Le Monde, 19.6.1995.

⁴⁰⁹ Die Zeit, 6.8.1993.

⁴¹⁰ Die Zeit, 24.2.95, S.4.

⁴¹¹ Bei den Präsidentschaftswahlen haben 15% der Franzosen für Le Pen, rund 5% für de Villiers und etwa 14% für die äußere Linke gestimmt.

einem geringer werdenden Repräsentationsradius in eben diesem Parlament gleich. Es verliert damit Legitimation und kann leicht zur Zielscheibe derjenigen werden, die ohndies nicht zu den dicksten Freunden der liberalen Demokratie zählen. "Wo immer ein Politiker die Legitimität eines Parlaments in Zweifel zieht, riecht es nach Urfaschismus",⁴¹² dramatisiert ein wenig Umberto Eco. Im Kern aber und auf dem Hintergrund historischer Erfahrungen ist ihm Recht zu geben.

Schließlich bleibt die Möglichkeit taktischen Reagierens wie die bei den Kommunalwahlen erprobte Allianz der traditionellen Kräfte zur Verhinderung lepenistischer Bürgermeister. Dies kann aber nicht dauerhaft praktiziert werden und von Erfolg gekrönt sein, denn Entpolitisierung und Entpolarisierung wären vorgezeichnet. Parteipolitische Unterschiede müssen wahrnehmbar bleiben und damit wählbar sein. Dennoch können republikanische Gemeinsamkeiten unterstrichen werden: Sie bestehen Claude Julien zufolge darin, für nationale und internationale Gleichheit zu kämpfen. Dies "bildet den Kern des 'republikanischen Pakts'".⁴¹³

8.2. Lega Nord

Das Jahr 1989

1989 war das wichtigste Jahr für alle italienischen Ligen, die mit Ausnahme der Lega Lombarda nahe in den Bereich der Bedeutungslosigkeit gerückt waren. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament konnten sie aber erstmals wieder zulegen: Ergebnisse von etwa 2% in der Emilia und der Toskana, um 5% in Ligurien und im Piemont, knapp 10% im Veneto und schließlich die weit weniger überraschenden 15% in der Lombardei.

Industrialisierte und bevölkerungsreiche Städte wie Varese, Brescia, Bergamo, Monza, Cremona (weit weniger Mailand), aber auch Kommunen wie Pavia und Como entwickelten sich zu Hochburgen der Partei und die Bewohner dieser Gemeinden zu Anhängern der neo-regionalistischen Teilungsforderung. Zwischen 1987 und 1990 konnte die Lega ihre Ergebnisse hier etwa verdreifachen, und 1990/91 wurde sie in Brescia, Varese und Monza sogar erste politische Kraft. Von der nun noch stärker aus den Zentren stammenden und gut gebildeten Wählerschaft wurden als wichtigste Wahlmotive das Nord-Süd-Problem, bürokratische Ineffizienz und außereuropäische Einwanderung genannt.⁴¹⁴

Ecco: La Lega Nord

Die Erfolge der Ligen nach 1989 hatten mehrere Konsequenzen:
1. Aus Gründen taktischer und politischer Effizienz wurden sie auf

⁴¹² Umberto Eco 1995: Urfaschismus, in: Die Zeit, 7.7. 1995, S.48.

⁴¹³ Julien, Claude 1994, a.a.O., S.23.

⁴¹⁴ Diamanti, Ilvo 1993, a.a.O., S.112.

Bossis Druck im Februar 1991 zur Lega Nord zusammengeschlossen, wodurch die Macht des Lombarden noch größer wurde. Zwar existieren die Regionalparteien auch weiterhin. Mit der Gründung der Lega Nord wurde ihr Handlungs- und Präsentationsspielraum jedoch erheblich eingeschränkt. 2. Parallel zur Fusionierung mußte ein einheitlicher Apparat aufgebaut werden, der sich neben organisatorischen Angelegenheiten um die Anwerbung von Kandidaten, ihre rhetorisch-taktische und politische Schulung sowie postelektorale Anbindung zu kümmern hat. Dieser Apparat war in den ersten Jahren streng hierarchisch gegliedert,⁴¹⁵ wurde aber immer stärker demokratisiert. Rolf Uessler bezeichnet die Lega Nord unter diesem Aspekt heute als eine "nahezu ganz normale Massenpartei",⁴¹⁶ während andere den im Wort "nahezu" artikulierten Entwicklungsoptimismus nicht teilen und die Lega eher skeptischer betrachten.⁴¹⁷ 3. Neben zentralen Strukturen war eine Vereinheitlichung der Sprache nötig, die zunächst schärfer wurde und gemäß Bossis Ankündigungen auf der konstituierenden Sitzung in Mailand hauptsächlich gegen die *partitocrazia* und den unitarischen Staat zielte.

Der 1989 zur Lega Lombarda gestossene und schnell zum engsten Berater Bossis avancierte Gianfranco Miglio⁴¹⁸ leistete einen wichtigen sprachvereinheitlichenden Beitrag: Er begründete die Teilungsforderung mit dem Vorhandensein von drei unterschiedlichen ökonomischen Makrostrukturen (Nord, Zentrum, Süd) und klagte eine dementsprechenden Zergliederung Italiens ein. Er würde aber nicht Chefideologe genannt, hätten sich seine Vorstellungen nur darauf beschränkt. Seine wichtigste Idee ist die Schaffung einer Föderation mit souveränen Einzelstaaten unter der Ägide eines plebiszitär gewählten Präsidenten, dessen potentiellen Kompetenzen bei Miglio aber ebenso nebulös bleiben, wie seine Vorstellung von der Verfaßtheit der Einzelstaaten.⁴¹⁹ Die Tatsache, daß er sowohl

⁴¹⁵ Braun, Michael 1994, a.a.O., S.113.

⁴¹⁶ Uessler, Rolf 1994, a.a.O., S.258.

⁴¹⁷ So etwa Petersen, Jens 1994, a.a.O., S.168ff.

⁴¹⁸ Miglio war Politikwissenschaftler an der katholischen Universität Mailand und Anfang der 80er Jahre federführend im Gruppo di Milano aktiv, wo Staatsrechtler einen Verfassungsentwurf ausgearbeitet haben, der Italien als Präsidialrepublik vorsah. Nach seinem Beitritt zur Lega wurde Miglio über ihre Liste Senator (1992). Schon in jungen Jahren hatte sich Miglio für Föderalismus interessiert und seine häufig zu diesem Thema verfaßten Artikel in den katholischen Blättern *Il cisalpino* und *Il popolo* veröffentlicht.

⁴¹⁹ So bleibt ungeklärt, ob es in der von ihm gewünschten Gesellschaft Parteien gibt. Er plädiert für direkte Entscheidungen z.B. auf der piazza. Volksvertreter wären demnach Manager, die lediglich ausführen und umsetzen. Vgl. Miglio, Gianfranco 1990: *Una costituzione per i prossimi trent'anni.*

für kleine Einzelstaaten als auch für ein supranationales Präsidentenamt eintritt,⁴²⁰ legt den Schluß nahe, daß ihm die alte Reichsidee auch als (europäisches) Zukunftsmodell vorschwebt.⁴²¹

Jedenfalls hat er sich die erstarkende Lega nicht zufällig als Instrument zur Förderung seiner Ziele ausgesucht, denen er bei den regionalen Wahlen 1990 durch die Vormachtstellung der Lega in einigen lombardischen Kommunen und ihr insgesamt hervorragendes Ergebnis von 18,9% näher zu kommen schien. Dieser breiten Legitimation folgte die Entscheidung, offensiv auf der nationalen Bühne mitzuwirken, um von Rom aus Druck auf die Politik ausüben zu können.

Die neu geschaffene Lega Nord konnte bei den Deputiertenkammerwahlen 1992 vor allem in jenen Gebieten zulegen, in denen sie zuvor nur mäßig abgeschnitten hatte: Im Trentino, im Veneto, in der Emilia Romagna, in Ligurien, im Piemont und in der Toskana. In der Lombardei hingegen verbesserte sie sich nur noch leicht, war aber hier nach wie vor am stärksten verankert. Ihre aus dem Norden und aus der Toskana stammenden Stimmen ergaben national gerechnet 8,7% und machten sie hinter der Democrazia cristiana, dem Partito socialista und den im PDS vereinten Ex-Kommunisten zur vierten Kraft. Vor allem in den Hochburgen wiesen Bevölkerung und Wählerschaft ein fast identisches soziologisches Profil auf. Bis etwa 1992 konnte ein Überhang männlicher Wähler und peripherer Provinzen festgestellt werden, der allerdings immer geringer geworden ist.⁴²²

Eppure si muove - der rapide Wandel der Republik

Bereits vor den Deputiertenkammerwahlen von 1992 war neben der ökonomischen die politisch-institutionelle Krise Italiens offensichtlich geworden: Der Aufwind der Ligen und der parallele Einbruch der alten Parteien bescherte den Ermittlungsrichtern genügend Selbstbewußtsein, ohne Furcht vor Repressionen gegen Korruption vorzugehen. Versetzung mißliebiger Richter sowie Hinhalte- und Verschleppungstaktiken bei begründeten Verdachtsmomenten waren Alltagserfahrungen italienischer Juristen, die ihre

Intervista sulla Terza Repubblica. A cura di Marcello Staglieno, S.147f.

⁴²⁰ Ebd.

⁴²¹ Staff, Ilse 1991: Staatsdenken im Italien des 20. Jahrhunderts, S.22. Staff setzt sich hier mit Miglio, dem Gruppo di Milano und Carl Schmitt auseinander.

⁴²² Seit 1994 aber ist diese Entwicklung wieder rückläufig. Die von ihr erreichten Wähler aus dem Arbeiter- und kleinen Angestelltenmilieu sind vielfach direkt zu Berlusconi's Forza Italia gewandert, und die Lega mußte sich mit Mittelstandswählern aus den peripheren Provinzen bescheiden.

Ämter vielfach selbst durch Begünstigung erhalten haben. Wegen der veränderten politischen Kräfteverhältnisse hatten sie nun die Möglichkeit, konsequent gegen Partei- und Staatseliten zu ermitteln. Sie brachten damit eine Lawine ins Rollen, die zum Zusammenbruch des alten Parteiensystems führte.

Das Jahr 1992 war für Italien ein tragisches Jahr mit zahlreichen Verhaftungen prominenter Personen aus Politik, Wirtschaft und Bürokratie, die nicht alle in der Lage waren, sich ihrer Verantwortung zu stellen: Einige sind wie Craxi ins Ausland geflohen, andere haben sich das Leben genommen, und wieder andere wurden von der Mafia ermordet, um bedrohliche Zeugenaussagen oder Ermittlungen zu verhindern. Beeindruckend waren die Ereignisse rund um die Beisetzungsfestlichkeiten für die beiden Anti-Mafia-Richter Falcone und Borsellino, deren Ermordung nicht nur ein Aufbegehren der (jungen) Süditaliener gegen die Mafia, sondern zugleich gegen Politiker auslöste, die im Bewußtsein der Bevölkerung verantwortlich für den Fortbestand des organisierten Verbrechens waren. Daß dies nicht lediglich Vermutungen waren, beweisen die vermehrten Mordanschläge der Mafia seit Anfang der 90er Jahre gegen potentielle Verhaftungskandidaten aus der Parteipolitik, um deren Zeugenaussagen zuvorzukommen.⁴²³

Die alten Parteien waren schnell auf dem Tiefpunkt ihres Ansehens angelangt. Ihren Zusammenbruch besiegelte schließlich das per Referendum eingeführte Mehrheitswahlrecht, dessen Initiatoren den Exitus des angeschlagenen Parteiensystems beschleunigen und die Voraussetzung für eine Links-rechts-Polarität schaffen wollten.⁴²⁴ Dieses 1993 eingeführte Wahlrecht war für die weitere Entwicklung der Lega von entscheidender Bedeutung. Bei den (Teil-)Kommunalwahlen Mitte 1993 erzielte sie die Mandatsmehrheit in zahlreichen norditalienischen Städten und viele Bürgermeistersessel (darunter Mailand) noch aus eigener Kraft. Im Winter 1993 jedoch scheiterten ihre Bürgermeisterkandidaten etwa in Venedig, Genua und Triest am unterdessen gebildeten progressiven Bündnis rund um den PDS.⁴²⁵

⁴²³ So wurde etwa am 12.3.1992 der DC-Politiker Salvo Lima in der Nähe Palermos ermordet, der "auch in offiziellen Dokumenten immer wieder als der politische Schutzherr von Cosa Nostra bezeichnet worden war". Roques, Valeska von 1994, a.a.O., S.186.

⁴²⁴ Zunächst wurde (April 1993) nur über den geänderten Wahlmodus zum Senat abgestimmt. Allerdings waren die Parteien aufgrund der hohen Zustimmung gezwungen, den im Referendum goutierten Vorschlag für alle Abstimmungen zu übernehmen. Es wird nicht vollständig nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt; 25% aller Mandate werden nach dem Verhältniswahlrecht verteilt.

⁴²⁵ Zu den verschiedenen kommunalen Bündnissen zählten neben dem PDS: Grüne, La Rete, fortschrittliche Christdemokraten, Rifondazione comunista, Sozialisten, Radikale und lokale Allianzen. Es haben aber nicht immer alle genannten Kräfte zusammen kandidiert.

Das für die Lega wichtigste Ereignis fand jedoch in Rom statt, wo sich in der Stichwahl um das Bürgermeisteramt Francesco Rutelli (grüner Kandidat des Mitte-links-Bündnisses *progressisti*) und der MSI-Chef Gianfranco Fini gegenüberstanden, dessen Erstrundenenergebnis von 35,8% auf die Schwäche des damals noch rekonvaleszierenden Zentrums zurückzuführen ist.⁴²⁶ Diese Abstimmung war erklärtermaßen eine Testwahl für Silvio Berlusconi,⁴²⁷ der im Interesse seines hochverschuldeten Imperiums einen Sieg der kartellfeindlichen Linken verhindern mußte.⁴²⁸ Seine für die Öffentlichkeit überraschende und skandalisierende Kampagne zugunsten Finis ("Wenn ich Römer wäre, würde ich für Fini stimmen") verfehlte jedoch knapp ihr Ziel, wodurch ein linker Sieg auch bei den Deputiertenkammerwahlen 1994 als sicher galt. Infolge dieser Einschätzung hoben Berlusconi und sein Fininvest-Stab den Wahl- und Jubelverein Forza Italia aus der Taufe,⁴²⁹ und sie konnten die föderalistische Lega ebenso in das Bündnis einbinden wie den etatistischen MSI, der es aus kosmetischen Gründen vorzog, sich als Alleanza nazionale zu präsentieren.⁴³⁰ Thematische Übereinstimmungen

⁴²⁶ 1994 wurde die DC aufgelöst. Ehemalige democristiani organisieren sich heute überwiegend im Partito popolare italiano, der 1995 einen Teil seiner Mitglieder und seinen Ex-Vorsitzenden verloren hat; sie haben sich zur Cdu (cristiani democratici uniti) zusammengetan. Darüber hinaus besteht mit dem Ccd (Centro cristiano democratico) eine kleine Rechtspartei, die an der Berlusconi-Regierung beteiligt war. Ex-Christdemokraten sind zudem in der demokratischen Bewegung des Referendums-Initiators Mario Segni (er hatte 1993 mit der DC gebrochen) oder in der kleinen Anti-Mafia-Partei La Rete organisiert, die vom ehemaligen Bürgermeister Palermos Leoluca Orlando schon 1991 gegründet wurde. Auch die sozialistische Partei PSI gibt es nicht mehr. Sie ist mit dem Mehrheitswahlrecht untergegangen. Ein kleiner Teil hat sich 1995 zur SI (Socialisti italiani) formiert. Bereits 1991 hat der kommunistische PCI seine Pforten geschlossen. Der größte Teil gründete den PDS, ein kleinerer die Rifondazione comunista.

⁴²⁷ Corrias, Pino/Gramellini, Massimo/Maltese, Curzio 1994: 1994 Colpo grosso, Milano, S.21.

⁴²⁸ Ruggeri, Giovanni/Guarino, Mario 1994: Berlusconi. Showmaster der Macht. Die Biographie, Berlin, S.216ff.

⁴²⁹ Vgl. Dreier, Volker 1994: Forza Italia: Triumph der Telekratie? zur Morphologie, Erfolg und Zukunft einer politischen Bewegung, in: sozi. Sozialwissenschaftliche Informationen, 4/94, S.285-292.

⁴³⁰ Viele Beobachter attestieren der Partei mittlerweile ernsthafte Bemühungen, sich vom (Salò-)Faschismus abzugrenzen und sich zu einer "normalen" Rechtspartei zu entwickeln. Auf dem Auflösungskongreß in Fiuggi Anfang 1995 waren erstmals auch Linksdemokraten als offizielle Gäste vertreten. Sie

zwischen Fini, Bossi und Berlusconi beschränkten sich auf Randbereiche. Aber sie einte der Wille zur Macht und der Gedanke an eine italienische Präsidialrepublik.⁴³¹ Dieses ungleiche Bündnis zog bei den Wahlen an der geschockten Linken vorbei und bildete mit anderen rechten Kleinablegern die Berlusconi-Regierung.

Glücklich war Bossi damit nicht, denn trotz des Sieges hatte die Partei in mehrfacher Hinsicht verloren: die bequemen Oppositionseffekte und ehemaligen Hauptgegner DC und PSI, von deren Nachkommenschaft pikanterweise Teile in der Regierung vertreten waren.⁴³² Auch thematisch wurde es eng, nachdem die Mehrheit der norditalienischen Bevölkerung lediglich für einen "federalismo light", also für mehr Dezentralisierung optiert hatte.⁴³³ Dadurch verlor die Partei nicht nur argumentatives Terrain, sondern auch Gianfranco Miglio, der sich öffentlich darüber ärgerte, daß sich Bossi von maximalistischen Forderungen distanziert und dagegen auf andere Themen konzentriert hatte.⁴³⁴ Zudem war sein Stolz verletzt, weil er beim Ministerroulette leer ausgegangen und das von ihm anvisierte Ministeramt für staatliche Neugestaltung auf Bossis Betreiben an jemand anderen vergeben worden war. Am größten waren die Sorgen der Lega um ihre erst frisch erworbene Wählerschaft aus dem urbanen Arbeiter- und Angestelltenmilieu, die in weiten Teilen für Berlusconi gestimmt hatte.⁴³⁵

All dies nahm Bossi Ende 1994 zum Anlaß, mit der Linken und dem DC-Nachfolger Partito popolare italiano (PPI) den Sturz der bis dahin stark imagegeschädigten Regierung auszuhandeln. Er wollte so seinen wichtigsten Konkurrenten neutralisieren und ein Bündnis mit

wurden von den Delegierten begeistert empfangen, wobei die Ovationen nicht zuletzt Ausdruck des Bewußtseins sein dürften, nicht mehr marginalisiert und darüber hinaus auch vom größten politischen Gegner anerkannt zu sein.

⁴³¹ Eigenen Auswertungen von TV- und Presseinterviews zufolge waren es in erster Linie Berlusconi und Fini, die das Thema "Präsidialrepublik" zur Zeit der Berlusconi-Regierung und aus der Opposition heraus immer wieder lancierten. Bossis Ambitionen in diese Richtung waren stark von Miglio beeinflusst, der die Partei unterdessen verlassen hat.

⁴³² Dabei handelt es sich um Politiker der DC und des PSI, die zur Forza Italia oder zur Alleanza übergewechselt sind, und um das christliche Zentrum CCD, das sich dem moderaten DC-Nachfolger PPI nicht anschließen wollte.

⁴³³ la Repubblica, 25.10.1994.

⁴³⁴ So kämpfte Bossi medienwirksam gegen die "eigene" Regierung und forderte Berlusconi auf, sein Imperium für die Dauer seiner Amtszeit durch ein "blind trust" weiterführen zu lassen.

⁴³⁵ Diamanti, Ilvo 1994: La Lega, in: Diamanti, Ilvo/ Mannheimer, Renato (Hg.): Milano a Roma. Guida all'Italia elettorale del 1994, Milano, S.55-57.

der linken Mitte eingehen, in dem sich die Lega als neoliberale Kraft bestens hätte profilieren können. Die Rechnung ging jedoch nicht auf, denn Teile der Mitglieder wollten die Fortsetzung des rechten Pakts, zumindest aber keinen mit der Linken. Zugleich kam ihm der PPI-Chef Rocco Buttiglione in die Quere: Seine Partei hatte zwar gerade zum Sturz der Regierung beigetragen. Aber Buttiglione hatte es sich anders überlegt und wollte entgegen den Parteitagsbeschlüssen eine Koalition mit den gerade erst gestürzten Rechtsparteien (minus Lega) eingehen. Damit wurde die Führungskrise des PPI offengelegt, und Bossi war zum Abwarten gezwungen.⁴³⁶ Gegen den erbitterten Kampf Berlusconi ("sofort Neuwahlen") beauftragte Staatschef Scalfaro den bisherigen Finanzminister Lamberto Dini mit der Bildung einer Übergangsregierung. Sie wurde von der ehemaligen Mitte-links-Opposition und der Lega und in Einzelfragen auch von der Rifondazione comunista⁴³⁷ gestützt und beschränkte sich hauptsächlich auf finanzielle Sanierungsmaßnahmen.

Zahlreiche, auch prominente Austritte, erste (aber unterdessen gescheiterte) Gehversuche einer Art Gegenlega und die Drohung Bossis, fortan wieder gegen alle Parteien zu kämpfen, verdeutlichen die Fragilität einer Partei, die bei den Regionalwahlen im Frühjahr 1995 im Norden noch gut 6% der Stimmen geholt hatte. Ihre weitere Entwicklung wird in hohem Maße von elektoralen Erfolgen und der Integrationsfähigkeit Bossis⁴³⁸ abhängen. Und von ihren Themenangeboten. Endgültig verabschiedet hat sie sich nämlich nicht von ihren alten Ideen, wie der Parteitag vom Mai 1995 zeigte. Die dort von Bossi erhobene Drohung, entgegen der Verfassung eine norditalienische Kammer in Mantova zu etablieren,⁴³⁹ läßt Giorgio Bocca zufolge zwei Interpretationen zu: Sie ist entweder torschlußpani-

⁴³⁶ Nach der schnellen Abwahl Buttigliones als Parteichef hat sich ein Teil vom PPI abgespalten und unter Buttigliones Führung das Centro dei democratici uniti (Cdu) gegründet. Die augenfällige Assoziation soll dabei keinesfalls unbeabsichtigt sein.

⁴³⁷ Und später auch vom etwas zahmer gewordenen Berlusconi bzw. Forza Italia, die Dini seinerzeit erst in die Politik gelockt haben. Augenscheinlich will sich Forza Italia unabhängiger machen von der Alleanza nazionale und signalisiert unterdessen Gesprächsbereitschaft bis in den PDS hinein.

⁴³⁸ Diese scheint er behalten zu haben. So wurde der ehemalige Innenminister und frühere "Zögling" Bossis, Roberto Maroni, im Zusammenhang mit dem Austritt aus der Regierung Bossis bedeutendster Gegner. Er hatte ihm sogar seinen Posten als Parteichef streitig machen wollen, hat sich dann aber zurückgezogen. Im Mai 1995 aber ist er an die Presse getreten und hat zu Protokoll gegeben, daß er fest an der Seite Bossis steht. Damit ist freilich nichts über seinen möglicherweise noch vorhandenen Führungsanspruch ausgesagt.

⁴³⁹ Versuchsweise hatte Bossi seine Drohung im Sommer 1995 wahr gemacht und war deshalb auffallend häufig mit ermittlungsrichterlichen Instanzen in Kontakt.

scher Profilierungsversuch oder ein bewußt eingesetztes Druckmittel in Richtung der Mitte-links-Parteien.⁴⁴⁰

Die Lega steht mit ihnen in lockerem Kontakt und könnte nach den 1996er Wahlen mehrheitsstiftend wirken. Und die linke Mitte wiederum ist allein nicht mehrheitsfähig und deshalb äußerst druckempfindlich. Erstmals jedenfalls seit Ende des Krieges wird nach den vorgezogenen Wahlen von 1996 ein Mitte-links-Bündnis die Regierung bilden. Während den alliierten Parteien (PDS, PPI, Verdi, Rinnovamento italiano von Dini) im Senat nur eine Stimme zur absoluten Mehrheit fehlt, sind sie in der Deputiertenkammer weit stärker auf die Kooperation entweder der Rifondazione comunista oder der Lega angewiesen. Im Gegenzug hat der Premier Romano Prodi nach den Wahlen eine Föderalisierung des Landes in Aussicht gestellt. Die Lega Nord hat mit ihren landesweit gerechneten 10% ein überraschend hohes Ergebnis erzielt, wobei sie insbesondere in der Lombardei und im Veneto erfolgreich war. Der von vielen erwartete Abwärtstrend ist damit erst einmal gestoppt.

Erst die weitere Stabilisierung des derzeit scheinbar endgültig neu formierten Parteiensystems wird zeigen, ob und wo es einen Platz für den *shooting-star* der Ersten Republik gibt. Eine Renaissance als Spaltpilz ist ebenso möglich wie die Profilierung als neoliberale Kraft mit föderalem Zungenschlag oder als thematisch sprunghafte Mehrheitsbeschafferin mit vermutlich begrenzter Haltbarkeit. Innerhalb einer Diskussionsveranstaltung an der Universität Duisburg hat Michael Braun hervorgehoben, daß der Tanz zwischen den beiden Blöcken die einzige Überlebenschance der Lega ist. Bossis viel beklagte Sprunghaftigkeit sei kein "Charakterzug", sondern eine bewußt eingesetzte Taktik, die sich gegen jede politische Einvernahme wehrt und von der Provokation der Gegner wie der Freunde lebt. Ob eine so handelnde Partei jedoch überlebensfähig ist, hängt nicht zuletzt von den Konzepten der übrigen Parteien und ihrer Polarisierungskompetenz ab.

8.3. Freiheitliche Partei Österreichs

Die Entwicklung der Haider-FPÖ zu einer urbanen, im Arbeitermilieu verankerten Partei vollzog sich wie in Italien und Frankreich schrittweise.

Erfolgsrausch nach 1986

Durch die Präsidentschaftskandidatur des bei den Wahlen später obsiegenden Kurt Waldheim herrschte 1986 ein innenpolitisch emotionalisiertes Klima. Diese aufgeheizte Stimmung hatte auch der deutschnationalen Fraktion innerhalb der FPÖ Auftrieb gegeben.⁴⁴¹ Parallel dazu wurde von Vranitzky die kleine Koalition infolge des

⁴⁴⁰ la Repubblica, 30.5.1995.

⁴⁴¹ Vgl. auch Mitten, Richard 1992: The Politics of Antisemitic Prejudice. The Waldheim Phenomenon in Austria, Oxford.

Stegersturzes aufgekündigt und die ursprünglich für 1987 terminierten Nationalratswahlen einige Monate vorgezogen. Die noch andauernden Auseinandersetzungen um die Vergangenheit Waldheims und die bis in sozialdemokratische Kreise hineinreichende Empörung über seine Suspendierung von der internationalen Bühne kam dabei auch jener Partei zugute, deren in jeder Hinsicht jüngster Obmann gerade "unter einem an faschistische Kundgebungen erinnernden Gejohle" gewählt worden war, während der "unterlegene Repräsentant des Liberalismus mit Erschießen und Vergasen bedroht wurde".⁴⁴² Der Aufstieg der Haider-FPÖ wurde nicht zuletzt durch die Boulevard-Presse begünstigt, die nach dem Innsbrucker Parteitag eine Pro-Haider-Kampagne gestartet hat, die bis heute andauert.⁴⁴³ Die genannten Faktoren und das Vorhandensein eines beachtlichen Budgets, mit dem sich ein teurer Wahlkampf finanzieren ließ, waren wichtige Fundamente für den Erfolg der FPÖ.

Bereits vor den Nationalratswahlen hatte kein Zweifel darüber bestanden, daß eine große Koalition unmittelbar ins Haus steht. Ebenso unmittelbar haben Haider und seine Mannschaft das alte Image der FPÖ als Partei gegen "Proporz-, Parteibuch und Freundlerwirtschaft" aufpoliert⁴⁴⁴ und gegen die sogenannten "Altparteien" agitiert und damit 9,7% der Stimmen erzielt. Das war fast eine Verdoppelung des Ergebnisses von 1983 (5%) und eine Vervielfachung dessen, was die FPÖ unter Stegers Anführung zu erwarten hatte, nämlich etwa zwei Prozent.

Für diesen Aufstieg ist eine Klientel verantwortlich, die sich von der FPÖ-Stammwählerschaft deutlich unterscheidet: Noch 1983 wies sie den relativ größten Mittelschicht-Sockel aller Parlamentsparteien auf, konnte stärker als andere Kräfte Männer an sich binden und war bei Wählern mit Pflichtschulabschluß unterrepräsentiert. Lediglich bei der altersmäßigen Verteilung existierten im Vergleich zu den übrigen Parteien keine Unterschiede. Zwar hatte die Mittelschicht auch 1986 in hohem Maß für die FPÖ gestimmt. Ihre Zusammensetzung änderte sich jedoch leicht in Richtung des jungen, sportlichen und karrierewilligen Yuppie, der sich vor allem durch Haiders jugendlich-dynamische und unkonventionelle Präsentation angesprochen fühlte. Aber auch bei den schlechter Ausgebildeten fand und findet Haider wachsenden Zuspruch.⁴⁴⁵ Interessanterweise stößt hier wie dort seine Kampfansage gegen Establishment, Sozialpartnerschaft und große Koalition auf großen Zuspruch. Seine NS-Anspielungen und die recht eigenwillige Interpretation historischer

⁴⁴² Neugebauer, Wolfgang (ohne Datum), a.a.O., S.70.

⁴⁴³ Zur Rolle der hier besonders wirksamen Kronenzeitung: Plasser, Fritz 1992: Massenmedien, in: Dachs, Herbert (Hg.), a.a.O., S.419-432.

⁴⁴⁴ FPÖ 1992: Wiener Erklärung, Wien, S.5.

⁴⁴⁵ Gehmacher, Ernst/Haerpfer, Christian 1988: Wahlverhalten und Parteiensystem. Die Binnenstruktur der Wählerschaft von SPÖ, ÖVP und FPÖ, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz, a.a.O., S.177.

Ereignisse korrelierten hingegen kaum mit den weltanschaulichen Präferenzen des urbanen Aufsteigers oder Arbeiters. Lediglich der gezielte Tabubruch, die Tatsache, daß "sich der Haider was traut", kam bei diesen beiden Gruppen an.⁴⁴⁶

Haiders deutschnationaler Diskurs ist daher immer auch instrumenteller Natur. Dies gilt sowohl für die Außen- als auch für die Innenrepräsentation, wo eine gut organisierte deutschnationale Strömung auf ein entsprechendes Auftreten ihres Zöglings wartete. Gleichwohl formuliert Armin Pfahl-Traughber zu Recht, "daß die These, es habe sich mit dem Führungswechsel eine Abkehr vom Liberalismus und eine Stärkung des nationalen Elementes vollzogen",⁴⁴⁷ relativiert werden muß. Denn erstens war die FPÖ zu keinem Zeitpunkt eine liberale Partei, und zweitens hat der harte deutschnationale Flügel nur scheinbar den Innsbrucker Richtungsstreit gewonnen. Haiders fortschreitende Distanzierung vom Landesverband Kärnten und seine Bemühungen, die FPÖ als Bewegung zu präsentieren, unterstreichen dies.

Der Durchbruch in Wien

Bei den Nationalratswahlen von 1990 hatte sich die FPÖ um weitere sechs Prozent verbessert (16,6%), und auch ihre Landtagswahlergebnisse stiegen proportional an.⁴⁴⁸ Parallel dazu änderte sich die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft, die nicht mehr überwiegend von der ÖVP, sondern aus sozialdemokratischen Kernwählerschichten stammt. Der FPÖ-Kenner Fritz Plasser weiß, daß sich Haider nicht mit der Rolle des "populistischen Staubsaugers der Opposition" begnügen will, sondern selbst an die Macht strebt.⁴⁴⁹ Um dieses Ziel zu erreichen, mußte er sich um den Ausbau seiner Wählerschaft und gleichzeitig um die Schwächung des ideologischen Hauptgegners SPÖ kümmern. Seine "Strategie des Angriffs und der Attacke auf die SPÖ"⁴⁵⁰ scheint aufzugehen, denn bei den Wiener Gemeinderatswahlen 1991 kam die FPÖ schon auf 22,5% (1987: 9,7%) der Stimmen. Die immerwährende zweite ÖVP mußte sich dagegen mit 18,1% bescheiden, und erstmals seit 1949 fiel die SPÖ unter 50%. Sie

⁴⁴⁶ Vgl. dazu auch Goldmann, Harald/Krall, Hannes/Ottomeyer, Klaus 1991, a.a.O., S.181ff.

⁴⁴⁷ Traughber-Pfahl, Armin 1990: Der Rechtspopulismus des Jörg Haider, in: Vorgänge, Heft 1081, 12/90, S.28

⁴⁴⁸ Stirnemann, Alfred 1992: Gibt es einen Haider-Effekt?, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnemann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik, München, Wien, S.137-186.

⁴⁴⁹ Diese Formulierung gebrauchte er in einem Gespräch, das wir im Frühjahr 1993 über die FPÖ führten.

⁴⁵⁰ Ebd.

sieht sich im "Roten Rathaus",⁴⁵¹ wo auch die Grünen eingezogen sind, drei Oppositionsparteien gegenüber.

Wo liegen nun die Gründe für diesen signifikanten Wandel? Ende der 80er-, Anfang der 90er Jahre sind mehrere Faktoren zusammengetroffen, die Verunsicherung in der Gesellschaft auslösten: 1. Ein ausgesprochen wirtschaftsorientierter Kurs der Vranitzky-Regierung, mit dem das definitive Ende des Kreisky-Sozialismus besiegelt wurde. 2. Die Arbeitslosigkeit ist seit Anfang der 90er Jahre zwar nur leicht angestiegen; die Zahl der Langzeitarbeitslosen aber hat sich ebenso deutlich vermehrt wie die Anzahl gefährdeter oder zeitlich begrenzter Stellen. 3. Mit dem Wandel in Osteuropa wurden die Ostgrenzen mit weitreichenden Folgen für den heimischen Arbeitsmarkt und Handel geöffnet. 4. Schließlich war die Sozialpartnerschaft infolge wachsender wirtschaftlicher Probleme und zunehmender Kompromißunlust der Unternehmer brüchig geworden. Vor allem bei verunsicherten Arbeitern war Haider mit seiner argumentativen Taktik erfolgreich, die Krise der Sozialpartnerschaft auf ihr Vorhandensein zurückzuführen. Seine verschwörungstheoretische Polemik zielte zugleich gegen Parteien, Regierung und die große Koalition, deren Politik nur die eigenen und nicht die Interessen des "kleinen Mannes" im Auge habe. Darüber hinaus stritt er gegen die seit der Ostöffnung steigende Arbeitsimmigration und gegen den EU-Beitritt, für den sich die beiden großen Parteien stark gemacht hatten.⁴⁵² Zwar ist die FPÖ mit ihrem Volksbegehren gegen Einwanderung 1993 gescheitert;⁴⁵³ zwar hat sie mit dem Kreis um Heide Schmitt unmittelbar im Anschluß an dieses Volksbegehren ein wichtiges Repräsentationsstandbein verloren; zwar haben die österreichischen Bürger mehrheitlich für einen Beitritt des Landes zur Europäischen Union votiert und Haider eine deutliche Abfuhr erteilt. Meinungsforscher und Journalisten haben nach diesen Mißerfolgen stets das Ende des FPÖ-Aufwärtstrends diagnostiziert, dabei aber möglicherweise übersehen, daß die Mehrheit der Wähler in der Lage ist, zwischen einer turnusmäßigen Wahl und einem entscheidenden Referendum zu unterscheiden.

⁴⁵¹ In Wien regiert traditionell die Linke. Ausnahmen bilden die Zeit des Ständestaates und des Nationalsozialismus.

⁴⁵² Prinzipiell hat sich die FPÖ für einen EU-Beitritt Österreichs ausgesprochen; Haider hat sich aber aus strategischen Gründen anders entschieden und seinen Beschluß in einem Radio-Interview verkünden lassen; zur Verwunderung seiner Parteifreunde.

⁴⁵³ Anfang 1993 wurde auf Initiative der FPÖ ein Referendum über das Einwanderungsrecht durchgeführt. Strengste Richtlinien sollten demnach für eine weitgehende Schließung der Grenzen sorgen. Das Referendum scheiterte. Allerdings hat die große Koalition wenige Monate später ein den internationalen Richtlinien widersprechendes Gesetzespaket dem Parlament vorgelegt, das dem Haider-Vorstoß gleicht, und gutgeheißen wurde.

Das Ende einer Partei?

Wie falsch diese Niedergangsprognosen waren, zeigte sich bei den Nationalratswahlen von 1994, die unmittelbar im Anschluß an das EU-Beitrittsreferendum durchgeführt wurden: Die FPÖ konnte um weitere 6% zulegen und kam auf 22,6% der Stimmen. Diese Steigerung, die rund zweiprozentige Verbesserung der Grünen (7%) und der Einzug des Liberalen Forums (5,74%) um Heide Schmitt bedeuteten das Ende der großkoalitionären Zwei-Drittel-Mehrheit. Auch die Logik der Großen Koalition war dahin, denn die Oppositionsparteien kamen auf etwa 35% der Stimmen, wohingegen ÖVP und stärker noch die SPÖ beträchtliche Stimmeinbußen haben hinnehmen müssen.⁴⁵⁴ Kaum verwunderlich, daß allenthalben der Taschenrechner gezückt wurde. Auf der Linken, zu der neben SPÖ und Grünen **streng** genommen auch das Liberale Forum gerechnet werden kann, reichten die Stimmen für eine kleine Koalition freilich nicht. Auf der Rechten hingegen sah die Sache anders aus. Der neue ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel galt eigentlich als ein Gegner gesamtretcher Experimente. Aber immerhin hatte er den Bruch der großen Koalition im Herbst 1995 betrieben und damit Neuwahlen provoziert, die am 17. Dezember stattfanden.

Sein selbstgestecktes Ziel, Kanzler innerhalb einer neuen und von der ÖVP angeführten Regierung zu werden, hatte zu allerlei Spekulationen über ein schwarz-blaues Bündnis geführt. Zwar wollte vor den Wahlen niemand so recht daran glauben, daß sich die ÖVP mit Haiders Partei liieren würde. Vielmehr galt als sicher, daß er die Fortsetzung der großen Koalition unter anderer Kanzlerschaft im Blick hatte. Schüssel mußte Fragen nach möglichen koalitionären Modellen aber schon allein deshalb unbeantwortet lassen, weil er das SPÖ/ÖVP-Bündnis provokativ gekündigt hatte. Dadurch waren Spekulationen Tür und Tor geöffnet, in deren Folge dann aber die SPÖ zulegen konnte. Sie hatte einen dezidierten Anti-Haider-Wahlkampf geführt und gegen den von der ÖVP geforderten Abbau des Sozialstaates gestritten. Die Angst der Wähler vor koalitionären wie sozialen Experimenten und das aus Frankreich nach innen wirkende Klima rund um die großen Streiks haben den Abwärtstrend der SPÖ (vorerst) gestoppt. Ein Großteil ihres Zuwachses ging zu Lasten der arg gebeutelten Grünen,⁴⁵⁵ wohingegen die FPÖ- und ÖVP-Ergebnisse in etwa gleich geblieben sind.⁴⁵⁶ Unter dem Strich hat sich bis auf die wiedergewonnene 2/3-Mehrheit der SPÖ/ ÖVP-Mandate wenig geändert:

⁴⁵⁴ Rund 8% die SPÖ, etwa 4,5% die ÖVP.

⁴⁵⁵ Sie haben zahlreiche Stimmen an die SPÖ, aber auch an die ÖVP abgegeben. Dabei haben im Vorfeld selbst alte Grün-Sympathisanten darüber öffentlich nachgedacht, bei diesen Wahlen lieber für die SPÖ zu stimmen.

⁴⁵⁶ Die Ergebnisse der Nationalratswahlen: SPÖ 38,32% (+3,4), ÖVP 28,3% (+0,63), FPÖ 22,08% (-0,42), Liberales Forum 5,28% (-0,69), Grüne 4,57% (-2,74). Die beiden großen Parteien verfügen wieder über die 1994 verlorengegangene Zweidrittelmehrheit der Mandate.

Die große Koalition wurde neu aufgelegt, und sie wird wieder von Vranitzky geführt. Haider ist es nicht gelungen, das FPÖ-Ergebnis erneut zu verbessern. Zudem ist er in Schwierigkeiten, seit sein Auftritt und seine Rede vor ehemaligen Waffen-SSlern in Kärnten publik wurde.

Aber alle Experten glauben, daß Haiders Siegerimage zwar "eine Delle" hat, daß seine Siegesserie aber nicht beendet ist.⁴⁵⁷ Der FPÖ-Chef wartet weiter ab und hat nach den Wahlen verkündet, einer Koalition mit der ÖVP nicht zur Verfügung zu stehen und dagegen offensive Oppositionspolitik zu betreiben.

Wahlsoziologisch interessanter als diese waren die 1994er Nationalratswahlen, bei denen es der FPÖ gelungen ist, in die sozialdemokratische Kernwählerschicht einzudringen und beträchtliche Teile der Arbeiterschaft zu sich herüberzuziehen. Im nationalen Durchschnitt liegt die FPÖ hier bereits bei 29% (SPÖ 47%). Damit hat sich die FPÖ-Anhängerschaft bei den Arbeitern seit 1986 verdreifacht.⁴⁵⁸ Haiders Absicht, aus der FPÖ eine lose Sammlungsbewegung zu machen, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrem neuen Profil als populäre und urbane Kraft. Ein erster Schritt in diese Richtung ist bereits gemacht: Die Abkürzung FPÖ gefällt den Parteistrategen nicht mehr, und sie haben sie durch ein schlankes, chic gestyltes F für Freiheitliche (Bewegung) ersetzt.

Ob die Partei mittelfristig tatsächlich zugunsten einer losen Bewegung aufgelöst wird, oder ob Haider die im Parteiengesetz vorgesehenen Vorteile für seinen Apparat nutzen, die Strukturen aber gleichzeitig einfrieren will, muß derzeit noch abgewartet werden. Brigitte Bailer spricht in diesem Zusammenhang von einer Doppelstrategie Haiders. Ein ähnlich doppeltes Spiel vermutet sie bei der erkennbaren ideologischen Ent-Radikalisierung der FPÖ.⁴⁵⁹ Wie immer sich Haider auch entscheiden mag: Innerparteilichen Widerstand dürfte er momentan kaum zu erwarten haben, selbst wenn er sich entschlösse, die Partei mit Hilfe einer Parteitagsmehrheit aufzulösen und in einen anderen Zusammenhang zu transformieren. Die dahinter stehenden Motive sind leicht zu identifizieren. Apparate, Strukturen, Mehrheitsfindungen und Beschlüsse sind aufwendige und aus der Sicht Haiders überflüssige Angelegenheiten. Bereits nach seiner Amtsübernahme hatte er mit einer schleichenden Demontierung demokratischer Strukturen begonnen; freilich keine kalte Demontage. Seine Personalpolitik und die Unzulänglichkeit der FPÖ-Statuten haben jedoch zu einer Machtkonzentration geführt, die Haider zementieren will, um seine Substituierung auszuschließen.

⁴⁵⁷ profil, 23.12.1995, S.38.

⁴⁵⁸ Diese Entwicklung zeigt sich auch in den "tiefroten" Arbeiterbezirken Wiens, wo die FPÖ immerhin schon bei 25% der Stimmen und damit auf Platz zwei liegt.

⁴⁵⁹ Bailer, Brigitte 1995: FPÖ, F-Bewegung und Neue Rechte, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1995/3, S.263-274.

In seiner *Wiener Erklärung* von 1992 hat er gegen "pubertären Dogmatismus" und "ideologischen Fundamentalismus in unseren eigenen Reihen" Stellung bezogen und erklärt, die FPÖ sei "weder ein nationaler Geschichtsverein noch eine liberale Sekte pseudointellektueller Standpunktlosigkeit".⁴⁶⁰ Die einen haben die FPÖ mehr oder minder aus eigenem Antrieb verlassen und das Liberale Forum gegründet. Die anderen werden marginalisiert: Die Entlassung des Grundsatzreferenten Mölzer, der die Öffentlichkeit noch bis 1993 mit "Umvolkungs"szenarien erschrecken durfte,⁴⁶¹ ist ein wichtiges Indiz für Haiders taktischen Wandel. Er will regierungstauglich werden, und daß ein äußerst rechtslastiges Image dabei hinderlich ist, dürfte außer Frage stehen. Unterdessen hat sich Haider sogar dazu durchgerungen, von Österreich als dauerhaft eigenständigen Staat zu reden und ihn nicht mehr als potentielle Vereinigungsmasse zu betrachten.⁴⁶² Damit hat er erhebliche Irritation innerhalb des rechtsextremen Lagers provoziert.

Die Präsentation der Partei als (freiheitliche) Bewegung dient mehreren Zielen:

1. Innerparteiliche Opposition wird durch den schwindenden Einfluß des Apparates weniger bedeutsam.
2. Wenn sich eine Partei als lose Sammlungsbewegung präsentiert, relativiert sich auch die Bedeutung *innerparteilicher* Strömungen, für deren Politik und Stärke Haider als Obmann die Letztverantwortung trägt.
3. Haiders Akzeptanz in der antifaschistisch sozialisierten Arbeiterschaft kann durch den Bedeutungsverlust der mit dem Stallgeruch des Rechtsextremismus behafteten Partei nur steigen.
4. Ein weiterer Vorteil dieser Taktik liegt darin, daß sich Haider als Anti-Parteien-Mann präsentieren kann, ohne diskret auf die vorhandene Kontradiktion, selbst Vorsitzender einer Partei zu sein, aufmerksam gemacht zu werden.
5. Haider ist wie viele seiner ideologischen Gefährten Anhänger plebiszitärer Entscheidungen. Als Anführer einer völlig auf ihn zugeschniderten und gegen die traditionellen Parteien zielenden Wahlbewegung kann er sich bei gutem Ergebnis stärker als andere Spitzenkandidaten als plebiszitär legitimiert und als politischer Erneuerer betrachten. Es steht zu erwarten, daß er seinen Diskurs über die Direktwahl des Kanzlers oder die Stärkung des Präsidenten intensivieren wird (Stichwort: Dritte Republik).
6. Schließlich dient seine ganze Taktik dem Ziel, selbst ins Machtzentrum vorzustoßen.

⁴⁶⁰ FPÖ 1992, a.a.O.

⁴⁶¹ Kärntner Nachrichten, 31.5.1990.

⁴⁶² Vgl. dazu auch das profil-Interview (21.8.1995, S.27ff), in dem Haider zur Überraschung vieler zu Protokoll gegeben hat, daß Kreiskys Ideen lobenswert sind, der Deutschnationalismus der FPÖ überholt und Österreich eine eigenständige Nation ist und daß der Rechtsextremismus bekämpft werden müsse und darüber hinaus in der FPÖ keinen Platz habe.

8.4. Kurzprofile der Wählerschaft

Front National

Das nach wie vor größte Gefälle innerhalb der FN-Wählerschaft⁴⁶³ besteht zwischen Stadt und Land. Wähler der Le-Pen-Partei stammen überwiegend aus großen Städten und aus industrialisierten Ballungszentren: dem Elsaß, dem Großraum Paris, von der Cote d'Azur und dem Rhône-Gebiet. Noch bis Anfang der 90er Jahre waren männliche Wähler deutlich überrepräsentiert; seither ist die geschlechtermäßige Verteilung nahezu ausgeglichen. Ebenso hat der Anteil praktizierender Katholiken innerhalb der FN-Wählerschaft zugenommen. Zwischen 1986 und 1988 haben regelmäßig und nicht regelmäßig praktizierende Katholiken den FN signifikant seltener gewählt als Angehörige anderer Religionen bzw. Wähler ohne religiös motiviertes Engagement. Altersmäßige Unterschiede zu den Elektoraten der übrigen Parteien bestehen nicht. Mittelständler, einfache Arbeiter und Angestellte sind wesentlich häufiger vertreten als andere Berufsgruppen.

Bernd Mosebach hat nach einer Untersuchung des FN-Wahlkörpers konstatiert, daß sich die politische Herkunft der FN-Stimmen schwer ausmachen lasse.⁴⁶⁴ Allerdings ist seinen Analysen zu entnehmen, daß "sie sowohl von der Linken - und dabei besonders häufig von den Kommunisten - als auch von der traditionellen Rechten kommen. Dazu kommen natürlich die Stimmen aus dem rechtsextremen Lager, darunter Katholiken traditionalistischer Tendenz, Vichy-Anhänger und Nationalisten".⁴⁶⁵ Etwa 10% der FN-Wähler bezeichnen sich als weit rechts stehend, 20% als eher rechts und rund 30% als weder rechts noch links. Wähler des Front National sind überwiegend unzufrieden. Sie wenden sich gegen Gewerkschaften (75%), kritisieren die Justiz (62%) und die Verwaltung (56%) und schimpfen gleichermaßen auf Medien und Politik (je 54%). Ihre wichtigsten Themen sind Immigration und Sicherheit. Beispielsweise wollen 69% der FN-Wähler die Todesstrafe als strafrechtliches Instrument wieder einführen; immerhin noch gut 29% der übrigen Wähler sind der gleichen Auffassung. Die eigene und die Zukunft des Staates wird von den Anhängern des Front National äußerst skeptisch bewertet (43% bzw. 62%).⁴⁶⁶

⁴⁶³ Zur Wählerschaft: Mayer, Nonna 1993, a.a.O., S.334.

⁴⁶⁴ Mosebach, Bernd 1992: Le Pen auf dem Weg in die Regierung - Der rechtsextreme Front National ist in der politischen Landschaft Frankreichs fest etabliert, in: Frankfurter Rundschau (Dokumentation), 20.3.1992.

⁴⁶⁵ Ebd.

⁴⁶⁶ Alle Daten: Ebd.

Lega Nord

Sowohl die Lega Nord als auch ihre Wählerschaft sind auf dem Links-rechts-Kontinuum schwer zu positionieren.⁴⁶⁷ Im Europäischen Parlament etwa arbeitet die norditalienische Partei in der Regenbogenfraktion mit, die aufgrund ihrer ideologischen Bandbreite selbst schwer zu klassifizieren ist. Auf der Basis etlicher Analysen kommt Rolf Uessler zu dem Schluß, daß es sich - "inzwischen auch weitgehend wissenschaftlich nachgewiesen" - bei der Lega "um eine nahezu ganz normale Massenpartei mit Schwerpunkt im Zentrum des parteipolitischen Spektrums" handelt.⁴⁶⁸ Bevor sie dies wurde, kamen ihre Stimmen vor allem von der Democrazia cristiana. Aber parallel zur ideologischen Erneuerung konnte die Lega ihre Stimmen aus allen politischen Milieus holen. Ihre Wähler positionieren sich überwiegend in der Mitte; dezidiert links wie rechts eingestellte Wähler finden sich hingegen kaum. Die wichtigsten Themen der zunächst vor allem aus dem Mittelstand, später auch aus der Arbeiterschaft stammenden Wähler waren staatliche bzw. bürokratische Ineffizienz, Protest gegen die römische Zentralregierung, Protest gegen die finanzielle Ungleichbehandlung des Nordens und Südens und Parteienherrschaft. Anti-Einwanderungsmotive waren nur kurzzeitig bedeutsam.

Wie erwähnt war die Wählerschaft auf dem Höhepunkt des Lega-Erfolgs mit der soziologischen Zusammensetzung der Bevölkerung nahezu deckungsgleich. Dies gilt vor allem für die eigenen Hochburgen der Partei, die während dieser Zeit ähnlich wie in Frankreich in den großen Städten und nahe der industrialisierten Zentren lagen. Nach dem Erfolg Berlusconi, der Bossi einen großen Teil der Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre gewonnenen Arbeiter abgeworben hat, ist ihre größte Wählergruppe wieder im traditionellen (und nach wie vor verbreiteten) Mittelstand beheimatet. Konfrontationen zwischen einer eher konservativ eingestellten Wählerschaft und eine auf die Integration in das Mitte-links-Spektrum zielende Taktik Bossis sind daher nicht ausgeschlossen, bislang aber auch noch nicht belegt.

Freiheitliche Partei Österreichs

Nach 1986 ist die FPÖ sowohl in der Außen- als auch in der Innenwahrnehmung deutlich nach rechts gerückt. Und weil sich die gesamte Wählerschaft stärker als zuvor in der Mitte positioniert, fällt der konstatierte Rechtsruck der FPÖ noch deutlicher aus.⁴⁶⁹ Dieser Veränderung entspricht ein Wandel ihrer Wählerschaft,⁴⁷⁰

⁴⁶⁷ Vgl. Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. 1992, a.a.O., S.147ff. Diamanti, Ilvo 1993, a.a.O. Diamanti, Ilvo/Mannheimer, Renato 1994, a.a.O.

⁴⁶⁸ Uessler, Rolf 1994, a.a.O., S.258.

⁴⁶⁹ Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. 1992, a.a.O., S.154f.

⁴⁷⁰ Vgl. dazu Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. 1994, a.a.O.

wobei deutliche Zuwächse vor allem in der Gruppe der Arbeiter, der Arbeitslosen und der Pensionäre zu verzeichnen sind. Mehr Stimmen erzielt die Haider-Partei zudem bei jungen Wählern, unqualifizierten Arbeitern und Pensionärinnen. Bis 1990 konnte die FPÖ ihre Stimmen vor allem von der ÖVP gewinnen; danach ist der Stimmenanteil ehemaliger SPÖ-Wähler in großem Umfang angestiegen. Darüber hinaus rekrutierte die Partei 1990 und 1994 erneut traditionelle FPÖ-Wähler, die während der Steger-Epoche anderweitig votiert haben. Den stärksten Zulauf hatte die FPÖ in Wien, wenngleich sie nach wie vor in Kärnten am besten verankert ist. Die Zuwachsraten in dieser deutschnationalen Hochburg fallen aber weit geringer aus als in der Hauptstadt, in der ein großer Teil österreichischer Arbeiter lebt. Kärnten weist derzeit die schwächste Steigerungsrate auf. Die FPÖ konnte vor allem in den Wahlbezirken überproportional zulegen, in denen große Industriezweige angesiedelt sind oder die in der Nähe der ehemaligen Warschauer-Vertrags-Länder und Ex-Jugoslawiens liegen.⁴⁷¹ Als Wahlmotive werden Mißtrauen in Regierung und Verbände und seit Anfang der 90er Jahre auch das "Ausländerthema" genannt. Unzufriedenheit und Mißtrauen von FPÖ-Wählern ist signifikant stärker ausgeprägt als bei anderen Klientelen.⁴⁷²

Ich halte es für wahrscheinlich, daß sich die Selbsteinschätzung der Partei, die ihrer Wähler und möglicherweise auch die Außenwahrnehmung mittelfristig in Richtung "politische Mitte" verschieben wird. Anzeichen dafür ist die Korrektur des vormals konstitutiven Deutschnationalismus und das damit verbundene verstärkte Eindringen der Partei in die SPÖ-Wählerschaft. Dadurch dürfte die FPÖ einen Teil ihrer explizit deutschnationalen Klientel sowie weitere dezidierte Rechtswähler verlieren.

8.5. Diskussion

Mehrere Sachverhalte lassen sich am Ende dieses Kapitels konstatieren:

1. Die drei Parteien verdanken ihre Erfolge einer von ihnen zuvor nicht erreichten Wählerschaft.
2. Organisatorische Modernisierung und elektoraler Durchbruch verlaufen parallel.
3. Desgleichen fallen Erfolg und ideologisch-thematischer Wandel zusammen. Dies gilt vor allem für die FPÖ und die Lega Nord.
4. Infolge dieses Wandels wurden die Profile der Parteien ähnlicher. Dazu gehören die erkennbaren Deideologisierungstendenzen und eine zunehmende Kongruenz auf thematischer Ebene: verstärkte Kampfansagen an das sogenannte Establishment, aber auch eine Konzentration auf Themen wie Armut bzw. Wohlstandssicherung.

⁴⁷¹ Ebd., S.32.

⁴⁷² Ebd., S.40ff.

Wien, Dreux, Marseille, Brescia oder Varese - diese und andere Hochburgen der drei Parteien sind ebenso bevölkerungsreich wie industrialisiert und weisen damit eine Sozial- und Problemstruktur auf, die sich von den traditionellen Schwerpunkten der drei Parteien unterscheidet.

Ursprünglich haben sich der Front National, die Lega und die FPÖ mit unterschiedlichen Ergebnissen an eine konservative und traditionalistische und im Fall FN und FPÖ auch an eine Wählerschaft mit einer extremrechten Weltanschauung gewandt. Im Verlauf der 80er Jahre jedoch haben die Parteien begonnen, sich verstärkt auf eine urbane, aus dem Arbeiter- und Angestelltenmilieu stammende Wählerschaft zu konzentrieren. Während die Lega gezielt in den großen Städten geworben und Haider bewußt an die sozialdemokratische Wählerschaft appelliert hat, wurde der Front National erst durch die Taktik und den Erfolg Stirbois auf ein von ihm zuvor vernachlässigtes Potential gestoßen. Die programmatische und rhetorische Gesamtpräsentation des Front National wurde sozusagen im Nachhinein auf jene Wählerschaft zugeschnitten, die sich bei den Kommunalwahlen in Dreux und nach weiteren Effekten in den demographischen und industrialisierten Agglomerationen für die Partei ausgesprochen hatte. Die Veränderung der Wählerschaft geht mit der urbanen Etablierung einher, und die Wähler stammten immer stärker auch von den linken Parteien.

Parallel zu den Erfolgen vollzog sich ein innerparteilicher Wandel. Zur Lega und zum Front National stießen aufgrund dieses Erfolgs und des ihnen so zuteil gewordenen öffentlichen Interesses zahlreiche Mitglieder. Auch solche mit instrumentellen Motiven oder Karriere Wünschen. Aufgrund dieser Entwicklung waren die beiden Parteien zum Ausbau ihrer Strukturen gezwungen, ohne jedoch die Macht des Führungsapparates beschneiden zu wollen. Die FPÖ hingegen ist eine durchstrukturierte Partei, und sie ist derzeit sogar bemüht, ihr organisatorisches Gerüst zu beschneiden. Zumindest werden in diese Richtung gehende Überlegungen angestellt. Diese auf den ersten Blick gegenteilig aussehende Entwicklung ist aber keine. Denn auch hier geht es um die Zementierung von Machtpositionen. Immerhin ist die FPÖ eine demokratisch legitimierte Partei, in der Repräsentanten abgewählt werden können. Es widerspricht jedoch dem Haiderschen Selbstverständnis und Selbstbewußtsein, eine Führungsperson auf Abruf zu sein.

Zunächst hatte es den Anschein, als würden die Lega und die FPÖ ideologisch gefestigter bzw. stringenter. Haider als wichtige Symbolfigur der deutschnationalen Strömung wurde zum Obmann seiner Partei gewählt, und er hatte mit Andreas Mölzer einen weiteren Vertreter dieses Flügels zum Chefdenker gemacht. Der italienische Mölzer heißt Gianfranco Miglio, der sich bald nach seinem Eintritt eng an der Seite des ideologisch eher inkongruenten Bossi bewegte und damit großen Einfluß auf Sprache und inhaltliche Präsentation nehmen konnte. Schließlich hat auch der neurechte Club de l'Horloge entscheidenden Anteil an der Modernisierung des Front National gehabt. Damit haben sich deutliche Berührungspunkte zwischen den Parteien und Personen bzw. Strömungen der Neuen Rechten ergeben. Gleichwohl ist der Begriff Neue Rechte nicht eindeutig zu definieren.

Wolfgang Kowalsky macht auf die doppelte Bedeutung dieses Begriffs aufmerksam und unterscheidet zwischen einem modernisierten, sich vom historischen Faschismus abkoppelnden Rechtsextremismus einerseits und rechtsintellektuellen Denkkreisen andererseits.⁴⁷³ Beide Definitionen lassen sich zweifellos auf den Uhrenclub anwenden. Auf dem Hintergrund seiner verfassungspolitischen Arbeit in dem rechtskonservativen Gruppo di Milano kann man sicher auch Miglio als einen Vertreter der Neuen Rechten bezeichnen. Schwieriger verhält es sich im Fall Mölzer. Allein die Tatsache, daß er von Haider zum Vordenker bestellt wurde, macht aus ihm noch keinen Vertreter der Neuen Rechten. Von ihm sind zahlreiche nationalsozialistisch gefärbte Beiträge sowie seine engen Kontakte mit der militanten rechten Szene bekannt.⁴⁷⁴ Lediglich unter dem Aspekt einer überwiegend taktisch motivierten Modernisierung der FPÖ, an der ihm in seiner Eigenschaft als Grundsatzreferent gelegen war, kann man ihn der Neuen Rechten zuschlagen.

Jedoch wurden mit anhaltendem Erfolg und dem dadurch gewachsenen Machtanspruch die vormals wichtigen Unterstützer oder Förderer überflüssig: Andreas Mölzer ist nunmehr *ehemaliger* Grundsatzreferent der FPÖ, und der Einfluß der deutschnationalen Fraktion wurde von Haider zurückgedrängt. Gianfranco Miglio hat die Lega frustriert verlassen. Aber auch ohne freiwilliges Ausscheiden war die Beschränkung seines Einflusses vorgezeichnet (Vorenthaltung eines Ministeramtes). Der Uhrenclub allerdings konnte sich im Front National etablieren. Allerdings darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß Miglio und Mölzer in ihren Parteien stärker zu einer ideologischen Radikalisierung und die Vertreter des Uhrenclubs dagegen eher zu einer tendenziellen Moderation beigetragen haben.

Elektoraler Erfolg und innerparteilicher Wandel verlaufen synchron. Signifikant ist der Zusammenhang zwischen ideologischer Öffnung und wachsendem Erfolg in Italien, wohingegen sich das österreichische Beispiel etwas mühsamer liest: Der 1986 gewählte Jörg Haider war in erster Linie ein von der deutschnationalen Strömung promovierter Obmann und wurde von der Öffentlichkeit entsprechend wahrgenommen und einsortiert. Die auch von Haider studierten Wahlanalysen führen seinen Erfolg jedoch nicht auf seinen germanisierenden, sondern primär auf seinen Anti-Parteien- und Anti-Sozialpartnerschaftsdiskurs zurück.⁴⁷⁵ Der Wandel der FPÖ wurde dementsprechend eingeleitet.

Warum verhält es sich in Frankreich anders, wo der Front National erheblich zwischen radikaler und moderater Präsentation schwankt? Um diese Frage zu beantworten, will ich den Blick erneut

⁴⁷³ Kowalsky, Wolfgang 1994, a.a.O., S.9.

⁴⁷⁴ Vgl. etwa Bailer, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang 1993, a.a.O., S.353ff.

⁴⁷⁵ Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. 1992, a.a.O., S.147ff.

auf die Lega richten. Obgleich sie bereits in einer Regierung vertreten war und sich von ihren fundamentalistischen Forderungen verabschiedet hatte, versucht auch sie sich wieder als separatistischer Sprengkörper zu profilieren. Dieser, im übrigen auch Miglio wieder geneigt machende Rückfall⁴⁷⁶ korreliert auffallend mit ihrer Standortsuche im Parteiensystem und der Gefahr, in der Deputiertenkammer eine Nebenrolle zu spielen. Der Front National hat aber parlamentspolitisch gesehen nicht einmal die Chance, mittelfristig jene von der Lega gefürchtete Nebenrolle zu besetzen. Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß sich Protestparteien dann moderater präsentieren und einen Normalisierungsprozeß durchlaufen, wenn reale Chancen einer nationalen Etablierung bestehen. En passant sei darauf hingewiesen, daß die Lega parallel zu diesem Prozeß auch ihren Parteiapparat demokratisiert hat. Durch ihren Erfolg hat sie zudem den anderen Parteien ihre Themen aufzwingen können (was auch für Frankreich und Österreich gilt). Das Ministerium für staatliche Neugestaltung wurde geschaffen; PDS, PPI und andere diskutieren ernsthaft über praktikable Möglichkeiten einer Raumordnungsreform. Aber schließlich war es die Lega, die seit ihrer legislativen und exekutiven Partizipation von maximalistischen Forderungen abrückte.

Dieser Feststellung soll keinesfalls der Ratschlag folgen, Protestparteien aus Domesticierungsgründen den Weg in die Regierungsverantwortung zu ebnen. Hier soll nur ein Prozeß nachgezeichnet werden, der sich vermutlich auch in Österreich vollziehen wird. Erst einmal versucht sich die FPÖ "nur" von ihrem rechtsextremen Image zu lösen. Um aber an die Regierungsmacht zu gelangen, wird auch sie moderater, kompromißbereiter und flexibler werden müssen. Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß Jörg Haider im Herbst 1995 schließlich medienwirksam auf das deutschnationale Bekenntnis verzichtet hat; mehr noch: Er bezeichnet nunmehr den österreichischen Staat als dauerhaft eigenständig und nicht mehr wie noch vor Jahren als eine "ideologische Mißgeburt". Dies ist nichts anderes als ein, wenngleich zunächst taktisch motivierter, Kompromiß mit der umworbenen österreichischen Wahlbevölkerung, die von Haider nun als Gemeinschaft der Österreicher angesprochen wird.

Wenn Claus Leggewie den lepenistischen Wahlkörper als radikale Protestpopulation zwischen links und rechts bezeichnet und in diesem Sinne von einem Extremismus der Mitte spricht,⁴⁷⁷ so darf nicht außer acht gelassen werden, daß sich der FN (etwas) und in

⁴⁷⁶ Miglio hatte im September 1996 medienwirksam über seinen Wiedereintritt nachgedacht, der bislang aber noch nicht vollzogen ist.

⁴⁷⁷ Leggewie, Claus 1988, a.a.O. Dettling, Warnfried 1994: Fest auf der Titanic. Die Stabilität der Gesellschaft ist gefährdet. Aber nicht braune Hemden oder rote Sokken bilden die Bedrohung, sondern der drohende Zerfall der "Mitte", in: Die Zeit, 30.9.1994, S.21.

weitaus stärkerem Umfang die anderen Parteien sukzessive vom radikalen Rand entfernt haben und damit selbst ein Stück (!) in die politische Mitte gerückt sind. Insofern koinzidieren zwei soziale Phänomene: Bisläng gemäßigte Wähler werden radikaler bzw. rücken stärker nach rechts, und bisläng extreme Parteien verlassen ihre exponierte Randposition. Oder präziser formuliert: Bisläng gemäßigte Wähler neigen unter bestimmten Bedingungen verstärkt zu einer isolierten Weltanschauung, und Parteien mit bisläng geschlossenem Weltbild öffnen sich tendenziell. Damit meine ich keinesfalls, daß sie handzahn werden. Öffnen heißt in diesem Fall das Abrücken von ursprünglich konstituierenden bzw. sinnstiftenden politischen Inhalten wie etwa Deutschnationalismus, Ethno-regionalismus, Antisemitismus. Dies könnte gleichbedeutend sein mit einer schrittweisen Anerkennung demokratisch-parlamentarischer Regeln, die sich zunächst in Abwehr artikuliert, aber letztlich auf Teilnahme zielt.

Der Systemantagonismus (Einheitsstaatlichkeit, Österreich-Nation, parlamentarische Demokratie) scheint durch einen Parteienantagonismus substituiert zu werden. Da aber die moderne bürgerliche Gesellschaft Westeuropas durch das Vorhandensein von Parteien gekennzeichnet ist, und diese Parteien Trägerinnen des Systems sind oder seine Konstrukteurinnen waren, stellt sich die Frage nach der Bedeutung dieser Oppositionismen. Es stellt sich mit anderen Worten die Frage, ob die hier im Zentrum stehenden Organisationen stärker republikanische *Antiparteien* oder *antirepublikanische Parteien* sind. Darauf eine Antwort zu geben, ist nicht ganz einfach, da die Präsentation und die Radikalität drei Parteien stark von ihren jeweiligen Erfolgen bzw. Mißerfolgen abhängt. Wenn unter antirepublikanisch weniger eine Haltung oder Ideologie, sondern die Ablehnung eines *konkreten* Staatsgefüges verstanden wird, dann fällt die Antwort in Bezug auf die Lega Nord jedoch eindeutig aus: Denn unabhängig von präsentationsbezogenen Schwankungen gilt ihre Aversion in erster Linie dem italienischen Staat in seiner Gesamtheit.

Abschließend noch einige Bemerkungen zur inhaltlichen Präsentation: Parteienantagonismus und Xenophobie bzw. kulturelle Ressentiments waren die beiden wichtigsten Standbeine der drei Parteien vor und zwischen den Wahlkämpfen. Die leghistische Rhetorik zielt hauptsächlich gegen Südtaliener. Ressentiments treten dabei nicht isoliert, sondern kontextuell auf: Kammern, Parteien und Institutionen sind meridionalisiert und der Süden von der Mafia durchsetzt. Folglich stehen Parteien und Mafia in einem engen Verhältnis, und die im Norden erbrachten Steuergelder werden in dunkle Kanäle gelenkt. Ebenso verhält es sich in Österreich und Frankreich, wo sich das xenophobische Ressentiment auch unter anderen Stichwörtern - etwa wachsende Kriminalität, Arbeitslosigkeit - aufspüren läßt. Bei allen drei Parteien finden sich neben den Ressentiments gegen *Paßausländer* auch jene gegen *Paßinländer*.

Kaum zu unterscheiden ist der Anti-Establishment-Diskurs. Le Pen polemisiert gegen die *Viererbande*, Haider redet verächtlich von *Altparteien* und Bossi von der *partitocrazia*. Dieser Protest

entwickelte sich vor allem in den Parteienstaaten Italien und Österreich als mobilisierend.

9. Erfolgsbedingungen und Erfolgsursachen

9.1. Einleitung

Zum Verständnis auch der möglichen Entwicklung reicht es jedoch nicht aus, sich nur mit den im Zentrum dieser Arbeit stehenden Parteien zu beschäftigen. Deshalb werden in diesem Kapitel die Hintergründe und die Bedingungen ihres Erfolgs analysiert.

Wie ist die sozio-ökonomische und politische Entwicklung in den drei Ländern verlaufen, wo haben sich markante Brüche ereignet, wie äußert sich die Krise, und welche Konsequenzen hat sie? In einem Anschlußkapitel werde ich den Zusammenhang zwischen den Kernthemen der Parteien und elektoraler Resonanz diskutieren.

Die Untersuchungsgegenstände der folgenden Abschnitte sind nahezu identisch. Neben diesem Grundraster habe ich einige landes- bzw. organisationsspezifische Unterkapitel aufgenommen: Im Abschnitt "Paradigma Marseille" werden die sozio-ökonomischen und politischen Ursachen des Front National nochmals exemplarisch analysiert.⁴⁷⁸ Der Wandel des italienischen Parteiensystems sowie sein Zusammenbruch nach 1989 werden in zwei getrennten Kapiteln untersucht (9.3.2. und 9.3.3.). Das Österreich-Kapitel beinhaltet einen zusätzlichen Teil über die SPÖ-Krise und den parallel dazu verlaufenden Aufstieg der FPÖ. Der Kontext Modernisierung, Rolle der SPÖ und FPÖ-Durchbruch wird überwiegend in diesem Abschnitt erörtert.

9.2. Frankreich

9.2.1. Sozio-ökonomische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich in Frankreich ein rapider und staatlich gesteuerter Modernisierungsprozeß vollzogen (Modernisierung von oben).⁴⁷⁹ Diese Entwicklung verlief ausgesprochen diskontinuierlich, wobei sich vor allem die Angleichung der sozialen und ökonomischen Dynamik als schwierig

⁴⁷⁸ Die von Dietmar Loch stammende Bezeichnung *Paradigma Marseille* habe ich aufgrund ihrer Prägnanz übernommen. Loch, Dietmar 1990, a.a.O., S.169.

⁴⁷⁹ Ardagh, John 1969: Frankreich als Provokation. Die permanente Revolution 1945-1968, Frankfurt/M., Berlin. Schubert, Klaus 1990: "Banalisation" - auch der Mythen? Wandlungen im politischen Selbstverständnis der Franzosen seit 1789, in: Albertin, Lothar et al. (Hg.) 1990: Frankreich-Jahrbuch 1990, Opladen, S.73-90.

erwies. Geringe Modernisierungsakzeptanz in der Bevölkerung und den mittelständischen Branchen, unausgewogene Einkommensverteilung,⁴⁸⁰ staatlich initiierte, aber volkswirtschaftlich nicht immer sinnvolle Prestigeobjekte⁴⁸¹ und nicht zuletzt Rasanz und Sprunghaftigkeit der Veränderungen deuten auf eine insgesamt widersprüchliche und konfliktträchtige Modernisierung der französischen Gesellschaft hin.⁴⁸²

Diese Entwicklung führte zu gravierenden Zäsuren etwa in der Landwirtschaft oder im industrialisierten, technisch aber überalterten Norden, der zugunsten neuer Industriegebiete im strukturschwachen Süden und später Südwesten (Ansiedlung von High-Tech) abgewertet wurde.⁴⁸³ Im Verlauf der Modernisierung und der raschen Expansion des sekundären und später tertiären Sektors hat sich eine mobile, tendenziell wohlhabende und moderne Gesellschaft herausgebildet. Mit nachhaltigen Auswirkungen auf den Arbeits- und Bildungssektor ist der Bevölkerungsanteil wegen dieser Wohlstandsentwicklung sprunghaft gewachsen.⁴⁸⁴ In den 70er Jahren kam der Modernisierungsprozeß parallel zum Ölpreisschock ins Stocken. Die Beendigung der bis 1973 durch tayloristische Arbeitsorganisation und Produktion standardisierter Massengüter, durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates und keynesianische Wirtschaftspolitik gekennzeichnete und auf hohem Niveau verlaufende Wachstumsphase führt Henrik Uterwedde auf die zunehmende Internationalisierung zurück: Damit "geht eine weitgehende Entkoppelung von Masseneinkommen, Binnennachfrage und Gewinnerwartung der Unternehmen einher; die Massenkonsumgüterproduktion hat aufgehört, eine Lokomotivfunktion für die Wirtschaft zu spielen, ohne daß bislang neue Leitsektoren in Sicht wären".⁴⁸⁵

Die industrielle Konzentration mit einem Schwerpunkt überwiegend östlich einer gedachten Linie zwischen Le Havre und Valence und dem Pariser Raum als Zentrum forderten ihren entsprechenden städtebaulichen Tribut. Durch rasche und teils konzeptionslose Urbanisierung sind an den Stadträndern riesige

⁴⁸⁰ Uterwedde, Henrik 1991(a): *Inégalités sociales. Struktur, Entwicklung und Ursachen der Einkommensungleichheit in Frankreich*, in: *lendemains*, N.62, S.120-131.

⁴⁸¹ Klaus Schubert spricht in Bezug auf Prestigeobjekte wie *Force de frappe*, *Ariane* und *Concorde* von Fortschrittsmythen, die das Trauma Vichy vergessen machen und neue Illusionen bzw. Identitäten schaffen sollten. Schubert, Klaus 1990, a.a.O., S.83f.

⁴⁸² Uterwedde, Henrik 1991(b): *Sozialer Wandel in Frankreich: von den Trente Glorieuses zur dualen Gesellschaft?*, in: Albertin, Lothar et al. (Hg.), *Frankreich-Jahrbuch 1991*, Opladen, S.41.

⁴⁸³ Maier, Jörg/Wackermann, Gabriel 1990: *Frankreich. Ein regionalgeographischer Überblick*, Darmstadt, S.108ff.

⁴⁸⁴ Uterwedde, Henrik 1991(b), a.a.O., S.38.

⁴⁸⁵ Ebd., S.40.

Schlafburgen entstanden, die sich von den übrigen Siedlungssegmenten deutlich abheben.

9.2.2. Wandel des Parteiensystems

Das Entstehen der sogenannten neuen Mittelschichten war die soziologische, ihr Einfluß auf das Parteiensystem die politische Konsequenz der nur noch unter Kriseneinfluß fortschreitenden Modernisierung.⁴⁸⁶ Diese einkommensstarken, durch hohes Bildungsniveau und Mobilität gekennzeichneten Mittelschichten wiesen eine nur geringe affektive Parteibindung auf und wurden aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke von den Parteien zunehmend umworben; zu Lasten der Interessen ihrer schrumpfenden Traditionsklientele. Mit der Stärkung der soziologischen und politischen Mitte wurde zugleich das gaullo-kommunistische Paradigma der ersten Nachkriegsjahrzehnte überwunden.⁴⁸⁷

Dieser Wandel kommt in der Wahl des ersten nicht-gaullistischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing 1974 und durch die Wahlen zur Nationalversammlung 1978 zum Ausdruck, bei denen die gaullistische Bewegung⁴⁸⁸ 15% der Stimmen und der PCF seine linke Vorreiterrolle verloren hatte. Dagegen konnte die sozialistische Partei (PS) etwa fünf Prozent und das Zentrum rund sieben Prozent zulegen. Alle Parteien lagen nun mit dem PCF als schwächster (20,6%) und der UDF als stärkster (23,9%) Kraft im vorderen 20-Prozent-Bereich. Heimatlos fühlten sich vor allem rechts orientierte Wählergruppen, die einen weitgehend profillosen RPR vorfanden⁴⁸⁹ oder mit der Linksöffnung der UDF unzufrieden waren. Der weitaus größte Teil der Gesellschaft aber wollte politische und soziale Veränderungen unter linker Regie. "Wir wollen das Leben ändern" war nicht nur das Leitmotiv der Linken, sondern zugleich Reflex auf eine gesamtgesellschaftliche Stimmung, in deren Folge 1981 Mitterrand als Staatspräsident und das Linksbündnis aus Sozialisten (37,5%) und Kommunisten (16,2%) an die Regierung gewählt wurde. Der Aufbruch konnte also beginnen.

⁴⁸⁶ Ziebur, Gilbert 1989: Frankreich. Umrisse eines neuen Wachstumsmodells?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B39, S.3-13.

⁴⁸⁷ Greß, Franz et al. 1990, a.a.O., S.18f.

⁴⁸⁸ Die Gaullisten hatten sich 1976 unter dem Namen Rassemblement pour la Republique (RPR) und unter der Regie Chiracs neu formiert, verstanden sich aber immer noch mehr als Bewegung denn als Partei. Vgl. Stamm, Theo, a.a.O., S.81.

⁴⁸⁹ Der elektorale Einbruch ging einher mit dem Tod Pompidous, einem organisatorischen Modernisierungsprozeß und der Wahl des ersten nicht-gaullistischen Präsidenten. Jacques Chirac schaffte es zunächst nicht, den Gaullisten ein neues Profil zu geben und war zudem 1976 als Premier zurückgetreten, wodurch das bürgerliche Bündnis zerbrach.

Sozio-ökonomische Probleme und elektorale Folgen

In der Politik bestehen jedoch gravierende Unterschiede zwischen Wunsch und Realität. Die ersten elektoralen Effekte des Front National fallen dabei in die Zeit wirtschaftlicher Krisenerscheinungen, die Mitterrand nach seinem Amtsantritt als Staatschef 1981 mit einem neuen Interimsplan überwinden wollte. Aber aufgrund der hohen Inflationsrate, steigender Staatsverschuldung, Kapitalflucht und Zahlungsbilanzkrise war ab 1983 eine Politik der rigiden Haushaltskonsolidierung und straffen Geldpolitik unumgänglich. Dies war im sozialistischen Aufbruch ebensowenig vorgesehen wie die Auflösung des Planungsministeriums, die Reprivatisierung eben erst verstaatlichter Unternehmen und die radikale Korrektur keynesianischer zugunsten neoliberaler Wirtschaftspolitik.⁴⁹⁰ 1984 erreichte die Arbeitslosigkeit ihre bisherige Rekordmarke von 10% (heute ca. 13%). Rund 60.000 Stellen hatte allein der Strukturwandel in den Bereichen Kohle, Stahl und Schiffbau gekostet. Durch den Wegfall von Preiskontrollen und Lohnindex sank zudem die allgemeine Kaufkraft.

Diese Entwicklung beförderte bei den Wählern das Gefühl, daß die neuen politischen Hoffnungsträger ihren Aufgaben nicht gewachsen und von ihren sozialpolitischen Versprechungen weit abgerückt sind. "Angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit fiel die Agitation des Front National, das internationale Kapital und vor allem die Arbeitsimmigration als für die 'Dekadenz' Verantwortliche zu benennen und zu Sündenböcken abzustempeln, auf fruchtbaren Boden."⁴⁹¹ Im Verlauf der Folgejahre wurde die sozio-ökonomische Situation für viele Franzosen noch problematischer. So begann sich die Schere ungerechter Verteilungen, die sich zwischen den 70er und 80er Jahren langsam geschlossen hatte, wieder zu öffnen. Zudem waren die Franzosen stetig steigenden Sozialabgaben ausgesetzt, wobei der zunehmend unsichere Arbeitsmarkt eine weiter belastende Wirkung auf das Sozialsystem hat.⁴⁹² Während das Bruttoinlandsprodukt seit 1974 nahezu konstant geblieben ist, sind die öffentlichen Sozialausgaben mit defizitären Folgen kontinuierlich gestiegen. Mit einem 44%igen Abgabenanteil bei den Einnahmen liegt Frankreich heute weit über dem EU-Durchschnitt, der sich auf 25% beläuft. Dabei wird nach wie vor ein großer Teil der sozialen Abgaben von den Unternehmern geleistet, die seit den 80er Jahren auf für sie günstigere Konditionen pochen. Die Themen: "Begrenzung bzw. Senkung der Sozialausgaben, weitere Entlastung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung durch eine stärkere Fiskalisierung, Befreiung der Arbeitgeber von Sozial-

⁴⁹⁰ Kleiser, Paul 1990: Front National und "Neue Rechte", in: Schulz, Hans-Jürgen, a.a.O., S.84.

⁴⁹¹ Ebd.

⁴⁹² Vgl. Uterwedde, Henrik 1991(b), a.a.O. Neumann, Wolfgang 1996: Die neue Architektur des französischen Sozialstaates, in: Frankfurter Rundschau (Dokumentation), 16.12.1996, S.12.

versicherungsausgaben, insbesondere bei niedrigen Einkommen - bestimmen in Frankreich seit Ende der achtziger Jahre die politische Diskussionsion."⁴⁹³

Soziale Unzufriedenheit, hat sich seit Anfang der 90er Jahre zu einem Krisenbewußtsein ausgeweitet. So zog Le Monde nach Untersuchungen des SOFRES-Instituts Ende 1994 den Schluß, daß die Gesellschaft auseinanderzubrechen drohe und daß die "Gefahr einer sozialen Explosion" bestehe.⁴⁹⁴ Ähnlich wurde die Situation von Le Pen bewertet, der seine Kandidatur als Präsidentschaftskandidat 1995 mit den Worten "Wir stehen am Rand einer Katastrophe" einleitete. Seine Lösungsvorschlägen reichen von Ausweisung der Immigranten über die "Revitalisierung Frankreichs (...) durch ein Elterngeld und die Abschaffung 'bezahlter Abtreibung'" bis hin zur Stärkung der inneren Sicherheit "durch verstärkte Polizeipräsenz, Grenzkontrollen und die Wiedereinführung der Todesstrafe."⁴⁹⁵ Verlockende Aussichten für eine Bevölkerung mit zahlreichen arbeitslosen und auf unsicheren Stellen beschäftigten Menschen.⁴⁹⁶

Daß nicht allein von einer ökonomischen Krise die Rede sein kann, zeigen die Wahlanalysen und besonders drastisch jene von 1995. Bei den Präsidentschaftswahlen wurden etliche ungünstige Wahlscheine und vor allem ein hoher Stimmenanteil für die oppositionellen Kräfte registriert,⁴⁹⁷ so daß ebenso von einer Vertrauenskrise geredet werden muß. Der mit dem Fortbestand des sozialen Gefälles einhergehende Vertrauensverlust speist sich nicht nur aus dem Widerspruch zwischen Wahlversprechen und Realität, sondern auch aus dem Gestus vieler Meinungsmacher (Politiker, Journalisten), die kaum Kontakt zur Bevölkerung haben und offensichtlich "in einer anderen geistigen und sozialen Welt leben" als der überwiegende Teil der Franzosen.⁴⁹⁸ Der Wahlkampf Jacques Chiracs mag ein Indiz dafür sein, daß die traditionellen Parteien nunmehr zur Kenntnisnahme dessen bereit sind, was René Lenoir be-

⁴⁹³ Neumann, Wolfgang 1996, a.a.O.

⁴⁹⁴ Le Monde, 22.12.1994. Vgl. auch Dupoirier, Elisabeth 1994: "Les Français à l'épreuve de la crise", in: SOFRES: L'état de l'opinion 1994, Paris, S.55-75.

⁴⁹⁵ Christadler, Marieluise 1995, a.a.O., S.298f. Sie zitiert: Le Figaro, 16.3.1995.

⁴⁹⁶ Julien, Claude 1995, a.a.O., S.22.

⁴⁹⁷ Bei diesen Wahlen stimmten nur 62% für Kandidaten der "klassischen" Parteien, 14% für die linken Kandidaten Laguille und Hue und 20% für de Villiers und Le Pen. Schild, Joachim/Uterwedde, Henrik 1995: Der alte Neue und das Mißtrauen gegen die etablierte Politik, in: Frankfurter Rundschau, 7.Juni 1995 (Dokumentation).

⁴⁹⁸ Julien, Claude 1995, a.a.O., S.23.

reits in seinem 1974 veröffentlichtem Buch "Les Exclus" beschrieben hat.⁴⁹⁹ Die Ausgeschlossenen sind "mit 21jähriger Verspätung!" endlich ein Thema, aber "selbst im Zeitalter der On-line-Information setzen sich bestimmte Tatsachen, so massiv sie auch sein mögen, nur ungeheuer langsam durch".⁵⁰⁰

9.2.3. Das Paradigma Marseille

Am Beispiel des FN-Erfolgs in Marseille analysiert Dietmar Loch verschiedene sozio-ökonomische und politische Wandlungsprozesse, die trotz städtischer Spezifika exemplarischen Charakter haben. Die südfranzösische Stadt, wo neben dem FN auch die *populistische* Konkurrenzorganisation Tapies erfolgreich war, hat im Verlauf der letzten Jahrzehnte mehrere sozio-ökonomische Transformationsprozesse durchlaufen. Dabei sind alte und neue Strukturen, Wertvorstellungen und Lebensstile mit einer Vehemenz aufeinander geprallt, durch die die gesamte Lebenswirklichkeit verändert wurde.

Zwischen den 50er und 70er Jahren war Marseille mit verschiedenen innerfranzösischen und ausländischen Wanderungsbewegungen konfrontiert, die das Wachsen der Stadt und einen industriellen Boom zur Folge hatten, der die europaweit einsetzende Deindustrialisierung überdauerte. Bis Mitte der 70er Jahre mußten jedoch zahlreiche Arbeitsplätze wegen internationalen Konkurrenzdrucks wieder abgebaut werden, wobei die Ölkrise zusätzlich belastend wirkte. Demgegenüber wurde der tertiäre Sektor stark gefördert, und Marseille hatte sich Hoffnungen gemacht, ein führendes Dienstleistungszentrum zu werden. Seit Mitte der 70er Jahre kollidierte diese einseitige Konzentration bei gleichzeitiger Vernachlässigung industrieller Innovationen "mit einem einschneidenden Bevölkerungsrückgang, der den Wachstumsmythos zerstörte und die Strukturkrise offenlegte".⁵⁰¹

Eine Folge dieser verschiedenen Transformationsprozesse ist die soziale und urbane Zergliederung der Stadt. Die zur Zeit der demographischen Schübe aus dem Boden gestampften Betonburgen ziehen sich vom 13. bis zum 16. Arrondissement und beherbergen gut ein Drittel der Bevölkerung.⁵⁰² Ihnen stehen die Eigenheimsiedlungen und Bankenviertel des Südens gegenüber, die in der "Dienstleistungsepoche" entstanden sind. Ein dritter Schwerpunkt sozialer Konzentration befindet sich im 1. Arrondissement, wo heute

⁴⁹⁹ Lenoir, René 1974: Les Exclus, Paris.

⁵⁰⁰ Julien, Claude 1995, a.a.O.

⁵⁰¹ Loch, Dietmar 1990, a.a.O., S.159.

⁵⁰² Durch Grundstückspekulation verursachte Teuerung von im alten Stadtbereich gelegenen Wohnraum sah sich die Baupolitik zum Ausweichen auf diese billigen Randbezirke gezwungen. Ebd., S.159f.

Einwanderer aus dem Maghreb als Kleinhändler tätig sind.⁵⁰³ Mittlere Angestellte verteilen sich auf die gesamte Stadt. Klientelistische Strukturen, deren Funktionieren an überschaubare Viertel und das Vorhandensein finanzieller Ressourcen geknüpft ist, fielen deshalb sukzessive weg. Der nach dem langjährigen sozialistischen Bürgermeister Gaston Defferres benannte Defferismus konnte in der gewachsenen, durch Mobilität gekennzeichneten und urban veränderten Stadt nicht überleben und wurde durch eine anonyme Stadtverwaltung substituiert. Für Jean Viard ist die Transformation der alten zur modernen Stadtverwaltung die Folge politischer Desintegrationsprozesse, die einer "Spaltung der politischen Kultur" gleichkomme. Diese Problematik ist dabei durch das Auftauchen des Front National erst enthüllt worden.⁵⁰⁴ Spaltungen vollziehen sich nicht nur zwischen Alt- und Neubürgern, Arbeitern und Angestellten oder Nationalitäten, sondern auch innerhalb jeder dieser Schichten.

Unterschiedliche Ergebnisse, mit denen der Erfolg des Front National erklärt wird, stellen daher keine Gegensätze dar, sondern resultieren aus verschiedenen Fragestellungen. Anne Tristan und Pascal Perrineau etwa heben in besonderem Maß die *anomie urbaine* der von weitgehendem Bindungsverlust gekennzeichneten Wohnsilos des nördlichen Randes hervor.⁵⁰⁵

Dagegen betonen Frédéric Bon und Jean-Paul Cheylan den sozialen Übergangstatus neuer Mittelschichten. Einfache Angestellte, Händler, Handwerker und naturalisierte spanische und italienische Immigranten, angetrieben vom Wunsch nach sozialem Aufstieg und konfrontiert mit der Tatsache, daß dieser nicht gelungen ist, stimmen besonders häufig für den Front National.⁵⁰⁶ Große Erfolge hat die Partei auch bei jenen Mittelschichten, denen der Aufstieg gelungen ist, und die infolge gesellschaftlicher Krisenereignisse und -stimungen um ihren sozialen Status und dessen oft fremdfinanzierte Symbole fürchten.⁵⁰⁷

⁵⁰³ Ebd., S.160.

⁵⁰⁴ Viard, Jean 1988: France du Sud contre France du Nord, in: Le Journal des Elections, N.3, S.21. Ders. 1989: Le dérangement marseillais, in: Mayer, Nonna/ Perrineau, Pascal: Le Front national à découvert, Paris, S.307-321.

⁵⁰⁵ Perrineau, Pascal 1988: Front national: l'écho politique de l'anomie urbaine, in: La France en politique, Esprit, 3/4 1988, S.22-28. Tristan, Anne 1988: Von innen. Als Mitglied des Front National in der Hochburg Le Pens, Köln. Die Journalistin Tristan hatte sich Zugang zum FN verschaffen und für ihn im Marseiller Norden als Sekretärin gearbeitet.

⁵⁰⁶ Bon, Frédéric/Cheylan, Jean-Paul 1988: La France qui vote, Paris, S.266f.

⁵⁰⁷ Loch, Dietmar 1990, a.a.O., S.167f. Zitiert werden hier: André Donzel und Jean Claude Garnier.

Der Front National verdankt seinen Erfolg nicht nur in Marseille mehreren Umständen, die aber in einem engen Verhältnis zueinander stehen. Wichtige Voraussetzungen sind dabei die sinkende Integrationskompetenz politisch-kultureller Subsysteme und schwindendes Vertrauen in traditionelle Parteien, das sich durch Protestwahlverhalten oder Wahlenthaltung artikuliert.⁵⁰⁸ Noch bis in die 70er Jahre hinein konnten Gaullisten und Kommunisten zumeist im Zusammenhang mit den Konfliktthemen *Arbeit und Kapital* Protestwähler an sich binden. Mit dem Hinzukommen neuer Konfliktlinien (Massenarbeitslosigkeit, Einwanderung, Ökologie) sind die alten Parteien jedoch deutlich schwächer, Parteien wie der Front National und ökologische Organisationen dagegen stärker geworden. Zudem existieren weitere, wie die am Beispiel Marseilles herausgehobenen Problemfelder *anomie urbaine* und *Statusinkonsistenz*.

Der FN wird aber von allen Bevölkerungsschichten gewählt. Deshalb müssen neben den bereits genannten Gründen weitere Bedingungen analysiert werden, die den Aufstieg der Le Pen-Partei begünstigt haben.

9.2.4. Krise der politischen Kultur?

Für Le Pen und seine Anhänger ist Einwanderung die wichtigste Ursache unterschiedlicher sozialer Probleme wie Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit oder Kriminalität. Aber nicht nur für sie: 1990 waren 70% der Franzosen der Meinung, in Frankreich hielten sich zu viele Araber auf. Ein Jahr später erklärten sich 32% mit den politischen Zielen des FN und 38% mit Le Pens Haltung gegenüber Ausländern einverstanden.⁵⁰⁹ Kaum überraschend, wenn auch Regierungsmitglieder ihrer Sorge über ein "Zuviel" an Einwanderung Ausdruck verleihen. Dietmar Loch spricht vom "Immigrantenproblem" als einem FN-Lockmittel,⁵¹⁰ und Leggewie bezeichnet die multikulturelle Gesellschaft als ideale Projektionswand individueller Ängste.⁵¹¹ Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß ein imaginäres zu einem echten Problem mutieren kann. Falsche sozialpolitische Entscheidungen, halbherzige Einwan-

⁵⁰⁸ Jaffré, Jérôme 1988: Le Pen ou le vote exutoire, in: Le Monde, 12.4.1988. Mayer, Nonna/Perrineau, Pascal 1990, a.a.O. Portelli, Hugues 1990: La crise de la représentation politique, in Regards sur l'actualité 164, S.3-20. Mayer, Nonna/Rey, Henri 1993, a.a.O. Subileau, Françoise/Tionet, Marie-France 1993: Les chemins de l'abstention, Paris.

⁵⁰⁹ Dubet, François/Lapeyronnie, Didier 1994: Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart, S.138. Christadler, Marieluise 1995, a.a.O.

⁵¹⁰ Dubet, François/Lapeyronnie, Didier 1994, a.a.O., S.168.

⁵¹¹ Leggewie, Claus 1990: SOS France. Ein Einwanderungsland kommt in die Jahre, in: Albertin, Lothar et al. (Hg.), S.133.

derungsbekanntnisse oder bewußte Nicht-Integration und das Sich-Abschleifen-Lassen institutioneller Integrationsmechanismen -; das alles spiegelt gesellschaftliche Stimmungen wider und wirkt zugleich auf sie. Skepsis oder Ablehnung werden vor allem durch die in den Stadtrandsilos wachsende Unzufriedenheit genährt, die allerdings kein immigrantenspezifisches Phänomen ist und auch "französische" Randgruppen betrifft.

François Dubet und Didier Lapeyronnie sind der Frage nachgegangen, auf welche Umstände die sich immer häufiger gewalttätig entladende Unzufriedenheit zurückzuführen sei. Sie erklären den partiellen Wegfall kultureller Wert- und Normsysteme mit dem Wandel der Industriegesellschaft und dem dadurch bedingten Zerfall der Arbeiterklasse. Diese Arbeiterklasse war in den Vorstädten lange Zeit eine wichtige gesellschaftliche Handlungsträgerin, die wesentlich zur Integration ausländischer oder aus den Provinzen stammender Migranten beigetragen hat. In der primär über den Faktor Arbeit legitimierten Industriegesellschaft aber fanden sie schnell ihren Platz und wurden in die werktätige Gemeinschaft integriert.⁵¹² Durch Arbeitsmarktdifferenzierung und hohe Beschäftigungslosigkeit wurde der Zerfall der Arbeiterklasse eingeleitet und damit die gesellschaftliche Integration von Migranten erschwert. Mit diesem Zerfall ging die Krise der Linken einher,⁵¹³ deren Ideen zwar noch bestehen, die aber nicht mehr als Alltagskultur existiert.⁵¹⁴ Diese Linke hat traditionell nicht nur sozial, sondern auch republikanisch gedacht. Deshalb ist ihr Zerfall doppelt brisant. Er "geht weit über den eigentlichen Raum der Politik hinaus, denn was auf dem Spiel steht, ist überhaupt das Bild einer Gesellschaft. Wenn man (...) als Gesellschaft die Integration einer Sozialstruktur, einer nationalen Kultur und einer Ökonomie kraft des Zusammenwirkens in Institutionen bezeichnet, dann ist, jenseits der Krise der Linken, eben diese Vorstellung von Gesellschaft in Auflösung begriffen".⁵¹⁵ Verschärft wird die Problematik durch die zunehmende institutionelle und soziale Unfähigkeit einer gesellschaftlichen Integration der Immigranten. Sie bilden so den "Dreh- und Angelpunkt, an dem soziale Probleme und nationale Fragen

⁵¹² Dubet, François 1993: Das Comeback der Stadt. Umbrüche der Industriegesellschaft und ihre Folgen, in: Albertin et al.: Frankreich-Jahrbuch 1993, S.83-97.

⁵¹³ Vgl. zum Verhältnis der französischen Intellektuellen und der politischen Rechten Daniel, Jean 1995: E la Destra ha sedotto la Gauche intellettuale, in: la Repubblica, 18.4.1995. Vgl. auch Baier, Lothar 1995: Der Exorzismus der Revolution. Sunil Khilnani's brillante Analyse des Niedergangs der intellektuellen Linken Frankreichs, in: Die Zeit, 1.12.1995, S.19.

⁵¹⁴ Dubet, François/Lapeyronnie, Didier 1994, a.a.O., S.221.

⁵¹⁵ Ebd., S.223. Vgl. auch Birnbaum, Norman 1996: Die Linke braucht eine neue Utopie, in: Die Zeit, 5.1.96, S.7

ineinandergreifen".⁵¹⁶ Der intensive französische Identitätsdiskurs muß auch auf diesem Hintergrund betrachtet werden.

Ähnlich wie Dubet und Lapeyronnie argumentiert Hans-Manfred Bock, wenngleich er das Problem nicht nur auf die Krise der Linken zuspitzt. Für ihn fällt mit der sinkenden Integrationsfähigkeit aller traditionellen Parteien "eine sich in Frankreich andeutende allgemeine 'Krise der politischen Kultur' zusammen".⁵¹⁷ In diesem Kontext verweist Loch auf den eng mit der politischen Kultur verbundenen Nationbegriff. Und er weist mit Pierre Birnbaum auf etwas Entscheidendes hin: Neben der Staatsnation existiert nach wie vor das Bild einer ethnisch-kulturellen Nation, das der FN mit seiner Vorstellung (und Überzeugung) von nationaler Identität aufgreift. Sein Erfolg läßt sich daher auch als eine nationalistische Replik verstehen, mit der er und seine Wähler auf die "grenzüberschreitende Moderne und die neue Konfliktlinie um die Einwanderung" reagieren.⁵¹⁸

Der FN kann mit seinem Rückgriff auf alte Werte wie Familienzusammenhang, Vaterautorität und Religiosität, aber auch mit seinem Sicherheitsdiskurs eine breite Wählerschaft ansprechen, die sich nach Überschaubarkeit, Abgrenzung und Behaglichkeit sehnt. Es wäre nicht überraschend, wenn sich von diesen Topoi gerade bessersituierte Wähler angesprochen fühlen, die den rüden Ton Le Pens aber ablehnen. Der Front National offeriert seiner breiten Wählerschaft unterschiedliche thematische Angebote, die von der Idee einer nationalen Renaissance über die Forderung moralischen Wandels bis hin zur offenen Ausländerfeindlichkeit reichen und dabei doch eng zusammengehören. Die Tatsache, daß sich Vorurteile und Gewalt vor allem gegen maghrebische Einwandererfamilien richten, deutet auf eine nicht überwundene und stimulierbare Frankreich-Idee hin, mit der das Land nicht republikanisch-demokratisch, sondern stark und hegemonial gedacht wird. Welchen Paß Maghreb-Einwanderer und ihre Kinder besitzen, ist dabei irrelevant, weil schon ihre Präsenz an die von vielen als Schmach erlebte Niederlage gegen die Befreiungsbewegungen Nordafrikas erinnert.⁵¹⁹

Wenngleich Dubet und Lapeyronnie dies als Erklärung für den Erfolg des Front National in Betracht ziehen, so weisen sie auf einen nicht weniger stichhaltigen Zusammenhang hin. Rassismus äußert sich ihren Untersuchungen zufolge dann, wenn kulturelle Schranken fallen und ehemals Fremde die Verhaltensweisen und

⁵¹⁶ Ebd., S.74.

⁵¹⁷ Bock, Hans-Manfred 1992: Frankreich 1991/92: Europäische Herausforderungen und nationale Ungewißheiten, in: Frankreich-Jahrbuch 1992, Opladen, S.25.

⁵¹⁸ Loch, Dietmar 1994, a.a.O., S.239.

⁵¹⁹ Die Stimmen für den FN im Mittelmeerraum stammen vielfach von Wählern, die nach der Befreiung Algeriens nach Frankreich zurückgekehrt sind.

Forderungen derjenigen Gesellschaft annehmen, in die sie oder ihre Vorfahren eingewandert sind.

Gerade weil viele maghrebinische Jugendliche gleiche Lebensplanungen haben wie französische Teenager und sich weder in der Kleidung noch in ihrer Freizeitgestaltung von ihnen unterscheiden, werden sie als Bedrohung und als ebenbürtige Konkurrenz erlebt. Immerhin werden Arbeits- und Ausbildungsplätze knapper, und die Jugendarbeitslosigkeit ist erschreckend hoch. Diese integrations- und partizipationswilligen Jugendlichen reagieren auf den Rassismus immer häufiger mit einer Rückkehr zu einer Kultur, die sie nur bedingt internalisiert haben. Indem sie sich als Reaktion auf die ihnen geltende Abneigung zu teils militanten Verteidigern der Kultur ihrer Vorfahren machen, wird ein schwer zu durchbrechender Kreislauf in Gang gesetzt. Denn letztlich verhalten sie sich so, wie das Vorurteil sie sehen will. Damit geben sie ihm neue Nahrung.

9.3. Italien

9.3.1. Sozio-ökonomische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

Auch Italien hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine rasante Modernisierung mit enormen Wachstumsraten durchgemacht, die das sprichwörtliche deutsche Wirtschaftswunder in den Schatten stellt.⁵²⁰ Dieser Aufschwung ist die Folge einer einseitigen Konzentration auf die Großindustrie, der aufgrund hoher Beschäftigungslosigkeit Heerscharen billiger Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Massenwanderung und Urbanisierung waren die Folge des durch Parteien, Staatsindustrien und Banken gesteuerten Prozesses. Gewerblicher Mittelstand, Landwirtschaft und andere, nicht am Boom partizipierende Zweige wurden zwar von der Administration vernachlässigt, jedoch auf Umwegen, etwa durch halblegalen Steuerverzicht "gefördert".⁵²¹ Eine wichtige Überlebensfunktion hatte zudem die in Italien nach wie vor verbreitete Familiensolidarität. Parallel zur Tertiärisierung vor allem im Norden vollzog sich in den 60er Jahren die technische Innovation.⁵²²

Positiventwicklungen wie Wohlstands-, Bildungs- und Freizeitwuchs stehen zahlreiche Negativeffekte gegenüber: steigende Erwerbslosigkeit,⁵²³ Entkollektivierung innerbetrieblicher

⁵²⁰ Bundeszentrale für politische Bildung 1982: Informationen zur politischen Bildung. Italien, Bonn.

⁵²¹ Kandziora, Ewald 1993: Die erste Republik treibt ihrer Auflösung entgegen, in: Frankfurter Rundschau (Dokumentation), 24.11.1993.

⁵²² Vgl. Bonomi, Aldo 1992, a.a.O.

⁵²³ Um nur die größten, aktuellen Differenzen zu nennen: In den reichen Regionen Südtirol und Trentino liegt die Arbeitslosigkeit bei weniger als 3%, im äußeren Süden dagegen bei

Arbeitsprozesse und nicht zuletzt Ängste, steigenden Arbeitsanforderungen nicht mehr gewachsen zu sein. Gleichzeitig hat sich die städtische Lebenswirklichkeit gewandelt, wobei insbesondere die Metropolen von starker sozialer Fragmentierung und Abschottungs- bzw. Konkurrenzverhältnissen zwischen den unterschiedlichen Siedlungssegmenten - vgl. Marseille - gekennzeichnet sind. Ablehnung der "extracomunitari" (Einwanderer aus Nicht-EU-Ländern), Statusunsicherheit und soziale Desintegration sind dabei nicht die alleinigen, aus veränderten Lebens- und Arbeitsformen resultierenden Folgen. Die alten politisch-kulturellen Subsysteme - Katholizismus, Kommunismus, Gewerkschaften - standen und stehen dieser rapide verlaufenden Entwicklung konzeptionslos gegenüber und haben als Organe politischer und sozialer Interessenvertretung erheblich an Bedeutung verloren. An ihre Stelle treten vermehrt Verbraucherschutzorganisationen, Selbsthilfe-, Bürger- und Kulturinitiativen sowie moderne Formen innerbetrieblichen Lobbyings. Aber auch die zunächst gegen Zentralstaat und nationale Parteien agierende Lega mit ihrem auf kleine Einheiten bezogenen Politik- und Gesellschaftsverständnis befriedigt(e) Bedürfnisse nach direkter sozio-politischer Interaktion.

Mit Blick auf den Wandel der Arbeits- und Industriegesellschaft spricht Lapo Berti vom Wegfall "mechanischer" zugunsten "organischer" Solidaritätsmuster⁵²⁴ und kommt damit zu einem ähnlichen Schluß wie Aldo Bonomi, der den Erfolg der Lega als Ausdruck eines norditalienischen Wir-Effekts bezeichnet, den die Partei stimulieren und sich selbst zunutze machen konnte.⁵²⁵ Mit ihrer Behauptung, keine Partikular-, sondern norditalienische Gesamtinteressen zu vertreten, konnte sie zeitweilig eine breite Wählerschaft erreichen, die auf dem Höhepunkt ihres elektoralen Erfolgs mit der soziologischen Zusammensetzung der settentrionalen Bevölkerung nahezu deckungsgleich war.⁵²⁶

Studien, wonach Italien in drei ökonomische Makrostrukturen mit unterschiedlichen Produktions- und Wettbewerbsniveaus unterteilt sei, werden von der Lega herangezogen, um die Notwendigkeit einer Teilung des Landes zu begründen und um vor einer

weit über 20% und in den Industrieregionen der Lombardei bei etwa 8%. Unità, 16.7.1996.

⁵²⁴ Berti, Lapo 1991, a.a.O.

⁵²⁵ Bonomi, Aldo 1992, a.a.O., S.28.

⁵²⁶ Vgl. CGIL Lombardia/A.A.S.TER 1991, a.a.O., S.34ff. Nachdem sich Forza Italia bei Wahlen präsentiert, hat sich die Lega-Wählerschaft wieder zugunsten ihrer früheren verschoben, wohingegen Forza Italia vermehrt Stimmen von Arbeitern und kleinen Angestellten gewinnt. Vgl. Diamanti, Ilvo 1994, a.a.O., S.53ff

ökonomischen Nebenrolle des Nordens in Europa zu warnen.⁵²⁷ Das Vorhandensein dieser drei Großräume ist eine, die daraus zu ziehende Konsequenz eine andere Sache. Das republikanische Italien optiert für einen Interessenausgleich,⁵²⁸ der allerdings in der Vergangenheit deshalb nicht funktionierte, weil die im Süden agierenden Eliten oft genug zu ihren eigenen Gunsten gewirtschaftet haben. Nicht nur dieser, auch der Interessenausgleich zwischen Arbeitern, Gewerkschaften, Industrie und Verbänden wurde recht eigenwillig organisiert. Eine Mischung aus Klientelismus, Postenverteilung und "weder institutionell noch inhaltlich zur Konkordanz"⁵²⁹ vervollständigtem Transformismus hat dazu geführt, daß alle Gruppen finanzielle Leistungen und Begünstigungen erfahren haben, solange die Gelder dafür zur Verfügung standen.

9.3.2. Wandel des Parteiensystems

Seit Mitte der 70er Jahre läßt sich ein meßbarer Wandel des italienischen Parteiensystems feststellen, den Renato Mannheimer auf die sozio-ökonomische Modernisierung zurückführt.⁵³⁰ Wachsende Mobilität, verstärkte Einwanderung, auf die das klassische Auswanderungsland Italien nicht vorbereitet war,⁵³¹ die teils

⁵²⁷ Miglio stützt sich dabei auf die unveröffentlichten Untersuchungen des Ökonomen Innocenzo Gasparini. Miglio, Gianfranco 1990, a.a.O., S.144.

⁵²⁸ Atri, Antonio d' 1994: Federalismo e questione meridionale, in: Ulisse, Autunno/Inverno, S.21-24. Pezzoni, Marco 1993: Per un federalismo democratico, in: Ulisse, Autunno/Inverno, S.27-28. Die italienische Linke diskutiert seit Jahren über Föderalismus und die wirtschaftlichen Probleme des Süden. Sie erhofft sich dabei Tips aus der Bundesrepublik Deutschland, die seit der DDR-Integration auch mit grossen sozio-ökonomischen Gegensätzen konfrontiert ist. Es werden aber die starke Unitarisierung des Landes und die damit verbundenen Normierungen übersehen. Zur Korrektur des Mißverständnisses: Falkenberg, Susanne 1994: Lo pseudofederalismo della Germania, in: Ulisse, Autunno/Inverno, S.25-28. Diess. 1996: La difficile ricostruzione della Germania dell'Est, in Ulisse, Inverno 1996.

⁵²⁹ Abromeit, Heidrun 1993: Interessensvermittlung zwischen Konkurrenz und Konkordanz. Studienbuch zur Vergleichenden Lehre politischer Systeme, Opladen, S.89.

⁵³⁰ Mannheimer, Renato 1991(b): La crisi del consenso per i partiti tradizionali, in: ders., a.a.O., S.17f. Vgl. auch Moioli, Vittorio, a.a.O., S.114ff.

⁵³¹ Melotti, Umberto 1996: Immigrati e autoctoni in Italia: conflitti etnici o sociali?, in: Annali di Sociologia/Soziologisches Jahrbuch 1996, N.12, Milano, Berlin (z.Zt. im Druck).

aufklärende Funktion der Massenmedien, forcierte Säkularisierung sowie eine tiefe Ideologienkrise werden von Mannheimer als Ursachen einer sich vom traditionellen Links-rechts-Gegensatz und von religiösen Konfliktlinien lösenden Gesellschaft genannt.⁵³² Religiöse und politische Säkularisierung als Folge der schnell verlaufenden Modernisierung führten aber nicht nur zur Überwindung von Traditionen (auch des Wahlverhaltens), sondern auch zu Unsicherheiten; etwa darüber, wem die Lösung der Probleme, die im Zusammenhang mit und in Folge der Modernisierung aufgetreten sind, zuzutrauen sei. Von der wachsenden Skepsis gegenüber den traditionellen Parteien und vor allem gegenüber der Democrazia cristiana haben die jungen Ligen profitieren können.

Skepsis gegenüber dem Staat, seinen Organen und Parteien ist in Italien tief verankert und insofern kein aktuelles Phänomen. Deshalb muß Roberto Biorcio widersprochen werden, der den Durchbruch der Lega auch auf dieses gesellschaftliche Grundklima zurückführt.⁵³³ Denn schließlich zählten die italienischen Wähler im westeuropäischen Vergleich zu den beständigsten. Signifikantes Wechselwahlverhalten und Wahlenthaltung lassen sich erst seit den 70er Jahren nachweisen. Damit stellt sich die Frage nach der möglichen Qualität dieser auch empirisch ermittelten Skepsis. Gabriel Almond und Sidney Verba gehen in ihrer Civic-Culture-Studie so weit, darin mangelndes demokratisches Bewußtsein zu sehen.⁵³⁴ Eine Ansicht, der sich auch Biorcio nicht verschließt. Aber die Ergebnisse von Almond/Verba müssen relativiert werden. Denn auf ihrer Basis wurden von US-amerikanischen Sozialwissenschaftlern weitere Untersuchungen durchgeführt. Ihren forschungsleitenden Thesen zufolge hätte sich mangelndes demokratisches Bewußtsein überwiegend in den PCI-Hochburgen und staatsbürgerliches Denken in den DC-Hochburgen nachweisen lassen müssen. Konsterniert haben die Demokratietheoretiker aber das Gegenteil festgestellt: Von der kommunistischen Partei dominierte Regionen oder Kommunen zeichneten sich durch hohes staatsbürgerliches Bewußtsein, Effizienz und geringes Korruptionsniveau aus, während in christdemokratischen Gebietskörperschaften vordemokratische Patronage- und Klientelstrukturen vorherrschten.⁵³⁵

Historiker und Sozialwissenschaftler, die von der These eines geringen demokratischen Grundkonsenses wenig halten, nennen historisch-kulturelle Gründe für das nach wie vor existente Mißtrauen der Italiener gegenüber Staat und (Partei-)Politik, ohne es als vor- oder undemokratisch zu qualifizieren.⁵³⁶ Auf elektoraler Ebene

⁵³² Mannheimer, Renato 1991(b), a.a.O., S.18ff.

⁵³³ Biorcio, Roberto 1991, a.a.O., S.34-82.

⁵³⁴ Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hg.) 1963: The Civic-Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton.

⁵³⁵ Braun, Michael 199?? in dem Links-Beitrag. kramen.

⁵³⁶ Fritzsche, Peter K. 1987, a.a.O. Trautmann, Günther 1991, a.a.O., S.301.

kann sich dies theoretisch durch hohe Abstimmungsflexibilität, hohe Wahlerhaltung oder einen "Kröten-Effekt" artikulieren, mit dem widerwillig gewählt, was eigentlich abgelehnt wird. Nach Meinung der meisten Beobachter trifft für Italien die letzte Variante zu. In diesem Zusammenhang wird häufig der bekannte Journalist Indro Montanelli zitiert, der stellvertretend für viele andere schon in den 70er Jahren sein Unbehagen gegenüber der DC zum Ausdruck brachte, die er nur noch mit "zugehaltener Nase" wählen konnte. Da aber die DC und mit ihr das gesamte Parteiensystem erst Anfang der 90er Jahre zusammengebrochen ist, muß das Mißtrauen entweder signifikant stärker geworden sein, oder es existieren exogene Faktoren, durch die Wahlen mit "zugehaltener Nase" überflüssig wurde.

9.3.3. Zusammenbruch des Parteiensystems

Welcher Umstand also hat den Ligen/der Lega ausgerechnet nach 1989 die Wählerscharen in die Arme getrieben? Wodurch wurden die alten Strukturen trotz seit langem bekannter wirtschaftlicher und politischer Probleme so lange zusammengehalten? Warum konnte der Wahlausgang lange Zeit beinahe antizipiert werden, sodaß italienische Urnengänge ähnlich aufregend waren wie Volkskammerwahlen in der DDR?

Die Tatsache, daß das Parteiensystem nach 1989 kollabierte, liegt in der Funktions- und Legitimationslogik des alten Systems begründet. Es war Produkt des Ost-West-Konflikts. Sein konstitutives Merkmal war eine gegen Kommunismus und PCI zielende Politik und der Nutzen, der den regierenden Christdemokraten und ihren Partnern⁵³⁷ aus der Präsenz des verhältnismäßig starken kommunistischen Partei erwuchs.⁵³⁸ Zudem war die Rolle des PCI als Oppositionspartei dauerhaft angelegt. Er war, weil er draußen bleiben mußte, keine *potentielle* Regierungspartei und die italienische Demokratie in dieser Hinsicht unvollkommen. Der ideologische Konfrontationskurs blieb freilich nicht auf die Parteienkonkurrenz beschränkt, sondern prägte in hohem Maß auch die Einstellungen innerhalb der Bevölkerung. Kaum verwunderlich, daß mit der PCI-Wende (Eurokommunismus) erstmals leichte Bewegung in das elektorale Terrain gekommen war und das Votum für dieses oder jenes politische Lager weniger stark Ausdruck eines Glaubensbekenntnisses war. Auch auf administrativer Ebene läßt sich die antikommunistische Handschrift vielerorts nachvollziehen. Um soziale Unzufriedenheit und damit das Risiko eines PCI-Auftriebs in Grenzen zu halten, wurden teure Beschäftigungsprogramme initiiert, Steuerhinterziehung (vor

⁵³⁷ Partito liberale italiano, Partito repubblicano italiano, Partito socialdemocratico italiano, Partito socialista italiano. Die Parteien waren nicht immer alle und gleichzeitig in der Regierung, und der PSI war erst seit den 70er Jahren dauerhafter Partner.

⁵³⁸ Dazu Sacco, Giuseppe 1992: Italien im Umbruch, in: Zeitschrift für internationale Politik, 12/92, S.336.

allem des Mittelstandes) als Kavaliersdelikt behandelt, Parteienfinanzierung über dunkle Kanäle abgewickelt und mit der antikommunistischen Mafia paktiert.⁵³⁹ *Trasformismo, clientelismo, lottizzazione* ("Postenschacherei") und eine mit Schwerfälligkeit noch freundlich umschriebene Staatsbürokratie verhinderten zudem oft Einigung in Sach- und Reformfragen. In ihrer vergleichenden Studie über westliche Parteiensysteme kommt Heidrun Abromeit zu dem süffisanten Schluß, daß "der Viel-Parteien-Wettbewerb in Italien seine bisherige Stabilität durch Nicht-Politik" gewinnt.⁵⁴⁰ Aufgrund der beschriebenen Legitimation sahen sich die regierenden Parteien auch nicht genötigt, etwaige Kompetenzen durch politisches Handeln unter Beweis zu stellen. Und um den PCI zu erhalten, von dessen Präsenz die eigene Stärke abhing, wurde auch seine Mitglieder mit Posten und Geldern versehen. Ohne an der Regierung beteiligt zu sein, bedankte er sich in den mit hohen Machtkompetenzen ausgestatteten parlamentarischen Ausschüssen in Form einer Goutierung von Regierungsvorlagen, die stets auch seinen Bedürfnissen entgegenkamen.⁵⁴¹

Die ökonomische Krise Italiens wird von Ewald Kandziora daher zu Recht als Resultat des Arrangements der anti-kommunistischen Kräfte auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen bezeichnet. Seit dem Wegfall der Mauer macht Italien "einen tiefgreifenden Transformationsprozeß durch, der alle gesellschaftlichen Subsysteme - Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur - erfaßt hat".⁵⁴² Zwar haben die "zur Abwehr kommunistischen Einflusses geschaffenen Arrangements (...) ihren Zweck erfüllt, sich aber auch als überaus kostspielig erwiesen. Mit dem Fortfall des inneren Feindes und unter dem Druck der EG-Partner, die Staatsfinanzen zu sanieren, entbehren sie nunmehr einer *raison d'être*".⁵⁴³ Nicht zuletzt ist es die Lega selbst, die die Perestroika als Initialzündung ihres Durchbruchs bezeichnet.⁵⁴⁴ Michael Braun betont zudem die sich durchsetzende Erkenntnis, daß eine Sanierung des heruntergewirtschafteten Staates nur unter gravierenden ökonomischen Mehrbelastungen möglich sein würde.⁵⁴⁵ Zusammengekommen haben diese Erkenntnis, der endgültige Wegfall des Feindbildes und die Erosion des darüber legitimierten Parteiensystems einem politischen Newcomer genutzt, der den Wählern weisgemacht hat, daß ein steuerlich und ökonomisch autonomer Norden mit einem blauen Auge davon kommen könne.

⁵³⁹ Kandziora, Ewald 1993, a.a.O.

⁵⁴⁰ Abromeit, Heidrun 1993, a.a.O., S.96.

⁵⁴¹ Ebd., S.89ff.

⁵⁴² Kandziora, Ewald 1993, a.a.O.

⁵⁴³ Ebd.

⁵⁴⁴ Bossi, Umberto/Vimercati, Daniele 1993, a.a.O., S.21.

⁵⁴⁵ Braun, Michael 1994(a), a.a.O., S.105ff.

Wohlstandschauvinismus ist ein in diesem Zusammenhang häufig auftauchendes Wort. Gleichwohl existieren auch im Norden berechnete soziale Ängste, die nicht mit einem Verweis auf vergleichsweise hohe Kaufkraft, Ex- und Importleistungen, Ausbildungs- und Produktionsniveaus wegzudiskutieren sind. Sicherlich ist der Norden unter dem Strich reicher als die Basilikata, Kalabrien oder Sizilien. Die um Arbeitsplatz und Lebensstandard (den man im unmittelbaren und nicht im abstrakten Vergleich qualifiziert) fürchtende Arbeiterin oder Angestellte mag dies ebensowenig beruhigen wie den kleinen Mittelstand, für den es seit der rigiden Ahndung von Steuerhinterziehung und neu eingeführten Abgaben finanziell eng geworden ist.

9.3.4. Lokalismus und Klientelismus

Lokalismus

Lokalismus und Regionalismus haben in Italien eine lange Tradition. Nationale Identität dagegen ist nach wie vor nur schwach ausgeprägt. Sie entsteht, "so paradox es klingt (...), im vornationalen Raum (Familie, Kommune, Religion, Alltagskultur) oder kommt aus ehemaligen anti-nationalen Subkulturen (Katholizismus/Kommunismus), die nach dem Zweiten Weltkrieg eine Vernunftete mit Nation, Demokratie und Staat" eingegangen sind.⁵⁴⁶

Gabriel A. Almond und Sidney Verba bewerten dies in ihrer Civic-Culture-Studie, deren normatives Konzept ein hohes Maß an Beteiligung, Identifikation mit den politischen Institutionen und nationale Homogenität impliziert, als mangelndes demokratisches Bewußtsein.⁵⁴⁷ Das von ihnen vermittelte und die ausländische Sozialwissenschaft weithin prägende Italien-Bild⁵⁴⁸ wurde erstmals von Peter K. Fritzsche durch eine Rekonstruktion der dafür verantwortlichen Zusammenhänge und seinem Verweis auf die sich innerhalb der letzten Jahrzehnte gezeigten Veränderungen modifiziert.⁵⁴⁹

Kennzeichnend für die italienische Gesellschaft, die trotz hohen Wirtschaftswachstums in den 80er Jahren und großer persönlicher Zufriedenheit der Italiener ihre alten Schwächen behalten hat, ist aber eine nach wie vor existente und von Günther Trautmann durchaus positiv bewertete historische "Distanz zum Nationalismus und eine gesunde politische Skepsis gegenüber dem Staat".⁵⁵⁰

Ein Zusammenhang von Wahlmotiv und lokalistisch/regionalistischer Tradition ergibt sich jedoch nur auf den ersten Blick. Denn außerhalb des Nordens fehlen der Lega vergleichbare Organisationen. Und auch die norditalienische Bevölkerung hängt

⁵⁴⁶ Trautmann, Günther, a.a.O., S.295.

⁵⁴⁷ Almond, Gabriel A./Verba, Sidney 1963, a.a.O.

⁵⁴⁸ Vgl. dazu Caciagli, Mario 1992: a.a.O., S.55f.

⁵⁴⁹ Fritzsche, Peter K. 1987, a.a.O.

⁵⁵⁰ Trautmann, Günther 1991, a.a.O., S.301.

überwiegend keinen autonomistischen Träumen nach. Umfragen zeigen, daß regionale Identitätsmuster mittlerweile kaum mehr eine Rolle spielen.⁵⁵¹ Dies wird durch die Wanderung der norditalienischen Wähler vom Föderalisten Bossi zum Zentralisten Berlusconi bei den 1994er Wahlen unterstrichen, der statt Separation ein neues Wirtschaftswunder und so eine angenehmere Variante der Wohlstandssicherung versprochen hatte.⁵⁵² Auch durch den mehrheitlich bekundeten Wunsch nach lediglich stärkerer Dezentralisierung des Staates⁵⁵³ kommt zum Ausdruck, daß der Erfolg der Lega weder mit Tradition noch mit einem tief verankerten Autonomiewillen zu erklären ist.

Gleichwohl ist es kein Zufall, daß im industrialisierten Norden eine Partei wie sie entstanden ist. Denn sie konnte neben den bereits genannten Gründen *auch* davon profitieren, daß die alten Parteien wenig für die Überwindung der sozio-ökonomischen Gräben zwischen den Regionen getan haben. Insofern würde ich den Erfolg der Lega als Ausdruck des nicht überwundenen Nord-Süd-Gegensatzes bezeichnen. Dies wiederum kann dazu führen, daß vorhandene, aber in der Regel nicht wahlbeeinflussende, regionale Traditionen über diesen Antagonismus stimuliert werden.

Klientelismus und Democrazia cristiana

Darauf folgt die Frage, warum der Nord-Süd-Gegensatz bis heute nicht überwunden ist. Über Süditaliens Sozialstruktur existiert eine ganze Fülle korruptions-, mafia- und klientelismustheoretischer Literatur, deren Analyse eine eigene Arbeit verdient.⁵⁵⁴ Hier soll nur festgehalten werden, daß mit der Schaffung des unitarischen Staates als Lösung der nationalen Frage keine Lösung der sozialen Frage einhergegangen ist. Sie wurde sogar durch den sich in den 70er/80er Jahren des 19. Jahrhunderts gebildeten Agrarblock⁵⁵⁵ von Großgrundbesitzern und bürgerlichen Schichten noch verschärft. Rolf Wörsdorfer bezeichnet diesen Block als ein weites Interessennetz "der Latifundisten und freiberuflich tätigen Kleinbürger, das mit seinem ganzen Gewicht auf den Bauern, kleinen Pächtern

⁵⁵¹ Biorcio, Roberto 1991, a.a.O. Uessler, Rolf 1994, a.a.O.

⁵⁵² Berlusconi wurde von der Bevölkerung als sogenannter self-made-man geschätzt. Unternehmerische Eigeninitiative genießt in Italien aus zwei Gründen großes Ansehen: 1. wegen des nach wie vor weit verbreiteten kleinen und privaten Mittelstandes. 2. wegen der Unternehmenspolitik der großen Staatsholdings, die von den Regierungsparteien dominiert waren.

⁵⁵³ la Repubblica, 25.10.1994.

⁵⁵⁴ Vgl. dazu Dreier, Volker 1994: Korruption als System, in: sozi. Sozialwissenschaftliche Information, 4/94, S.250-256. Tullio-Altan, Carlo 1986: La nostra Italia. Arretratezza socioculturale, clientelismo, trasformismo e ribellismo dall'Unità ad oggi, Milano.

⁵⁵⁵ Die Bezeichnung Agrarblock stammt von Antonio Gramsci.

und Landarbeitern des Mezzogiorno lastete".⁵⁵⁶ Die Konsolidierung des gegen Staatseliten und Reformvorhaben eingestellten Blocks vollzog sich in mehreren Schritten: Nach dem Regierungsantritt der parlamentarischen Linken unter Depretis wurden süditalienische Klientele in das Machtsystem eingebunden und gleichzeitig das Wahlrecht ausgedehnt, das den Mittelschichten die staatsrechtlich legitimierte Partizipation ermöglichte. Zugleich wurden im Interesse der agrarischen Eliten Schutzzölle für ihre Produkte eingeführt. Wenig später wurden auch für Industrieprodukte Schutzzölle beschlossen. Dieses wichtige "Zugeständnis des Agrarblocks an das Bürgertum im Norden, dämmte die ausländische Konkurrenz auch auf diesem Felde ein und leistete einen wichtigen Beitrag zur Geburt des modernen industrialisierten Norditalien".⁵⁵⁷ In der norditalienischen Bevölkerung wird der Süden heute oft als Appendix betrachtet. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß dieser Norden letztlich "auf Kosten des Südens wuchs und sich entwickelte".⁵⁵⁸

Mit der Auflösung des Agrarblocks ist aber keinesfalls der süditalienische Klientelismus verschwunden. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der auch unter Mussolini nicht eingedämmte Notabelnklientelismus durch den Parteienklientelismus der Democrazia cristiana ersetzt. Sie war in den 40er Jahren schnell zur ersten Kraft avanciert und kam 1946 bereits auf 35% der Stimmen. Zwei Jahre später waren es etwa 13% mehr. Ihre Stärke verdankt sie mehreren Gründen: 1. Sie konnte vom großen und intakten Apparat der Azione cattolica italiana profitieren, die den Faschismus als einzige katholische Massenbewegung überlebt hatte. 2. Zudem beerbte sie die Stimmen der liberal-konservativen Kräfte, die durch ihre Nähe zum Faschismus diskreditiert waren. 3. Schließlich sorgten die Vereinigten Staaten, der Vatikan und konservative Parteiströmungen dafür, daß die zur Zusammenarbeit mit der Linken tendierende DC auf den rechten, d.h. antikommunistischen Weg geführt wurde.

Ihre sich bald abzeichnende Hegemonie hatte wenig mit Programmen oder moralischen Leitbildern zu tun; sie war anfangs in erster Linie ein Instrument der genannten Kräfte gegen die starke politische Linke und vor allem gegen den PCI. Die DC-Hochburgen lagen in den konservativ-traditionalistischen Provinzen des Nordens und im Süden, wobei sie im Süden in die Abhängigkeit der herrschenden Eliten zu geraten drohte. Um von der Kirche und dem Notabelnklientelismus unabhängig zu werden, mußte sie selbst konsensstiftende Partei werden. Dazu trug der Antikommunismus ebenso wie der Parteienklientelismus bei, den die Partei durch Instrumentalisierung der vordemokratischen Patronage- und Klientel-

⁵⁵⁶ Wörsdörfer, Rolf 1988: Klientel oder Klasse? Arbeiterbewegung und Sozialisten in einer städtischen Gesellschaft Süditaliens, Frankfurt/M., S.9.

⁵⁵⁷ Ebd., S.10.

⁵⁵⁸ Ebd.

telarstrukturen geschaffen hatte. Nach und nach wurden von der DC wichtige Schaltstellen in Wirtschaft und Bürokratie besetzt, wodurch sie zu Macht und Einfluß gelangte, an echten Problemlösungen aber immer weniger interessiert war. Daß die DC auch eng mit der - antikommunistischen - Mafia verbunden war, gehörte zu den italienischen Alltagsgerüchten. Aber erst die richterlichen Ermittlungen Anfang der 90er Jahre haben dafür auch die Beweise geliefert.⁵⁵⁹

Es ist schwer zu entscheiden, worauf die klientelistische Politik der DC zurückzuführen ist. Sicher sind historische und staatsräsonistische Gründe nach dem Zweiten Weltkrieg zu nennen. Aber auch die Macht der Gewohnheit oder die Gewohnheit der Macht ist ein entscheidender Faktor. Zudem ist die DC von ihren Wurzeln her keine staatsbürgerlich denkende Partei. Die Masse der Italiener fühlt sich der katholischen Kirche zugehörig, die den laizistischen Staat nach seiner Gründung bekämpft und ihn später nur aus taktischen Gründen toleriert hat. Katholische Bewegungen und Parteien haben daher auch eine starke antistaatliche Wurzel und stehen dem Risorgimento bis heute indifferent gegenüber. Jens Petersen weist darauf hin, daß die laizistischen und marxistischen, somit fast alle Parteien, der DC immer wieder mangelndes National- und Staatsbewußtsein vorgeworfen haben.⁵⁶⁰ Die Hauptursache für den Mangel an nationalem Identitätsgefühl ist seiner Meinung nach in der jahrzehntelangen Vorherrschaft der DC zu suchen.⁵⁶¹

Sie war eine Partei der Interessen; von der allerdings viele profitiert haben. Klientelismus ist ein Tauschgeschäft, das von der Begrenztheit der gehandelten Güter lebt. Eine solche Politik verhindert das Entstehen von Solidarität und trägt wenig zur Förderung staatsbürgerlichen Denkens bei. Staat galt im Bewußtsein vieler Italiener als Einnahmequelle, unabhängig davon, ob sie gerade selbst auf der Nehmerseite standen oder nicht. Der Corriere della sera fragte deshalb Anfang der 90er Jahre besorgt, ob das Ende der Demokratie der Trinkgelder das Ende der Demokratie insgesamt mit sich brächte.⁵⁶² Diese Frage war um so mehr berechtigt, als das gesamte Parteiensystem Anfang der 90er Jahre erodierte und längere Zeit Unklarheit über die weitere Entwicklung dieses Systems sowie über die italienische Politik insgesamt bestanden hatte.

Nutznießerin und gewissermaßen auch Promotorin dieser Entwicklung im Norden war die Lega, die der Bevölkerung glauben

⁵⁵⁹ Zudem gibt es Indizien über die Verstrickungen Andreottis in den Mordfall Aldo Moro: FR, 20.7.95.

⁵⁶⁰ Petersen, Jens 1994, a.a.O., S.51.

⁵⁶¹ Sie hat aber durch ihre kontinentale Außenpolitik eine Art europäischen Bewußtseins in Italien geschaffen.

⁵⁶² Zitiert in: Petersen, Jens 1994, a.a.O., S.140. Das Mailänder Blatt hat die DC auch einmal als "Einheitspartei der öffentlichen Ausgaben" bezeichnet.

machte, daß die Budgetkrise für die eigenen Gebietskörperschaften nur mit Hilfe einer Teilung des Staates überwunden werden könne. Und hier zeigt sich die eigentliche Brisanz der jahrzehntelangen DC-Hegemonie: Dem auf Hilfe und Transferleistungen angewiesenen Süden sind milliardenschwere und durch norditalienische Steuergelder ermöglichte Subventionen zugeflossen, die aber kaum sinnvoll verwandt wurden und dagegen häufig in klandestinen Kassen versandeten. Darauf haben die norditalienischen Wähler mit Protest und die davon betroffenen Regierungsparteien mit einer noch stärkeren Konzentration auf den Süden reagiert, der - mit Wahlgeschenken umgarnt - die Stimmeinbußen ausgleichen sollte. Ein weiteres Anwachsen settentrionalen Unmuts war damit vorprogrammiert. Diesem pekuniären Staatsverständnis liegt schließlich auch der Erfolg der Berlusconi-Partei zugrunde, die den Wählern blühende Landschaften, ein neues Wirtschaftswunder und eine Million Arbeitsplätze versprochen hatte. Einzige Gegenleistung für den Eintritt in dieses Paradies sei das Votum für den Rechtspakt. Die Wahlversprechen der Linken waren weniger erfreulich, denn sie wagte lediglich vorherzusagen, daß mit einer Sanierung des Staatshaushaltes nur mittelfristig und unter gravierenden Einsparungen zu rechnen sei.⁵⁶³ In dieses Bild paßt auch der Aufstieg der von Michael Braun als Südlige bezeichneten Alleanza nazionale. Zweifellos wurde die nationale Allianz durch die Erosion der alten Mitte und durch die in der Folge von Berlusconi betriebenen Bündnispolitik erst gesellschaftsfähig, und sicherlich hat das distinguierte Auftreten Finis Einfluß auf den Erfolg der Partei gehabt. Dieser Erfolg ist aber auch ein Reflex auf die Aggression des Nordens, der den Süden vom norditalienischen Steueraufkommen abkoppeln will.

Auch hier bleibt nach dem Sieg der linken Mitte im April 1996 abzuwarten, inwieweit es dem neuen Premier und seiner Regierung gelingt, die zahlreichen sozialstaatlichen, ökonomischen, politischen, staatsbudgetären und kulturellen Probleme mit einer neuen stabilitäts- und solidaritätsorientierten Politik zu verkleinern.

9.4. Österreich

9.4.1. Sozio-ökonomische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

Österreich ist ein Parteienstaat und die österreichische Nachkriegsdemokratie eine Kreation parteipolitischer Eliten. Mit ihr wurde der Verbändestaat und seine wichtigste Institution Sozialpartnerschaft entwickelt, wobei die Einschätzungen über das Verhältnis von Parteien und Verbänden unterschiedlich sind und von

⁵⁶³ Jens Petersen (1995, a.a.O., S.127ff) räsoniert über die Wahlniederlage der Linken und nennt als möglicherweise ausschlaggebenden Grund die Absicht des Vorsitzenden der Rifondazione comunista, Erträge aus Staatsanleihen, der wichtigsten Sparform, zu besteuern.

"ergänzend" bis "antagonistisch" reichen.⁵⁶⁴ Bis Mitte der 50er Jahre hinein lag die sozio-ökonomische Kompetenz ausschließlich bei den Parteien, die sie jedoch infolge gravierender Konflikte in der großen Koalition und zeitweiliger Handlungsunfähigkeit weitgehend auf die Verbände übertragen haben.⁵⁶⁵

Gewerkschaften, Wirtschafts- und Landwirtschaftsverbände, Kammern und Parteien haben wesentlich die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg gesteuert. Dazu zählen Wiederaufbau, Verstaatlichung ehemals deutschen Eigentums,⁵⁶⁶ Austrokeynesianismus (1952-1974), der sogenannte Verschuldungskeynesianismus (1975-1985) und die Sanierungspolitik seit 1986. Gravierende Krisen blieben Österreich über Jahrzehnte erspart, auch wenn sich die österreichische (Arbeits-)Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg spürbar gewandelt hat. So wurde im Verlauf nur weniger Generationen aus der agrarisch geprägten Republik eine Gesellschaft mit hohem industriellen Niveau und einem weit ausgebauten Dienstleistungssektor wie man ihn "vor wenigen Jahrzehnten noch kaum erwartet hätte".⁵⁶⁷ Vor allem das Bemühen der Sozialpartner, alle Sektoren - Einkommen, Wachstum, Produktionskosten, Wettbewerb, Wohlfahrt, Steuern, Staatsverschuldung - aufeinander abzustimmen, bescherte der Alpenrepublik eine alles in allem gemütliche Modernisierung.

9.4.2. Wandel des Parteiensystems

Diese weitgehend bruchlos verlaufende Entwicklung spiegelt sich auch auf parteipolitischer Seite wider. Denn trotz wirtschaftlicher und sozialer Modernisierungsprozesse und den dadurch bedingten Wandel politischer Einstellungen war das österreichische Parteiensystem bis in die 80er Jahren hinein stabil. Pelinka verweist jedoch auf einen Bruch, der sich innerhalb der beiden Großparteien vollzogen hat: Aufgrund der Auflösungserscheinungen traditioneller sozio-kultureller Milieus und den parallel dazu neugeborenen Mittelschichten und Themen entwickelten sich seit Anfang der 70er Jahre die alten Klassen- und Weltanschauungsparteien sukzessive zu "Allerweltparteien".⁵⁶⁸ Plasser/Ullram

⁵⁶⁴ Pelinka, Anton 1992: Politische Kultur und nationale Identität in Österreich, in: Morass, Michael/Pallaver, Günther, a.a.O., S.76ff.

⁵⁶⁵ Lauber, Volkmer 1992: Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.), a.a.O., S.503.

⁵⁶⁶ Ebd., S.504.

⁵⁶⁷ Haller, Max 1993: Die Sozialstruktur Österreichs - Entwicklungstendenzen und Charakteristika im internationalen Vergleich, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.), a.a.O., S.38.

⁵⁶⁸ Pelinka, Anton 1988: Abstieg des Parteienstaates - Aufstieg des Parlamentarismus, in: ders./Plasser, Fritz, a.a.O., S.35-52.

führen die dennoch anhaltende Stabilität des Systems auf die Dominanz der Lagerkulturen (eins und zwei) sowie die hegemoniale Stellung ihrer parteipolitischen Repräsentanten in allen gesellschaftlichen und staatlichen Sektoren zurück.⁵⁶⁹ Gleichwohl wuchs der Kreis unentschlossener Wähler, der sich aus flexiblen neuen und jenen Schichten zusammensetzt, die sich emotional an eine Partei gebunden, aber immer weniger vertreten sahen, spürbar an.⁵⁷⁰

Sichtbare Folgen hatte diese Entwicklung 1986: Den Grünen ist es nach einem zuvor mißratenen Versuch gelungen, in den Nationalrat einzuziehen, und gleichzeitig konnte die FPÖ ihr Ergebnis erheblich verbessern. Damit hatten die beiden großen Parteien mehr als 10% der Stimmen verloren;⁵⁷¹ zunehmende Wahlenthaltungen nicht mit berechnet. Dieser Trend hat sich bei den folgenden Nationalratswahlen bestätigt, wobei die FPÖ die größte Nutznießerin dieses Wandels ist. Sie erzielte nach ihren rund 16% von 1990 vier Jahre später 22,6% der Stimmen. Die Grünen verbesserten sich 1994 auf 7%. Bei diesen Abstimmungen ist mit dem Liberalen Forum eine weitere Kraft in den Nationalrat eingezogen, die sich auch nach den vorgezogenen Wahlen von 1996 behaupten konnte.⁵⁷² Ein grundlegender Wandel des Parteiensystems hat sich damit vollzogen.

9.4.3. Modernisierung und SPÖ-Krise

Sozialpartnerschaft, Austro- oder besser: *Kreisky-Keynesianismus* und enorme Wohlstandsentwicklung bei gleichzeitiger Institutionalisation eines breiten sozialen Netzes sind von den Wählern stets als sozialdemokratische Errungenschaften empfunden worden. Dies spiegelt sich auf nationaler Ebene wider, wo Sozialdemokraten, anders als auf dem Land, besonders stark waren. Mit Beginn der 80er Jahre stieß der "Österreichische Weg" wegen der krisenhaften Entwicklung westlicher Industrien an seine Grenzen, und der Spielraum einer auf Zuwachsverteilung basierenden Politik wurde geringer. Parallel dazu verschafften sich neo-konservative Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik zunehmend Gehör, und in Medien und Bevölkerung machte sich eine negative Grundstimmung gegen die dirigistische Rolle des Staates auf wirtschaftlichem Sektor breit. Dadurch hatte die seit 1970 allein regierende SPÖ

⁵⁶⁹ Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. 1988, a.a.O., S.79f.

⁵⁷⁰ Haerpfer, Christian 1992: Wahlverhalten, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.), a.a.O., S.475-492. Dachs, Herbert 1992: Grünalternative Bewegungen, in: ebd., S. 263-274. Horner, Franz 1992: Programme - Ideologien: Dissens oder Konsens, in: ebd., S.197-209.

⁵⁷¹ Die Reduktion ergibt sich aus den 6,7% für die Grünen und dem ca. 5%igen Stimmenzuwachs für die FPÖ.

⁵⁷² Die einzelnen Ergebnisse sind dem Anhang oder dem Kapitel 8.3. zu entnehmen.

ihre absolute Mehrheit eingebüßt und war 1983 auf die FPÖ angewiesen.⁵⁷³

Zwar kann die Wirtschaftspolitik der Koalition unter bilanziellen und industriepolitischen Aspekten als erfolgreich bezeichnet werden; steigende Arbeitslosigkeit, Pensionsreform zu Lasten der Pensionäre und die Krise der Verstaatlichten Industrie⁵⁷⁴ provozierten aber Verunsicherungen bei den SPÖ-Wählern und einen spürbaren Imageverlust der sozialdemokratischen Partei, den auch die FPÖ zu spüren bekam. Für die deutschnationale Strömung war dies die Stunde, zur Demontage Stegers zu rufen, dem es innerhalb der Koalition nicht gelungen war, sich als eigenständig zu profilieren und damit neue Klientele zu erschließen.

Die Steger-Epoche gilt als liberale und wirtschaftspolitisch gesehen sogar als betont wirtschaftsliberale Phase. Nehmen wir einmal an, Steger wäre es gelungen, die Meinungsführerschaft in der Partei zu erzielen und seinen Posten als Kanzler-Stellvertreter zu behalten. Welche Partei hätte dann von dem sich im Haider-Votum artikulierenden Protest profitiert? Die Grünen? Hätte sich mangelndes Vertrauen in die alten Parteien überhaupt bei Wahlen signifikant niedergeschlagen? Was wäre mit der FPÖ passiert? Spaltung der Partei mit einem in der Regierung und einem gegen sie arbeitendem Flügel? Hätten die Deutschnationalen überhaupt die Kapazität und das Geschick gehabt, Protestpotential in Stimmen für sie umzuwandeln? Hätte sich überhaupt ein **derartig** großes Protestpotential entwickelt, und wenn nicht, warum nicht? Leider müssen diese Fragen, so wichtig sie auch sind, unbeantwortet bleiben. Denn faktisch waren die Machtverhältnisse in Innsbruck auf seiten derer, die in Folge der SPÖ-Krise und den für die FPÖ niederschmetternden Prognosen⁵⁷⁵ zum außerordentlichen Parteitag nach Innsbruck riefen. Etliche Steger-Anhänger sind danach aus der Partei ausgetreten,⁵⁷⁶ zur SPÖ gegangen oder haben unabhängige liberale Zirkel gegründet.⁵⁷⁷ Nicht wenige haben der Politik ganz den Rücken gekehrt, und einer kleinerer Teil verblieb mehr oder minder frustriert in der Partei.

Diese "neue" FPÖ setzte von Anfang an auf eine gegen große Koalition, Sozialpartnerschaft und Verbände zielende Politik und

⁵⁷³ Ucakar, Karl 1992: Die Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert, a.a.O., S.224f.

⁵⁷⁴ Dabei handelt es sich um Spekulations- und Investitionsverluste in hohem Maß.

⁵⁷⁵ Unter Steger hatte die Partei nicht nur ihre schlechtesten Ergebnisse erzielt. 1986 lag sie bei den sog. Sonntagsfragen nur noch bei etwa zwei Prozent.

⁵⁷⁶ Steger selbst ist erst 1993 ausgetreten.

⁵⁷⁷ Z.B. den Atterseekreis, der eng mit Steger verbunden war, später die FPÖ verlassen hat und nun das Liberale Forum unterstützt.

konnte von der sich langsam offenbarenden SPÖ-Krise profitieren. Österreich galt über Jahrzehnte als Musterland eines funktionierenden Interessenausgleichs zwischen allen in der Arbeitsgesellschaft relevanten Kräften und die Institution Sozialpartnerschaft als Garant gütlicher Konfliktregelung und gerechter Verteilung. Kompetenzüberschneidungen und Machtmißbrauch als beinahe vorgezeichnete Konsequenz der *Versäulung* wurden von der Bevölkerung toleriert, solange das System funktionierte. Die SPÖ als wichtiger Faktor dieses Kontextes war dabei mehr als nur eine Partei. Sie war ein sozialer Dienstleistungsbetrieb, der nötigenfalls Arbeit oder Wohnung besorgen konnte. Sie war zugleich kultureller Hort, wo Sport getrieben, Klassenkampf intoniert oder zusammen gefeiert wurde. Sie war damit ein integraler Teil des Arbeiterlebens. Der rasche Ausbau der Dienstleistungsgesellschaft in den 70er und 80er Jahren sowie die parallel dazu erfolgte technische Modernisierung und Rationalisierung im industriellen Bereich hatten gravierende Auswirkungen auf die Sozialstruktur.⁵⁷⁸ Im Verlauf dieses Prozesses sind neue Berufsprofile mit hohen qualifikatorischen Anforderungen entstanden; gleichzeitig wurden Tätigkeiten in der Industrie auch abgewertet und dementsprechend geringer bezahlt. Darüber hinaus hat sich eine Arbeitslosenquote herausgebildet, die in den 80er Jahren bei etwa 5% und seit Mitte der 90er Jahre schon bei 7% mit steigender Tendenz lag. Diese Faktoren haben den Spielraum von Sozialpartnerschaft und *Sozialdemokratismus* verkleinert. Mit der Ostöffnung Ende der 80er Jahre wurden die Verunsicherungen innerhalb der Gesellschaft noch weiter verstärkt. Denn mit diesem Ereignis ging die Wanderung billiger Arbeitskräfte nach Österreich und die Standortverlagerung österreichischer Unternehmen ins Ausland einher. Das bequeme Nischenleben zwischen den Blöcken, von dem Österreich viele Jahrzehnte profitiert hat, war definitiv beendet, und der Hort Sozialdemokratie vermochte keinen Schutz mehr zu geben. Seit Österreich Mitglied der EU ist, wächst zudem der Unmut der Arbeiter über die Beschäftigung billiger Kräfte aus dem südeuropäischen Ausland.

Es sind vor allem Arbeiter, die sich von der SPÖ thematisch und sozial vernachlässigt fühlen. Das jedenfalls ist das Ergebnis einer von der SPÖ in Auftrag gegebenen und sorgsam geschützten Studie, mit der sie den Ursachen ihrer eigenen Schwäche und dem parallel verlaufenden Aufstieg der Haider-Partei auf die Spur kommen will. Das von ihr beauftragte IFES-Institut attestiert der Partei nach zahlreichen Tiefeninterviews mit SPÖ-Abtrünnigen, daß "eine tiefe Frustration hochgesteckter Erwartungen (...) sich wie ein roter Faden durch alle Gespräche zieht". Auch die "Stichworte Protest, Privilegien, Politikerverdrossenheit - da und dort garniert mit Abstiegsängsten und Ausländerhaß - blitzen in so gut wie allen Interviews auf".⁵⁷⁹ Glühende Haider-Anhänger finden sich in der Ex-SPÖ-Wählerschaft erwartungsgemäß kaum, und häufig wird er aus diesem Kreis heraus nur zähneknirschend gewählt. Auch eine FPÖ-Alleinregierung wünscht sich kaum jemand. Gleichwohl gilt Haider

⁵⁷⁸ Haller Max, 1993, a.a.O., S.37-49.

⁵⁷⁹ profil, 20.3.1995, S.30.

als jemand, der die Bedürfnisse der sogenannten kleinen Leute thematisiert und sich in dieser Hinsicht von den anderen Parteien unterscheidet.⁵⁸⁰

Während sich das IFES-Institut gemäß seinem Auftrag darauf beschränkt, Interviews auszuwerten und darüber hinaus dem Glauben Ausdruck zu verleihen, daß gut die Hälfte der SPÖ-Abtrünnigen dauerhaft verloren sei, setzen sich Fritz Plasser und Peter A. Ulram mit den Hintergründen veränderten Wählerverhaltens auseinander. Sie führen den FPÖ-Erfolg innerhalb der Arbeiterschaft auf den Zusammenbruch sozialdemokratisch geprägter Milieus, Desintegration der Arbeiterkultur, neoliberale Wirtschaftsdeologie und soziale Marginalisierung bzw. Modernisierungsängste zurück.⁵⁸¹ "Der Tatbestand, daß die FPÖ bei Arbeitern mittlerweile zur zweitstärksten Partei geworden ist, aber auch bei den in der Privatwirtschaft Tätigen bzw. nicht-gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern zu einer ernsthaften Herausforderung des sozialdemokratischen Vertretungsanspruchs geworden ist, verdeutlicht die Tragweite und Brisanz der dahinterstehenden Konfliktdynamik."⁵⁸² Sie wurde auch von der SPÖ erkannt, und im Winter 1996 haben sich hochrangige Parteirepräsentanten zusammengefunden, um über eine veränderte politische Strategie zu beraten. Einigkeit bestand vor allem darin, das Thema "soziale Gerechtigkeit" zurückzugewinnen und neu zu besetzen. Ob die SPÖ ihre sozialpolitischen Vorhaben innerhalb einer rot-schwarzen Koalition mit einer selbstbewußten und wahlarithmetisch flexiblen ÖVP durchsetzen kann, muß allerdings bezweifelt werden. Zumindest aber verweisen der Rücktritt von Vranitzky und die Wahl von Viktor Klima als Kanzler darauf, daß die rhetorische und politische Auseinandersetzung der SPÖ mit der FPÖ in eine neue Phase tritt. Denn Klima gilt unter habituellem Gesichtspunkt als eine wirksame Herausforderung an Jörg Haider.

9.4.4. Einwanderung und Privilegienwirtschaft

Seit Anfang der 90er Jahre wird von FPÖ-Wählern das sogenannte Ausländerproblem als zentrales Wahlmotiv genannt. Es rangiert damit direkt hinter dem Motiv "Privilegienwirtschaft" und ist innerhalb kurzer Zeit von einem hinteren auf den zweiten Platz hochgeschwungen.⁵⁸³ Die FPÖ und Haider haben dabei das Zusammentreffen von Wirtschaftskrise und Ostöffnung für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert, d.h. sie haben eine Kausalität zwischen diesen beiden Faktoren hergestellt und darüber hinaus die kriselnde Sozialpartnerschaft weiter attackiert. Erstmals seit Bestehen der Zweiten Republik wurde sie auch zur Zielscheibe der Unternehmensverbände, die der gütlichen Einigung

⁵⁸⁰ Ebd., S.28ff.

⁵⁸¹ Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. 1994, a.a.O., S.61.

⁵⁸² Ebd., S.61.

⁵⁸³ Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. 1994, a.a.O., S.49ff.

offensichtlich überdrüssig sind. Das dadurch ausgelöste Klima von Unsicherheit und Angst hat die FPÖ geschickt für ihre Zwecke ausgenutzt und sich als Partei "zorniger junger Arbeiter" und "verängstigter Pensionisten" profiliert.⁵⁸⁴

Die um ihre Wähler besorgten Parteien SPÖ und ÖVP haben sich in der Folge des von Haider lancierten "Ausländerthemas" angenommen und die Grenzen für Flüchtlinge und Arbeitsmigranten beinahe undurchlässig gemacht. Dies führte neben einer Rüge des UNHCR⁵⁸⁵ beispielsweise auch dazu, daß ausländische Studenten, die bereits einen Studien- oder Praktikumsplatz in Österreich hatten, die Einreise verweigert wurde. Eine Korrektur der strengen Bestimmungen wurde allerdings seit dem Frühjahr 1995 diskutiert und ist inzwischen vollzogen.

In ihrem 1994 vorgelegten Forschungsbericht über *die FPÖ unter Haider* analysieren Fritz Plasser und Peter A. Ulram eine von ihnen als *neue Rechte* titulierte Wählerschaft, deren Anteil an der Gesamtwählerschaft 18% beträgt. Die FPÖ rekrutiert von diesem für Österreich neuartigen Protestpotential (Plasser/Ulram) etwa 33%.⁵⁸⁶ Merkmale dieser Gruppe sind: Niedriges Bildungsniveau, Überrepräsentanz älterer Bürger, soziale Immobilität "und ein ebenso verengtes Informationsniveau".⁵⁸⁷ Plasser/Ulram charakterisieren die in dieser Gruppe vorherrschenden und auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinenden Werthaltungen als hochgradig individualistisch und zugleich autoritär-hierarchisch. Die in der *neuen Rechten* vorherrschende Auffassung, jeder sei für sein eigenes Schicksal selbst verantwortlich, ist Ausdruck gewachsenen Mißtrauens in und Enttäuschung über Sozialpartnerschaft, Parteien und Institutionen. Obgleich staatliches, sozialpartnerschaftliches und solidarisches Handeln (etwa Wirtschaftshilfe in Krisengebiete) abgelehnt wird, gilt auf der anderen Seite der starke Staat zur Bekämpfung und Bestrafung von Normabweichungen als erstrebenswert. Wichtigstes Problem dieser Gruppe ist die sogenannte Ausländerfrage. Dies ist nicht ausschließlich Ausdruck einer autoritär-rigiden Grundhaltung, sondern muß auch "vor dem Hintergrund einer hochgradigen sozioökonomischen Verunsicherung dieser Gruppe, ihrem ausgeprägten Konjunkturpessimismus und drohenden Einbußen im persönlichen Haushaltsspielraum" betrachtet werden.⁵⁸⁸

⁵⁸⁴ Ebd., S.34.

⁵⁸⁵ In der 1995er UNHCR-Studie wird die österreichische Asylpraxis als konventionswidrig gerügt. Vgl. UNHCR - Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge 1995: Flüchtlingsalltag in Österreich - Eine quantitativ-qualitative Analyse der Vollzugspraxis des Asylgesetzes 1991, Wien.

⁵⁸⁶ Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. 1994, a.a.O., S.12f.

⁵⁸⁷ Ebd., S.13

⁵⁸⁸ Ebd., S.14.

1993 wurde diese Gruppe von den beiden Politologen differenziert: Sie nennen zwei Typen:

1. Der *potentielle Modernisierungsverlierer* mit einem Anteil von 17% an den Wahlberechtigten hat kein Vertrauen mehr in die sozialstaatliche Wachstumslogik, pocht auf Sicherung des materiellen Standards, lehnt Einwanderung tendenziell ab und ist durch die Rezession sowie durch das Tempo der gesamtgesellschaftlichen Modernisierung nachhaltig verunsichert. Untersuchungen zufolge kann die FPÖ in dieser Gruppe auf 35% der Wählerstimmen kommen.

2. Deutlicher tauchen die unter Punkt 1 genannten Tendenzen bei dem *materiell verunsicherten und autoritär eingestellten Systemverdrossenen* auf (Anteil an der Wählerschaft: 16%). Die Verunsicherung stiftenden Momente führen hier zu "latent autoritären Verdrossenheitsreflexen".⁵⁸⁹ Nichterwerbstätige, Arbeiter und Pensionäre sind signifikant über-, Angestellte deutlich unterrepräsentiert. Der FPÖ kann es theoretisch gelingen, 40% dieser Gruppe an sich zu binden, während sich der Rest - nach parteipolitischen Präferenzen befragt - auf die beiden großen Parteien verteilen würde. Grüne und das Liberale Forum können aus dieser Gruppe keine Wähler gewinnen. Kennzeichnende Merkmale sind neben einem stark ausgeprägten Wirtschaftspessimismus die tendenzielle Befürwortung autoritärer Problemlösungen, Xenophobie und Ablehnung des Parteien- bzw. Sozialstaates. Die Größe dieser Gruppe "und die zunehmende Radikalität der Einstellungen in Form einer brisanten Mischung aus Wohlfahrtschauvinismus, defensivem Abwehrnationalismus sowie ausgeprägten anti-institutionellen und anti-parteiaatlichen Affekten stellt ein für populistische Appelle empfängliches, mobilisierungsfähiges Wählerpotential dar."⁵⁹⁰

Es fällt auf, daß zwischen den Ergebnissen der Plasser/Ulram-Studie und den Resultaten der vorhin zitierten IFES-Untersuchung einige Unterschiede bestehen. Dies liegt nicht zuletzt an verschiedenen Forschungsstrategien und an der Auswahl der Forschungsobjekte: Plasser/Ulram setzen sich vorwiegend mit der gesamten FPÖ-Wählerschaft seit 1986 auseinander und überprüfen zudem einen für die FPÖ potentiell zugänglichen Markt. Die IFES-Gruppe dagegen war nur an den direkt von der SPÖ zur FPÖ übergelaufenen Wählern interessiert. Dennoch ergibt sich daraus eine nicht unbeachtliche Schnittmenge. Deshalb ist es überraschend, daß die von Plasser/Ulram definierte Gruppe der *neuen Rechten* (sowie ihre Differenzierungen) in der IFES-Studie nicht auftaucht; auch nicht unter äquivalenten Bezeichnungen. Daraus will ich nicht vorschnell den Schluß ziehen, daß die IFES-Gruppe weniger sorgfältig gearbeitet hat. Aber sie war im Auftrag einer Partei tätig, die sich Sorgen um ihre Arbeiterwählerschaft und zugleich Hoffnung macht, aus den Ergebnissen thematische oder taktische Konsequenzen

⁵⁸⁹ Ebd., S.15.

⁵⁹⁰ Ebd., S.17.

ziehen zu können. An einer mehrdimensionalen Langzeitstudie wird einer in Legislaturperioden denkenden Partei vermutlich wenig gelegen haben. Beide Erhebungen unterstreichen jedoch, daß die FPÖ Nutznießerin andauernder sozio-ökonomischer Probleme und mangelnder Lösungskompetenz von Regierung und Verbänden ist. Dies fördert die Bereitschaft eines großen Teils der Wählerschaft, Haiders einfachen, provokativen und, je nach Opportunität, auch kontradiktorischen Antworten zu folgen.

9.5. Diskussion

Die Parteiensysteme Frankreichs, Italiens und Österreichs haben sich aufgrund ähnlicher sozio-ökonomischer Entwicklungsprozesse gewandelt, wodurch die Voraussetzung geschaffen wurde, daß politische Außenseiter in die Strukturen eindringen oder sich signifikant verbessern konnten. Die sozio-ökonomische Modernisierung hatte aber nicht nur einen Wandel politischer Orientierungen zur Folge. Eng verbunden damit ist ein Wandel von Lebens- und Arbeitsgewohnheiten sowie die Überwindung von Traditionen. Die Modernisierung der Industrienationen hatte damit weitreichenden Einfluß sowohl auf die Bevölkerung als auch auf Verbände, politisch-kulturelle Subsysteme und Parteien. Von der zunehmenden Durchlässigkeit der hier relevanten Parteiensysteme konnten Organisationen profitieren, die sich trotz mancher Übereinstimmung in ihrem Staatsdenken und in ihren Themen und Inhalten voneinander unterscheiden. Zudem sind die drei Parteiensysteme unter dem Blickwinkel der Wahlgesetzgebung und der Regierungsbildung selbst verschieden. Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, den Erfolg des Front National, der Lega Nord und der FPÖ lediglich auf jene Faktoren zurückzuführen, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Modernisierung stehen. Denn schließlich ist auch die Entstehung grün-alternativer Bewegungen in Österreich und anderswo oder der Auftrieb der französischen Sozialisten Anfang der 80er Jahre, um nur wenige Beispiele zu nennen, eine Folge gesellschaftlicher Modernisierung. Die in Frankreich, Italien und Österreich ähnlich verlaufenden Prozesse sind wichtige Voraussetzungen für den Erfolg der hier im Zentrum stehenden Parteien.

Die Tatsache, daß Gesellschaften sich wandeln und daß dieser Wandel Einfluß auf das Wahlverhalten hat, konstituiert jedoch noch keine Erfolgsbedingungen für Parteien, die zwischen System- und Establishment-Antagonismus schwanken, oft kompromißlose Forderungen erheben und das soziale Ressentiment zum integralen Teil ihrer "Problem Diagnosen" machen. Darum stellt sich die Frage nach der Qualität des gesellschaftlichen Wandels und den daraus resultierenden Konfliktlinien. Da Modernisierung aber kontinuierlich verläuft, stellt sich zudem die Frage, wann und in welchem Umfang unterschiedliche Wandlungsmomente zusammentreffen und ein Problemfeld konstituieren, das zur nachhaltigen Destabilisierung traditioneller Parteien und zum Erfolg neuer Akteure führt.

Wandel der Industriegesellschaft

Eine wichtige Erklärung für den Erfolg der drei, aber auch anderer (rechtsgerichteter) Protestparteien Westeuropas liegt im Ort ihres Durchbruchs, in den bevölkerungsreichen und industriellen Agglomerationen. Daß sie hier und nicht in der Provinz, auf dem Land oder innerhalb des konservativ geprägten Mittelstands erfolgreich sind, läßt auf wichtige Problemstrukturen schließen, die in den großen Zentren vorherrschen.

Die prosperierende Wohlstands- und Industriegesellschaft der ersten Nachkriegsjahrzehnte existiert nicht mehr. An ihre Stelle trat sukzessive eine diversifizierte Arbeitsgesellschaft mit kostenintensiven Tertiär- und rationalisierten bzw. modernisierten Industriesegmenten. Unter bilanziellem Aspekt sind die Industriestaaten nach wie vor erfolgreich. Diese Bilanzen verdecken jedoch die konjunkturellen Probleme zahlreicher Klein- und Mittelbetriebe, die gegen die Industriegiganten immer weniger bestehen können. Großunternehmen wiederum erzielen ihre steigenden Gewinne mit immer weniger Arbeitskräften. Darüber hinaus haben sich aufgrund veränderter Anforderungen die Berufsprofile erheblich verändert. Die negativen Folgen davon sind nicht nur aus Frankreich, Österreich oder Italien bekannt: überwiegend staatlich finanzierte Umschulungsprogramme, mit denen Arbeitslose für neue Jobs oder für die gestiegenen Leistungsanforderungen der Industrie fit gemacht werden, großzügige Vorruhestandsregelungen, Ausdehnung sozialer Transferleistungen und eine dennoch steigende Arbeitslosigkeit mit entsprechenden finanziellen Belastungen für den Staat. Letztlich ist dies eine einseitige Verlagerung volkswirtschaftlicher Kosten zu Lasten des Staates, der dort eingreifen muß, wo sich die Selbstregulierung des freien Marktes als Illusion entpuppt. Der Anspruch des Sozialstaats, den Benachteiligten einen gewissen Standard und Kaufkraft zu garantieren, wird schwerer einlösbar. Dies ist aber nicht das einzige Problem. Menschen, die aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden, verlieren nicht nur finanziellen, sondern häufig auch sozialen Status.

Greifen wir zurück: Die sozio-ökonomische Modernisierung erforderte von der Bevölkerung ein hohes Maß an Mobilität, Flexibilität, Leistung und Bildung. Diese Anforderungen - und Chancen - hatten einen nachhaltigen gesellschaftlichen Wandel zur Folge. Eine dieser Folgen ist die Stärkung der politischen und soziologischen Mitte. Im Fall Frankreich bedeutet dies eine Überwindung des gaullo-kommunistischen Paradigmas und eine Stärkung des Zentrums und der sozialistischen Partei. Die österreichischen Klassenparteien ÖVP und SPÖ wandelten sich zu den von Pelinka so bezeichneten Allerweltparteien, wobei die Auswirkungen im Vergleich zu Frankreich etwas anders waren: Obwohl die SPÖ in den 70er Jahren ähnlich wie die französischen Sozialisten stärker geworden war und nicht nur die nach rechts gedriftete ÖVP überrunden, sondern erstmals alleine eine Regierung bilden konnte, war sie unter regierungspolitischen Aspekt eine alte Bekannte. SPÖ

und ÖVP haben die meiste Zeit gemeinsam am Ruder gesessen,⁵⁹¹ wobei ihnen bis in die 80er Jahre hinein eine vergleichsweise unbedeutende Opposition gegenüberstand. Dies änderte sich erst Mitte der 80er Jahre parallel zu ökonomischen Krisenereignissen, mit denen Österreich zuvor und nicht zuletzt wegen der Kompromißbereitschaft der Sozialpartner besser hatte umgehen können andere Staaten. Aufgrund der ausgeprägten Polarisierung hatte sich der Wandel von Parteien und Parteiensystem in Italien eher verdeckt vollzogen. Signifikante Merkmale sind die Öffnung des PCI und seine eurokommunistische Argumentation sowie die zunehmend bürgerliche Politik des PSI, der sich in den 70er Jahren vom PCI distanziert und sich stärker einer gemäßigten Wahlklientel angeboten hat. Damit konnte er in die Regierung eintreten, deren Partner zu diesem Zeitpunkt schwächer geworden waren.

Parteien und Bevölkerung sind von ihren Einstellungen her im Durchschnitt "gemäßigter" geworden und soziologisch und ideologisch weniger eindeutig zu kategorisieren. Die Modernisierung nach dem Zweiten Weltkrieg hatte also in dieser Hinsicht eine unitarisierende Wirkung. Wenn Bürger mit ihrer Lebenswirklichkeit einigermaßen zufrieden sind, wird es sie vermutlich wenig anfechten, daß die ÖVP ihrer Partnerin ähnlicher wird oder daß sich Andreotti und Craxi ohne nachhaltige politische Konsequenzen als Regierungschefs ablösen können. Anders verhält es sich in von Angst oder Unsicherheit gekennzeichneten Phasen. Es kann niemanden verwundern, daß politische Außenseiter ihre Chance erhalten, wenn die traditionellen Parteien als immer weniger unterscheidbar wahrgenommen werden, und weder der Opposition noch der Regierung die Kompetenz zugetraut wird, die sich hinter diesen Ängsten verbergenden Probleme zu lösen. Skepsis gegenüber traditionellen Parteien kann sich bis zur offenen Ablehnung steigern, wenn die Gefühle von Unsicherheit und Angst größer werden: Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, Statusunsicherheit, Wandel moralischer Leitlinien und der Verlust sozio-kultureller Bezugssysteme sind die in diesem Zusammenhang wichtigen Stichwörter.

Sozialwissenschaftler reden nicht zu Unrecht vom Extremismus der Mitte, wenn bislang gemäßigte Wählergruppen "ausbrechen" und ihre Stimmen denjenigen Protestparteien geben, die mit einfachen Schuldzuweisungen auf die Komplexität der Probleme antworten. Diesen Wählern stehen beinahe spiegelbildlich jene gesellschaftlichen Gruppen gegenüber, die von der Modernisierung profitieren konnten und heute aus einer vergleichsweise sicheren sozio-ökonomischen Lage heraus die Folgen dieser Entwicklung kritisieren.

Hinzu kommt die Problematik großer Koalitionen vor allem dann, wenn sie - wie in Italien oder Österreich - keine Ausnahmen darstellen. Immerhin hatte auch der Front National seinen ersten nationalen Erfolg zur Zeit der *cohabitation*, die einer großen Koalition gleichkommt. Ich will dieses Argument jedoch nicht über-

⁵⁹¹ Die ÖVP hat von 1966 bis 1970 und die SPÖ in den 70ern bis Anfang der 80er Jahre alleine regiert. Hinzu kommt die kleine Koalition von 1983-1986.

strapazieren, zumal das Vorhandensein einer großen Koalition allein weder Unmut noch Protestwahlverhalten erklären kann. Wenn dies so wäre, dann hätte sich die Schweiz schon längst zu einem politischen Unruheherd entwickelt. Die Franzosen haben mit dem Front National einen Außenseiter ins nationale Parlament gewählt. Damit unterscheidet er sich von den beiden anderen Parteien. Denn neben der FPÖ war auch die Lega Lombarda schon vor dem eigentlichen Durchbruch mit wenigen Senatoren und Deputierten auf nationaler Ebene präsent. Ungeachtet dieser Minimalpräsenz war aber auch die Lega ein politischer Outsider. Anders in Österreich, wo die FPÖ seit ihrer Gründung im Nationalrat vertreten war und bis auf die wenigen kleinkoalitionären Ausnahmejahre in der Opposition saß. Warum eigentlich blieb dem italienischen PCI als ebenfalls dauerhaft opponierender Partei das versagt, was der FPÖ zuteil wurde? Warum konnte nicht er statt der Lega von der Krise der Regierungsparteien profitieren? Augenscheinlich ist es kein ausreichender Grund, Oppositionsparteien im Rahmen einer parteipolitischen Vertrauenskrise nur deshalb stärker zu wählen, **weil** sie in der Opposition sitzen. Entscheidend war für Italien wohl die Tatsache, daß auch der PCI trotz seiner Sonderrolle im System verankert und damit ein Teil des traditionellen Parteiensystems war. Aber auch die FPÖ war im System verankert und zudem für kurze Zeit Regierungspartei. Beide Parteien weisen aber gravierende habituelle Unterschiede auf. Denn die nach 1986 erfolgreiche FPÖ hat sich als Anti-Establishment-Akteur und nicht als "Systempartei" präsentiert. Dagegen ist der PCI im Verlauf vieler Jahrzehnte immer gemäßigter geworden. Vor allem hat er von frühen Ausnahmen abgesehen niemals einen alle übrigen Parteien und Institutionen umfassenden Überfeind konstruiert und sich als alleinige und ausschließliche Alternative dargestellt. Er hat im Gegenteil vieles unternommen, um von den übrigen Parteien und besonders von der DC als politischer Partner anerkannt zu werden. Schließlich darf die ideologische Positionierung nicht außer acht gelassen werden: PCI/PDS gelten aus der eigenen und der Fremdperspektive als links, wobei "links" nicht erst seit Norberto Bobbios Gedanken über den Begriff⁵⁹² für den Kampf um gesellschaftliche Gleichheit steht. Dieser Gleichheitsgedanke wird von den hier untersuchten Parteien nicht vertreten. Sie drehen vielmehr den argumentativen Spieß herum und behaupten mitunter, daß sie als Organisationen und die von ihnen angeblich repräsentierte "Gemeinschaft" selbst Opfer rassistischer Verfolgung oder Benachteiligung sind.⁵⁹³

Protestparteien neuen Typs?

⁵⁹² Bobbio, Norberto 1994, a.a.O.

⁵⁹³ Vgl. etwa Gsteiger, Fredy 1995: Der Rassismus des Salons, in: Die Zeit, 1.9.1995, S.10. Vgl. auch Bossi, Umberto/Vimercati, Daniele 1993: La Rivoluzione. La Lega: Storia e idee, Milano, S.1. In diesem Buch berufen sich die beiden Autoren auf die Menschenrechtserklärung von 1793 und legitimieren auf dieser Basis ihren Kampf gegen das politische System Roms, das die Rechte des norditalienischen Volkes eklatant verletze.

Die französische Linke wurde Anfang der 80er Jahre an die Regierung gewählt, als das Land bereits gravierenden wirtschaftlichen Problemen ausgesetzt war. Diese Linke hatte nicht nur einen großen Teil der Arbeiterwählerschaft, sondern zudem zahlreiche Wähler hinter sich, die auf den sozialistischen Reformismus in allen gesellschaftlichen Bereichen setzten. Finanziell aufwendige Vorhaben wurden jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten hintangestellt, und die Regierung nahm dagegen einen neoliberalen Kurs, den man von einer wirtschaftsliberalen Rechten erwartet hätte.

Die der traditionellen Rechten kaum zugeneigten Wähler aus dem Arbeitermilieu waren von den Sozialisten enttäuscht. "Gewonnen hat unter Mitterrand vor allem die rechtsextreme Front national" schlußfolgert ein Zeit-Korrespondent daher nicht zu Unrecht.⁵⁹⁴

Enttäuschung über sozialdemokratische Politik war auch in Österreich ein wichtiges Motiv vieler Wähler aus dem Arbeiter- und Angestelltenmilieu, ihre politische Heimat zu wechseln. Die an Zuwachsverteilung und eine mehr oder minder funktionierende Sozialpartnerschaft gewöhnten Wähler wurden durch den Wandel ökonomischer Handlungsprinzipien verunsichert. Dabei gilt der nach wie vor verehrte "Sonnenkanzler" Kreisky als Sozialpolitiker, der notfalls Schulden in Kauf nimmt, Vranitzky dagegen als neoliberaler Technokrat.⁵⁹⁵ Zwar verspricht Haider keine Renaissance des Wohlfahrtsstaates. Er bezeichnet sich mit Blick auf seine neue Klientel aber als einen Schüler Kreiskys, dem er gute Absichten, aber einen zu geringen ökonomischen Weitblick attestiert.⁵⁹⁶ Damit taktiert er geschickt, denn er appelliert an die Kreisky-Gefühle traditioneller SPÖ-Wähler und stellt sich selbst als Hüter sozialer Gerechtigkeit dar, der passenderweise über das richtige ökonomische Handwerkszeug verfügt. Er bedient sich der SPÖ-Tradition und attackiert zugleich ihre politischen Instrumentarien sowie generell die "Privilegienwirtschaft" der Repräsentanten beider Großparteien und der Verbände. Das Fazit von Plasser/Ulram, wonach die FPÖ eine "protestorientierte Arbeiterpartei neuen Stils" sei, ist auf diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung ihrer Klientel nicht nur trefflich,⁵⁹⁷ sondern auch auf den FN und andere Protestparteien übertragbar.

⁵⁹⁴ Fritz-Vannahme, Joachim 1995: Ende der Illusion, in: Die Zeit, 19.5.1995, S.9.

⁵⁹⁵ Er hat den neoliberalen Kurs nach seiner Amtsübernahme so schnell vorgenommen, daß die ÖVP noch nicht einmal für sich in Anspruch nehmen kann, Erfinderin dieses Konzepts zu sein. Ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen orientierten sich Mitte der 80er Jahre noch am staatsinterventionistischen Modell. Vranitzky war zuvor Finanzminister im Sinowatz-Kabinett der kleinen Koalition; dieses Amt hatte er bereits unter Kreisky angestrebt, aber nicht erhalten.

⁵⁹⁶ profil, 21.8.1995.

⁵⁹⁷ Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. 1994, a.a.O., S.16.

Ein Zusammenhang zwischen desillusionierten Links- bzw. Arbeiterwählern und Protestwahlverhalten beschränkt sich im übrigen nicht nur auf Frankreich und Österreich. Ebenso läßt sich dies in Belgien in Bezug auf den Vlaams Blok und seine Wählerschaft⁵⁹⁸ und in Skandinavien beobachten, wo die Fortschrittsparteien auch aus dem Vertrauensverlust vieler Bürger in die Sozialdemokratie elektorales Kapital schlagen konnten.⁵⁹⁹

In Italien fehlt das linke Regierungsäquivalent und ein damit verbundenes Frustrationspotential. Aber es gab bis in die 90er Jahre hinein klientelistisch agierende Regierungen, die ihre Wähler mit etlichen Leistungen versorgt und damit im eigenen Lager gehalten haben. Daß auch die kommunistische Gegenseite nicht vergessen wurde, ergibt sich aus der Legitimationsgrundlage des alten Parteiensystems. Erst nachdem der Zustand der (auch) durch diesen Klientelismus ruinierten Staatsfinanzen nicht mehr zu leugnen war und zudem klar wurde, daß eine rigide Haushaltspolitik gleich unter wessen Ägide vonnöten sei, haben sich die norditalienischen Wähler für die einfache Rezeptur der Lega Nord entschieden. Es scheint daher nicht so sehr die Frage linker oder rechter Regierungen zu sein, unter deren Amtsgeschäften Protestparteien Zulauf haben. Weitaus wichtiger sind Inhalte und die Richtung dieser Regierungspolitik. Sie kann auch unter bürgerlicher Federführung durchaus sozialstaatlich akzentuiert und auf Ausgleich bedacht sein. Seit dem Ende des Systemkonflikts reden neoliberale Kräfte besonders gern vom "Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts" und zielen dabei gegen den heute existierenden Sozialstaat. Daß ein gravierender sozialstaatlicher Abbau politische und soziale Folgen hat, scheint man in Kauf nehmen zu wollen. Jedenfalls korreliert der Auftrieb rechter Protestparteien auffallend mit dem wachsenden Selbstbewußtsein neoliberaler Strömungen und mit dem Rückzug des Staates aus der Wirtschaftspolitik.

Wenn der Wohlfahrtsstaat an seine Grenzen stößt, klientelare Strukturen und subkulturelle Sicherheiten wegfallen und zudem die Meinung vorherrscht, daß ein *normal* herbeigewählter Regierungswechsel keine positiven Veränderungen bringt, dann kann das Terrain für Outsider oder Protestparteien entstehen. Sie nutzen die gegen traditionelle Parteien bestehende Skepsis und schüren sie. Mit ihrem national, ethnisch oder regional gefärbten Solidaritätsverständnis erteilen sie zugleich der solidarischen Gesellschaft eine Absage und machen Minderheiten für die vorherrschenden Probleme verantwortlich. Paradoxerweise gewinnen diese

⁵⁹⁸ Carlander, Ingrid 1995: Die kosmopolitische, die braune Stadt. Antwerpen: Skandale und Rechtsextremismus, in: Le Monde diplomatique (Beilage der taz/woz), Mai 1995, S.8-9.

⁵⁹⁹ Andersen, Jorgen Goul/Bjorklund, Tor 1994: Struktureller Wandel, neue Konfliktlinien und die Fortschrittsparteien in Dänemark, Norwegen und Schweden, in: Pappi, Franz Urban/Schmitt, Hermann (Hg.): Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien, Frankfurt/M., S.84.

Parteien einen Großteil ihrer Stimmen von Wählern, die verunsichert und auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Der populistische Moment

Wenden wir uns den populistischen Momenten in den drei Ländern zu.

Für Frankreich bezeichne ich das Zusammentreffen von ökonomischer Krise und politischer Desillusionierung als populistischen Moment. Man könnte auch von einer Modernisierungskrise reden, weil die politische Linke Anfang der 80er Jahre die Macht aufgrund ihres Versprechens erhalten hat, die gesamte Gesellschaft zu verändern, dieses Versprechen aber nicht halten konnte. Nun konstituiert nicht jedes uneingelöste Wahlversprechen schon einen populistischen Moment. Es war vielmehr die prekäre Koinzidenz von gravierenden wirtschaftlichen Problemen und den enttäuschten Erwartungen in eine Linke, die sich bis 1980 vergeblich um politische Meinungsführerschaft bemüht hatte und nun erstmals die gesamte Verantwortung trug. Zudem handelte es sich auch nicht um temporäre wirtschaftliche Probleme. Vielmehr war es der Beginn einer Zeit mit Arbeitslosigkeit auch auf zeitlich hohem Niveau (Dauerarbeitslosigkeit), dauerhafter Konjunkturschwächen und hoher Staatsverschuldung und zugleich das Ende wachsenden Wohlstands. Mit Blick auf das nach wie vor geringe Einkommensniveau der französischen Arbeiterschaft ist es leicht nachzuvollziehen, daß gerade in dieser Gruppe die Frustrationen über den "verpatzten Aufbruch" besonders hoch waren. Erinnerung sei hier ein weiteres Mal an die für Frankreich typischen Schlafburgen. Gerade die peripheren Massenunterkünfte mit ihrer an der Arbeitsgesellschaft orientierten Zweckerfüllung bergen dann ein Konfliktpotential, wenn genau diese Arbeitsgesellschaft nicht mehr funktioniert. Die Modernisierung hat überall in Europa einen Verlauf genommen, der zur schrittweisen Atomisierung des Arbeitermilieus geführt hat.

Eng verbunden damit ist die (Identitäts-)Krise der Linken, deren Legitimation auch vom Vorhandensein einer Arbeiterschaft als Subjekt abhängt. Wenn ich das Zusammentreffen von ökonomischer Krise und politischer Desillusionierung als populistischen Moment bezeichne, dann unterscheide ich zwischen den komplexen Problemstrukturen, die für den Erfolg des Front National verantwortlich sind, und dem Auslöser; oder besser: dem Augenblick, in dem sich ein Krisenbewußtsein manifestiert (das sich später materialisiert).

Vielleicht ist das Wort *Bewußtsein* schon zu weit gegriffen. Es reicht möglicherweise das von Dubiel hervorgehobene "*Empfinden verletzter Gerechtigkeit*", die "*Kränkung sozialer Ehre*" oder die "*Ahnung vorenthaltenen Glücks*".⁶⁰⁰ Wenn soziale Milieus erodieren, die zu ihnen gehörenden Individuen sich in den gesellschaftlichen Strukturen nicht mehr zurechtfinden und die Angst vor sozialer Desintegration umgeht, dann hat dies auch Einfluß auf die Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft und auf ihre politische Kultur. Damit ist angedeutet, warum der Front National Stimmen aus allen

⁶⁰⁰ Dubiel, Helmut 1986, a.a.O., S.45.

sozialen Milieus holt. Seine über das Einwanderungsthema erfolgte Verknüpfung von sozialen und nationalen Aussagen ermöglicht es ihm, enttäuschte Arbeiterwähler ebenso an sich zu binden wie Nationalisten und Kulturpessimisten unterschiedlichster Provenienz, die den republikanischen Gleichheitsgedanken und die demographische bzw. wirtschaftliche Globalisierung für die Probleme Frankreichs verantwortlich machen.

Gemessen an den theoretischen Überlegungen kann man Italien fast als Labor-Fall betrachten. Der populistische Moment im Zeitraum des von mir untersuchten Landes war der Fall der Mauer und das definitive Ende des Ost-West-Konflikts. Dieses Ereignis korreliert mit weiteren Krisenmomenten: Krise aller traditionellen Parteien und die dadurch bedingte Krise des gesamten Parteiensystems. Bereits Jahre zuvor hatte sich eine Budgetkrise abgezeichnet, die nun mit internationalen Konjunkturproblemen zusammentraf. Mit Blick auf das durch die Richterschaft aufgedeckte Korruptions- und Kriminalitätsniveau bis hinauf zu den Führungseliten aller Institutionen läßt sich durchaus auch von einer moralischen Krise reden. Diese Kumulation erklärt die Tragweite und die Rasanz der Veränderungen, die Italien im Vergleich zu Frankreich und Österreich zu einem Sonderfall machen. Mit der Lega präsentierte sich eine junge und vorgeblich nicht korrumpierbare Kraft, die den vermeintlich richtigen Weg aus der Krise wies; freilich nur für einen Teil der Italiener. Dabei war der Norden stärker als andere Regionen von den genannten Krisen direkt oder indirekt betroffen: Hier muß das Gros der in den Süden transferierten und dort häufig veruntreuten Gelder erarbeitet werden. Zudem hat der industrialisierte Norden gravierende Transformationsprozesse durchgemacht. Dabei ist er nicht nur mit einer steigenden Arbeitslosigkeit, sondern auch mit einer wachsenden Immigration konfrontiert, der kaum eine Nachfrage an Arbeitskräften gegenübersteht. Verglichen mit anderen italienischen Gebieten weist der Norden mit kaum mehr als acht Prozent eine geringe Arbeitslosigkeit auf. Sie ist aber aufgrund der Industrialisation mit den entsprechenden demographischen und sozialen Folgen von einer anderen Qualität. Dazu kommt die Sorge, auf den internationalen Märkten ins Hintertreffen zu gelangen, wenn nicht genügend Mittel für technische Innovation und bürokratische Effizienz zur Verfügung gestellt werden können. Die Norditaliener brauchen kein nationalökonomisches Studium zu absolvieren, um auszurechnen, wem die Hauptlast bei der Sanierung des heruntergewirtschafteten Staates zufällt. Auf diesem Hintergrund muß die betont neoliberale Argumentation der Lega gesehen werden. Gleichwohl beinhaltet dieser Neoliberalismus auch sozialpolitische Versprechungen, die nach einer vollzogenen Teilung oder Föderalisierung des Landes eingelöst werden sollen. Die auf Totalprivatisierung zielenden Forderungen etwa im Gesundheits- oder Bildungsbereich verlieren vor diesem Hintergrund erheblich an Bedrohung.

Anfang der 90er Jahre ist es der FPÖ gelungen, erstmals einen signifikanten Anteil von Arbeiterwählern an sich zu binden. In dieser Zeit haben sich nicht nur die wirtschaftlichen Probleme des Landes verschärft; diese Entwicklung fällt mit der Ostöffnung und

den ersten damit einhergehenden Konsequenzen zusammen. Der populistische Moment ist damit in Österreich genauso wie in Italien wesentlich durch den Wegfall des Systemkonflikt gekennzeichnet, wenngleich dieses Ereignis für die Alpenrepublik eine andere Bedeutung hatte als für seinen südlichen Nachbarn. Die im Arbeitermilieu beheimateten Wähler waren bzw. sind in erster Linie von den sozio-ökonomischen Folgen der Ostöffnung betroffen und verunsichert. Wie ein Blick in die Geschichte zeigt, war das österreichische Selbstverständnis aber auch zuvor erheblich durch den Ost-West-Gegensatz geprägt.

Österreich ist nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Willen der Alliierten ein eigenständiger Staat geworden, wobei die UdSSR gleichzeitig auf seiner Neutralität bestanden hatte. Als eine Art Gegenleistung für das Neutralitätsversprechen durfte sich Österreich als erstes Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft betrachten.⁶⁰¹ Durch diese zum Teil schattendiplomatisch ausgehandelten Übereinkünfte brauchte das für kriegspolitisch unschuldig erklärte Österreich keine Reparationszahlungen zu leisten und konnte zudem jene Industrien in Besitz nehmen, die sich auf heimischem Territorium befunden haben und zuvor in deutscher Hand waren.⁶⁰² Andererseits erhielt Österreich umfangreiche finanzielle Hilfen aus dem Marshall-Plan und hohe Zuwendungen des European Recovery Program.⁶⁰³ Mit dem 1955 in Kraft getretenen Staatsvertrag wurde die volle Souveränität Österreichs hergestellt und die "immerwährende Neutralität" der Zweiten Republik wenig später in die Verfassung aufgenommen. Durch diese Voraussetzungen hatte der Staat gute finanzielle Startbedingungen, wobei er zusätzlich Selbstbewußtsein und Ansehen durch die mit seiner Neutralität verbundene Außenpolitik gewinnen konnte. Dazu gehörte auch die frühzeitige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern, die sicherheitspolitisch geboten und wirtschaftlich äußerst einträglich waren. Auf der anderen Seite wurden Kontakte zur EWG geknüpft, wobei ein Beitritt aufgrund der Neutralitätsklausel staatsrechtlich umstritten war (ein Beitritt zur NATO galt hingegen als ausgeschlossen; mittlerweile werden die entsprechenden Argumente auch in dieser Hinsicht ausgetauscht).

Die Beendigung des Systemkonflikts hatte weitreichende Folgen: Der deutsche Nachbar ist gewachsen; im Zusammenhang mit der Befreiung Osteuropas waren Konflikte in österreichischen Nachbarstaaten nicht auszuschließen; weite Teile Ex-Jugoslawiens haben sich zu Krisen- und Kriegsherden entwickelt; der bereits zuvor ins Auge gefaßte EG-Beitritt wurde forciert; der "diplomatische Wert" der neutralen Nation Österreich ist mit der Überwindung des Konflikts gesunken; und schließlich gab es für die Bevölkerung die viel unmittelbareren Erfahrungen durch die Ostöffnung: Arbeitswanderung von vielfach illegalen Arbeitskräften aus Osteuropa nach Öster-

⁶⁰¹ Vgl. Ucakar, Karl 1992: Verfassung - Geschichte und Prinzipien, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.), a.a.O., S.87ff.

⁶⁰² Vgl. dazu Aiginger, Karl 1992: Industriepolitik, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.), a.a.O., S.513f.

⁶⁰³ Ebd., S.513ff.

reich, Verlagerung eines Teils der österreichischen Kaufkraft ins benachbarte und weitaus billigere Ausland sowie Firmenverlegungen. Generell dürfte es sich positiv auswirken, wenn sich heimische Unternehmen in den osteuropäischen Schwellenländer ansiedeln, denn dort wird Kaufkraft geschaffen, die auch dem heimischen Markt zugute kommt. Damit werden die Unternehmen aber auch unabhängiger von der inländischen Wertschöpfung. Menschen fallen aus dem Erwerbsprozeß heraus und werden von sozialen Leistungen abhängig, die ihrerseits nicht beliebig ausdehnbar sind. Damit werden Ökonomie und Sozialpolitik zu größeren Konkurrenten. Diese Entwicklung fiel in Österreich zeitlich mit der Wirtschaftskrise zusammen.

Bereits Mitte der 80er Jahre ist deutlich geworden, daß sozialdemokratische Politik an ihre Grenzen gestoßen ist. Dies hat sich später auch wahltaktisch niedergeschlagen. Wenn sich die Prognose des IFES-Institutes bestätigen sollte, wonach gut die Hälfte der zur FPÖ gewanderten ehemaligen SPÖ-Wähler aus dem Arbeitermilieu dauerhaft verloren sei, und die SPÖ weiterhin Stimmen an Grüne und das Liberale Forum verliert, dann kann sie sich mittelfristig zu einer 30%-Partei entwickeln. Aus einer dauerhaften Reduktion ansonsten guter Wahlergebnisse erwächst freilich noch keine Krise. Die Stimmeinbußen zeigen vielmehr einen gesamtgesellschaftlichen Wandel an: Negativwachstum, Abbau des Wohlfahrtsstaates, steigende Arbeitslosigkeit, vermehrt unsichere Arbeitsplätze, Diversifizierung des Arbeitsmarktes, Wegfall klientelistischer Strukturen etc. Schließlich wurde 1995 der EU-Beitritt vollzogen, der zwar von der Bevölkerung mehrheitlich befürwortet wurde, aber zugleich nachhaltige sozio-ökonomische und politische Folgen hat. So wurde etwa die Arbeitswanderung nach Österreich von den Sozialpartnern traditionell gesteuert. In Bezug auf EU-Bürger ist dies aufgrund der Freizügigkeit nicht mehr möglich. Gleichzeitig werden Warenverkehr, Preise und Produktion durch die Brüsseler Bürokratie reguliert (oder auch dereguliert). Nicht zuletzt diktiert der Maastricht-Vertrag weitgehend die Steuer-, Budget- und Verschuldungs- und damit auch die Sozialpolitik der Unterzeichnerstaaten. Die Republik hat damit viele Kompetenzen zu einer Zeit abgetreten, in der wirtschaftliche und budgetäre Probleme kumulieren. Es bleibt abzuwarten, ob die Pro-EU-Parteien in die Defensive geraten, und inwieweit der ehemalige Beitritts-Befürworter und heutige Gegner Haider soziale Ängste auch mit dem EU-Thema zu instrumentalisieren und zu stimulieren versucht. Österreich macht unter dem Strich derzeit einen gravierenden Modernisierungsprozeß auf unterschiedlichen Ebenen durch, der neben der sozio-ökonomischen Komponente im engeren Sinn auch staatsrechtliche und bündnispolitische Momente umfaßt. Der Ostöffnung liegt zudem eine gewisse Symbolik zugrunde. Denn sie beendete eine Epoche, die für Österreich in vielerlei Hinsicht recht fruchtbar war.

9. Erfolgsbedingungen und Erfolgsursachen

9.1. Einleitung

Zum Verständnis auch der möglichen Entwicklung reicht es jedoch nicht aus, sich nur mit den im Zentrum dieser Arbeit stehenden Parteien zu beschäftigen. Deshalb werden in diesem

Kapitel die Hintergründe und die Bedingungen ihres Erfolgs analysiert.

Wie ist die sozio-ökonomische und politische Entwicklung in den drei Ländern verlaufen, wo haben sich markante Brüche ereignet, wie äußert sich die Krise, und welche Konsequenzen hat sie? In einem Anschlußkapitel werde ich den Zusammenhang zwischen den Kernthemen der Parteien und elektoraler Resonanz diskutieren.

Die Untersuchungsgegenstände der folgenden Abschnitte sind nahezu identisch. Neben diesem Grundraster habe ich einige landes- bzw. organisationsspezifische Unterkapitel aufgenommen: Im Abschnitt "Paradigma Marseille" werden die sozio-ökonomischen und politischen Ursachen des Front National nochmals exemplarisch analysiert.⁶⁰⁴ Der Wandel des italienischen Parteiensystems sowie sein Zusammenbruch nach 1989 werden in zwei getrennten Kapiteln untersucht (9.3.2. und 9.3.3.). Das Österreich-Kapitel beinhaltet einen zusätzlichen Teil über die SPÖ-Krise und den parallel dazu verlaufenden Aufstieg der FPÖ. Der Kontext Modernisierung, Rolle der SPÖ und FPÖ-Durchbruch wird überwiegend in diesem Abschnitt erörtert.

9.2. Frankreich

9.2.1. Sozio-ökonomische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich in Frankreich ein rapider und staatlich gesteuerter Modernisierungsprozeß vollzogen (Modernisierung von oben).⁶⁰⁵ Diese Entwicklung verlief ausgesprochen diskontinuierlich, wobei sich vor allem die Angleichung der sozialen und ökonomischen Dynamik als schwierig erwies. Geringe Modernisierungsakzeptanz in der Bevölkerung und den mittelständischen Branchen, unausgewogene Einkommensverteilung,⁶⁰⁶ staatlich initiierte, aber volkswirtschaftlich nicht immer sinnvolle Prestigeobjekte⁶⁰⁷ und nicht zuletzt Rasanz und Sprunghaf-

⁶⁰⁴ Die von Dietmar Loch stammende Bezeichnung *Paradigma Marseille* habe ich aufgrund ihrer Prägnanz übernommen. Loch, Dietmar 1990, a.a.O., S.169.

⁶⁰⁵ Ardagh, John 1969: Frankreich als Provokation. Die permanente Revolution 1945-1968, Frankfurt/M., Berlin. Schubert, Klaus 1990: "Banalisation" - auch der Mythen? Wandlungen im politischen Selbstverständnis der Franzosen seit 1789, in: Albertin, Lothar et al. (Hg.) 1990: Frankreich-Jahrbuch 1990, Opladen, S.73-90.

⁶⁰⁶ Uterwedde, Henrik 1991(a): Inégalités sociales. Struktur, Entwicklung und Ursachen der Einkommensungleichheit in Frankreich, in: lendemains, N.62, S.120-131.

⁶⁰⁷ Klaus Schubert spricht in Bezug auf Prestigeobjekte wie Force de frappe, Ariane und Concorde von Fortschrittsmythen, die das

tigkeit der Veränderungen deuten auf eine insgesamt widersprüchliche und konfliktträchtige Modernisierung der französischen Gesellschaft hin.⁶⁰⁸

Diese Entwicklung führte zu gravierenden Zäsuren etwa in der Landwirtschaft oder im industrialisierten, technisch aber überalterten Norden, der zugunsten neuer Industriegebiete im strukturschwachen Süden und später Südwesten (Ansiedlung von High-Tech) abgewertet wurde.⁶⁰⁹ Im Verlauf der Modernisierung und der raschen Expansion des sekundären und später tertiären Sektors hat sich eine mobile, tendenziell wohlhabende und moderne Gesellschaft herausgebildet. Mit nachhaltigen Auswirkungen auf den Arbeits- und Bildungssektor ist der Bevölkerungsanteil wegen dieser Wohlstandsentwicklung sprunghaft gewachsen.⁶¹⁰ In den 70er Jahren kam der Modernisierungsprozeß parallel zum Ölpreisschock ins Stocken. Die Beendigung der bis 1973 durch tayloristische Arbeitsorganisation und Produktion standardisierter Massengüter, durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates und keynesianische Wirtschaftspolitik gekennzeichnete und auf hohem Niveau verlaufende Wachstumsphase führt Henrik Uterwedde auf die zunehmende Internationalisierung zurück: Damit "geht eine weitgehende Entkoppelung von Masseneinkommen, Binnennachfrage und Gewinnerwartung der Unternehmen einher; die Massenkonsumgüterproduktion hat aufgehört, eine Lokomotivfunktion für die Wirtschaft zu spielen, ohne daß bislang neue Leitsektoren in Sicht wären".⁶¹¹

Die industrielle Konzentration mit einem Schwerpunkt überwiegend östlich einer gedachten Linie zwischen Le Havre und Valence und dem Pariser Raum als Zentrum forderten ihren entsprechenden städtebaulichen Tribut. Durch rasche und teils konzeptionslose Urbanisierung sind an den Stadträndern riesige Schlafburgen entstanden, die sich von den übrigen Siedlungssegmenten deutlich abheben.

9.2.2. Wandel des Parteiensystems

Das Entstehen der sogenannten neuen Mittelschichten war die soziologische, ihr Einfluß auf das Parteiensystem die politische Konsequenz der nur noch unter Kriseneinfluß fortschreitenden

Trauma Vichy vergessen machen und neue Illusionen bzw. Identitäten schaffen sollten. Schubert, Klaus 1990, a.a.O., S.83f.

⁶⁰⁸ Uterwedde, Henrik 1991(b): Sozialer Wandel in Frankreich: von den Trente Glorieuses zur dualen Gesellschaft?, in: Albertin, Lothar et al. (Hg.), Frankreich-Jahrbuch 1991, Opladen, S.41.

⁶⁰⁹ Maier, Jörg/Wackermann, Gabriel 1990: Frankreich. Ein regionalgeographischer Überblick, Darmstadt, S.108ff.

⁶¹⁰ Uterwedde, Henrik 1991(b), a.a.O., S.38.

⁶¹¹ Ebd., S.40.

Modernisierung.⁶¹² Diese einkommensstarken, durch hohes Bildungsniveau und Mobilität gekennzeichneten Mittelschichten wiesen eine nur geringe affektive Parteibindung auf und wurden aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke von den Parteien zunehmend umworben; zu Lasten der Interessen ihrer schrumpfenden Traditionsklientele. Mit der Stärkung der soziologischen und politischen Mitte wurde zugleich das gaullo-kommunistische Paradigma der ersten Nachkriegsjahrzehnte überwunden.⁶¹³

Dieser Wandel kommt in der Wahl des ersten nicht-gaullistischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing 1974 und durch die Wahlen zur Nationalversammlung 1978 zum Ausdruck, bei denen die gaullistische Bewegung⁶¹⁴ 15% der Stimmen und der PCF seine linke Vorreiterrolle verloren hatte. Dagegen konnte die sozialistische Partei (PS) etwa fünf Prozent und das Zentrum rund sieben Prozent zulegen. Alle Parteien lagen nun mit dem PCF als schwächster (20,6%) und der UDF als stärkster (23,9%) Kraft im vorderen 20-Prozent-Bereich. Heimatlos fühlten sich vor allem rechts orientierte Wählergruppen, die einen weitgehend profillosen RPR vorfanden⁶¹⁵ oder mit der Linksöffnung der UDF unzufrieden waren. Der weitaus größte Teil der Gesellschaft aber wollte politische und soziale Veränderungen unter linker Regie. "Wir wollen das Leben ändern" war nicht nur das Leitmotiv der Linken, sondern zugleich Reflex auf eine gesamtgesellschaftliche Stimmung, in deren Folge 1981 Mitterrand als Staatspräsident und das Linksbündnis aus Sozialisten (37,5%) und Kommunisten (16,2%) an die Regierung gewählt wurde. Der Aufbruch konnte also beginnen.

Sozio-ökonomische Probleme und elektorale Folgen

In der Politik bestehen jedoch gravierende Unterschiede zwischen Wunsch und Realität. Die ersten elektoralen Effekte des Front National fallen dabei in die Zeit wirtschaftlicher Krisenerscheinungen, die Mitterrand nach seinem Amtsantritt als Staatschef 1981 mit einem neuen Interimsplan überwinden wollte. Aber aufgrund der hohen Inflationsrate, steigender Staatsverschuldung, Kapitalflucht und Zahlungsbilanzkrise war ab 1983 eine Politik der rigiden

⁶¹² Ziebura, Gilbert 1989: Frankreich. Umrisse eines neuen Wachstumsmodells?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B39, S.3-13.

⁶¹³ Greß, Franz et al. 1990, a.a.O., S.18f.

⁶¹⁴ Die Gaullisten hatten sich 1976 unter dem Namen Rassemblement pour la Republique (RPR) und unter der Regie Chiracs neu formiert, verstanden sich aber immer noch mehr als Bewegung denn als Partei. Vgl. Stammes, Theo, a.a.O., S.81.

⁶¹⁵ Der elektorale Einbruch ging einher mit dem Tod Pompidous, einem organisatorischen Modernisierungsprozeß und der Wahl des ersten nicht-gaullistischen Präsidenten. Jacques Chirac schaffte es zunächst nicht, den Gaullisten ein neues Profil zu geben und war zudem 1976 als Premier zurückgetreten, wodurch das bürgerliche Bündnis zerbrach.

Haushaltskonsolidierung und straffen Geldpolitik unumgänglich. Dies war im sozialistischen Aufbruch ebensowenig vorgesehen wie die Auflösung des Planungsministeriums, die Reprivatisierung eben erst verstaatlichter Unternehmen und die radikale Korrektur keynesianischer zugunsten neoliberaler Wirtschaftspolitik.⁶¹⁶ 1984 erreichte die Arbeitslosigkeit ihre bisherige Rekordmarke von 10% (heute ca. 13%). Rund 60.000 Stellen hatte allein der Strukturwandel in den Bereichen Kohle, Stahl und Schiffbau gekostet. Durch den Wegfall von Preiskontrollen und Lohnindex sank zudem die allgemeine Kaufkraft.

Diese Entwicklung beförderte bei den Wählern das Gefühl, daß die neuen politischen Hoffnungsträger ihren Aufgaben nicht gewachsen und von ihren sozialpolitischen Versprechungen weit abgerückt sind. "Angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit fiel die Agitation des Front National, das internationale Kapital und vor allem die Arbeitsimmigration als für die 'Dekadenz' Verantwortliche zu benennen und zu Sündenböcken abzustempeln, auf fruchtbaren Boden."⁶¹⁷ Im Verlauf der Folgejahre wurde die sozio-ökonomische Situation für viele Franzosen noch problematischer. So begann sich die Schere ungerechter Verteilungen, die sich zwischen den 70er und 80er Jahren langsam geschlossen hatte, wieder zu öffnen. Zudem waren die Franzosen stetig steigenden Sozialabgaben ausgesetzt, wobei der zunehmend unsichere Arbeitsmarkt eine weiter belastende Wirkung auf das Sozialsystem hat.⁶¹⁸ Während das Bruttoinlandsprodukt seit 1974 nahezu konstant geblieben ist, sind die öffentlichen Sozialausgaben mit defizitären Folgen kontinuierlich gestiegen. Mit einem 44%igen Abgabenanteil bei den Einnahmen liegt Frankreich heute weit über dem EU-Durchschnitt, der sich auf 25% beläuft. Dabei wird nach wie vor ein großer Teil der sozialen Abgaben von den Unternehmern geleistet, die seit den 80er Jahren auf für sie günstigere Konditionen pochen. Die Themen: "Begrenzung bzw. Senkung der Sozialausgaben, weitere Entlastung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung durch eine stärkere Fiskalisierung, Befreiung der Arbeitgeber von Sozialversicherungsausgaben, insbesondere bei niedrigen Einkommen - bestimmen in Frankreich seit Ende der achtziger Jahre die politische Diskussion."⁶¹⁹

Soziale Unzufriedenheit, hat sich seit Anfang der 90er Jahre zu einem Krisenbewußtsein ausgeweitet. So zog Le Monde nach Untersuchungen des SOFRES-Instituts Ende 1994 den Schluß, daß die Gesellschaft auseinanderzubrechen drohe und daß die "Gefahr einer

⁶¹⁶ Kleiser, Paul 1990: Front National und "Neue Rechte", in: Schulz, Hans-Jürgen, a.a.O., S.84.

⁶¹⁷ Ebd.

⁶¹⁸ Vgl. Uterwedde, Henrik 1991(b), a.a.O. Neumann, Wolfgang 1996: Die neue Architektur des französischen Sozialstaates, in: Frankfurter Rundschau (Dokumentation), 16.12.1996, S.12.

⁶¹⁹ Neumann, Wolfgang 1996, a.a.O.

sozialen Explosion" bestehe.⁶²⁰ Ähnlich wurde die Situation von Le Pen bewertet, der seine Kandidatur als Präsidentschaftskandidat 1995 mit den Worten "Wir stehen am Rand einer Katastrophe" einleitete. Seine Lösungsvorschlägen reichen von Ausweisung der Immigranten über die "Revitalisierung Frankreichs (...) durch ein Elterngeld und die Abschaffung 'bezahlter Abtreibung'" bis hin zur Stärkung der inneren Sicherheit "durch verstärkte Polizeipräsenz, Grenzkontrollen und die Wiedereinführung der Todesstrafe."⁶²¹ Verlockende Aussichten für eine Bevölkerung mit zahlreichen arbeitslosen und auf unsicheren Stellen beschäftigten Menschen.⁶²²

Daß nicht allein von einer ökonomischen Krise die Rede sein kann, zeigen die Wahlanalysen und besonders drastisch jene von 1995. Bei den Präsidentschaftswahlen wurden etliche ungünstige Wahlscheine und vor allem ein hoher Stimmenanteil für die oppositionellen Kräfte registriert,⁶²³ so daß ebenso von einer Vertrauenskrise geredet werden muß. Der mit dem Fortbestand des sozialen Gefälles einhergehende Vertrauensverlust speist sich nicht nur aus dem Widerspruch zwischen Wahlversprechen und Realität, sondern auch aus dem Gestus vieler Meinungsmacher (Politiker, Journalisten), die kaum Kontakt zur Bevölkerung haben und offensichtlich "in einer anderen geistigen und sozialen Welt leben" als der überwiegende Teil der Franzosen.⁶²⁴ Der Wahlkampf Jacques Chiracs mag ein Indiz dafür sein, daß die traditionellen Parteien nunmehr zur Kenntnisnahme dessen bereit sind, was René Lenoir bereits in seinem 1974 veröffentlichtem Buch "Les Exclus" beschrieben hat.⁶²⁵ Die Ausgeschlossenen sind "mit 21jähriger Verspätung!" endlich ein Thema, aber "selbst im Zeitalter der On-line-Information setzen sich bestimmte Tatsachen, so massiv sie auch sein mögen, nur ungeheuer langsam durch".⁶²⁶

⁶²⁰ Le Monde, 22.12.1994. Vgl. auch Dupoirier, Elisabeth 1994: "Les Français à l'épreuve de la crise", in: SOFRES: L'état de l'opinion 1994, Paris, S.55-75.

⁶²¹ Christadler, Marieluise 1995, a.a.O., S.298f. Sie zitiert: Le Figaro, 16.3.1995.

⁶²² Julien, Claude 1995, a.a.O., S.22.

⁶²³ Bei diesen Wahlen stimmten nur 62% für Kandidaten der "klassischen" Parteien, 14% für die linken Kandidaten Lagui-ller und Hue und 20% für de Villiers und Le Pen. Schild, Joachim/Uterwedde, Henrik 1995: Der alte Neue und das Mißtrauen gegen die etablierte Politik, in: Frankfurter Rundschau, 7.Juni 1995 (Dokumentation).

⁶²⁴ Julien, Claude 1995, a.a.O., S.23.

⁶²⁵ Lenoir, René 1974: Les Exclus, Paris.

⁶²⁶ Julien, Claude 1995, a.a.O.

9.2.3. Das Paradigma Marseille

Am Beispiel des FN-Erfolgs in Marseille analysiert Dietmar Loch verschiedene sozio-ökonomische und politische Wandlungsprozesse, die trotz städtischer Spezifika exemplarischen Charakter haben. Die südfranzösische Stadt, wo neben dem FN auch die *populistische* Konkurrenzorganisation Tapies erfolgreich war, hat im Verlauf der letzten Jahrzehnte mehrere sozio-ökonomische Transformationsprozesse durchlaufen. Dabei sind alte und neue Strukturen, Wertvorstellungen und Lebensstile mit einer Vehemenz aufeinander geprallt, durch die die gesamte Lebenswirklichkeit verändert wurde.

Zwischen den 50er und 70er Jahren war Marseille mit verschiedenen innerfranzösischen und ausländischen Wanderungsbewegungen konfrontiert, die das Wachsen der Stadt und einen industriellen Boom zur Folge hatten, der die europaweit einsetzende Deindustrialisierung überdauerte. Bis Mitte der 70er Jahre mußten jedoch zahlreiche Arbeitsplätze wegen internationalen Konkurrenzdrucks wieder abgebaut werden, wobei die Ölkrise zusätzlich belastend wirkte. Demgegenüber wurde der tertiäre Sektor stark gefördert, und Marseille hatte sich Hoffnungen gemacht, ein führendes Dienstleistungszentrum zu werden. Seit Mitte der 70er Jahre kollidierte diese einseitige Konzentration bei gleichzeitiger Vernachlässigung industrieller Innovationen "mit einem einschneidenden Bevölkerungsrückgang, der den Wachstumsmythos zerstörte und die Strukturkrise offenlegte".⁶²⁷

Eine Folge dieser verschiedenen Transformationsprozesse ist die soziale und urbane Zergliederung der Stadt. Die zur Zeit der demographischen Schübe aus dem Boden gestampften Betonburgen ziehen sich vom 13. bis zum 16. Arrondissement und beherbergen gut ein Drittel der Bevölkerung.⁶²⁸ Ihnen stehen die Eigenheimsiedlungen und Bankenviertel des Südens gegenüber, die in der "Dienstleistungsepoche" entstanden sind. Ein dritter Schwerpunkt sozialer Konzentration befindet sich im 1. Arrondissement, wo heute Einwanderer aus dem Maghreb als Kleinhändler tätig sind.⁶²⁹ Mittlere Angestellte verteilen sich auf die gesamte Stadt. Klientelistische Strukturen, deren Funktionieren an überschaubare Viertel und das Vorhandensein finanzieller Ressourcen geknüpft ist, fielen deshalb sukzessive weg. Der nach dem langjährigen sozialistischen Bürgermeister Gaston Defferres benannte Defferrismus konnte in der gewachsenen, durch Mobilität gekennzeichneten und urban veränderten Stadt nicht überleben und wurde durch eine anonyme Stadtverwaltung

⁶²⁷ Loch, Dietmar 1990, a.a.O., S.159.

⁶²⁸ Durch Grundstückspekulation verursachte Teuerung von im alten Stadtbereich gelegenen Wohnraum sah sich die Baupolitik zum Ausweichen auf diese billigen Randbezirke gezwungen. Ebd., S.159f.

⁶²⁹ Ebd., S.160.

substituiert. Für Jean Viard ist die Transformation der alten zur modernen Stadtverwaltung die Folge politischer Desintegrationsprozesse, die einer "Spaltung der politischen Kultur" gleichkomme. Diese Problematik ist dabei durch das Auftauchen des Front National erst enthüllt worden.⁶³⁰ Spaltungen vollziehen sich nicht nur zwischen Alt- und Neubürgern, Arbeitern und Angestellten oder Nationalitäten, sondern auch innerhalb jeder dieser Schichten.

Unterschiedliche Ergebnisse, mit denen der Erfolg des Front National erklärt wird, stellen daher keine Gegensätze dar, sondern resultieren aus verschiedenen Fragestellungen. Anne Tristan und Pascal Perrineau etwa heben in besonderem Maß die *anomie urbaine* der von weitgehendem Bindungsverlust gekennzeichneten Wohnsilos des nördlichen Randes hervor.⁶³¹

Dagegen betonen Frédéric Bon und Jean-Paul Cheylan den sozialen Übergangstatus neuer Mittelschichten. Einfache Angestellte, Händler, Handwerker und naturalisierte spanische und italienische Immigranten, angetrieben vom Wunsch nach sozialem Aufstieg und konfrontiert mit der Tatsache, daß dieser nicht gelungen ist, stimmen besonders häufig für den Front National.⁶³² Große Erfolge hat die Partei auch bei jenen Mittelschichten, denen der Aufstieg gelungen ist, und die infolge gesellschaftlicher Krisenereignisse und -stimmungen um ihren sozialen Status und dessen oft fremdfinanzierte Symbole fürchten.⁶³³

Der Front National verdankt seinen Erfolg nicht nur in Marseille mehreren Umständen, die aber in einem engen Verhältnis zueinander stehen. Wichtige Voraussetzungen sind dabei die sinkende Integrationskompetenz politisch-kultureller Subsysteme und schwindendes Vertrauen in traditionelle Parteien, das sich durch Protestwahlverhalten oder Wahlenthaltung artikuliert.⁶³⁴ Noch bis in

⁶³⁰ Viard, Jean 1988: France du Sud contre France du Nord, in: Le Journal des Elections, N.3, S.21. Ders. 1989: Le dérangement marseillais, in: Mayer, Nonna/ Perrineau, Pascal: Le Front national à découvert, Paris, S.307-321.

⁶³¹ Perrineau, Pascal 1988: Front national: l'écho politique de l'anomie urbaine, in: La France en politique, Esprit, 3/4 1988, S.22-28. Tristan, Anne 1988: Von innen. Als Mitglied des Front National in der Hochburg Le Pens, Köln. Die Journalistin Tristan hatte sich Zugang zum FN verschaffen und für ihn im Marseiller Norden als Sekretärin gearbeitet.

⁶³² Bon, Frédéric/Cheylan, Jean-Paul 1988: La France qui vote, Paris, S.266f.

⁶³³ Loch, Dietmar 1990, a.a.O., S.167f. Zitiert werden hier: André Donzel und Jean Claude Garnier.

⁶³⁴ Jaffré, Jérôme 1988: Le Pen ou le vote exutoire, in: Le Monde, 12.4.1988. Mayer, Nonna/Perrineau, Pascal 1990, a.a.O. Portelli, Hugues 1990: La crise de la représentation politique, in Regards sur l'actualité 164, S.3-20. Mayer,

die 70er Jahre hinein konnten Gaullisten und Kommunisten zumeist im Zusammenhang mit den Konfliktthemen *Arbeit und Kapital* Protestwähler an sich binden. Mit dem Hinzukommen neuer Konfliktlinien (Massenarbeitslosigkeit, Einwanderung, Ökologie) sind die alten Parteien jedoch deutlich schwächer, Parteien wie der Front National und ökologische Organisationen dagegen stärker geworden. Zudem existieren weitere, wie die am Beispiel Marseilles herausgehobenen Problemfelder *anomie urbaine* und *Statusinkonsistenz*.

Der FN wird aber von allen Bevölkerungsschichten gewählt. Deshalb müssen neben den bereits genannten Gründen weitere Bedingungen analysiert werden, die den Aufstieg der Le Pen-Partei begünstigt haben.

9.2.4. Krise der politischen Kultur?

Für Le Pen und seine Anhänger ist Einwanderung die wichtigste Ursache unterschiedlicher sozialer Probleme wie Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit oder Kriminalität. Aber nicht nur für sie: 1990 waren 70% der Franzosen der Meinung, in Frankreich hielten sich zu viele Araber auf. Ein Jahr später erklärten sich 32% mit den politischen Zielen des FN und 38% mit Le Pens Haltung gegenüber Ausländern einverstanden.⁶³⁵ Kaum überraschend, wenn auch Regierungsmitglieder ihrer Sorge über ein "Zuviel" an Einwanderung Ausdruck verleihen. Dietmar Loch spricht vom "Immigrantenproblem" als einem FN-Lockmittel,⁶³⁶ und Leggewie bezeichnet die multikulturelle Gesellschaft als ideale Projektionswand individueller Ängste.⁶³⁷ Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß ein imaginäres zu einem echten Problem mutieren kann. Falsche sozialpolitische Entscheidungen, halbherzige Einwanderungsbekanntnisse oder bewußte Nicht-Integration und das Sich-Abschleifen-Lassen institutioneller Integrationsmechanismen -; das alles spiegelt gesellschaftliche Stimmungen wider und wirkt zugleich auf sie. Skepsis oder Ablehnung werden vor allem durch die in den Stadtrandsilos wachsende Unzufriedenheit genährt, die allerdings kein immigrantenspezifisches Phänomen ist und auch "französische" Randgruppen betrifft.

François Dubet und Didier Lapeyronnie sind der Frage nachgegangen, auf welche Umstände die sich immer häufiger

Nonna/Rey, Henri 1993, a.a.O. Subileau, Françoise/Tionet, Marie-France 1993: Les chemins de l'abstention, Paris.

⁶³⁵ Dubet, François/Lapeyronnie, Didier 1994: Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart, S.138. Christadler, Marieluise 1995, a.a.O.

⁶³⁶ Dubet, François/Lapeyronnie, Didier 1994, a.a.O., S.168.

⁶³⁷ Leggewie, Claus 1990: SOS France. Ein Einwanderungsland kommt in die Jahre, in: Albertin, Lothar et al. (Hg.), S.133.

gewalttätig entladende Unzufriedenheit zurückzuführen sei. Sie erklären den partiellen Wegfall kultureller Wert- und Normsysteme mit dem Wandel der Industriegesellschaft und dem dadurch bedingten Zerfall der Arbeiterklasse. Diese Arbeiterklasse war in den Vorstädten lange Zeit eine wichtige gesellschaftliche Handlungsträgerin, die wesentlich zur Integration ausländischer oder aus den Provinzen stammender Migranten beigetragen hat. In der primär über den Faktor Arbeit legitimierten Industriegesellschaft aber fanden sie schnell ihren Platz und wurden in die werktätige Gemeinschaft integriert.⁶³⁸ Durch Arbeitsmarktdifferenzierung und hohe Beschäftigungslosigkeit wurde der Zerfall der Arbeiterklasse eingeleitet und damit die gesellschaftliche Integration von Migranten erschwert. Mit diesem Zerfall ging die Krise der Linken einher,⁶³⁹ deren Ideen zwar noch bestehen, die aber nicht mehr als Alltagskultur existiert.⁶⁴⁰ Diese Linke hat traditionell nicht nur sozial, sondern auch republikanisch gedacht. Deshalb ist ihr Zerfall doppelt brennend. Er "geht weit über den eigentlichen Raum der Politik hinaus, denn was auf dem Spiel steht, ist überhaupt das Bild einer Gesellschaft. Wenn man (...) als Gesellschaft die Integration einer Sozialstruktur, einer nationalen Kultur und einer Ökonomie kraft des Zusammenwirkens in Institutionen bezeichnet, dann ist, jenseits der Krise der Linken, eben diese Vorstellung von Gesellschaft in Auflösung begriffen".⁶⁴¹ Verschärft wird die Problematik durch die zunehmende institutionelle und soziale Unfähigkeit einer gesellschaftlichen Integration der Immigranten. Sie bilden so den "Dreh- und Angelpunkt, an dem soziale Probleme und nationale Fragen ineinandergreifen".⁶⁴² Der intensive französische Identitätsdiskurs muß auch auf diesem Hintergrund betrachtet werden.

Ähnlich wie Dubet und Lapeyronnie argumentiert Hans-Manfred Bock, wengleich er das Problem nicht nur auf die Krise der Linken zuspitzt. Für ihn fällt mit der sinkenden Integrationsfähigkeit aller traditionellen Parteien "eine sich in Frankreich andeutende

⁶³⁸ Dubet, François 1993: Das Comeback der Stadt. Umbrüche der Industriegesellschaft und ihre Folgen, in: Albertin et al.: Frankreich-Jahrbuch 1993, S.83-97.

⁶³⁹ Vgl. zum Verhältnis der französischen Intellektuellen und der politischen Rechten Daniel, Jean 1995: E la Destra ha sedotto la Gauche intellettuale, in: la Repubblica, 18.4.1995. Vgl. auch Baier, Lothar 1995: Der Exorzismus der Revolution. Sunil Khilnani's brillante Analyse des Niedergangs der intellektuellen Linken Frankreichs, in: Die Zeit, 1.12.1995, S.19.

⁶⁴⁰ Dubet, François/Lapeyronnie, Didier 1994, a.a.O., S.221.

⁶⁴¹ Ebd., S.223. Vgl. auch Birnbaum, Norman 1996: Die Linke braucht eine neue Utopie, in: Die Zeit, 5.1.96, S.7

⁶⁴² Ebd., S.74.

allgemeine 'Krise der politischen Kultur' zusammen".⁶⁴³ In diesem Kontext verweist Loch auf den eng mit der politischen Kultur verbundenen Nationbegriff. Und er weist mit Pierre Birnbaum auf etwas Entscheidendes hin: Neben der Staatsnation existiert nach wie vor das Bild einer ethnisch-kulturellen Nation, das der FN mit seiner Vorstellung (und Überzeugung) von nationaler Identität aufgreift. Sein Erfolg läßt sich daher auch als eine nationalistische Replik verstehen, mit der er und seine Wähler auf die "grenzüberschreitende Moderne und die neue Konfliktlinie um die Einwanderung" reagieren.⁶⁴⁴

Der FN kann mit seinem Rückgriff auf alte Werte wie Familienzusammenhang, Vaterautorität und Religiosität, aber auch mit seinem Sicherheitsdiskurs eine breite Wählerschaft ansprechen, die sich nach Überschaubarkeit, Abgrenzung und Behaglichkeit sehnt. Es wäre nicht überraschend, wenn sich von diesen Topoi gerade bessersituiertere Wähler angesprochen fühlen, die den rüden Ton Le Pens aber ablehnen. Der Front National offeriert seiner breiten Wählerschaft unterschiedliche thematische Angebote, die von der Idee einer nationalen Renaissance über die Forderung moralischen Wandels bis hin zur offenen Ausländerfeindlichkeit reichen und dabei doch eng zusammengehören. Die Tatsache, daß sich Vorurteile und Gewalt vor allem gegen maghrebische Einwandererfamilien richten, deutet auf eine nicht überwundene und stimulierbare Frankreich-Idee hin, mit der das Land nicht republikanisch-demokratisch, sondern stark und hegemonial gedacht wird. Welchen Paß Maghreb-Einwanderer und ihre Kinder besitzen, ist dabei irrelevant, weil schon ihre Präsenz an die von vielen als Schmach erlebte Niederlage gegen die Befreiungsbewegungen Nordafrikas erinnert.⁶⁴⁵

Wenngleich Dubet und Lapeyronnie dies als Erklärung für den Erfolg des Front National in Betracht ziehen, so weisen sie auf einen nicht weniger stichhaltigen Zusammenhang hin. Rassismus äußert sich ihren Untersuchungen zufolge dann, wenn kulturelle Schranken fallen und ehemals Fremde die Verhaltensweisen und Forderungen derjenigen Gesellschaft annehmen, in die sie oder ihre Vorfahren eingewandert sind.

Gerade weil viele maghrebische Jugendliche gleiche Lebensplanungen haben wie französische Teenager und sich weder in der Kleidung noch in ihrer Freizeitgestaltung von ihnen unterscheiden, werden sie als Bedrohung und als ebenbürtige Konkurrenz erlebt. Immerhin werden Arbeits- und Ausbildungsplätze knapper, und die Jugendarbeitslosigkeit ist erschreckend hoch. Diese integrations- und partizipationswilligen Jugendlichen reagieren auf

⁶⁴³ Bock, Hans-Manfred 1992: Frankreich 1991/92: Europäische Herausforderungen und nationale Ungewissheiten, in: Frankreich-Jahrbuch 1992, Opladen, S.25.

⁶⁴⁴ Loch, Dietmar 1994, a.a.O., S.239.

⁶⁴⁵ Die Stimmen für den FN im Mittelmeerraum stammen vielfach von Wählern, die nach der Befreiung Algeriens nach Frankreich zurückgekehrt sind.

den Rassismus immer häufiger mit einer Rückkehr zu einer Kultur, die sie nur bedingt internalisiert haben. Indem sie sich als Reaktion auf die ihnen geltende Abneigung zu teils militanten Verteidigern der Kultur ihrer Vorfahren machen, wird ein schwer zu durchbrechender Kreislauf in Gang gesetzt. Denn letztlich verhalten sie sich so, wie das Vorurteil sie sehen will. Damit geben sie ihm neue Nahrung.

9.3. Italien

9.3.1. Sozio-ökonomische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

Auch Italien hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine rasante Modernisierung mit enormen Wachstumsraten durchgemacht, die das sprichwörtliche deutsche Wirtschaftswunder in den Schatten stellt.⁶⁴⁶ Dieser Aufschwung ist die Folge einer einseitigen Konzentration auf die Großindustrie, der aufgrund hoher Beschäftigungslosigkeit Heerscharen billiger Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Massenwanderung und Urbanisierung waren die Folge des durch Parteien, Staatsindustrien und Banken gesteuerten Prozesses. Gewerblicher Mittelstand, Landwirtschaft und andere, nicht am Boom partizipierende Zweige wurden zwar von der Administration vernachlässigt, jedoch auf Umwegen, etwa durch halblegalen Steuerverzicht "gefördert".⁶⁴⁷ Eine wichtige Überlebensfunktion hatte zudem die in Italien nach wie vor verbreitete Familiensolidarität. Parallel zur Tertiärisierung vor allem im Norden vollzog sich in den 60er Jahren die technische Innovation.⁶⁴⁸

Positiventwicklungen wie Wohlstands-, Bildungs- und Freizeitwuchs stehen zahlreiche Negativeffekte gegenüber: steigende Erwerbslosigkeit,⁶⁴⁹ Entkollektivierung innerbetrieblicher Arbeitsprozesse und nicht zuletzt Ängste, steigenden Arbeitsanforderungen nicht mehr gewachsen zu sein. Gleichzeitig hat sich die städtische Lebenswirklichkeit gewandelt, wobei insbesondere die Metropolen von starker sozialer Fragmentierung und Abschottungs- bzw. Konkurrenzverhältnissen zwischen den unterschiedlichen Siedlungssegmenten - vgl. Marseille -

⁶⁴⁶ Bundeszentrale für politische Bildung 1982: Informationen zur politischen Bildung. Italien, Bonn.

⁶⁴⁷ Kandziora, Ewald 1993: Die erste Republik treibt ihrer Auflösung entgegen, in: Frankfurter Rundschau (Dokumentation), 24.11.1993.

⁶⁴⁸ Vgl. Bonomi, Aldo 1992, a.a.O.

⁶⁴⁹ Um nur die größten, aktuellen Differenzen zu nennen: In den reichen Regionen Südtirol und Trentino liegt die Arbeitslosigkeit bei weniger als 3%, im äußeren Süden dagegen bei weit über 20% und in den Industrieregionen der Lombardei bei etwa 8%. Unità, 16.7.1996.

gekennzeichnet sind. Ablehnung der "extracomunitari" (Einwanderer aus Nicht-EU-Ländern), Statusunsicherheit und soziale Desintegration sind dabei nicht die alleinigen, aus veränderten Lebens- und Arbeitsformen resultierenden Folgen. Die alten politisch-kulturellen Subsysteme - Katholizismus, Kommunismus, Gewerkschaften - standen und stehen dieser rapide verlaufenden Entwicklung konzeptionslos gegenüber und haben als Organe politischer und sozialer Interessenvertretung erheblich an Bedeutung verloren. An ihre Stelle treten vermehrt Verbraucher-schutzorganisationen, Selbsthilfe-, Bürger- und Kulturinitiativen sowie moderne Formen innerbetrieblichen Lobbyings. Aber auch die zunächst gegen Zentralstaat und nationale Parteien agierende Lega mit ihrem auf kleine Einheiten bezogenen Politik- und Gesellschaftsverständnis befriedigt(e) Bedürfnisse nach direkter sozio-politischer Interaktion.

Mit Blick auf den Wandel der Arbeits- und Industriegesellschaft spricht Lapo Berti vom Wegfall "mechanischer" zugunsten "organischer" Solidaritätsmuster⁶⁵⁰ und kommt damit zu einem ähnlichen Schluß wie Aldo Bonomi, der den Erfolg der Lega als Ausdruck eines norditalienischen Wir-Effekts bezeichnet, den die Partei stimulieren und sich selbst zunutze machen konnte.⁶⁵¹ Mit ihrer Behauptung, keine Partikular-, sondern norditalienische Gesamtinteressen zu vertreten, konnte sie zeitweilig eine breite Wählerschaft erreichen, die auf dem Höhepunkt ihres elektoralen Erfolgs mit der soziologischen Zusammensetzung der settentrionalen Bevölkerung nahezu deckungsgleich war.⁶⁵²

Studien, wonach Italien in drei ökonomische Makrostrukturen mit unterschiedlichen Produktions- und Wettbewerbsniveaus unterteilt sei, werden von der Lega herangezogen, um die Notwendigkeit einer Teilung des Landes zu begründen und um vor einer ökonomischen Nebenrolle des Nordens in Europa zu warnen.⁶⁵³ Das Vorhandensein dieser drei Großräume ist eine, die daraus zu ziehende Konsequenz eine andere Sache. Das republikanische Italien optiert für einen Interessenausgleich,⁶⁵⁴ der allerdings in der

⁶⁵⁰ Berti, Lapo 1991, a.a.O.

⁶⁵¹ Bonomi, Aldo 1992, a.a.O., S.28.

⁶⁵² Vgl. CGIL Lombardia/A.A.S.TER 1991, a.a.O., S.34ff. Nachdem sich Forza Italia bei Wahlen präsentiert, hat sich die Lega-Wählerschaft wieder zugunsten ihrer früheren verschoben, wohingegen Forza Italia vermehrt Stimmen von Arbeitern und kleinen Angestellten gewinnt. Vgl. Diamanti, Ilvo 1994, a.a.O., S.53ff

⁶⁵³ Miglio stützt sich dabei auf die unveröffentlichten Untersuchungen des Ökonomen Innocenzo Gasparini. Miglio, Gianfranco 1990, a.a.O., S.144.

⁶⁵⁴ Atri, Antonio d' 1994: Federalismo e questione meridionale, in: Ulisse, Autunno/Inverno, S.21-24. Pezzoni, Marco 1993: Per un federalismo democratico, in: Ulisse, Autunno/Inverno, S.27-28. Die italienische Linke diskutiert seit Jahren über

Vergangenheit deshalb nicht funktionierte, weil die im Süden agierenden Eliten oft genug zu ihren eigenen Gunsten gewirtschaftet haben. Nicht nur dieser, auch der Interessenausgleich zwischen Arbeitern, Gewerkschaften, Industrie und Verbänden wurde recht eigenwillig organisiert. Eine Mischung aus Klientelismus, Postenverteilung und "weder institutionell noch inhaltlich zur Konkordanz"⁶⁵⁵ vervollständigtem Transformismus hat dazu geführt, daß alle Gruppen finanzielle Leistungen und Begünstigungen erfahren haben, solange die Gelder dafür zur Verfügung standen.

9.3.2. Wandel des Parteiensystems

Seit Mitte der 70er Jahre läßt sich ein meßbarer Wandel des italienischen Parteiensystems feststellen, den Renato Mannheimer auf die sozio-ökonomische Modernisierung zurückführt.⁶⁵⁶ Wachsende Mobilität, verstärkte Einwanderung, auf die das klassische Auswanderungsland Italien nicht vorbereitet war,⁶⁵⁷ die teils aufklärende Funktion der Massenmedien, forcierte Säkularisierung sowie eine tiefe Ideologienkrise werden von Mannheimer als Ursachen einer sich vom traditionellen Links-rechts-Gegensatz und von religiösen Konfliktlinien lösenden Gesellschaft genannt.⁶⁵⁸ Religiöse und politische Säkularisierung als Folge der schnell verlaufenden Modernisierung führten aber nicht nur zur Überwindung von Traditionen (auch des Wahlverhaltens), sondern auch zu Unsicherheiten; etwa darüber, wem die Lösung der Probleme, die im Zusammenhang mit und in Folge der Modernisierung aufgetreten sind, zuzutrauen sei. Von der wachsenden Skepsis gegenüber den

Föderalismus und die wirtschaftlichen Probleme des Süden. Sie erhofft sich dabei Tips aus der Bundesrepublik Deutschland, die seit der DDR-Integration auch mit grossen sozio-ökonomischen Gegensätzen konfrontiert ist. Es werden aber die starke Unitarisierung des Landes und die damit verbundenen Normierungen übersehen. Zur Korrektur des Mißverständnisses: Falkenberg, Susanne 1994: Lo pseudofederalismo della Germania, in: Ulisse, Autunno/Inverno, S.25-28. Diess. 1996: La difficile ricostruzione della Germania dell'Est, in Ulisse, Inverno 1996.

⁶⁵⁵ Abromeit, Heidrun 1993: Interessensvermittlung zwischen Konkurrenz und Konkordanz. Studienbuch zur Vergleichenden Lehre politischer Systeme, Opladen, S.89.

⁶⁵⁶ Mannheimer, Renato 1991(b): La crisi del consenso per i partiti tradizionali, in: ders., a.a.O., S.17f. Vgl. auch Moioli, Vittorio, a.a.O., S.114ff.

⁶⁵⁷ Melotti, Umberto 1996: Immigrati e autoctoni in Italia: conflitti etnici o sociali?, in: Annali di Sociologia/Soziologisches Jahrbuch 1996, N.12, Milano, Berlin (z.Zt. im Druck).

⁶⁵⁸ Mannheimer, Renato 1991(b), a.a.O., S.18ff.

traditionellen Parteien und vor allem gegenüber der Democrazia cristiana haben die jungen Ligen profitieren können.

Skepsis gegenüber dem Staat, seinen Organen und Parteien ist in Italien tief verankert und insofern kein aktuelles Phänomen. Deshalb muß Roberto Biorcio widersprochen werden, der den Durchbruch der Lega auch auf dieses gesellschaftliche Grundklima zurückführt.⁶⁵⁹ Denn schließlich zählten die italienischen Wähler im westeuropäischen Vergleich zu den beständigsten. Signifikantes Wechselwahlverhalten und Wahlenthaltung lassen sich erst seit den 70er Jahren nachweisen. Damit stellt sich die Frage nach der möglichen Qualität dieser auch empirisch ermittelten Skepsis. Gabriel Almond und Sidney Verba gehen in ihrer Civic-Culture-Studie so weit, darin mangelndes demokratisches Bewußtsein zu sehen.⁶⁶⁰ Eine Ansicht, der sich auch Biorcio nicht verschließt. Aber die Ergebnisse von Almond/Verba müssen relativiert werden. Denn auf ihrer Basis wurden von US-amerikanischen Sozialwissenschaftlern weitere Untersuchungen durchgeführt. Ihren forschungsleitenden Thesen zufolge hätte sich mangelndes demokratisches Bewußtsein überwiegend in den PCI-Hochburgen und staatsbürgerliches Denken in den DC-Hochburgen nachweisen lassen müssen. Konsterniert haben die Demokratietheoretiker aber das Gegenteil festgestellt: Von der kommunistischen Partei dominierte Regionen oder Kommunen zeichneten sich durch hohes staatsbürgerliches Bewußtsein, Effizienz und geringes Korruptionsniveau aus, während in christdemokratischen Gebietskörperschaften vordemokratische Patronage- und Klientelstrukturen vorherrschten.⁶⁶¹

Historiker und Sozialwissenschaftler, die von der These eines geringen demokratischen Grundkonsenses wenig halten, nennen historisch-kulturelle Gründe für das nach wie vor existente Mißtrauen der Italiener gegenüber Staat und (Partei-)Politik, ohne es als vor- oder undemokratisch zu qualifizieren.⁶⁶² Auf elektoraler Ebene kann sich dies theoretisch durch hohe Abstimmungsflexibilität, hohe Wahlenthaltung oder einen "Kröten-Effekt" artikulieren, mit dem widerwillig gewählt, was eigentlich abgelehnt wird. Nach Meinung der meisten Beobachter trifft für Italien die letzte Variante zu. In diesem Zusammenhang wird häufig der bekannte Journalist Indro Montanelli zitiert, der stellvertretend für viele andere schon in den 70er Jahren sein Unbehagen gegenüber der DC zum Ausdruck brachte, die er nur noch mit "zugehaltener Nase" wählen konnte. Da aber die DC und mit ihr das gesamte Parteiensystem erst Anfang der 90er Jahre zusammengebrochen ist, muß das Mißtrauen entweder signifikant stärker geworden sein, oder es existieren exogene Faktoren, durch die Wählen mit "zugehaltener Nase" überflüssig wurde.

⁶⁵⁹ Biorcio, Roberto 1991, a.a.O., S.34-82.

⁶⁶⁰ Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hg.) 1963: The Civic-Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton.

⁶⁶¹ Braun, Michael 199?? in dem Links-Beitrag. kramen.

⁶⁶² Fritzsche, Peter K. 1987, a.a.O. Trautmann, Günther 1991, a.a.O., S.301.

9.3.3. Zusammenbruch des Parteiensystems

Welcher Umstand also hat den Ligen/der Lega ausgerechnet nach 1989 die Wählerscharen in die Arme getrieben? Wodurch wurden die alten Strukturen trotz seit langem bekannter wirtschaftlicher und politischer Probleme so lange zusammengehalten? Warum konnte der Wahlausgang lange Zeit beinah antizipiert werden, sodaß italienische Urnengänge ähnlich aufregend waren wie Volkskammerwahlen in der DDR?

Die Tatsache, daß das Parteiensystem nach 1989 kollabierte, liegt in der Funktions- und Legitimationslogik des alten Systems begründet. Es war Produkt des Ost-West-Konflikts. Sein konstitutives Merkmal war eine gegen Kommunismus und PCI zielende Politik und der Nutzen, der den regierenden Christdemokraten und ihren Partnern⁶⁶³ aus der Präsenz des verhältnismäßig starken kommunistischen Partei erwuchs.⁶⁶⁴ Zudem war die Rolle des PCI als Oppositionspartei dauerhaft angelegt. Er war, weil er draußen bleiben mußte, keine *potentielle* Regierungspartei und die italienische Demokratie in dieser Hinsicht unvollkommen. Der ideologische Konfrontationskurs blieb freilich nicht auf die Parteienkonkurrenz beschränkt, sondern prägte in hohem Maß auch die Einstellungen innerhalb der Bevölkerung. Kaum verwunderlich, daß mit der PCI-Wende (Eurokommunismus) erstmals leichte Bewegung in das elektorale Terrain gekommen war und das Votum für dieses oder jenes politische Lager weniger stark Ausdruck eines Glaubensbekenntnisses war. Auch auf administrativer Ebene läßt sich die antikommunistische Handschrift vielerorts nachvollziehen. Um soziale Unzufriedenheit und damit das Risiko eines PCI-Auftriebs in Grenzen zu halten, wurden teure Beschäftigungsprogramme initiiert, Steuerhinterziehung (vor allem des Mittelstandes) als Kavaliersdelikt behandelt, Parteienfinanzierung über dunkle Kanäle abgewickelt und mit der antikommunistischen Mafia paktiert.⁶⁶⁵ *Trasformismo, clientelismo, lottizzazione* ("Postenschacherei") und eine mit Schwerfälligkeit noch freundlich umschriebene Staatsbürokratie verhinderten zudem oft Einigung in Sach- und Reformfragen. In ihrer vergleichenden Studie über westliche Parteiensysteme kommt Heidrun Abromeit zu dem süffisanten Schluß, daß "der Viel-Parteien-Wettbewerb in Italien seine bisherige Stabilität durch Nicht-Politik" gewinnt.⁶⁶⁶ Aufgrund der

⁶⁶³ Partito liberale italiano, Partito repubblicano italiano, Partito socialdemocratico italiano, Partito socialista italiano. Die Parteien waren nicht immer alle und gleichzeitig in der Regierung, und der PSI war erst seit den 70er Jahren dauerhafter Partner.

⁶⁶⁴ Dazu Sacco, Giuseppe 1992: Italien im Umbruch, in: Zeitschrift für internationale Politik, 12/92, S.336.

⁶⁶⁵ Kandziora, Ewald 1993, a.a.O.

⁶⁶⁶ Abromeit, Heidrun 1993, a.a.O., S.96.

beschriebenen Legitimation sahen sich die regierenden Parteien auch nicht genötigt, etwaige Kompetenzen durch politisches Handeln unter Beweis zu stellen. Und um den PCI zu erhalten, von dessen Präsenz die eigene Stärke abhing, wurde auch seine Mitglieder mit Posten und Geldern versehen. Ohne an der Regierung beteiligt zu sein, bedankte er sich in den mit hohen Machtkompetenzen ausgestatteten parlamentarischen Ausschüssen in Form einer Goutierung von Regierungsvorlagen, die stets auch seinen Bedürfnissen entgegenkamen.⁶⁶⁷

Die ökonomische Krise Italiens wird von Ewald Kandziora daher zu Recht als Resultat des Arrangements der anti-kommunistischen Kräfte auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen bezeichnet. Seit dem Wegfall der Mauer macht Italien "einen tiefgreifenden Transformationsprozeß durch, der alle gesellschaftlichen Subsysteme - Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur - erfaßt hat".⁶⁶⁸ Zwar haben die "zur Abwehr kommunistischen Einflusses geschaffenen Arrangements (...) ihren Zweck erfüllt, sich aber auch als überaus kostspielig erwiesen. Mit dem Fortfall des inneren Feindes und unter dem Druck der EG-Partner, die Staatsfinanzen zu sanieren, entbehren sie nunmehr einer raison d'être".⁶⁶⁹ Nicht zuletzt ist es die Lega selbst, die die Perestroika als Initialzündung ihres Durchbruchs bezeichnet.⁶⁷⁰ Michael Braun betont zudem die sich durchsetzende Erkenntnis, daß eine Sanierung des heruntergewirtschafteten Staates nur unter gravierenden ökonomischen Mehrbelastungen möglich sein würde.⁶⁷¹ Zusammengekommen haben diese Erkenntnis, der endgültige Wegfall des Feindbildes und die Erosion des darüber legitimierten Parteiensystems einem politischen Newcomer genutzt, der den Wählern weisgemacht hat, daß ein steuerlich und ökonomisch autonomer Norden mit einem blauen Auge davon kommen könne.

Wohlstandschauvinismus ist ein in diesem Zusammenhang häufig auftauchendes Wort. Gleichwohl existieren auch im Norden berechnete soziale Ängste, die nicht mit einem Verweis auf vergleichsweise hohe Kaufkraft, Ex- und Importleistungen, Ausbildungs- und Produktionsniveaus wegzudiskutieren sind. Sicherlich ist der Norden unter dem Strich reicher als die Basilikata, Kalabrien oder Sizilien. Die um Arbeitsplatz und Lebensstandard (den man im unmittelbaren und nicht im abstrakten Vergleich qualifiziert) fürchtende Arbeiterin oder Angestellte mag dies ebensowenig beruhigen wie den kleinen Mittelstand, für den es seit der rigiden Ahndung von Steuerhinterziehung und neu eingeführten Abgaben finanziell eng geworden ist.

9.3.4. Lokalismus und Klientelismus

⁶⁶⁷ Ebd., S.89ff.

⁶⁶⁸ Kandziora, Ewald 1993, a.a.O.

⁶⁶⁹ Ebd.

⁶⁷⁰ Bossi, Umberto/Vimercati, Daniele 1993, a.a.O., S.21.

⁶⁷¹ Braun, Michael 1994(a), a.a.O., S.105ff.

Lokalismus

Lokalismus und Regionalismus haben in Italien eine lange Tradition. Nationale Identität dagegen ist nach wie vor nur schwach ausgeprägt. Sie entsteht, "so paradox es klingt (...), im vernationalen Raum (Familie, Kommune, Religion, Alltagskultur) oder kommt aus ehemaligen anti-nationalen Subkulturen (Katholizismus/Kommunismus), die nach dem Zweiten Weltkrieg eine Vernunftfehle mit Nation, Demokratie und Staat" eingegangen sind.⁶⁷²

Gabriel A. Almond und Sidney Verba bewerten dies in ihrer Civic-Culture-Studie, deren normatives Konzept ein hohes Maß an Beteiligung, Identifikation mit den politischen Institutionen und nationale Homogenität impliziert, als mangelndes demokratisches Bewußtsein.⁶⁷³ Das von ihnen vermittelte und die ausländische Sozialwissenschaft weithin prägende Italien-Bild⁶⁷⁴ wurde erstmals von Peter K. Fritzsche durch eine Rekonstruktion der dafür verantwortlichen Zusammenhänge und seinem Verweis auf die sich innerhalb der letzten Jahrzehnte gezeigten Veränderungen modifiziert.⁶⁷⁵

Kennzeichnend für die italienische Gesellschaft, die trotz hohen Wirtschaftswachstums in den 80er Jahren und großer persönlicher Zufriedenheit der Italiener ihre alten Schwächen behalten hat, ist aber eine nach wie vor existente und von Günther Trautmann durchaus positiv bewertete historische "Distanz zum Nationalismus und eine gesunde politische Skepsis gegenüber dem Staat".⁶⁷⁶

Ein Zusammenhang von Wahlmotiv und lokalistisch/regionalistischer Tradition ergibt sich jedoch nur auf den ersten Blick. Denn außerhalb des Nordens fehlen der Lega vergleichbare Organisationen. Und auch die norditalienische Bevölkerung hängt überwiegend keinen autonomistischen Träumen nach. Umfragen zeigen, daß regionale Identitätsmuster mittlerweile kaum mehr eine Rolle spielen.⁶⁷⁷ Dies wird durch die Wanderung der norditalienischen Wähler vom Föderalisten Bossi zum Zentralisten Berlusconi bei den 1994er Wahlen unterstrichen, der statt Separation ein neues Wirtschaftswunder und so eine angenehmere Variante der Wohlstandssicherung versprochen hatte.⁶⁷⁸ Auch durch den mehrheitlich bekundeten

⁶⁷² Trautmann, Günther, a.a.O., S.295.

⁶⁷³ Almond, Gabriel A./Verba, Sidney 1963, a.a.O.

⁶⁷⁴ Vgl. dazu Caciagli, Mario 1992: a.a.O., S.55f.

⁶⁷⁵ Fritzsche, Peter K. 1987, a.a.O.

⁶⁷⁶ Trautmann, Günther 1991, a.a.O., S.301.

⁶⁷⁷ Biorcio, Roberto 1991, a.a.O. Uessler, Rolf 1994, a.a.O.

⁶⁷⁸ Berlusconi wurde von der Bevölkerung als sogenannter self-made-man geschätzt. Unternehmerische Eigeninitiative genießt in Italien aus zwei Gründen großes Ansehen: 1. wegen des nach wie vor weit verbreiteten kleinen und privaten Mittelstandes.

Wunsch nach lediglich stärkerer Dezentralisierung des Staates⁶⁷⁹ kommt zum Ausdruck, daß der Erfolg der Lega weder mit Tradition noch mit einem tief verankerten Autonomiewillen zu erklären ist.

Gleichwohl ist es kein Zufall, daß im industrialisierten Norden eine Partei wie sie entstanden ist. Denn sie konnte neben den bereits genannten Gründen *auch* davon profitieren, daß die alten Parteien wenig für die Überwindung der sozio-ökonomischen Gräben zwischen den Regionen getan haben. Insofern würde ich den Erfolg der Lega als Ausdruck des nicht überwundenen Nord-Süd-Gegensatzes bezeichnen. Dies wiederum kann dazu führen, daß vorhandene, aber in der Regel nicht wahlbeeinflussende, regionale Traditionen über diesen Antagonismus stimuliert werden.

Klientelismus und Democrazia cristiana

Darauf folgt die Frage, warum der Nord-Süd-Gegensatz bis heute nicht überwunden ist. Über Süditaliens Sozialstruktur existiert eine ganze Fülle korrupsions-, mafia- und klientelismustheoretischer Literatur, deren Analyse eine eigene Arbeit verdient.⁶⁸⁰ Hier soll nur festgehalten werden, daß mit der Schaffung des unitarischen Staates als Lösung der nationalen Frage keine Lösung der sozialen Frage einhergegangen ist. Sie wurde sogar durch den sich in den 70er/80er Jahren des 19. Jahrhunderts gebildeten Agrarblock⁶⁸¹ von Großgrundbesitzern und bürgerlichen Schichten noch verschärft. Rolf Wörsdorfer bezeichnet diesen Block als ein weites Interessennetz "der Latifundisten und freiberuflich tätigen Kleinbürger, das mit seinem ganzen Gewicht auf den Bauern, kleinen Pächtern und Landarbeitern des Mezzogiorno lastete".⁶⁸² Die Konsolidierung des gegen Staatseliten und Reformvorhaben eingestellten Blocks vollzog sich in mehreren Schritten: Nach dem Regierungsantritt der parlamentarischen Linken unter Depretis wurden süditalienische Klientele in das Machtsystem eingebunden und gleichzeitig das Wahlrecht ausgedehnt, das den Mittelschichten die staatsrechtlich legitimierte Partizipation ermöglichte. Zugleich wurden im Interesse der agrarischen Eliten Schutzzölle für ihre Produkte eingeführt. Wenig später wurden auch für Industrieprodukte Schutzzölle beschlossen. Dieses wichtige "Zugeständnis des

2. wegen der Unternehmenspolitik der großen Staatsholdings, die von den Regierungsparteien dominiert waren.

⁶⁷⁹ la Repubblica, 25.10.1994.

⁶⁸⁰ Vgl. dazu Dreier, Volker 1994: Korruption als System, in: sozi. Sozialwissenschaftliche Information, 4/94, S.250-256. Tullio-Altan, Carlo 1986: La nostra Italia. Arretratezza socioculturale, clientelismo, trasformismo e ribellismo dall'Unità ad oggi, Milano.

⁶⁸¹ Die Bezeichnung Agrarblock stammt von Antonio Gramsci.

⁶⁸² Wörsdorfer, Rolf 1988: Klientel oder Klasse? Arbeiterbewegung und Sozialisten in einer städtischen Gesellschaft Süditaliens, Frankfurt/M., S.9.

Agrarblocks an das Bürgertum im Norden, dämmte die ausländische Konkurrenz auch auf diesem Felde ein und leistete einen wichtigen Beitrag zur Geburt des modernen industrialisierten Norditalien".⁶⁸³ In der norditalienischen Bevölkerung wird der Süden heute oft als Appendix betrachtet. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß dieser Norden letztlich "auf Kosten des Südens wuchs und sich entwickelte".⁶⁸⁴

Mit der Auflösung des Agrarblocks ist aber keinesfalls der süditalienische Klientelismus verschwunden. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der auch unter Mussolini nicht eingedämmte Notabelnklientelismus durch den Parteienklientelismus der Democrazia cristiana ersetzt. Sie war in den 40er Jahren schnell zur ersten Kraft avanciert und kam 1946 bereits auf 35% der Stimmen. Zwei Jahre später waren es etwa 13% mehr. Ihre Stärke verdankt sie mehreren Gründen: 1. Sie konnte vom großen und intakten Apparat der Azione cattolica italiana profitieren, die den Faschismus als einzige katholische Massenbewegung überlebt hatte. 2. Zudem beerbte sie die Stimmen der liberal-konservativen Kräfte, die durch ihre Nähe zum Faschismus diskreditiert waren. 3. Schließlich sorgten die Vereinigten Staaten, der Vatikan und konservative Parteiströmungen dafür, daß die zur Zusammenarbeit mit der Linken tendierende DC auf den rechten, d.h. antikommunistischen Weg geführt wurde.

Ihre sich bald abzeichnende Hegemonie hatte wenig mit Programmen oder moralischen Leitbildern zu tun; sie war anfangs in erster Linie ein Instrument der genannten Kräfte gegen die starke politische Linke und vor allem gegen den PCI. Die DC-Hochburgen lagen in den konservativ-traditionalistischen Provinzen des Nordens und im Süden, wobei sie im Süden in die Abhängigkeit der herrschenden Eliten zu geraten drohte. Um von der Kirche und dem Notabelnklientelismus unabhängig zu werden, mußte sie selbst konsensstiftende Partei werden. Dazu trug der Antikommunismus ebenso wie der Parteienklientelismus bei, den die Partei durch Instrumentalisierung der vordemokratischen Patronage- und Klientelarstrukturen geschaffen hatte. Nach und nach wurden von der DC wichtige Schaltstellen in Wirtschaft und Bürokratie besetzt, wodurch sie zu Macht und Einfluß gelangte, an echten Problemlösungen aber immer weniger interessiert war. Daß die DC auch eng mit der - antikommunistischen - Mafia verbunden war, gehörte zu den italienischen Alltagsgerüchten. Aber erst die richterlichen Ermittlungen Anfang der 90er Jahre haben dafür auch die Beweise geliefert.⁶⁸⁵

Es ist schwer zu entscheiden, worauf die klientelistische Politik der DC zurückzuführen ist. Sicher sind historische und

⁶⁸³ Ebd., S.10.

⁶⁸⁴ Ebd.

⁶⁸⁵ Zudem gibt es Indizien über die Verstrickungen Andreottis in den Mordfall Aldo Moro: FR, 20.7.95.

staatsrasonistische Gründe nach dem Zweiten Weltkrieg zu nennen. Aber auch die Macht der Gewohnheit oder die Gewohnheit der Macht ist ein entscheidender Faktor. Zudem ist die DC von ihren Wurzeln her keine staatsbürgerlich denkende Partei. Die Masse der Italiener fühlt sich der katholischen Kirche zugehörig, die den laizistischen Staat nach seiner Gründung bekämpft und ihn später nur aus taktischen Gründen toleriert hat. Katholische Bewegungen und Parteien haben daher auch eine starke antistaatliche Wurzel und stehen dem Risorgimento bis heute indifferent gegenüber. Jens Petersen weist darauf hin, daß die laizistischen und marxistischen, somit fast alle Parteien, der DC immer wieder mangelndes National- und Staatsbewußtsein vorgeworfen haben.⁶⁸⁶ Die Hauptursache für den Mangel an nationalem Identitätsgefühl ist seiner Meinung nach in der jahrzehntelangen Vorherrschaft der DC zu suchen.⁶⁸⁷

Sie war eine Partei der Interessen; von der allerdings viele profitiert haben. Klientelismus ist ein Tauschgeschäft, das von der Begrenztheit der gehandelten Güter lebt. Eine solche Politik verhindert das Entstehen von Solidarität und trägt wenig zur Förderung staatsbürgerlichen Denkens bei. Staat galt im Bewußtsein vieler Italiener als Einnahmequelle, unabhängig davon, ob sie gerade selbst auf der Nehmerseite standen oder nicht. Der Corriere della sera fragte deshalb Anfang der 90er Jahre besorgt, ob das Ende der Demokratie der Trinkgelder das Ende der Demokratie insgesamt mit sich brächte.⁶⁸⁸ Diese Frage war um so mehr berechtigt, als das gesamte Parteiensystem Anfang der 90er Jahre erodierte und längere Zeit Unklarheit über die weitere Entwicklung dieses Systems sowie über die italienische Politik insgesamt bestanden hatte.

Nutznießerin und gewissermaßen auch Promotorin dieser Entwicklung im Norden war die Lega, die der Bevölkerung glauben machte, daß die Budgetkrise für die eigenen Gebietskörperschaften nur mit Hilfe einer Teilung des Staates überwunden werden könne. Und hier zeigt sich die eigentliche Brisanz der jahrzehntelangen DC-Hegemonie: Dem auf Hilfe und Transferleistungen angewiesenen Süden sind milliardenschwere und durch norditalienische Steuergelder ermöglichte Subventionen zugeflossen, die aber kaum sinnvoll verwandt wurden und dagegen häufig in klandestinen Kassen versandeten. Darauf haben die norditalienischen Wähler mit Protest und die davon betroffenen Regierungsparteien mit einer noch stärkeren Konzentration auf den Süden reagiert, der - mit Wahlgeschenken umgarnt - die Stimm einbußen ausgleichen sollte. Ein weiteres Anwachsen settentrionalen Unmuts war damit vorprogrammiert. Diesem pekuniären Staatsverständnis liegt schließlich auch der Erfolg der Berlusconi-Partei zugrunde, die den Wählern blühende Landschaften,

⁶⁸⁶ Petersen, Jens 1994, a.a.O., S.51.

⁶⁸⁷ Sie hat aber durch ihre kontinentale Außenpolitik eine Art europäischen Bewußtseins in Italien geschaffen.

⁶⁸⁸ Zitiert in: Petersen, Jens 1994, a.a.O., S.140. Das Mailänder Blatt hat die DC auch einmal als "Einheitspartei der öffentlichen Ausgaben" bezeichnet.

ein neues Wirtschaftswunder und eine Million Arbeitsplätze versprochen hatte. Einzige Gegenleistung für den Eintritt in dieses Paradies sei das Votum für den Rechtspakt. Die Wahlversprechen der Linken waren weniger erfreulich, denn sie wagte lediglich vorherzusagen, daß mit einer Sanierung des Staatshaushaltes nur mittelfristig und unter gravierenden Einsparungen zu rechnen sei.⁶⁸⁹ In dieses Bild paßt auch der Aufstieg der von Michael Braun als Südliga bezeichneten Alleanza nazionale. Zweifellos wurde die nationale Allianz durch die Erosion der alten Mitte und durch die in der Folge von Berlusconi betriebenen Bündnispolitik erst gesellschaftsfähig, und sicherlich hat das distinguierte Auftreten Finis Einfluß auf den Erfolg der Partei gehabt. Dieser Erfolg ist aber auch ein Reflex auf die Aggression des Nordens, der den Süden vom norditalienischen Steueraufkommen abkoppeln will.

Auch hier bleibt nach dem Sieg der linken Mitte im April 1996 abzuwarten, inwieweit es dem neuen Premier und seiner Regierung gelingt, die zahlreichen sozialstaatlichen, ökonomischen, politischen, staatsbudgetären und kulturellen Probleme mit einer neuen stabilitäts- und solidaritätsorientierten Politik zu verkleinern.

9.4. Österreich

9.4.1. Sozio-ökonomische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

Österreich ist ein Parteienstaat und die österreichische Nachkriegsdemokratie eine Kreation parteipolitischer Eliten. Mit ihr wurde der Verbändestaat und seine wichtigste Institution Sozialpartnerschaft entwickelt, wobei die Einschätzungen über das Verhältnis von Parteien und Verbänden unterschiedlich sind und von "ergänzend" bis "antagonistisch" reichen.⁶⁹⁰ Bis Mitte der 50er Jahre hinein lag die sozio-ökonomische Kompetenz ausschließlich bei den Parteien, die sie jedoch infolge gravierender Konflikte in der großen Koalition und zeitweiliger Handlungsunfähigkeit weitgehend auf die Verbände übertragen haben.⁶⁹¹

Gewerkschaften, Wirtschafts- und Landwirtschaftsverbände, Kammern und Parteien haben wesentlich die wirtschaftliche Entwicklung

⁶⁸⁹ Jens Petersen (1995, a.a.O., S.127ff) räsoniert über die Wahlniederlage der Linken und nennt als möglicherweise ausschlaggebenden Grund die Absicht des Vorsitzenden der Rifondazione comunista, Erträge aus Staatsanleihen, der wichtigsten Sparform, zu besteuern.

⁶⁹⁰ Pelinka, Anton 1992: Politische Kultur und nationale Identität in Österreich, in: Morass, Michael/Pallaver, Günther, a.a.O., S.76ff.

⁶⁹¹ Lauber, Volkmer 1992: Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.), a.a.O., S.503.

Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg gesteuert. Dazu zählen Wiederaufbau, Verstaatlichung ehemals deutschen Eigentums,⁶⁹² Austrokeynesianismus (1952-1974), der sogenannte Verschuldungskeynesianismus (1975-1985) und die Sanierungspolitik seit 1986. Gravierende Krisen blieben Österreich über Jahrzehnte erspart, auch wenn sich die österreichische (Arbeits-)Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg spürbar gewandelt hat. So wurde im Verlauf nur weniger Generationen aus der agrarisch geprägten Republik eine Gesellschaft mit hohem industriellen Niveau und einem weit ausgebauten Dienstleistungssektor wie man ihn "vor wenigen Jahrzehnten noch kaum erwartet hätte".⁶⁹³ Vor allem das Bemühen der Sozialpartner, alle Sektoren - Einkommen, Wachstum, Produktionskosten, Wettbewerb, Wohlfahrt, Steuern, Staatsverschuldung - aufeinander abzustimmen, bescherte der Alpenrepublik eine alles in allem gemütliche Modernisierung.

9.4.2. Wandel des Parteiensystems

Diese weitgehend bruchlos verlaufende Entwicklung spiegelt sich auch auf parteipolitischer Seite wider. Denn trotz wirtschaftlicher und sozialer Modernisierungsprozesse und den dadurch bedingten Wandel politischer Einstellungen war das österreichische Parteiensystem bis in die 80er Jahren hinein stabil. Pelinka verweist jedoch auf einen Bruch, der sich innerhalb der beiden Großparteien vollzogen hat: Aufgrund der Auflösungserscheinungen traditioneller sozio-kultureller Milieus und den parallel dazu neugeborenen Mittelschichten und Themen entwickelten sich seit Anfang der 70er Jahre die alten Klassen- und Weltanschauungsparteien sukzessive zu "Allerweltparteien".⁶⁹⁴ Plasser/Ullram führen die dennoch anhaltende Stabilität des Systems auf die Dominanz der Lagerkulturen (eins und zwei) sowie die hegemoniale Stellung ihrer parteipolitischen Repräsentanten in allen gesellschaftlichen und staatlichen Sektoren zurück.⁶⁹⁵ Gleichwohl wuchs der Kreis unentschlossener Wähler, der sich aus flexiblen neuen und jenen Schichten zusammensetzt, die sich emotional an eine Partei gebunden, aber immer weniger vertreten sahen, spürbar an.⁶⁹⁶

⁶⁹² Ebd., S.504.

⁶⁹³ Haller, Max 1993: Die Sozialstruktur Österreichs - Entwicklungstendenzen und Charakteristika im internationalen Vergleich, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.), a.a.O., S.38.

⁶⁹⁴ Pelinka, Anton 1988: Abstieg des Parteienstaates - Aufstieg des Parlamentarismus, in: ders./Plasser, Fritz, a.a.O., S.35-52.

⁶⁹⁵ Plasser, Fritz/Ullram, Peter A. 1988, a.a.O., S.79f.

⁶⁹⁶ Haerpfer, Christian 1992: Wahlverhalten, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.), a.a.O., S.475-492. Dachs, Herbert 1992: Grünalternative Bewegungen, in: ebd., S. 263-274. Horner, Franz 1992: Programme - Ideologien: Dissens oder Konsens, in: ebd., S.197-209.

Sichtbare Folgen hatte diese Entwicklung 1986: Den Grünen ist es nach einem zuvor mißratenen Versuch gelungen, in den Nationalrat einzuziehen, und gleichzeitig konnte die FPÖ ihr Ergebnis erheblich verbessern. Damit hatten die beiden großen Parteien mehr als 10% der Stimmen verloren;⁶⁹⁷ zunehmende Wahlenthaltungen nicht mit berechnet. Dieser Trend hat sich bei den folgenden Nationalratswahlen bestätigt, wobei die FPÖ die größte Nutznießerin dieses Wandels ist. Sie erzielte nach ihren rund 16% von 1990 vier Jahre später 22,6% der Stimmen. Die Grünen verbesserten sich 1994 auf 7%. Bei diesen Abstimmungen ist mit dem Liberalen Forum eine weitere Kraft in den Nationalrat eingezogen, die sich auch nach den vorgezogenen Wahlen von 1996 behaupten konnte.⁶⁹⁸ Ein grundlegender Wandel des Parteiensystems hat sich damit vollzogen.

9.4.3. Modernisierung und SPÖ-Krise

Sozialpartnerschaft, Austro- oder besser: *Kreisky-Keynesianismus* und enorme Wohlstandsentwicklung bei gleichzeitiger Institutionalisierung eines breiten sozialen Netzes sind von den Wählern stets als sozialdemokratische Errungenschaften empfunden worden. Dies spiegelt sich auf nationaler Ebene wider, wo Sozialdemokraten, anders als auf dem Land, besonders stark waren. Mit Beginn der 80er Jahre stieß der "Österreichische Weg" wegen der krisenhaften Entwicklung westlicher Industrien an seine Grenzen, und der Spielraum einer auf Zuwachsverteilung basierenden Politik wurde geringer. Parallel dazu verschafften sich neo-konservative Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik zunehmend Gehör, und in Medien und Bevölkerung machte sich eine negative Grundstimmung gegen die dirigistische Rolle des Staates auf wirtschaftlichem Sektor breit. Dadurch hatte die seit 1970 allein regierende SPÖ ihre absolute Mehrheit eingebüßt und war 1983 auf die FPÖ angewiesen.⁶⁹⁹

Zwar kann die Wirtschaftspolitik der Koalition unter bilanziellen und industriepolitischen Aspekten als erfolgreich bezeichnet werden; steigende Arbeitslosigkeit, Pensionsreform zu Lasten der Pensionäre und die Krise der Verstaatlichten Industrie⁷⁰⁰ provozierten aber Verunsicherungen bei den SPÖ-Wählern und einen spürbaren Imageverlust der sozialdemokratischen Partei, den auch die FPÖ zu spüren bekam. Für die deutschnationale Strömung war dies die Stunde, zur Demontage Stegers zu rufen, dem es innerhalb der

⁶⁹⁷ Die Reduktion ergibt sich aus den 6,7% für die Grünen und dem ca. 5%igen Stimmenzuwachs für die FPÖ.

⁶⁹⁸ Die einzelnen Ergebnisse sind dem Anhang oder dem Kapitel 8.3. zu entnehmen.

⁶⁹⁹ Ucakar, Karl 1992: Die Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert, a.a.O., S.224f.

⁷⁰⁰ Dabei handelt es sich um Spekulations- und Investitionsverluste in hohem Maß.

Koalition nicht gelungen war, sich als eigenständig zu profilieren und damit neue Klientele zu erschließen.

Die Steger-Epoche gilt als liberale und wirtschaftspolitisch gesehen sogar als betont wirtschaftsliberale Phase. Nehmen wir einmal an, Steger wäre es gelungen, die Meinungsführerschaft in der Partei zu erzielen und seinen Posten als Kanzler-Stellvertreter zu behalten. Welche Partei hätte dann von dem sich im Haider-Votum artikulierenden Protest profitiert? Die Grünen? Hätte sich mangelndes Vertrauen in die alten Parteien überhaupt bei Wahlen signifikant niedergeschlagen? Was wäre mit der FPÖ passiert? Spaltung der Partei mit einem in der Regierung und einem gegen sie arbeitendem Flügel? Hätten die Deutschnationalen überhaupt die Kapazität und das Geschick gehabt, Protestpotential in Stimmen für sie umzuwandeln? Hätte sich überhaupt ein **derartig** großes Protestpotential entwickelt, und wenn nicht, warum nicht? Leider müssen diese Fragen, so wichtig sie auch sind, unbeantwortet bleiben. Denn faktisch waren die Machtverhältnisse in Innsbruck auf Seiten derer, die in Folge der SPÖ-Krise und den für die FPÖ niederschmetternden Prognosen⁷⁰¹ zum außerordentlichen Parteitag nach Innsbruck riefen. Etliche Steger-Anhänger sind danach aus der Partei ausgetreten,⁷⁰² zur SPÖ gegangen oder haben unabhängige liberale Zirkel gegründet.⁷⁰³ Nicht wenige haben der Politik ganz den Rücken gekehrt, und einer kleinerer Teil verblieb mehr oder minder frustriert in der Partei.

Diese "neue" FPÖ setzte von Anfang an auf eine gegen große Koalition, Sozialpartnerschaft und Verbände zielende Politik und konnte von der sich langsam offenbarenden SPÖ-Krise profitieren. Österreich galt über Jahrzehnte als Musterland eines funktionierenden Interessenausgleichs zwischen allen in der Arbeitsgesellschaft relevanten Kräften und die Institution Sozialpartnerschaft als Garant gütlicher Konfliktregelung und gerechter Verteilung. Kompetenzüberschneidungen und Machtmißbrauch als beinahe vorgezeichnete Konsequenz der *Versäulung* wurden von der Bevölkerung toleriert, solange das System funktionierte. Die SPÖ als wichtiger Faktor dieses Kontextes war dabei mehr als nur eine Partei. Sie war ein sozialer Dienstleistungsbetrieb, der nötigenfalls Arbeit oder Wohnung besorgen konnte. Sie war zugleich kultureller Hort, wo Sport getrieben, Klassenkampf intoniert oder zusammen gefeiert wurde. Sie war damit ein integraler Teil des Arbeiterlebens. Der rasche Ausbau der Dienstleistungsgesellschaft in den 70er und 80er Jahren sowie die parallel dazu erfolgte technische Modernisierung

⁷⁰¹ Unter Steger hatte die Partei nicht nur ihre schlechtesten Ergebnisse erzielt. 1986 lag sie bei den sog. Sonntagsfragen nur noch bei etwa zwei Prozent.

⁷⁰² Steger selbst ist erst 1993 ausgetreten.

⁷⁰³ Z.B. den Atterseekreis, der eng mit Steger verbunden war, später die FPÖ verlassen hat und nun das Liberale Forum unterstützt.

und Rationalisierung im industriellen Bereich hatten gravierende Auswirkungen auf die Sozialstruktur.⁷⁰⁴ Im Verlauf dieses Prozesses sind neue Berufsprofile mit hohen qualifikatorischen Anforderungen entstanden; gleichzeitig wurden Tätigkeiten in der Industrie auch abgewertet und dementsprechend geringer bezahlt. Darüber hinaus hat sich eine Arbeitslosenquote herausgebildet, die in den 80er Jahren bei etwa 5% und seit Mitte der 90er Jahre schon bei 7% mit steigender Tendenz lag. Diese Faktoren haben den Spielraum von Sozialpartnerschaft und *Sozialdemokratismus* verkleinert. Mit der Ostöffnung Ende der 80er Jahre wurden die Verunsicherungen innerhalb der Gesellschaft noch weiter verstärkt. Denn mit diesem Ereignis ging die Wanderung billiger Arbeitskräfte nach Österreich und die Standortverlagerung österreichischer Unternehmen ins Ausland einher. Das bequeme Nischenleben zwischen den Blöcken, von dem Österreich viele Jahrzehnte profitiert hat, war definitiv beendet, und der Hort Sozialdemokratie vermochte keinen Schutz mehr zu geben. Seit Österreich Mitglied der EU ist, wächst zudem der Unmut der Arbeiter über die Beschäftigung billiger Kräfte aus dem südeuropäischen Ausland.

Es sind vor allem Arbeiter, die sich von der SPÖ thematisch und sozial vernachlässigt fühlen. Das jedenfalls ist das Ergebnis einer von der SPÖ in Auftrag gegebenen und sorgsam geschützten Studie, mit der sie den Ursachen ihrer eigenen Schwäche und dem parallel verlaufenden Aufstieg der Haider-Partei auf die Spur kommen will. Das von ihr beauftragte IFES-Institut attestiert der Partei nach zahlreichen Tiefeninterviews mit SPÖ-Abtrünnigen, daß "eine tiefe Frustration hochgesteckter Erwartungen (...) sich wie ein roter Faden durch alle Gespräche zieht". Auch die "Stichworte Protest, Privilegien, Politikerverdrossenheit - da und dort garniert mit Abstiegsängsten und Ausländerhaß - blitzen in so gut wie allen Interviews auf".⁷⁰⁵ Glühende Haider-Anhänger finden sich in der Ex-SPÖ-Wählerschaft erwartungsgemäß kaum, und häufig wird er aus diesem Kreis heraus nur zähneknirschend gewählt. Auch eine FPÖ-Alleinregierung wünscht sich kaum jemand. Gleichwohl gilt Haider als jemand, der die Bedürfnisse der sogenannten kleinen Leute thematisiert und sich in dieser Hinsicht von den anderen Parteien unterscheidet.⁷⁰⁶

Während sich das IFES-Institut gemäß seinem Auftrag darauf beschränkt, Interviews auszuwerten und darüber hinaus dem Glauben Ausdruck zu verleihen, daß gut die Hälfte der SPÖ-Abtrünnigen dauerhaft verloren sei, setzen sich Fritz Plasser und Peter A. Ullram mit den Hintergründen veränderten Wählerverhaltens auseinander. Sie führen den FPÖ-Erfolg innerhalb der Arbeiterschaft auf den Zusammenbruch sozialdemokratisch geprägter Milieus, Desintegration der Arbeiterkultur, neoliberale Wirtschaftsdeologie und soziale

⁷⁰⁴ Haller Max, 1993, a.a.O., S.37-49.

⁷⁰⁵ profil, 20.3.1995, S.30.

⁷⁰⁶ Ebd., S.28ff.

Marginalisierung bzw. Modernisierungsängste zurück.⁷⁰⁷ "Der Tatbestand, daß die FPÖ bei Arbeitern mittlerweile zur zweitstärksten Partei geworden ist, aber auch bei den in der Privatwirtschaft Tätigen bzw. nicht-gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern zu einer ernsthaften Herausforderung des sozialdemokratischen Vertretungsanspruchs geworden ist, verdeutlicht die Tragweite und Brisanz der dahinterstehenden Konfliktdynamik."⁷⁰⁸ Sie wurde auch von der SPÖ erkannt, und im Winter 1996 haben sich hochrangige Parteirepräsentanten zusammengefunden, um über eine veränderte politische Strategie zu beraten. Einigkeit bestand vor allem darin, das Thema "soziale Gerechtigkeit" zurückzugewinnen und neu zu besetzen. Ob die SPÖ ihre sozialpolitischen Vorhaben innerhalb einer rot-schwarzen Koalition mit einer selbstbewußten und wahlarithmetisch flexiblen ÖVP durchsetzen kann, muß allerdings bezweifelt werden. Zumindest aber verweisen der Rücktritt von Vranitzky und die Wahl von Viktor Klima als Kanzler darauf, daß die rhetorische und politische Auseinandersetzung der SPÖ mit der FPÖ in eine neue Phase tritt. Denn Klima gilt unter habituellem Gesichtspunkt als eine wirksame Herausforderung an Jörg Haider.

9.4.4. Einwanderung und Privilegienwirtschaft

Seit Anfang der 90er Jahre wird von FPÖ-Wählern das sogenannte Ausländerproblem als zentrales Wahlmotiv genannt. Es rangiert damit direkt hinter dem Motiv "Privilegienwirtschaft" und ist innerhalb kurzer Zeit von einem hinteren auf den zweiten Platz hochgeschwungen.⁷⁰⁹ Die FPÖ und Haider haben dabei das Zusammentreffen von Wirtschaftskrise und Ostöffnung für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert, d.h. sie haben eine Kausalität zwischen diesen beiden Faktoren hergestellt und darüber hinaus die kriselnde Sozialpartnerschaft weiter attackiert. Erstmals seit Bestehen der Zweiten Republik wurde sie auch zur Zielscheibe der Unternehmensverbände, die der gütlichen Einigung offensichtlich überdrüssig sind. Das dadurch ausgelöste Klima von Unsicherheit und Angst hat die FPÖ geschickt für ihre Zwecke ausgenutzt und sich als Partei "zorniger junger Arbeiter" und "verängstigter Pensionisten" profiliert.⁷¹⁰

Die um ihre Wähler besorgten Parteien SPÖ und ÖVP haben sich in der Folge des von Haider lancierten "Ausländerthemas" angenommen und die Grenzen für Flüchtlinge und Arbeitsmigranten beinahe undurchlässig gemacht. Dies führte neben einer Rüge des UNHCR⁷¹¹ beispielsweise auch dazu, daß ausländische Studenten, die

⁷⁰⁷ Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. 1994, a.a.O., S.61.

⁷⁰⁸ Ebd., S.61.

⁷⁰⁹ Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. 1994, a.a.O., S.49ff.

⁷¹⁰ Ebd., S.34.

⁷¹¹ In der 1995er UNHCR-Studie wird die österreichische Asylparaxis als konventionswidrig gerügt. Vgl. UNHCR - Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge 1995:

bereits einen Studien- oder Praktikumsplatz in Österreich hatten, die Einreise verweigert wurde. Eine Korrektur der strengen Bestimmungen wurde allerdings seit dem Frühjahr 1995 diskutiert und ist inzwischen vollzogen.

In ihrem 1994 vorgelegten Forschungsbericht über *die FPÖ unter Haider* analysieren Fritz Plasser und Peter A. Ulram eine von ihnen als *neue Rechte* titulierte Wählerschaft, deren Anteil an der Gesamtwählerschaft 18% beträgt. Die FPÖ rekrutiert von diesem für Österreich neuartigen Protestpotential (Plasser/Ulram) etwa 33%.⁷¹² Merkmale dieser Gruppe sind: Niedriges Bildungsniveau, Überrepräsentanz älterer Bürger, soziale Immobilität "und ein ebenso verengtes Informationsniveau".⁷¹³ Plasser/Ulram charakterisieren die in dieser Gruppe vorherrschenden und auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinenden Werthaltungen als hochgradig individualistisch und zugleich autoritär-hierarchisch. Die in der *neuen Rechten* vorherrschende Auffassung, jeder sei für sein eigenes Schicksal selbst verantwortlich, ist Ausdruck gewachsenen Mißtrauens in und Enttäuschung über Sozialpartnerschaft, Parteien und Institutionen. Obgleich staatliches, sozialpartnerschaftliches und solidarisches Handeln (etwa Wirtschaftshilfe in Krisengebiete) abgelehnt wird, gilt auf der anderen Seite der starke Staat zur Bekämpfung und Bestrafung von Normabweichungen als erstrebenswert. Wichtigstes Problem dieser Gruppe ist die sogenannte Ausländerfrage. Dies ist nicht ausschließlich Ausdruck einer autoritär-rigiden Grundhaltung, sondern muß auch "vor dem Hintergrund einer hochgradigen sozioökonomischen Verunsicherung dieser Gruppe, ihrem ausgeprägten Konjunkturpessimismus und drohenden Einbußen im persönlichen Haushaltsspielraum" betrachtet werden.⁷¹⁴

1993 wurde diese Gruppe von den beiden Politologen differenziert: Sie nennen zwei Typen:

1. Der *potentielle Modernisierungsverlierer* mit einem Anteil von 17% an den Wahlberechtigten hat kein Vertrauen mehr in die sozialstaatliche Wachstumslogik, pocht auf Sicherung des materiellen Standards, lehnt Einwanderung tendenziell ab und ist durch die Rezession sowie durch das Tempo der gesamtgesellschaftlichen Modernisierung nachhaltig verunsichert. Untersuchungen zufolge kann die FPÖ in dieser Gruppe auf 35% der Wählerstimmen kommen.

2. Deutlicher tauchen die unter Punkt 1 genannten Tendenzen bei dem *materiell verunsicherten und autoritär eingestellten*

Flüchtlingsalltag in Österreich - Eine quantitativ-qualitative Analyse der Vollzugspraxis des Asylgesetzes 1991, Wien.

⁷¹² Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. 1994, a.a.O., S.12f.

⁷¹³ Ebd., S.13

⁷¹⁴ Ebd., S.14.

Systemverdrossenen auf (Anteil an der Wählerschaft: 16%). Die Verunsicherung stiftenden Momente führen hier zu "latent autoritären Verdrossenheitsreflexen".⁷¹⁵ Nichterwerbstätige, Arbeiter und Pensionäre sind signifikant über-, Angestellte deutlich unterrepräsentiert. Der FPÖ kann es theoretisch gelingen, 40% dieser Gruppe an sich zu binden, während sich der Rest - nach parteipolitischen Präferenzen befragt - auf die beiden großen Parteien verteilen würde. Grüne und das Liberale Forum können aus dieser Gruppe keine Wähler gewinnen. Kennzeichnende Merkmale sind neben einem stark ausgeprägten Wirtschaftspessimismus die tendenzielle Befürwortung autoritärer Problemlösungen, Xenophobie und Ablehnung des Parteien- bzw. Sozialstaates. Die Größe dieser Gruppe "und die zunehmende Radikalität der Einstellungen in Form einer brisanten Mischung aus Wohlfahrtschauvinismus, defensivem Abwehernationalismus sowie ausgeprägten anti-institutionellen und anti-parteiaatlichen Affekten stellt ein für populistische Appelle empfängliches, mobilisierungsfähiges Wählerpotential dar."⁷¹⁶

Es fällt auf, daß zwischen den Ergebnissen der Plasser/Ulram-Studie und den Resultaten der vorhin zitierten IFES-Untersuchung einige Unterschiede bestehen. Dies liegt nicht zuletzt an verschiedenen Forschungsstrategien und an der Auswahl der Forschungsobjekte: Plasser/Ulram setzen sich vorwiegend mit der gesamten FPÖ-Wählerschaft seit 1986 auseinander und überprüfen zudem einen für die FPÖ potentiell zugänglichen Markt. Die IFES-Gruppe dagegen war nur an den direkt von der SPÖ zur FPÖ übergelaufenen Wählern interessiert. Dennoch ergibt sich daraus eine nicht unbeachtliche Schnittmenge. Deshalb ist es überraschend, daß die von Plasser/Ulram definierte Gruppe der *neuen Rechten* (sowie ihre Differenzierungen) in der IFES-Studie nicht auftaucht; auch nicht unter äquivalenten Bezeichnungen. Daraus will ich nicht vorschnell den Schluß ziehen, daß die IFES-Gruppe weniger sorgfältig gearbeitet hat. Aber sie war im Auftrag einer Partei tätig, die sich Sorgen um ihre Arbeiterwählerschaft und zugleich Hoffnung macht, aus den Ergebnissen thematische oder taktische Konsequenzen ziehen zu können. An einer mehrdimensionalen Langzeitstudie wird einer in Legislaturperioden denkenden Partei vermutlich wenig gelegen haben. Beide Erhebungen unterstreichen jedoch, daß die FPÖ Nutznießerin andauernder sozio-ökonomischer Probleme und mangelnder Lösungskompetenz von Regierung und Verbänden ist. Dies fördert die Bereitschaft eines großen Teils der Wählerschaft, Haiders einfachen, provokativen und, je nach Opportunität, auch kontradiktorischen Antworten zu folgen.

9.5. Diskussion

Die Parteiensysteme Frankreichs, Italiens und Österreichs haben sich aufgrund ähnlicher sozio-ökonomischer

⁷¹⁵ Ebd., S.15.

⁷¹⁶ Ebd., S.17.

Entwicklungsprozesse gewandelt, wodurch die Voraussetzung geschaffen wurde, daß politische Außenseiter in die Strukturen eindringen oder sich signifikant verbessern konnten. Die sozio-ökonomische Modernisierung hatte aber nicht nur einen Wandel politischer Orientierungen zur Folge. Eng verbunden damit ist ein Wandel von Lebens- und Arbeitsgewohnheiten sowie die Überwindung von Traditionen. Die Modernisierung der Industrienationen hatte damit weitreichenden Einfluß sowohl auf die Bevölkerung als auch auf Verbände, politisch-kulturelle Subsysteme und Parteien. Von der zunehmenden Durchlässigkeit der hier relevanten Parteiensysteme konnten Organisationen profitieren, die sich trotz mancher Übereinstimmung in ihrem Staatsdenken und in ihren Themen und Inhalten voneinander unterscheiden. Zudem sind die drei Parteiensysteme unter dem Blickwinkel der Wahlgesetzgebung und der Regierungsbildung selbst verschieden. Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, den Erfolg des Front National, der Lega Nord und der FPÖ lediglich auf jene Faktoren zurückzuführen, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Modernisierung stehen. Denn schließlich ist auch die Entstehung grün-alternativer Bewegungen in Österreich und anderswo oder der Auftrieb der französischen Sozialisten Anfang der 80er Jahre, um nur wenige Beispiele zu nennen, eine Folge gesellschaftlicher Modernisierung. Die in Frankreich, Italien und Österreich ähnlich verlaufenden Prozesse sind wichtige Voraussetzungen für den Erfolg der hier im Zentrum stehenden Parteien.

Die Tatsache, daß Gesellschaften sich wandeln und daß dieser Wandel Einfluß auf das Wahlverhalten hat, konstituiert jedoch noch keine Erfolgsbedingungen für Parteien, die zwischen System- und Establishment-Antagonismus schwanken, oft kompromißlose Forderungen erheben und das soziale Ressentiment zum integralen Teil ihrer "Problem Diagnosen" machen. Darum stellt sich die Frage nach der Qualität des gesellschaftlichen Wandels und den daraus resultierenden Konfliktlinien. Da Modernisierung aber kontinuierlich verläuft, stellt sich zudem die Frage, wann und in welchem Umfang unterschiedliche Wandlungsmomente zusammentreffen und ein Problemfeld konstituieren, das zur nachhaltigen Destabilisierung traditioneller Parteien und zum Erfolg neuer Akteure führt.

Wandel der Industriegesellschaft

Eine wichtige Erklärung für den Erfolg der drei, aber auch anderer (rechtsgerichteter) Protestparteien Westeuropas liegt im Ort ihres Durchbruchs, in den bevölkerungsreichen und industriellen Agglomerationen. Daß sie hier und nicht in der Provinz, auf dem Land oder innerhalb des konservativ geprägten Mittelstands erfolgreich sind, läßt auf wichtige Problemstrukturen schließen, die in den großen Zentren vorherrschen.

Die prosperierende Wohlstands- und Industriegesellschaft der ersten Nachkriegsjahrzehnte existiert nicht mehr. An ihre Stelle trat sukzessive eine diversifizierte Arbeitsgesellschaft mit kostenintensiven Tertiär- und rationalisierten bzw. modernisierten Industriesegmenten. Unter bilanziellem Aspekt sind die Industriestaaten nach wie vor erfolgreich. Diese Bilanzen verdecken

jedoch die konjunkturellen Probleme zahlreicher Klein- und Mittelbetriebe, die gegen die Industriegiganten immer weniger bestehen können. Großunternehmen wiederum erzielen ihre steigenden Gewinne mit immer weniger Arbeitskräften. Darüber hinaus haben sich aufgrund veränderter Anforderungen die Berufsprofile erheblich verändert. Die negativen Folgen davon sind nicht nur aus Frankreich, Österreich oder Italien bekannt: überwiegend staatlich finanzierte Umschulungsprogramme, mit denen Arbeitslose für neue Jobs oder für die gestiegenen Leistungsanforderungen der Industrie fit gemacht werden, großzügige Vorruhestandsregelungen, Ausdehnung sozialer Transferleistungen und eine dennoch steigende Arbeitslosigkeit mit entsprechenden finanziellen Belastungen für den Staat. Letztlich ist dies eine einseitige Verlagerung volkswirtschaftlicher Kosten zu Lasten des Staates, der dort eingreifen muß, wo sich die Selbstregulierung des freien Marktes als Illusion entpuppt. Der Anspruch des Sozialstaats, den Benachteiligten einen gewissen Standard und Kaufkraft zu garantieren, wird schwerer einlösbar. Dies ist aber nicht das einzige Problem. Menschen, die aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden, verlieren nicht nur finanziellen, sondern häufig auch sozialen Status.

Greifen wir zurück: Die sozio-ökonomische Modernisierung erforderte von der Bevölkerung ein hohes Maß an Mobilität, Flexibilität, Leistung und Bildung. Diese Anforderungen - und Chancen - hatten einen nachhaltigen gesellschaftlichen Wandel zur Folge. Eine dieser Folgen ist die Stärkung der politischen und soziologischen Mitte. Im Fall Frankreich bedeutet dies eine Überwindung des gaullo-kommunistischen Paradigmas und eine Stärkung des Zentrums und der sozialistischen Partei. Die österreichischen Klassenparteien ÖVP und SPÖ wandelten sich zu den von Pelinka so bezeichneten Allerweltparteien, wobei die Auswirkungen im Vergleich zu Frankreich etwas anders waren: Obwohl die SPÖ in den 70er Jahren ähnlich wie die französischen Sozialisten stärker geworden war und nicht nur die nach rechts gedriftete ÖVP überrunden, sondern erstmals alleine eine Regierung bilden konnte, war sie unter regierungspolitischen Aspekt eine alte Bekannte. SPÖ und ÖVP haben die meiste Zeit gemeinsam am Ruder gesessen,⁷¹⁷ wobei ihnen bis in die 80er Jahre hinein eine vergleichsweise unbedeutende Opposition gegenüberstand. Dies änderte sich erst Mitte der 80er Jahre parallel zu ökonomischen Krisenereignissen, mit denen Österreich zuvor und nicht zuletzt wegen der Kompromißbereitschaft der Sozialpartner besser hatte umgehen können andere Staaten. Aufgrund der ausgeprägten Polarisation hatte sich der Wandel von Parteien und Parteiensystem in Italien eher verdeckt vollzogen. Signifikante Merkmale sind die Öffnung des PCI und seine eurokommunistische Argumentation sowie die zunehmend bürgerliche Politik des PSI, der sich in den 70er Jahren vom PCI distanziert und sich stärker einer gemäßigten Wahlklientel angeboten hat. Damit konnte er in die Regierung eintreten, deren Partner zu diesem Zeitpunkt schwächer geworden waren.

⁷¹⁷ Die ÖVP von hat von 1966 bis 1970 und die SPÖ in den 70ern bis Anfang der 80er Jahre alleine regiert. Hinzu kommt die kleine Koalition von 1983-1986.

Parteien und Bevölkerung sind von ihren Einstellungen her im Durchschnitt "gemäßiger" geworden und soziologisch und ideologisch weniger eindeutig zu kategorisieren. Die Modernisierung nach dem Zweiten Weltkrieg hatte also in dieser Hinsicht eine un-
tarisierende Wirkung. Wenn Bürger mit ihrer Lebenswirklichkeit einigermaßen zufrieden sind, wird es sie vermutlich wenig anfechten, daß die ÖVP ihrer Partnerin ähnlicher wird oder daß sich Andreotti und Craxi ohne nachhaltige politische Konsequenzen als Regierungschefs ablösen können. Anders verhält es sich in von Angst oder Unsicherheit gekennzeichneten Phasen. Es kann niemanden verwundern, daß politische Außenseiter ihre Chance erhalten, wenn die traditionellen Parteien als immer weniger unterscheidbar wahrgenommen werden, und weder der Opposition noch der Regierung die Kompetenz zugetraut wird, die sich hinter diesen Ängsten verbergenden Probleme zu lösen. Skepsis gegenüber traditionellen Parteien kann sich bis zur offenen Ablehnung steigern, wenn die Gefühle von Unsicherheit und Angst größer werden: Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, Statusunsicherheit, Wandel moralischer Leitlinien und der Verlust sozio-kultureller Bezugssysteme sind die in diesem Zusammenhang wichtigen Stichwörter.

Sozialwissenschaftler reden nicht zu Unrecht vom Extremismus der Mitte, wenn bislang gemäßigte Wählergruppen "ausbrechen" und ihre Stimmen denjenigen Protestparteien geben, die mit einfachen Schuldzuweisungen auf die Komplexität der Probleme antworten. Diesen Wählern stehen beinahe spiegelbildlich jene gesellschaftlichen Gruppen gegenüber, die von der Modernisierung profitieren konnten und heute aus einer vergleichsweise sicheren sozio-ökonomischen Lage heraus die Folgen dieser Entwicklung kritisieren.

Hinzu kommt die Problematik großer Koalitionen vor allem dann, wenn sie - wie in Italien oder Österreich - keine Ausnahmen darstellen. Immerhin hatte auch der Front National seinen ersten nationalen Erfolg zur Zeit der *cohabitation*, die einer großen Koalition gleichkommt. Ich will dieses Argument jedoch nicht überstrapazieren, zumal das Vorhandensein einer großen Koalition allein weder Unmut noch Protestwahlverhalten erklären kann. Wenn dies so wäre, dann hätte sich die Schweiz schon längst zu einem politischen Unruheherd entwickelt. Die Franzosen haben mit dem Front National einen Außenseiter ins nationale Parlament gewählt. Damit unterscheidet er sich von den beiden anderen Parteien. Denn neben der FPÖ war auch die Lega Lombarda schon vor dem eigentlichen Durchbruch mit wenigen Senatoren und Deputierten auf nationaler Ebene präsent. Ungeachtet dieser Minimalpräsenz war aber auch die Lega ein politischer Outsider. Anders in Österreich, wo die FPÖ seit ihrer Gründung im Nationalrat vertreten war und bis auf die wenigen kleinkoalitionären Ausnahmejahre in der Opposition saß. Warum eigentlich blieb dem italienischen PCI als ebenfalls dauerhaft opponierender Partei das versagt, was der FPÖ zuteil wurde? Warum konnte nicht er statt der Lega von der Krise der Regierungsparteien profitieren? Augenscheinlich ist es kein ausreichender Grund, Oppositionsparteien im Rahmen einer parteipolitischen Vertrauenskrise nur deshalb stärker zu wählen, **weil** sie in der Opposition sitzen. Entscheidend war für Italien wohl die Tatsache, daß

auch der PCI trotz seiner Sonderrolle im System verankert und damit ein Teil des traditionellen Parteiensystems war. Aber auch die FPÖ war im System verankert und zudem für kurze Zeit Regierungspartei. Beide Parteien weisen aber gravierende habituelle Unterschiede auf. Denn die nach 1986 erfolgreiche FPÖ hat sich als Anti-Establishment-Akteur und nicht als "Systempartei" präsentiert. Dagegen ist der PCI im Verlauf vieler Jahrzehnte immer gemäßigter geworden. Vor allem hat er von frühen Ausnahmen abgesehen niemals einen alle übrigen Parteien und Institutionen umfassenden Überfeind konstruiert und sich als alleinige und ausschließliche Alternative dargestellt. Er hat im Gegenteil vieles unternommen, um von den übrigen Parteien und besonders von der DC als politischer Partner anerkannt zu werden. Schließlich darf die ideologische Positionierung nicht außer acht gelassen werden: PCI/PDS gelten aus der eigenen und der Fremdperspektive als links, wobei "links" nicht erst seit Norberto Bobbios Gedanken über den Begriff⁷¹⁸ für den Kampf um gesellschaftliche Gleichheit steht. Dieser Gleichheitsgedanke wird von den hier untersuchten Parteien nicht vertreten. Sie drehen vielmehr den argumentativen Spieß herum und behaupten mitunter, daß sie als Organisationen und die von ihnen angeblich repräsentierte "Gemeinschaft" selbst Opfer rassistischer Verfolgung oder Benachteiligung sind.⁷¹⁹

Protestparteien neuen Typs?

Die französische Linke wurde Anfang der 80er Jahre an die Regierung gewählt, als das Land bereits gravierenden wirtschaftlichen Problemen ausgesetzt war. Diese Linke hatte nicht nur einen großen Teil der Arbeiterwählerschaft, sondern zudem zahlreiche Wähler hinter sich, die auf den sozialistischen Reformismus in allen gesellschaftlichen Bereichen setzten. Finanziell aufwendige Vorhaben wurden jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten hintangestellt, und die Regierung nahm dagegen einen neoliberalen Kurs, den man von einer wirtschaftsliberalen Rechten erwartet hätte.

Die der traditionellen Rechten kaum zugeneigten Wähler aus dem Arbeitermilieu waren von den Sozialisten enttäuscht. "Gewonnen hat unter Mitterrand vor allem die rechtsextreme Front national" schlußfolgert ein Zeit-Korrespondent daher nicht zu Unrecht.⁷²⁰

Enttäuschung über sozialdemokratische Politik war auch in Österreich ein wichtiges Motiv vieler Wähler aus dem Arbeiter- und

⁷¹⁸ Bobbio, Norberto 1994, a.a.O.

⁷¹⁹ Vgl. etwa Gsteiger, Fredy 1995: Der Rassismus des Salons, in: Die Zeit, 1.9.1995, S.10. Vgl. auch Bossi, Umberto/Vimercati, Daniele 1993: La Rivoluzione. La Lega: Storia e idee, Milano, S.1. In diesem Buch berufen sich die beiden Autoren auf die Menschenrechtserklärung von 1793 und legitimieren auf dieser Basis ihren Kampf gegen das politische System Roms, das die Rechte des norditalienischen Volkes eklatant verletze.

⁷²⁰ Fritz-Vannahme, Joachim 1995: Ende der Illusion, in: Die Zeit, 19.5.1995, S.9.

Angestelltenmilieu, ihre politische Heimat zu wechseln. Die an Zuwachsvorteilung und eine mehr oder minder funktionierende Sozialpartnerschaft gewöhnten Wähler wurden durch den Wandel ökonomischer Handlungsprinzipien verunsichert. Dabei gilt der nach wie vor verehrte "Sonnenkanzler" Kreisky als Sozialpolitiker, der notfalls Schulden in Kauf nimmt, Vranitzky dagegen als neoliberaler Technokrat.⁷²¹ Zwar verspricht Haider keine Renaissance des Wohlfahrtsstaates. Er bezeichnet sich mit Blick auf seine neue Klientel aber als einen Schüler Kreiskys, dem er gute Absichten, aber einen zu geringen ökonomischen Weitblick attestiert.⁷²² Damit taktiert er geschickt, denn er appelliert an die Kreisky-Gefühle traditioneller SPÖ-Wähler und stellt sich selbst als Hüter sozialer Gerechtigkeit dar, der passenderweise über das richtige ökonomische Handwerkszeug verfügt. Er bedient sich der SPÖ-Tradition und attackiert zugleich ihre politischen Instrumentarien sowie generell die "Privilegienwirtschaft" der Repräsentanten beider Großparteien und der Verbände. Das Fazit von Plasser/Ulram, wonach die FPÖ eine "protestorientierte Arbeiterpartei neuen Stils" sei, ist auf diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung ihrer Klientel nicht nur trefflich,⁷²³ sondern auch auf den FN und andere Protestparteien übertragbar.

Ein Zusammenhang zwischen desillusionierten Links- bzw. Arbeiterwählern und Protestwahlverhalten beschränkt sich im übrigen nicht nur auf Frankreich und Österreich. Ebenso läßt sich dies in Belgien in Bezug auf den Vlaams Blok und seine Wählerschaft⁷²⁴ und in Skandinavien beobachten, wo die Fortschrittsparteien auch aus dem Vertrauensverlust vieler Bürger in die Sozialdemokratie elektorales Kapital schlagen konnten.⁷²⁵

In Italien fehlt das linke Regierungsäquivalent und ein damit verbundenes Frustrationspotential. Aber es gab bis in die 90er

⁷²¹ Er hat den neoliberalen Kurs nach seiner Amtsübernahme so schnell vorgenommen, daß die ÖVP noch nicht einmal für sich in Anspruch nehmen kann, Erfinderin dieses Konzepts zu sein. Ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen orientierten sich Mitte der 80er Jahre noch am staatsinterventionistischen Modell. Vranitzky war zuvor Finanzminister im Sinowatz-Kabinett der kleinen Koalition; dieses Amt hatte er bereits unter Kreisky angestrebt, aber nicht erhalten.

⁷²² profil, 21.8.1995.

⁷²³ Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. 1994, a.a.O., S.16.

⁷²⁴ Carlander, Ingrid 1995: Die kosmopolitische, die braune Stadt. Antwerpen: Skandale und Rechtsextremismus, in: Le Monde diplomatique (Beilage der taz/woz), Mai 1995, S.8-9.

⁷²⁵ Andersen, Jorgen Goul/Bjorklund, Tor 1994: Struktureller Wandel, neue Konfliktlinien und die Fortschrittsparteien in Dänemark, Norwegen und Schweden, in: Pappi, Franz Urban/Schmitt, Hermann (Hg.): Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien, Frankfurt/M., S.84.

Jahre hinein klientelistisch agierende Regierungen, die ihre Wähler mit etlichen Leistungen versorgt und damit im eigenen Lager gehalten haben. Daß auch die kommunistische Gegenseite nicht vergessen wurde, ergibt sich aus der Legitimationsgrundlage des alten Parteiensystems. Erst nachdem der Zustand der (auch) durch diesen Klientelismus ruinierten Staatsfinanzen nicht mehr zu leugnen war und zudem klar wurde, daß eine rigide Haushaltspolitik gleich unter wessen Ägide vonnöten sei, haben sich die norditalienischen Wähler für die einfache Rezeptur der Lega Nord entschieden. Es scheint daher nicht so sehr die Frage linker oder rechter Regierungen zu sein, unter deren Amtsgeschäften Protestparteien Zulauf haben. Weitaus wichtiger sind Inhalte und die Richtung dieser Regierungspolitik. Sie kann auch unter bürgerlicher Federführung durchaus sozialstaatlich akzentuiert und auf Ausgleich bedacht sein. Seit dem Ende des Systemkonflikts reden neoliberale Kräfte besonders gern vom "Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts" und zielen dabei gegen den heute existierenden Sozialstaat. Daß ein gravierender sozialstaatlicher Abbau politische und soziale Folgen hat, scheint man in Kauf nehmen zu wollen. Jedenfalls korreliert der Auftrieb rechter Protestparteien auffallend mit dem wachsenden Selbstbewußtsein neoliberaler Strömungen und mit dem Rückzug des Staates aus der Wirtschaftspolitik.

Wenn der Wohlfahrtsstaat an seine Grenzen stößt, klientelare Strukturen und subkulturelle Sicherheiten wegfallen und zudem die Meinung vorherrscht, daß ein *normal* herbeigewählter Regierungswechsel keine positiven Veränderungen bringt, dann kann das Terrain für Outsider oder Protestparteien entstehen. Sie nutzen die gegen traditionelle Parteien bestehende Skepsis und schüren sie. Mit ihrem national, ethnisch oder regional gefärbten Solidaritätsverständnis erteilen sie zugleich der solidarischen Gesellschaft eine Absage und machen Minderheiten für die vorherrschenden Probleme verantwortlich. Paradoxerweise gewinnen diese Parteien einen Großteil ihrer Stimmen von Wählern, die verunsichert und auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Der populistische Moment

Wenden wir uns den populistischen Momenten in den drei Ländern zu. Für Frankreich bezeichne ich das Zusammentreffen von ökonomischer Krise und politischer Desillusionierung als populistischen Moment. Man könnte auch von einer Modernisierungskrise reden, weil die politische Linke Anfang der 80er Jahre die Macht aufgrund ihres Versprechens erhalten hat, die gesamte Gesellschaft zu verändern, dieses Versprechen aber nicht halten konnte. Nun konstituiert nicht jedes uneingelöste Wahlversprechen schon einen populistischen Moment. Es war vielmehr die prekäre Koinzidenz von gravierenden wirtschaftlichen Problemen und den enttäuschten Erwartungen in eine Linke, die sich bis 1980 vergeblich um politische Meinungsführerschaft bemüht hatte und nun erstmals die gesamte Verantwortung trug. Zudem handelte es sich auch nicht um temporäre wirtschaftliche Probleme. Vielmehr war es der Beginn einer Zeit mit Arbeitslosigkeit auch auf zeitlich hohem Niveau (Dauerarbeitslosigkeit), dauerhafter Konjunkturschwächen und

hoher Staatsverschuldung und zugleich das Ende wachsenden Wohlstands. Mit Blick auf das nach wie vor geringe Einkommensniveau der französischen Arbeiterschaft ist es leicht nachzuvollziehen, daß gerade in dieser Gruppe die Frustrationen über den "verpatzten Aufbruch" besonders hoch waren. Erinnerung sei hier ein weiteres Mal an die für Frankreich typischen Schlafburgen. Gerade die peripheren Massenunterkünfte mit ihrer an der Arbeitsgesellschaft orientierten Zweckerfüllung bergen dann ein Konfliktpotential, wenn genau diese Arbeitsgesellschaft nicht mehr funktioniert. Die Modernisierung hat überall in Europa einen Verlauf genommen, der zur schrittweisen Atomisierung des Arbeitermilieus geführt hat.

Eng verbunden damit ist die (Identitäts-)Krise der Linken, deren Legitimation auch vom Vorhandensein einer Arbeiterschaft als Subjekt abhängt. Wenn ich das Zusammentreffen von ökonomischer Krise und politischer Desillusionierung als populistischen Moment bezeichne, dann unterscheide ich zwischen den komplexen Problemstrukturen, die für den Erfolg des Front National verantwortlich sind, und dem Auslöser; oder besser: dem Augenblick, in dem sich ein Krisenbewußtsein manifestiert (das sich später materialisiert).

Vielleicht ist das Wort *Bewußtsein* schon zu weit gegriffen. Es reicht möglicherweise das von Dubiel hervorgehobene "*Empfinden verletzter Gerechtigkeit*", die "*Kränkung sozialer Ehre*" oder die "*Ahnung vorenthaltenen Glücks*".⁷²⁶ Wenn soziale Milieus erodieren, die zu ihnen gehörenden Individuen sich in den gesellschaftlichen Strukturen nicht mehr zurechtfinden und die Angst vor sozialer Desintegration umgeht, dann hat dies auch Einfluß auf die Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft und auf ihre politische Kultur. Damit ist angedeutet, warum der Front National Stimmen aus allen sozialen Milieus holt. Seine über das Einwanderungsthema erfolgte Verknüpfung von sozialen und nationalen Aussagen ermöglicht es ihm, enttäuschte Arbeiterwähler ebenso an sich zu binden wie Nationalisten und Kulturpessimisten unterschiedlichster Provenienz, die den republikanischen Gleichheitsgedanken und die demographische bzw. wirtschaftliche Globalisierung für die Probleme Frankreichs verantwortlich machen.

Gemessen an den theoretischen Überlegungen kann man Italien fast als Labor-Fall betrachten. Der populistische Moment im Zeitraum des von mir untersuchten Landes war der Fall der Mauer und das definitive Ende des Ost-West-Konflikts. Dieses Ereignis korreliert mit weiteren Krisenmomenten: Krise aller traditionellen Parteien und die dadurch bedingte Krise des gesamten Parteiensystems. Bereits Jahre zuvor hatte sich eine Budgetkrise abgezeichnet, die nun mit internationalen Konjunkturproblemen zusammentraf. Mit Blick auf das durch die Richterschaft aufgedeckte Korruptions- und Kriminalitätsniveau bis hinauf zu den Führungseliten aller Institutionen läßt sich durchaus auch von einer moralischen Krise reden. Diese Kumulation erklärt die Tragweite und die Rasanz der Veränderungen, die Italien im Vergleich zu Frankreich und

⁷²⁶ Dubiel, Helmut 1986, a.a.O., S.45.

Österreich zu einem Sonderfall machen. Mit der Lega präsentierte sich eine junge und vorgeblich nicht korrumpierbare Kraft, die den vermeintlich richtigen Weg aus der Krise wies; freilich nur für einen Teil der Italiener. Dabei war der Norden stärker als andere Regionen von den genannten Krisen direkt oder indirekt betroffen: Hier muß das Gros der in den Süden transferierten und dort häufig veruntreuten Gelder erarbeitet werden. Zudem hat der industrialisierte Norden gravierende Transformationsprozesse durchgemacht. Dabei ist er nicht nur mit einer steigenden Arbeitslosigkeit, sondern auch mit einer wachsenden Immigration konfrontiert, der kaum eine Nachfrage an Arbeitskräften gegenübersteht. Verglichen mit anderen italienischen Gebieten weist der Norden mit kaum mehr als acht Prozent eine geringe Arbeitslosigkeit auf. Sie ist aber aufgrund der Industrialisation mit den entsprechenden demographischen und sozialen Folgen von einer anderen Qualität. Dazu kommt die Sorge, auf den internationalen Märkten ins Hintertreffen zu gelangen, wenn nicht genügend Mittel für technische Innovation und bürokratische Effizienz zur Verfügung gestellt werden können. Die Norditaliener brauchen kein nationalökonomisches Studium zu absolvieren, um auszurechnen, wem die Hauptlast bei der Sanierung des heruntergewirtschafteten Staates zufällt. Auf diesem Hintergrund muß die betont neoliberale Argumentation der Lega gesehen werden. Gleichwohl beinhaltet dieser Neoliberalismus auch sozialpolitische Versprechungen, die nach einer vollzogenen Teilung oder Föderalisierung des Landes eingelöst werden sollen. Die auf Totalprivatisierung zielenden Forderungen etwa im Gesundheits- oder Bildungsbereich verlieren vor diesem Hintergrund erheblich an Bedrohung.

Anfang der 90er Jahre ist es der FPÖ gelungen, erstmals einen signifikanten Anteil von Arbeiterwählern an sich zu binden. In dieser Zeit haben sich nicht nur die wirtschaftlichen Probleme des Landes verschärft; diese Entwicklung fällt mit der Ostöffnung und den ersten damit einhergehenden Konsequenzen zusammen. Der populistische Moment ist damit in Österreich genauso wie in Italien wesentlich durch den Wegfall des Systemkonflikt gekennzeichnet, wenngleich dieses Ereignis für die Alpenrepublik eine andere Bedeutung hatte als für seinen südlichen Nachbarn. Die im Arbeitermilieu beheimateten Wähler waren bzw. sind in erster Linie von den sozio-ökonomischen Folgen der Ostöffnung betroffen und verunsichert. Wie ein Blick in die Geschichte zeigt, war das österreichische Selbstverständnis aber auch zuvor erheblich durch den Ost-West-Gegensatz geprägt.

Österreich ist nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Willen der Alliierten ein eigenständiger Staat geworden, wobei die UdSSR gleichzeitig auf seiner Neutralität bestanden hatte. Als eine Art Gegenleistung für das Neutralitätsversprechen durfte sich Österreich als erstes Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft betrachten.⁷²⁷ Durch diese zum Teil schattendiplomatisch ausgehandelten Übereinkünfte brauchte das für

⁷²⁷ Vgl. Ucakar, Karl 1992: Verfassung - Geschichte und Prinzipien, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.), a.a.O., S.87ff.

kriegspolitisch unschuldig erklärte Österreich keine Reparationszahlungen zu leisten und konnte zudem jene Industrien in Besitz nehmen, die sich auf heimischem Territorium befunden haben und zuvor in deutscher Hand waren.⁷²⁸ Andererseits erhielt Österreich umfangreiche finanzielle Hilfen aus dem Marshall-Plan und hohe Zuwendungen des European Recovery Program.⁷²⁹ Mit dem 1955 in Kraft getretenen Staatsvertrag wurde die volle Souveränität Österreichs hergestellt und die "immerwährende Neutralität" der Zweiten Republik wenig später in die Verfassung aufgenommen. Durch diese Voraussetzungen hatte der Staat gute finanzielle Startbedingungen, wobei er zusätzlich Selbstbewußtsein und Ansehen durch die mit seiner Neutralität verbundene Außenpolitik gewinnen konnte. Dazu gehörte auch die frühzeitige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern, die sicherheitspolitisch geboten und wirtschaftlich äußerst einträglich waren. Auf der anderen Seite wurden Kontakte zur EWG geknüpft, wobei ein Beitritt aufgrund der Neutralitätsklausel staatsrechtlich umstritten war (ein Beitritt zur NATO galt hingegen als ausgeschlossen; mittlerweile werden die entsprechenden Argumente auch in dieser Hinsicht ausgetauscht).

Die Beendigung des Systemkonflikts hatte weitreichende Folgen: Der deutsche Nachbar ist gewachsen; im Zusammenhang mit der Befreiung Osteuropas waren Konflikte in österreichischen Nachbarstaaten nicht auszuschließen; weite Teile Ex-Jugoslawiens haben sich zu Krisen- und Kriegsherden entwickelt; der bereits zuvor ins Auge gefaßte EG-Beitritt wurde forciert; der "diplomatische Wert" der neutralen Nation Österreich ist mit der Überwindung des Konflikts gesunken; und schließlich gab es für die Bevölkerung die viel unmittelbarereren Erfahrungen durch die Ostöffnung: Arbeitswanderung von vielfach illegalen Arbeitskräften aus Osteuropa nach Österreich, Verlagerung eines Teils der österreichischen Kaufkraft ins benachbarte und weitaus billigere Ausland sowie Firmenverlegungen. Generell dürfte es sich positiv auswirken, wenn sich heimische Unternehmen in den osteuropäischen Schwellenländer ansiedeln, denn dort wird Kaufkraft geschaffen, die auch dem heimischen Markt zugute kommt. Damit werden die Unternehmen aber auch unabhängiger von der inländischen Wertschöpfung. Menschen fallen aus dem Erwerbsprozeß heraus und werden von sozialen Leistungen abhängig, die ihrerseits nicht beliebig ausdehnbar sind. Damit werden Ökonomie und Sozialpolitik zu größeren Konkurrenten. Diese Entwicklung fiel in Österreich zeitlich mit der Wirtschaftskrise zusammen.

Bereits Mitte der 80er Jahre ist deutlich geworden, daß sozialdemokratische Politik an ihre Grenzen gestoßen ist. Dies hat sich später auch wahltaktisch niedergeschlagen. Wenn sich die Prognose des IFES-Institutes bestätigen sollte, wonach gut die Hälfte der zur FPÖ gewanderten ehemaligen SPÖ-Wähler aus dem Arbeitermilieu dauerhaft verloren sei, und die SPÖ weiterhin Stimmen an Grüne und das Liberale Forum verliert, dann kann sie sich mittelfristig zu einer 30%-Partei entwickeln. Aus einer dauerhaften Reduktion

⁷²⁸ Vgl. dazu Aiginger, Karl 1992: Industriepolitik, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.), a.a.O., S.513f.

⁷²⁹ Ebd., S.513ff.

ansonsten guter Wahlergebnisse erwächst freilich noch keine Krise. Die Stimmeinbußen zeigen vielmehr einen gesamtgesellschaftlichen Wandel an: Negativwachstum, Abbau des Wohlfahrtsstaates, steigende Arbeitslosigkeit, vermehrt unsichere Arbeitsplätze, Diversifizierung des Arbeitsmarktes, Wegfall klientelistischer Strukturen etc. Schließlich wurde 1995 der EU-Beitritt vollzogen, der zwar von der Bevölkerung mehrheitlich befürwortet wurde, aber zugleich nachhaltige sozio-ökonomische und politische Folgen hat. So wurde etwa die Arbeitswanderung nach Österreich von den Sozialpartnern traditionell gesteuert. In Bezug auf EU-Bürger ist dies aufgrund der Freizügigkeit nicht mehr möglich. Gleichzeitig werden Warenverkehr, Preise und Produktion durch die Brüsseler Bürokratie reguliert (oder auch dereguliert). Nicht zuletzt diktiert der Maastricht-Vertrag weitgehend die Steuer-, Budget- und Verschuldungs- und damit auch die Sozialpolitik der Unterzeichnerstaaten. Die Republik hat damit viele Kompetenzen zu einer Zeit abgetreten, in der wirtschaftliche und budgetäre Probleme kumulieren. Es bleibt abzuwarten, ob die Pro-EU-Parteien in die Defensive geraten, und inwieweit der ehemalige Beitritts-Befürworter und heutige Gegner Haider soziale Ängste auch mit dem EU-Thema zu instrumentalisieren und zu stimulieren versucht. Österreich macht unter dem Strich derzeit einen gravierenden Modernisierungsprozeß auf unterschiedlichen Ebenen durch, der neben der sozio-ökonomischen Komponente im engeren Sinn auch staatsrechtliche und bündnispolitische Momente umfaßt. Der Ostöffnung liegt zudem eine gewisse Symbolik zugrunde. Denn sie beendete eine Epoche, die für Österreich in vielerlei Hinsicht recht fruchtbar war.

10. Resümee

Populismus ist keine eigenständige Ideologie, sondern eine politische Taktik, die in bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsphasen provoziert wird und erfolgreich ist. Von einem solchen populistischen Moment können jene Organisationen profitieren, die ihren Platz außerhalb des Parteiensystems definieren. Die traditionellen politischen Akteure werden zum wichtigsten Widersacher einer konstituierten und anrufbaren Gemeinschaft erklärt, wobei an diese Gemeinschaft gleichzeitig appelliert wird, sich gegen "gemeinschaftsfremde" Gruppen abzugrenzen. Dies wird etwa durch die Forderung des Front National nach einer "positiven Diskriminierung" der Franzosen oder durch den "Österreich-Zuerst"-Vorstoß der FPÖ deutlich. Einen noch extremeren Abgrenzungsanspruch vertritt die Lega Nord mit ihrer auf territoriale Separation zielenden Politik.

Der Erfolg der untersuchten Parteien ist Ausdruck von Krisenerscheinungen im Zusammenhang mit der Modernisierung "postindustrieller" Gesellschaften, wobei diese Modernisierung mit einer signifikanten Verknappung sozialer und ökonomischer Ressourcen einhergeht. Dabei wollen die hier relevanten Parteien die Konkurrenz um den Zugang zu diesen Gütern künstlich einschränken; spiegelbildlich dazu haben die sogenannten Anspruchsberechtigten grössere Chancen bei der Verteilung sozialer Leistungen, sozialer

Dienste und Arbeit. Parteien, die eine derartige Verteilungspolitik befürworten, wurden bereits an anderer Stelle als Organisationen nicht-egalitärer Gerechtigkeit bezeichnet.

Krise und Krisenbewußtsein sind zwei unmittelbar miteinander verknüpfte Phänomene. Dabei ist jener Zeitpunkt der Bewußtwerdung oder der Zuspitzung bereits latent vorhandenen Krisenempfindens identisch mit dem populistischen Moment. Er ist, wie schon am Namen ersichtlich, nur ein zeitlicher Ausschnitt oder ein Augenblick, in dem sich negative Stimmungen zuspitzen und elektoral niederschlagen. Insofern ließe sich auch von einer Materialisierung des bereits zuvor vorhandenen Mißbehagens sprechen. Die sozio-ökonomischen Ursachen dieser negativen Stimmungen sind in allen drei Ländern identisch, und die eingangs formulierte These kann damit bestätigt werden. Jedoch zeigt vor allem das Beispiel Italien und die dortige Bedeutung des Mauerfalls, daß nicht alle den populistischen Moment konstituierenden Indikatoren mit den sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in einem direkten Zusammenhang stehen müssen. Dies läßt sich in abgeschwächter Form auch für Österreich feststellen, wo wirtschaftliche Probleme ebenfalls mit einem außenpolitischen Ereignis koinzidierten, das allerdings einen viel unmittelbareren Einfluß auf die Wirtschaft hatte als in Italien.

Zwischen diesen beiden Ländern besteht trotz zahlreicher politisch-kultureller Unterschiede eine wichtige Gemeinsamkeit: Hier wie dort läßt sich ein hohes Maß politischer, wirtschaftlicher und bürokratischer Verflechtung nachweisen, die in Italien allerdings nicht zur institutionellen Konkordanz vervollständigt wurde.⁷³⁰ Diese Verflechtung ist aber nicht die *Ursache* für den Erfolg der Lega oder der FPÖ, auch wenn österreichische und italienische Wähler in der Vergangenheit zunehmend ihre Kritik an der klientelistischen bzw. versäulten Politik formuliert haben.⁷³¹ Erst wenn die mit der Verflechtung verbundene Verteilungspolitik nicht mehr funktioniert, werden die in das System eingebundenen Parteien bei Wahlen "abgestraft". Die Wahlmotive der FN-Wähler unterscheiden sich wenig von denen der beiden anderen Parteien. Nur die politischen Rahmenbedingungen zwischen Italien und Österreich einerseits und Frankreich andererseits waren verschieden. Denn in Frankreich fehlen die institutionellen oder semi-institutionellen Verflechtungen, mit denen in den beiden Vergleichsstaaten sozio-ökonomische Krisenerscheinungen noch über einen längeren Zeitraum abgefedert wurden. Damit erklärt sich auch der zeitliche Unterschied in Bezug auf den elektoralen Durchbruch zwischen der Lega/FPÖ und dem Front National.

Der von mir nachgezeichnete Wandel der traditionellen Parteiensysteme hat die Voraussetzung dafür geschaffen, daß neue politische Akteure in die Strukturen eindringen konnten. Gleichzeitig wurden die Bedingungen des Erfolgs und die Entwicklungen der

⁷³⁰ Abromeit, Heidrun 1993, a.a.O., S.89.

⁷³¹ Vgl. Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A., 1992, a.a.O., S.156ff.

einzelnen Parteien analysiert. Dabei wurde eine weitere These bestätigt, nämlich daß ihre elektoralen Durchbrüche mit signifikanten ideologisch-thematischen und formatorischen Veränderungen einhergehen. Parteipolitische Modernisierung und elektoraler Erfolg haben sich zudem wechselseitig verstärkt.

Es stellt sich nun die Frage, inwieweit die von einem populistischen Moment profitierenden Parteien ebenfalls populistisch sind. Die Untersuchungen haben gezeigt, daß sich die drei Parteien parallel zu ihrem Durchbruch und aufgrund gleicher Erfolgsursachen in ihren Themen stark angeglichen haben. Die zu treffenden Klassifikationsentscheidung kann sich aber nur an Themen bzw. Ideologien und nicht an den Voraussetzungen elektoraler Erfolge orientieren. Schließlich ist der populistische Moment eine analytische Kategorie, mit deren Hilfe herausgearbeitet werden konnte, welche Faktoren zu einem bestimmten Zeitpunkt die Nachfrage nach und das Angebot von gemeinschaftsappellativen und anti-egalitären Weltanschauungen zusammengeführt haben. Der klassifikatorische Grundkonsens in Bezug auf die untersuchten Parteien muß daher auf diese beiden Begriffe beschränkt bleiben. Parteispezifische Eigenarten würden zudem durch das Populismus-Etikett nivelliert und strömungspolitische Ziele zu einem Begriff verdichtet, der auf *ideologietheoretischer* Ebene keine Tiefenschärfe aufweist.

Der populistische Moment ist ein Indikator für eine problematische gesellschaftliche Entwicklung. An dieser Stelle möchte ich nochmals eine These von Cohn-Bendit und Schmid aufgreifen. Sie behaupten im Zusammenhang mit ihren Migrationsstudien, daß Einwanderer häufig deshalb Ressentiments ausgesetzt sind, weil sie die "Boten eines gesellschaftlichen Wandels" sind, und dabei der "fremde Bote für die Botschaft genommen wird" (Cohn-Bendit/Schmid).⁷³² Aus dieser Sicht ist es folgerichtig, auch die von der Unsicherheit profitierenden Parteien als Boten der Modernisierung zu bezeichnen. Denn sie haben - dies gilt vor allem für den FN und die FPÖ - wie keine anderen gesellschaftlichen Organisationen das verkehrte Bild vom Boten und der Botschaft in ihr politisches Konzept integriert. Diese Parteien können etwa nach der Überwindung von Krisenereignissen wieder von der Bildfläche verschwinden oder ihr Profil stärker auf den politischen Stil der traditionellen Parteien abstimmen. Theoretisch können sie, obgleich ich sie als Anzeichen oder Begleiterscheinung einer gesellschaftlichen Modernisierung definieren würde, auf dem Höhepunkt dieses Entwicklungsprozesses auch hegemoniefähig werden. Aufgrund der Legitimationsgrundlagen moderner westlicher Systeme halte ich dies für unwahrscheinlich. Es gibt aber keine Garantie für "systemgerecht" verlaufende Prozesse. Wenn es den etablierten gesellschaftlichen Handlungsträgern nicht gelingt, angesichts der neuen Konfliktlinien auch neue politische Strategien zu entwickeln und Instrumentarien zur Verfügung zu stellen, dann ist mit einem wachsenden Frustra-

⁷³² Cohn-Bendit, Daniel/Schmid, Thomas, a.a.O. S.325.

tionspotential innerhalb der Gesellschaft zu rechnen. Dabei müssen steigende Frustration und wachsende Konfliktbereitschaft gar nicht einmal bei jenen Gruppen zu finden sein, die von Dauerarbeitslosigkeit, sozialer Marginalisierung und Armut besonders stark betroffen sind; ebenso vorstellbar ist, daß Teile der Mehrheitsgesellschaft aus Angst vor dort aufkeimenden Konflikten von Parteien und Staat drastische Präventionsmaßnahmen einklagen. Wenn es den extremen Parteien gelänge, einen interessen- und segmentübergreifenden weltanschaulichen Konsens herzustellen, dann haben sie auch die Chance einer weltanschaulichen Hegemonie. Ob sie davon auch als Organisationen profitieren, ist eine andere und zweitrangige Frage.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abromeit**, Heidrun 1993: Interessenvermittlung zwischen Konkurrenz und Konkordanz. Studienbuch zur Vergleichenden Lehre politischer Systeme, Opladen
- Abromeit**, Heidrun 1993: Föderalismus: Modelle für Europa, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften, 2/1993, Wien, 207-220
- Agh**, Attila 1994: Neo-Traditionalism and Populism from Above in Central Europe. Paper prepared for presentation at the Vienna Dialogue on Democracy, "The Politics of Antipolitics", organized by the Institute for Advanced Studies. Department of Political Science, Vienna 7-10 July 1994
- Aiginger**, Karl 1992: Industriepolitik, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 513-524
- Algazy**, Joseph 1984: La tentation néo-fasciste en France: 1944-1965, Paris
- Allcock**, J.B. 1971: Populism: A brief Biographie, in: Sociology 5/71
- Almond**, Gabriel/Verba, Sidney (Hg.) 1963: The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton
- Amin**, Samir et al. 1982: La Crise, quelle? Dynamique de la crise mondiale, Maspero
- Andersen**, Jorgen Goul/Bjorklund, Tor 1994: Struktureller Wandel, neue Konfliktlinien und die Fortschrittsparteien in Dänemark, Norwegen und Schweden, in: Pappi, Franz Urban/Schmitt, Hermann (Hg.): Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien, Frankfurt/M., New York, 57-90
- Ardagh**, John 1969: Frankreich als Provokation. Die permanente Revolution 1945-1968, Frankfurt/M.
- Atri**, Antonio d' 1994: Federalismo e questione meridionale, in: Ulisse, N.13, 21-24
- AULA**, Nr.10, 1989
- Bahn**, Peter 1987: Zur Authentizität Autonomistischer Bewegungen in Europa, in: Duxe, Kurt (Hg.): Regionalismus in Europa: Beiträge über Kulturelle und Sozio-Ökonomische Hintergründe des Politischen Regionalismus, Frankfurt/M., 14-27
- Baier**, Lothar 1995: La paranoïa française. Warum der Pazifismus in Frankreich keine Chance mehr hat, in: Die Zeit, 20.10.1995, 55-56

- Baier**, Lothar 1995: Der Exorzismus der Revolution. Sunil Khilnanis brillante Analyse der intellektuellen Linken Frankreichs, in: Die Zeit, 1.12.1995, 19
- Bailer**, Brigitte 1993: Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus, Wien
- Bailer**, Brigitte 1995: FPÖ, F-Bewegung und Neue Rechte, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1995/3, 263-274
- Bailer-Galanda**, Brigitte (Publikation ohne Datumsverm.): Alte und Neue Rechte. Rechtsextremismus und Rechtsrend, Wien
- Bailer-Galanda**, Brigitte/Lasek, Wilhelm/Neugebauer, Wolfgang 1992: Politischer Extremismus in Österreich, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 286-295
- Balbo**, Laura/Manconi, Luigi 1993: Razzismi - un vocabolario, Milano
- Balibar**, Etienne 1990: Rassismus und Krise, in: Ders./Wallerstein, Immanuel: Rasse - Klasse - Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg, Berlin, 261-272
- Balibar**, Etienne/Wallerstein, Immanuel 1990: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg-Berlin
- Bartolini**, Stefano/Mair, Peter 1990: Identity, Competition and Electoral Availability. The stabilization of European electorates 1885 - 1985, Cambridge
- Beck**, Ulrich 1986: Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M.
- Beck**, Ulrich 1991(a): Der Konflikt der zwei Modernen, in: Zapf, Wolfgang (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt/M., 40-54
- Beck**, Ulrich 1991(b): Von der Vergänglichkeit der Industriegesellschaft, in: Ders. (Hg.): Politik in der Risikogesellschaft, Frankfurt/M.
- Benoist**, Alain de 1977: Vu de droite. Anthologie critique des idées contemporaines, Paris
- Berg-Schlosser**, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.) 1987: Vergleichende Politikwissenschaft, Opladen
- Bertram**, Hans 1991: Soziale Ungleichheit, soziale Räume und sozialer Wandel. Der Einfluß sozialer Schichten, sozialer Räume und sozialen Wandels auf die Lebensführung von Menschen, in: Zapf, Wolfgang (Hg.) 1991: Die Modernisierung moderner Gesellschaft - Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt/M., 636-666
- Berti**, Lapo 1991: Sull'invisibilità del problema operaio nella società postindustriale. Considerazioni e margine di una ricerca sui luoghi della produzione e la crisi della rappresentanza, in ITER, 1/1991, 20-30
- Betz**, Hans-Georg 1991: Radikal rechtspopulistische Parteien in Westeuropa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B44/1991, 3-14
- Betz**, Hans-Georg 1994: Radical Right-Wing Populism in Western Europe, New York
- Betz**, Hans-Georg 1993: Krise oder Wandel? Zur Zukunft der Politik in der postindustriellen Moderne, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B11/93, 3-13
- Beyme**, Klaus von 1982: Parteien in westlichen Demokratien, München

- Bihl**, Alain 1995: Le Pen frißt sich in die Seele der Arbeiter. Sozialabbau - Eine Chance für die extreme Rechte in Frankreich, in: Le Monde diplomatique (Beilage der taz/woz), Dezember 1995, 9
- Bihl**, Alain 1995: Pour en finir avec le Front national, Paris
- Binder**, L. et al. 1971: Crisis and Sequences in Political Development, Princeton
- Biorcio**, Roberto 1991. La Lega come attore politico. Dal federalismo al populismo regionalista, in: Mannheimer, Renato (Hg.): La lega Lombarda, 34-82
- Biorcio**, Roberto 1991/92: Ribirth of Populism in Italy and France, in: Telos N.90, Winter 1991/92, 43-56
- Birenbaum**, Guy/François, Bastien 1989: Unité et diversité des dirigeants frontistes, in: Mayer, Nonna/Perrineau, Pascal (Hg.): Le Front National à découvert, Paris, 83-106
- Birenbaum**, Guy 1992: Le Front National en politique, Paris
- Birnbaum**, Norman 1996: Die Linke braucht eine neue Utopie, in: Die zeit, 5.1.96, 7
- Black**, Gordon S./Black, Benjamin D. 1994: The Politics of American Discontent, New York
- Blume**, Georg 1989: Neue Fronten, in: Kirfel, Martina/Oswalt, Walter: Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa, Wien, 105-122
- Bobbio**, Norberto 1994: Links und rechts. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin
- Bocca**, Giorgio 1981: Storia della Repubblica italiana, Milano
- Bocca**, Giorgio 1990: La disUNITA' d'Italia, Milano
- Bock**, Hans-Manfred 1992: Frankreich 1991/92: Europäische Herausforderungen und nationale Ungewißheiten, in: Frankreich-Jahrbuch 1992, Opladen, 9-33
- Bohmann**, Gerda 1993: Paradigmata im Verständnis des Wohlfahrtsstaates. Zum Wiederaufleben der Staatstheorie in den Sozialwissenschaften, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1993/1, 5-22
- Bon**, Frédéric/Cheyran, Jean-Paul 1988: La France qui vote, Paris
- Bonomi**, Aldo (Hg.) 1992: Localismo politico e crisi della modernità. Il caso Lombardo, in: Coscienza Svizzera, N.13
- Bossi**, Umberto/Vimercati, Daniele 1992: Veneto dal Nord. La mia Lega, la mia vita, Milano
- Bossi**, Umberto/Vimercati, Daniele 1993: La Rivoluzione. La Lega: storia e idee, Milano
- Brand**, Karl-Werner (Hg.) 1985: Neue Soziale Bewegungen in Westeuropa und in den USA. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt/M.
- Braun**, Michael 1994(a): Italiens politische Zukunft, Frankfurt/M.
- Braun**, Micheal 1994(b): Das Parteiensystem der Ersten Republik -die Fehlentwicklung der "Partitocrazia", in: sowi. Sozialwissenschaftliche Informationen, 4/94, 241-249
- Bredow**, Wilfried/Brocke, Rudolf H. 1987: Krise und Protest, Opladen
- Bresson**, Gilles/Lionet, Christian 1994: Le Pen. Biographie, Paris
- Brown**, Gwen 1994: Deliberation and its Discontents. Ross Perot and the Neopopulist Rhetoric of Antipolitics. Paper prepared at the Vienna Dialogue on Democracy, "The Politics of Antipolitics", organized by the Institute for Advanced Studies. Department of Political Sciences, Vienna 7-10 July 1994

- Brumlik**, Micha 1986: Geistesaristokraten und Einpunktegalitaristen - ein anti-populistisches Pamphlet, in: Dubiel, Helmut (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M., 248-277
- Brunkhorst**, Hauke 1995: Wider den Tugendboom. Recht und Moral stützen sich nur, wenn man sie trennt, in: Frankfurter Rundschau, 25.11.1995, ZB3
- Brunner**, Manfred 1993: Die EG auf dem Weg zur politischen Union, in: Höbelt, Lothar/Mölzer, Andreas, Sob, Brigitte: Jahrbuch für politische Erneuerung 1993, Wien, 153-157
- Bühl**, Walter L. 1984: Krisentheorien. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang, Darmstadt
- Bundespressediens**t 1989: Österreichische Dokumentation. Das politische System Österreichs, Wien
- Busch**, Thomas/Fasching, Rosina/Pillweis, Christian 1992: Im rechten Licht. Ermittlungen in Sachen Haider-FPÖ, Linz
- Butterwegge**, Christoph 1996: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt
- Buzzi**, Paul 1991: Le Front National entre national-populisme et extrémisme de droite, in: Regards sur l'actualité, No.169, 31-43
- Caciagli**, Mario 1988(a): Quante Italie? Persistenza e trasformazione delle culture politiche subnazionali, in: Polis 3/1988, 429-457
- Caciagli**, Mario 1988(b): The Movimento Sociale Italiano - Destra Nazionale and Neo-Facism in Italy, in: West European Politics, Right-Wing Extremism in Western Europe, Vol II, No.2, 19-33
- Caciagli**, Mario 1992: Die vielschichtige politische Kultur der Italiener, in: Morass, Michael/Pallaver, Günther (Hg.): Österreich/Italien. Was Nachbarn voneinander wissen sollten, Wien, 54-71
- Campbell**, David F.J. 1992: Die Dynamik der politischen Links-Rechtsschwingungen in Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2/92, Wien, 165-179
- Camus**, Jean-Yves 1989: Origine et formation du Front national (1972-1981), in: Mayer, Nonna/Perrineau, Pascal (Hg.): Le Front national à découvert, Paris, 17-36
- Candeloro**, Giorgio 1956ff: Storia dell'Italia moderna, Milano
- Canovan**, Margret 1981: Populism, New-York, London
- Carmines**, Edward G. 1991: The Logic of Party Alignments, in: Journal of Theoretical Politics 3, 65-80
- Castellazzi**, Franco 1993: Intervista sul primo leghismo, in: Ulisse, Autunno/Inverno 1993, 17-24
- CGIL Lombardia/A.A.S.TER** 1991: Le passioni e gli interessi dei localismi lombardi. Sintesi della ricerca, Milano
- Chiarini**, R./Corsini, P. 1981: Da Salò a piazza della loggia, Milano
- Chiellino**, Carmine 1978: Die Futurismusdebatte, Bern
- Christadler**, Marieluise 1983: Die Nouvelle Droite, in: Fetscher, Iring (Hg.): Neokonservative und "Neue Rechte". Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in der Bundesrepublik, Westeuropa und den Vereinigten Staaten, München, 163-216
- Christadler**, Marieluise 1986: Frankreichs Konservative zwischen liberaler Vernunft und rechter Versuchung, in: Leviathan 14/86, 176-207
- Christadler**, Marieluise 1990(a): Vichy-Syndrom und nationale Identität. Ein Interview mit **Henry Rousso**, in: Albertin, Lothar et al. (Hg.): Frankreich Jahrbuch 1990, Opladen, 105-116

- Christadler**, Marieluise 1990(b): Die französische Identität - Eine Frage und viele Antworten, in: Albertin, Lothar et al. (Hg.): Frankreich-Jahrbuch 1990, Opladen, 33-50
- Christadler**, Marieluise 1995: Der Front National. Vom Außenseiter zur etablierten Protestpartei, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 3/95, 291-304
- Cohn-Bendit**, Daniel/Schmid, Thomas 1993: Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg
- Confalonieri**, Maria Antonietta 1991: L'altra faccia dell'Europa: varietà di populismi xenofobi, in: Ulisse, Autunno 1991, 52-58
- Corriere della sera**, 15.2.1993
- Corriere della Sera**, 5.5.1994
- Cosmopolitique** N.18, 2/1991 ("Populisme: Le Mal Européen?")
- Costabile**, Antonio 1991: Il Fronte Dell'Uomo Qualunque E La Lega Lombarda: Movimenti Antipartito E Crisi Di Legittimazione Nel Sistema Politico Italiano, in: Working Paper N.48 di Istituto di Sociologia - Università di Messina; Istituto di Studi Politologici -Università di Messina; Dipartimento di Scienza della Politica - Università della Calabria, Aramando Siciliano, Messina
- Curtis**, Michael 1959: Three against the Third Republic - Sorel, Barrès, Maurras, Princeton
- Dachs**, Herbert 1992: Grünalternative Bewegungen, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, 263-274
- Dahrendorf**, Ralf 1996: Der Polizeistaat kommt über die Arbeitslosigkeit, in: Interview der Frankfurter Rundschau, 1.4.1996, 7 (Dokumentation)
- Dalton**, Russel J.(Hg.) 1984: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies - Realignment or Dealignment, Princeton
- Dalton**, Russel J./Flanagan, Scott C./Beck, Pau Allan (Hg.) 1984: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment? Princeton, New Jersey
- Daniel**, Jean 1995: E la Destra ha sedotto la Gauche intellettuale, in: la Repubblica, 18.4.1995
- Das Parlament**, Spezialausgabe zu Österreich, 28.9.1992
- Das Parlament**, 2.4.1993
- David**, Wolfgang 1993: Sua Emittenza; über den italienischen Bau-Löwen und Medien-Tycoon Silvio Berlusconi, der in die Politik einsteigen will, in: Profil Nr.49, 6.12.1993, 44-45
- Deichsel**, Alexander 1981: Gemeinschaft und Gesellschaft als analytische Kategorien, in: Clausen/Pappi,, Franz Urban u(Hg.): Ankunft bei Tönnies, Kiel
- Dettling**, Warnfried 1994: Fest auf der Titanic. Die Stabilität der Gesellschaft ist gefährdet. Aber nicht braune Hemden oder rote Socken bilden die Bedrohung, sondern der drohende Zerfall der "Mitte", in: Die Zeit, 30.9.1994, 21
- Deutscher Gewerkschaftsbund** (Hg.) 1990: "Die Republikaner" - eine rechte Partei im Aufwind? Erste Analysen und Positionen, Reihe: Rechtsextremismus, Düsseldorf
- Diamanti**, Ilvo 1991: una tipologia dei simpatizzanti della Lega, in: Mannheimer, Renato (Hg.), La Lega Lombarda, Milano, 159-190
- Diamanti**, Ilvo 1992: La mia patria è il Veneto. I valori e la proposta politica delle Leghe, in: Polis, 2/1992, 2

- Diamanti**, Ilvo 1993: La Lega. Geografia, storia e sociologia di un soggetto politico, Roma
- Diamanti**, Ilvo 1994: La Lega, in: Diamanti, Ilvo/Mannheimer, Renato (Hg.): Milano a Roma, Roma, 53-61
- Die Zeit**, 1.12.1995 (Beilage Politisches Buch)
- Donselaer**, Jaap Van 1995: "De staat paraat?", Amsterdam
- Dreier**, Volker 1994: Korruption als System, in: sowi. Sozialwissenschaftliche Informationen, 4/94, 250-256
- Dubet**, François 1993: Das Comeback der Stadt. Umbrüche der Industriegesellschaft und ihre Folgen, in: Albertin, Lothar et al. (Hg.): Frankreich-Jahrbuch 1993, 83-97
- Dubet**, François/Lapeyronnie, Didier 1994: Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart
- Dubiel**, Helmut 1986: Das Gespenst des Populismus, in: Ders. (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M., 33-50
- Duranton-Crabol**, Anne-Marie 1988: Visages de la Nouvelle Droite. Le GRECE et son histoire
- Eco**, Umberto: Das Denken ist ständige Wachsamkeit, in: Die Zeit, 5.11.1993, Nr.45
- Elfferding**, Wieland 1986: Rechtspopulistische Potentiale in der CDU/CSU, in: Dubiel Helmut (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M., 150-189
- Ernst**, Werner W. 1987: Zu einer Theorie des Populismus, in: Pelinka, Anton (Hg.): Populismus in Österreich, Innsbruck, 10-25
- Europäische Gemeinschaften** - Europäisches Parlament 1990: Sitzungsdokumente. Bericht im Namen des Untersuchungsausschusses Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Luxemburg
- Europäisches Parlament** 1985: Untersuchungsausschuß "Wiederaufleben des Rassismus und Faschismus in Europa". Bericht über die Ergebnisse der Arbeiten, Luxemburg
- Ewald**, François 1991: Die Versicherungsgesellschaft, in: Beck, Ulrich 1991: Politik in der Risikogesellschaft, Berlin, 288-301
- Falkenberg**, Susanne 1994: Lo pseudofederalismo della Germania, in: Ulisse, Inverno 1994, 25-28
- Falkenberg**, Susanne 1995: Gesellschaftlicher Wandel und politischer Protest, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 3/1995, S.305-316
- Falkenberg**, Susanne 1996: La difficile ricostruzione della Germania dell'Est, in: Ulisse, Inverno 1996
- Ferraresi**, Franco 1984: La Destra Radicale, Milano
- Ferraris**, Angiola 1974: Mazzini e i rivoluzionari italiani: Il partito d'azione 1830-1845, Milano
- Fischer**, Gero/Gstettner, Peter (Hg.): "Am Kärntner Wesen könnte diese Republik genesen". Am rechten Rand Europas: Jörg Haiders "Erneuerungspolitik", Klagenfurt/Celovec
- Forst**, Rainer 1994: Kontext der Gerechtigkeit. Politische Philosophie jenseits von Liberalismus und Kommunitarismus, Frankfurt/M.
- Forum**, Nr. 433 (Sonderausgabe), 16.3.1990
- FPÖ** 1964: Salzburger Bekenntnisse, Wien
- FPÖ** 1968: Bad Ischeler Programm, Wien
- FPÖ** 1985: Salzburger Programm, Wien

- FPÖ** 1991: Meilensteine des Aufstiegs. 35 Jahre FPÖ, Wien
- FPÖ** 1992: Wiener Erklärung. Referat von Dr. Jörg Haider zur Situation von Staat und Gesellschaft am Vorabend der Beitrittsverhandlungen über ein gemeinsames Europa, Wien
- Frankfurter Rundschau**, 26.1.1994
- Frankfurter Rundschau**, 20.7.1995
- Fritzsche**, Peter K. 1983: Skandale - Terrorismus - Mafia: Die politische Kultur Italiens zwischen Anomie und Normalität, Beitrag zur Tagung der AG "Politische Kulturforschung" der Universität Braunschweig
- Fritzsche**, Peter K. 1987: Die politische Kultur Italiens, Frankfurt/M.
- Fritzsche**, Peter K. 1991: Vom Postkommunismus zum Postfaschismus -Das Beispiel des Movimento Sociale Italiano, Manuskript für das Buch: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bonn
- Galanda**, Brigitte 1987: Ein deutsches Land. Die "rechte" Orientierung des Jörg Haider, Eine Dokumentation, Wien
- Gärtner**, Reinhold 1993: Die "AULA", in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien, 253-270
- Gehmacher**, Ernst 1992: Modernisierungsverlierer und Rechtsextreme. Eine Theorie des politischen Protests, in: Renner-Institut: Rechts Marsch - in die Zukunft. Dokumentation zur Enquete vom 9. April 1992, Wien
- Gerlich**, Peter/Grande, Edgar/Müller, Wolfgang C. (Hg.) 1985: Sozialpartnerschaft in der Krise, Wien
- Germani**, Gino 1965: Politica y Sociedad en una epoca de transicion, Buenos Aires
- Gilbert**, Marc 1993: The Lega Nord und Italian politics. Warriors of the new Pontida: The challenge of the Lega Nord to the Italian Party System, in: The politica Quarterly, H1, 99-106
- Gnoli**, Antonio 1994: Vedi alla voce Destra, in: La Repubblica, 3.4.1994
- Goldmann**, Harald/Krall, Hannes/Ottomeyer, Klaus 1992: Jörg Haider und sein Publikum. Eine sozialpsychologische Untersuchung, Klagenfurt/Celovec
- Goodwyn**, Lawrence 1978: The Populist Moment, New York
- Goodwyn**, Lawrence 1991: Rethinking "Populism": Paradoxes of History and Democracy, in: Telos N.88, Summer 1991, 37-56
- Gottweis**, Herbert 1992: Neue soziale Bewegungen in Österreich, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert (Hg.): Handbuch des politischen Systems in Österreich, Wien, 309-334
- Greif**, Franz/Jaschke, Hans-Gerd/Schönekeas, Klaus 1990: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Frankreich, BRD, GB, Opladen
- Gruner**, Wolf D. 1991: Italien zwischen Revolution und Nationalstaatsgründung 1789-1861, in: Ders./Trautmann, Günter (Hg.): Italien in Geschichte und Gegenwart, Hamburg
- Gruppi**, Luciano 1977: Gramsci - Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats, Hamburg
- Gruppo di Milano** 1983: Verso una nuova Costituzione. Una ricerca diretta da Gianfranco Miglio e condotta da Giovanni Bognetti, Serio Galeotti, Giorgio Petroni e Franco Pizzetti, 2 vo., Milano

- Gsteiger**, Fredy 1995: Der Rassismus des Salons, in: Die Zeit, 1.9.1995, 10
- Habermas**, Jürgen 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M.
- Haerpfer**, Christian 1992: Wahlverhalten, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 475-492
- Hainsworth**, Paul (Hg.) 1994: The Extreme Right in Europe and the USA, London
- Hall**, Stuart 1982: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus, in Haug, Wolfgang Fritz/Elfferding, Wieland: Neue soziale Bewegungen und Marxismus (Argument Sonderband 78), Berlin, 104-124
- Haug**, Wolfgang Fritz/Elfferding, Wieland 1982: Neue soziale Bewegung und Marxismus, Berlin
- Hearder**, Harry 1983: Italy in the Age of Risorgimento 1790-1870, New York
- Heidbrink**, Ludger 1995: Verzerrtes Bild: Stephen Holmes beleuchtet die Tradition des Antiliberalismus, in: Die Zeit, 1.1.2.1995 (Beilage Politisches Buch)
- Heller**, Andreas 1989: Die Autopartei - Freie Fahrt für freie Bürger!, in: Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer, Wien, Zürich, 99-103
- Hermagoras/Mohorjeca-Verlag** (Hg.) 1988: Geschichte der Kärntner Slowenen, Klagenfurt/Celovec
- Heydemann**, Günther 1991: Die Carbonari als politisch-soziale Trägergruppe der Revolution - Neapel 1820/21, in: Gruner, Wolf D./ Trautmann, Günter (Hg.): Italien in Geschichte und Gegenwart, Hamburg
- Hildebrandt**, Eckart/Schmid, Eberhard/Sperling, Hans Joachim (Hg.) 1984/85: Zweidrittelgesellschaft. Eindrittelgesellschaft, Berlin
- Hinrichs, Karl/Unger, Brigitte** 1990: Das "Ende der Sozialpartnerschaft? Ein internationaler Vergleich korporatistischer Systeme, in: Kurswechsel, Nr. 1, 3-31
- Hirsch**, Kurt/Sarkowicz, Hans 1989: Schönhuber. Der Politiker und seine Kreise, Frankfurt/M.
- Hobsbawm**, Eric J. 1990: Nations and nationalism since 1780. Programme, Myth, Reality, Cambridge/New York/Melbourne
- Hoffmann**, Hans-Joachim 1993: Die Angst als Kapital der rechten Führer, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 29. Januar 1993, 9
- Hoffmann-Martinot**, Vincent 1993: Frankreichs Parteiensystem nach den Parlamentswahlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B32/93, 10-16
- Hofstadter**, Richard 1969: North America, in: Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest (Hg.): Populism, London, 9-27
- Höhne**, Roland 1990: Der Front National auf dem Vormarsch, in: lendemains, 57/1990, 142-145
- Höhne**, Roland 1989: Soziologie der Wählerschaft des Front National, in: lendemains, 53/89, 155-157
- Homes**, Stepe 1995: Die Anatomie des Antiliberalismus, Hamburg
- Horner**, Franz 1992: Programm - Ideologien: Dissens oder Konsens, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 197-209
- Ignazi**, Piero 1989: Il polo escluso. Profilo del Movimento Sociale Italiano, Bologna

Il Manifesto, 10.4.1993

Il Venerdì, supplemento a la Repubblica, 11.2.1994

Inglehart, Ronald 1983: Traditionelle politische Trennungslinien und die Entwicklung der neuen Politik in westlichen Gesellschaften, in: Politische Vierteljahresschrift, 2/83

Inglehart, Ronald 1989(a): Cultural Change, Princeton

Inglehart, Ronald 1989(b): Kultureller Umbruch, Frankfurt/M.

Ipola, Emilio de/Portantiero, Juan Carlos 1982: Das National-Populare und die real existierenden Populisten, in: Haug, Wolfgang Fritz/Elfferding, Wieland (Hg.): Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Berlin, 87-103

Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest (Hg.) 1969: Populism, London

Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest 1969: Introduction, in: Diess. (Hg.): Populism, London

Istituto Poster 1993: Sondaggio su due aree della Lombardia e del Veneto, Vicenza

Jaeggi, Urs 1969/73: Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M.

Jaffré, Jérôme 1988: Le Pen ou le vote exutoire, in: Le Monde, 12.4.1988

Januschek, Franz 1992: Rechtspopulismus und NS-Anspielungen am Beispiel des österreichischen Politikers Jörg Haider, in: DISS-Texte (Texte des Duisburger Instituts für Sprache und Sozialforschung), 15/1992, Duisburg

Jaschke, Hans-Gerd 1990: Frankreich, in: Greß, Franz/Jaschke, Hans-Gerd/Schöneke, Klaus: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa, Opladen, 17-103

Johnston, Andrew James 1993: Nur keine neuen Feindbilder, in: Die Zeit, Nr.35, 27. August 1993

Julien, Claude 1995: Kleine Diagnose des sozialen Bruchs, in: Le Monde diplomatique (Beilage der taz/woz), 16.6.1995, 22-23.

Junge Freiheit, 12.8.1994

Kaase, Max 1991: Politische Integration Westeuropas: Probleme der Legitimation, in: Zapf, Wolfgang (Hg.) 1991: Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen zum 25. Deutschen Soziologentag in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt/M., 318-329

Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter (Hg.) 1987: Weltpolitik. Strukturen - Akteure - Analysen, Stuttgart

Kandziora, Ewald 1993: Die erste Republik treibt ihrer Auflösung entgegen, in: Frankfurter Rundschau (Dokumentation), 24.11. 1993

Kann, Mark E. 1983: The New Populism and the New Marxism. A Response to Carl Boggs, in: Theory and Society, Vol.12, No.3, May 1983, 371

Kärntner Nachrichten, 31.5.1990

Kebir, Sabine: Zum Begriff des Alltagsverstandes ("senso comune") bei Antonio Gramsci, in: Dubiel, Helmut (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M., 74-83

Kier, Wolfgang (i.A. der politisch-wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft Atterseekreis) 1987: Die Liberalen - auf der Suche nach der verlorenen Identität?, Wien

- Kirchheimer**, Otto 1968: Der Weg zur Allerpweltpartei, in: Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hg.): Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied, Berlin
- Kirfel**, Martina/Oswalt, Walter (Hg.) 1989: Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsextremismus in Westeuropa, Wien, Zürich
- Kirfel**, Martina 1989: Elsaß - der 'Garten Gottes' in der Krise, in: Diess./Oswalt, Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer, Wien, Zürich, 113-119
- Kleiser**, Paul 1990: Front National und "Neue Rechte", in: Schulz, Hans-Jürgen: Sie sind wieder da! Faschismus und Reaktion in Europa, Frankfurt/M., 82-90
- Klönne**, Arno 1984: Arbeitslosigkeit und Systemkrise. Ein Rückblick auf die Weimarer Republik, in: Bonß, Wolfgang et al. (Hg.): Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt/M.
- Kolboom**, Ingo/Weisenfeld, Ernst (Hg.) 1993: Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick, Bonn
- Kowalsky**, Wolfgang 1991: Kulturrevolution? Die Neue Rechte im neuen Frankreich und ihre Vorläufer, Opladen
- Kowalsky**, Wolfgang/Schröder, Wolfgang (Hg.) 1994: Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen
- Kowalsky**, Wolfgang/Schröder, Wolfgang 1994: Rechtsextremismus - Begriff, Methode, Analyse, in: Diess. (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen, 7-22
- KPÖ** 1964: Was ist die FPÖ? Argumente. Tatsachen, Wien
- Krall**, Hannes 1992: Jörg Haider und sein Publikum, in: Wir sind Wir! Ein Problemaufriß der politischen Kultur. Studententag des Renner-Institutes, Wien, 75-82
- Kraushaar**, Wolfgang 1986: Die neue Leutseligkeit, in: Dubiel, Helmut (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M., 278-315
- Kromrey**, Helmut 1983: Empirische Sozialforschung, Opladen
- Kronauer**, Martin 1992: "Wenn es noch schlimmer wird, kommt es zum Aufruhr", in: Sozial-Extra, Dezember 1992, 20-21
- Kronauer**, Martin 1995: Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa: Die Entstehung einer neuen "Underclass"?, in: Soziologisches Forschungsinstitut (Hg.): Im Zeichen des Umbruchs. Beiträge zu einer anderen Standortdebatte, Opladen, 197-214
- Lackner**, Herbert 1993: Das Ego-Prinzip, in: Profil 29/1993, Wien
- Laclau**, Ernesto 1979: Kapitalismus - Faschismus - Populismus (mit Anhang "Populistischer Bruch und Diskurs"), Berlin
- Lampe**, Thomas 1992: Der Aufstieg des "Front National" in Frankreich. Extremismus und Populismus von rechts, in: Diskussionsbeiträge. Reihe des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Hannover, Frankfurt/M.
- la Repubblica**, 25.10.1994
- la Repubblica**, 30.3.1994 ff
- Lasek**, Willi 1990: Deutschnationale, rechtsextreme und neonazistische Strömungen, in: Schulz, Hans-Jürgen (Hg.): Sie sind wieder da! Faschismus und Reaktion in Europa, Frankfurt/M., 98-104
- Lau**, Christoph 1991: Neue Risiken und gesellschaftliche Konflikte, in: Beck, Ulrich: Politik in der Risikogesellschaft, Berlin

- Lauber**, Volkmer 1992: Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 501-512
- Lega Nord** 1992/1994: Programma Elettorale, Milano
- Lega Nord**, Organo ufficiale della Lega Nord, edizione Veneto, 3.3.1993
- Lega Nord**, Organo ufficiale della Lega Nord, edizione Veneto, 17.3.1993
- Leggewie**, Claus 1988: Die Explosion der Mitte. Zum Erfolg von Le Pens "Front National", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 33/1988, 793-801
- Leggewie**, Claus 1990: SOS France. Ein Einwanderungsland kommt in die Jahre, in: Albertin, Lothar et al. (Hg.): Frankreich-Jahrbuch 1990, 157-172
- Leggewie**, Claus 1993: "Nationalpopulismus" - der neue Rechtsextremismus, in: Theo (Hg.): Parteien und Gesellschaft, Stuttgart
- Leggewie**, Claus 1994: Rechtsextremismus - eine soziale Bewegung?, in: Kowalsky, Wolfgang/Schröder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen, 325-338
- Lehrforschungsprojekt** an der Universität Duisburg 1990/91: Rechts-extreme Strömungen und Parteien in Westeuropa (unveröffentlichte Projektarbeiten)
- Le Monde**, 24.10.1990
- Le Monde**, 22.12.1994.
- Lenk**, Kurt/Neumann, Franz 1969: Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied, Berlin
- Lévy**, Henry 1981: L'ideologie française, Grasset
- Lijphart**, Arend 1977: Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration, New Haven, London
- Lill**, Rudolf 1988: Geschichte Italiens in der Neuzeit, Darmstadt
- Lill**, Rudolf 1991: Italien als liberaler Nationalstaat, in: Gruner, Wolf D./Trautmann, Günter (Hg.): Italien in Geschichte und Gegenwart, Hamburg
- Link**, Werner 1980: Der Ost-West-Konflikt. Die Organisationen der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz
- Lipset**, Seymour Martin 1962: Soziologie der Demokratie, Neuwied
- Lipset**, Seymour Martin 1963: Political Man, New York
- Lipset**, Seymour Martin/Rokkan, Stein 1967: Cleavage Structure, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: Dies. (Hg.): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York, 1-64
- Loch**, Dietmar 1990: Marseille - eine Hochburg des Front national. Erklärungsansätze für den Erfolg des Rechtsextremismus in Frankreich, in: Albertin Lothar et al. (Hg.): Frankreich-Jahrbuch, 157-172.
- Loch**, Dietmar 1994: Rechtsextremismus in Frankreich: Der "Front National", in: Kowalsky, Wolfgang/Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen, 228-247
- Lorien**, Joseph/Kriton, Karl/Dumont, Serge 1985: Le Système Le Pen, Anwers
- Löwenich**, Friedhelm 1989: Dem Volk aufs Maul. Überlegungen zum Populismus, in: Politische Vierteljahresschrift 1/89, 22-31
- L'Uomo Qualunque**, anno I, n.1, Roma

- Luther**, Kurt Richard 1992: Die Freiheitliche Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 247-262
- Mack Smith**, Denis 1968: The Making of Italy 1796-1870, New York, London
- MacRae**, Donald 1969: Populismus as an Ideology, in: Ionescu, Ghita/-Gellner, Ernest (Hg.): Populism, London, 153-165
- Maier**, Jörg/Wackermann, Gabriel 1990: Frankreich. Ein regional-geographischer Überblick, Darmstadt
- Mair**, Peter 1989(a): The Problem of Party System Change, in: Journal of Theoretical Politics 1, 251-276
- Mair**, Peter 1989(b): Continuity, Change and the Vulnerability of Party, in: West European Politics 12, 169-187
- Malina**, Peter 1993: Erinnerung statt Entschuldigung. Für eine neue Geschichtskultur, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien, 527-545
- Manfrass**, Klaus 1991: Türken in der Bundesrepublik Deutschland, Nordafrikaner in Frankreich, Berlin
- Mannheimer**, Renato 1991(a): Chi vota la Lega e perché, in: Mannheimer, Renato (Hg.): La Lega Lombarda, Milano, 122-158
- Mannheimer**, Renato 1991(b): La crisi del consenso per i partiti tradizionali, in: Mannheimer, Renato (Hg.): La Lega Lombarda, Milano, 13-33
- Mayer**, Nonna 1987: De Passy à Barbès. Deux visages du vote Le Pen à Paris, in: Revue française de science politique, 2/87
- Mayer**, Nonna 1993: Le Front national, in: Chagnollaud, Dominique (Hg.): La vie politique en France, Paris, 329-343
- Mayer**, Nonna/Perrineau, Pascal 1990: Pourquoi votent-ils pour le Front national?, in: Pouvoirs 55, 163-184
- Mayer**, Nonna/Rey, Henri 1993: Avancée électorale, isolement politique du Front national, in: Revue politique et parlementaire, N. 964, 42-48
- Mayorga**, René Antonio 1994: Neopopulist Actors and Democracy in Latin America. A Comparative Analysis of Peru, Brazil, and Bolivia. Paper prepared for presentation at the Vienna Dialogue on Democracy, "The Politics of Antipolitics", organized by the Institute for Advanced Studies. Department of Political Science, Vienna, 7-10 July 1994
- Melotti**, Umberto 1996: Immigrati e autoctoni in Italia: conflitti etnici o sociali?, in: Annali di Sociologia/Soziologisches Jahrbuch 1996, Milano, Berlin
- Menzel**, Ulrich 1995: Die neue Unübersichtlichkeit, in der die Welt als Tollhaus erscheint. Globalisierung und Zersplitterung: zwei Megatrends, die sich diametral widersprechen, prägen die Gegenwart, in: Frankfurter Rundschau (Dokumentation), 24.7.1995
- Merkel**, Peter/Weinberg, Leonard (Hg.) 1993: Encounters with the Contemporary Radical Right, New York
- Miglio**, Gianfranco 1988: Il nerbo e le briglie del potere. Scritti brevi di critica politica (1945-1988), Milano
- Miglio**, Gianfranco 1990: Una Costituzione per i prossimi trent'anni. Intervista sulla Terza Repubblica a cura di Marcello Staglieno, Roma, Bari

- Miglio**, Gianfranco 1994: Nord e Sud: due Italie, due civiltà (intervista a cura di Walter Minella e Paolo Veronesi), in: Ulisse Inverno/Primavera 1994, 17-25
- Milza**, Pierre 1987: Fascisme français. Passé et Présent, Paris
- Milza**, Pierre 1991: Fascisme français. Passé et Présent, 2. Auflage, Paris
- Ministero** degli Affari Esteri, Servizio Stampa e Informazione: lezioni Camera
- Mitten**, Richard 1992: The politics of Antisemitic Prejudice. The Waldheim Phenomenon in Austria, Oxford
- Moioli**, Vittorio 1990: I Nuovi Razzismi. Misere e fortune della Lega Lombarda, Roma
- Moioli**, Vittorio 1991: Il tarlo delle leghe, Milano
- Möller**, Kurt 1993: Zusammenhang der Modernisierung des Rechtsextremismus und der Modernisierung der Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B46/47/1993.
- Mölzer**, Andreas 1990: Jörg! Der Eisbrecher. Jörg Haider und die Freiheitlichen, - Perspektiven der politischen Erneuerung, Klagenfurt
- Moreau**, Patrick 1983: Die Neue Religion der Rasse. Der Biologismus und die kollektive Ethik der Neuen Rechten in Frankreich und Deutschland, in: Fetscher, Iring (Hg.): Neokonservative und "Neue Rechte". Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in der Bundesrepublik, Westeuropa und den Vereinigten Staaten, München, 122-162
- Mosebach**, Bernd 1992: Le Pen auf dem Weg in die Regierung?, Der rechtsextreme Front National ist in der politischen Landschaft Frankreichs fest etabliert, in: Frankfurter Rundschau (Dokumentation), 20.03.1992
- Müller**, Wolfgang C. 1992: Die Österreichische Volkspartei, in: Dachs, Herbert (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 227-246
- Münz**, Rainer 1991: Wer sind wir? Fragen nach der österreichischen Identität und seiner Bürger, in: Dr-Karl-Renner-Institut (Hg.): Ein Problemaufriß zur politischen Kultur. Studententagung zur politischen Bildung, Wien, 6-13
- Natter**, Bernhard 1987: Die "Bürger" versus die "Mächtigen" - Populistischer Protest an den Beispielen Zwentendorf und Hainburg, in: Pelinka, Anton (Hg.): Populismus in Österreich, Wien, 151-171
- Neugebauer**, Wolfgang 1981: Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.) (Fotokopie ohne weiteren Quellenverweis)
- Neugebauer**, Wolfgang/Bailer, Brigitte 1993: Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien, 327-428
- Neugebauer**, Wolfgang: Die FPÖ: Zurück zu den Wurzeln, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.): Manuskripts ohne Datumsvermerk), Wien
- Neumann**, Wolfgang 1996: Die neue Architektur des französischen Sozialstaats, in: Frankfurter Rundschau (Dokumentation), 16.12.1996, 12
- Neumann**, Wolfgang/Uterwedde, Henrik 1986: Industriepolitik: ein deutsch-französischer Vergleich, Opladen

- Nicola**, Ubaldo 1994: Il marketing politico, in: *Ulisse*, Inverno/Primavera 1994, 15-16
- Niedermeyer**, Oskar 1983: Zur Theorie, Methodologie und Praxis vergleichender Sozialforschung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 304-320
- Noll**, Heinz-Herbert 1991: Beschäftigungsstrukturen im Wandel: Die Bundesrepublik im internationalen Vergleich, in: Zapf, Wolfgang (Hg.): *Die Modernisierung moderner Gesellschaften: Verhandlungen zum 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main*, Frankfurt/M., 279-291
- Nolte**, Ernst 1984: *Der Faschismus in seiner Epoche. Action française, Italienischer Faschismus, Nationalsozialismus*, München, Zürich
- Nun**, José 1990: *Crisis economica y despidos en masse*, Buenos Aires
- Nun**, José 1994: *Postmodern Populism? The Paradoxes of Menemism*. Paper prepared for presentation at the Vienna Dialogue on Democracy, "The Politics of Antipolitics", organized by the Institute for Advanced Studies. Department of Political Sciences, Vienna, 7-14 July 1994
- Ottone**, Piero 1994: *L'Italia dei furbi*, in: *Ulisse*, Inverno/Primavera 1994, 6-7
- Pallaver**, Günther 1993: *Marsch aufs Landhaus*, in: *FF - Die Südtiroler Illustrierte*, Nr. 48/1993,
- Pallaver**, Günther 1995: *L'unto del signore. Berlusconi, Forza Italia und das Volk*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 3/95, 317-328.
- Pappalardo**, Adriano 1992: *Die politische Herrschaft über Gesellschaft und Institutionen in Österreich und Italien*, in: Morass, Michael/Pallaver, Günther (Hg.) 1992: *Österreich/Italien. Was Nachbarn voneinander wissen sollten*, Wien, 36-53
- Pasquino**, Gianfranco 1992: *La nuova politica*, Roma-Bari
- Pds**, *Cambia la politica. E l'informazione? Convengo nazionale del Pds*, Roma
- Pelinka**, Anton (Hg.) 1987: *Populismus in Österreich*, Innsbruck
- Pelinka**, Anton 1987: *Populismus und Wirtschaftsverbände*, in: Ders. (Hg.): *Populismus in Österreich*, Innsbruck, 60-70
- Pelinka**, Anton 1988: *Abstieg des Parteienstaates - Aufstieg des Parlamentarismus. Zum Wandel des österreichischen Parteiensystems*, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hg.): *Das österreichische Parteiensystem*, Wien, Köln, Graz, 35-52
- Pelinka**, Anton 1990 (a): *Zur österreichischen Identität. Zwischen deutscher Vereinigung und Mitteleuropa*, Wien
- Pelinka**, Anton 1990 (b): *Die FPÖ-Burgenland zur "Ausländerfrage"*, in: Fischer, Gero/Gstettner, Peter (Hg.): *"Am Kärntner Wesen könnte diese Republik genesen". Am rechten Rand Europas: Jörg Haiders "Erneuerungspolitik"*, Klagenfurt/Celovec, 43-49
- Pelinka**, Anton 1992: *Politische Kultur und nationale Identität in Österreich*, in: Morass, Michael/Pallaver, Günther (Hg.): *Österreich/Italien. Was Nachbarn voneinander wissen sollten*, Wien, 72-89
- Pelinka**, Anton 1993(a): *Die kleine Koalition*, Wien, Köln, Graz
- Pelinka**, Anton 1993(b): *Die Großparteien und der Rechtsextremismus*, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*, Wien, 464-473

- Pelinka**, Anton/Plasser, Fritz (Hg.) 1988: Das Österreichische Parteiensystem
- Petersen**, Jens 1994: Quo vadis, Italia? Ein Staat in der Krise, München
- Perrineau**, Pascal 1988: Front national: l'écho politique de l'anomie urbaine, in: La France en politique, Esprit, 3/4 1988, 22-28
- Perrineau**, Pascal 1993: Le Front national: 1972-1992, in: Winock, Michel (Hg.): Histoire de l'extrême droite en France, Paris, 243-298
- Pezzoni**, Marco 1993: Per un federalismo democratico, in: Ulisse, Autunno/Inverno 1993, 27
- Pfahl-Traughber**, Armin 1990: Der Rechtspopulismus des Jörg Haider, in: Vorgänge, Heft 1081, Dezember 1990, 26-34
- Pfahl-Traughber**, Armin 1994: Volkesstimme. Rechtspopulismus in Europa, Bonn
- Piccone**, Paul 1991/92: Federal Populism in Italy, in: Telos N.90, Winter 1991/92, 3-18
- Pittler**, Andreas P 1993: Friedrich Ludwig Jahn und der ÖTB. zum ideologischen Gehalt des "Jahnschen Turnens", in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien, 271-282
- Plasser**, Fritz 1985: Elektronische Politik und politische Technostruktur reifer Industriegesellschaften. Ein Orientierungsversuch, in: Ders./Ullram, Peter A./Welan, Manfred (Hg.): Demokratierituale, Wien, 9-32
- Plasser**, Fritz 1987 (a): Parteien unter Streß. Zur Dynamik der Parteiensysteme in Österreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten, Wien
- Plasser**, Fritz 1987 (b): Die populistische Arena: Massenmedien als Verstärker, in: Pelinka, Anton (Hg.): Populismus in Österreich, Innsbruck, 84-107
- Plasser**, Fritz 1988: Das österreichische Parteiensystem zwischen Erosion und Innovation. Eine empirische Langzeitanalyse, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hg.): Das österreichische Parteiensystem, Wien, 53-78
- Plasser**, Fritz 1992. Massenmedien, in: Dachs, Herbert (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 419-432
- Plasser**, Fritz 1993: Thesen zum Wandel der FPÖ. Unveröffentlichtes Arbeitspapier.
- Plasser**, Fritz/Ullram, Peter A. 1988: Großparteien in der Defensive. Die österreichische Parteien- und Wahllandschaft nach der Nationalratswahl 1986, in: Pelinka, Anto/Plasser, Fritz 1988: Das österreichische Parteiensystem, Wien, 79-102
- Plasser**, Fritz/Ullram, Peter A. 1992(a): Überdehnung, Erosion und rechtspopulistische Reaktion. Wandlungsfaktoren des österreichischen Parteiensystems im Vergleich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2/92, Wien, 147-164
- Plasser**, Fritz/Ullram, Peter A. 1992(b): Analyse der Wiener Gemeinderatswahlen, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnemann, Andreas (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991, Wien, 97-120
- Plasser**, Fritz/Ullram, Peter A. 1993: Parlamentarische Demokratie gegen Politikverdrossenheit. Forschungsbericht zum Phänomen "Parteien- und Politikerverdrossenheit" für die Tagung der Präsidenten

- der Landtage der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs und Südtirols, Wien
- Plasser**, Fritz/Ulram, Peter A. 1994: Radikaler Rechtspopulismus in Österreich. Die FPÖ unter Haider. Forschungsbericht, in: Fessel+ GfK, Zentrum für angewandte Politikforschung (Hg.), Wien
- Plenel**, Edwy/Rollat, Alain 1984: L'effet Le Pen, Paris
- Plesch**, Alfred 1987: Frankreich, Stuttgart
- Poche**, Bernard 1992: Identificazione territoriale e crisi della modernità, in: ITER, 5-6/92, 108-137.
- Portelli**, Hugues 1990: La crise de la représentation politique, in: Regards sur l'actualité 164, 3-20
- Présent**, No. 35, 12/1979
- Priester**, Karin 1972: Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, Köln
- profil**, 10.5.1993
- profil**, 13.12.1993
- profil**, 11.4.1994
- profil**, 13.3.1995
- profil**, 20.3.1995
- Puhle**, Hans-Jürgen 1986: Was ist Populismus?, in: Dubiel, Helmut (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M., 12-32
- Raijer**, Henk 1989: Rechts ohne Komplexe, in: Kirfel, Martina/Oswalt, Walter: Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa, Wien, Zürich, 165-170
- Raith**, Werner 1989: Neofaschisten auf dem langen Vormarsch, in: Kirfel, Martina/Oswalt Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer, Wien, 136-142
- Raschke**, Joachim 1988: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/M., New York
- Raschke**, Joachim 1993: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln
- Reintaller**, Anton 1991: Ein neues Kapitel österreichischer Geschichte, in: FPÖ 1991: Meilensteine des Aufstiegs. 35 Jahre FPÖ, Wien, 22-23
- Reiterer**, Albert F.(Hg.) 1988: Nation und Nationalbewußtsein in Österreich. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, Wien
- Rémond**, René 1982: Les droites en France, Paris
- Revelli**, Marco 1984: La Nuova destra, in: Feraresi, Franco 1984: La Destra Radicale, Milano
- Riedl**, Joachim 1995: Der wahre Jörg, in: profil, 23.12.1995, 32-37
- Rinaldi**, Claudio 1994: No ha sido un milagro, in: El Pais, 30.3.1994, 14
- Rocchetta**, Franco 1992/93: L'Italie existe-t-elle?, Intervista di Marc Lazar, in: Politique Internationale, hiver 1992/93
- Rokkan**, Stein 1970: Methods and Models in the Comparative Study of Nations-Building, in: Ders.: Citizens, Elections, Parties: Approaches to the Comparative Study of the Process of Development, Oslo
- Rollat**, Alain 1989: "Nouvelle Droite". Die Neue Rechte in Frankreich, in: Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer, Wien, 120-127
- Romano**, Sergio 1993: Guida alla politica estera italiana. Dal crollo del fascismo al crollo del comunismo, Milano

- Roques**, Valeska von 1994: Die Stunde des Leoparden. Italien im Umbruch, Wien, München
- Rose**, Richard/MacAllister 1990: The Loyalties of Voters, Cambridge
- Rosenbaum**, Petra 1975: Neofaschismus in Italien, Frankfurt/M.
- Roussel**, Eric 1985: Le cas Le Pen. Les nouvelles droites en France, Paris
- Sacco**, Giuseppe 1992: Italien im Umbruch, in: Zeitschrift für internationale Politik, 12/92, 335-344
- Salomone**, William A. (Ed.) 1971: Italy. From Risorgimento to Fascism, Devon
- Sandel**, Michael 1982: Liberalism and the Limits of Justice, Cambridge
- Savelli**, Giulio 1992: Che cosa vuole la Lega, Milano
- Schäfer**, Gerd/Nedelmann Carl (Hg.) 1967: Der CDU-Staat. Analysen zur Verfassungswirklichkeit in der BRD, in: Grundsatzprogramm der Deutschen Jungdemokraten 1977: Parlamentarismus in der BRD und Parlamentarismuskritik, Bonn
- Scharsach**, Hans-Henning 1992: Haiders Kampf, Wien
- Schedler**, Andreas 1993: Das empirische Profil der "Politikverdrossenheit". Ein Annäherungsversuch, in: Institut für Höhere Studien, Forschungsberichte, Reihe Politikwissenschaft, April 1993, Wien
- Schedler**, Andreas 1994: Die antipolitischen Stereotypen Jörg Haiders, in: Institut für Höhere Studien (Hg.), Wien
- Schild**, Joachim/Uterwedde, Henrik 1995: Der alte Neue und das Mißtrauen gegen die etablierte Politik, in: Frankfurter Rundschau (Dokumentation), 7.6.1995
- Schubert**, Klaus 1990. "Banalisation" - auch der Mythen? Wandlungen im politischen Selbstverständnis der Franzosen seit 1789, in: Albertin, Lothar et al. (Hg.): Frankreich-Jahrbuch 1990, Opladen, 73-90
- Schulz**, Hans-Jürgen (Hg.) 1990: Sie sind wieder da! Faschismus und Reaktion in Europa, Frankfurt/M.
- Schumm**, Wilhelm 1990: Transformationsprozesse im modernen Kapitalismus. Forschungsperspektiven zur Analyse industrieller Rationalisierung, in: Zapf, Wolfgang (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, 248-259
- Shils**, Edward 1991: Was ist eine Civil Society, in: Michalski, Krzyszof (Hg.): Europa und die Civil Society. Castalgandolfo-Gespräche 1989, Stuttgart
- Smith**, Gordon 1984: Europäische Parteiensysteme - Stationen einer Entwicklung?, in: Falter, Jürgen W./Fenner, Christian/Greven, Michael Th. (Hg.): Politische Willensbildung und Interessensvermittlung, Opladen
- Spadolini**, Giovanni 1974: Giolitti e i cattolici (1901-1914), Milano
- Spadolini**, Giovanni 1985: Giolitti: un'epoca, Milano
- Staff**, Ilse 1991: Staatsdenken im Italien des 20. Jahrhunderts, Baden-Baden
- Stammen**, Theo 1978: Parteien in Europa. Nationale Parteiensysteme. Transnationale Parteiensysteme. Konturen eines europäischen Parteiensystems, München
- Stankowsky**, Jan 1992: Die wirtschaftliche Bedeutung der Transformation in Osteuropa für Österreich, in: Khol, Andreas/Ofner, Gün-

- ther/Stirnemann, Alfred: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991, Wien, 469-490
- Stegmüller**, Sibylle 1994: Die Lega Nord und der Neoregionalismus, in: sozi. Sozialwissenschaftliche Informationen, 270-276
- Sternhell**, Zeev 1978: La droite revolutionnaire 1885-1914: Les origines françaises du fascisme, Seuil
- Stewart**, Agnus 1969: The Social Roots, in: Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest (Hg.): Populism, London, 180-196
- Stöss**, Richard 1994: Forschungs- und Erklärungsansätze - ein Überblick, in: Kowalsky, Wolfgang/Schröder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, 23-68
- Stuke**, Horst/Forstmann, Wilfried (Hg.) 1979: Die europäischen Revolutionen von 1848, Königstein
- Subileau**, Françoise/Tionet, Marie-France 1993: Les chemins de l'abstention, Paris
- Tálos**, Emmerich 1993: Umbau des Wohlfahrtsstaates. Konträre Begründungen und Optionen, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1993/1, Wien, 37-56
- Taguieff**, Pierre-André 1989(a): La métaphysique de Jean-Marie Le Pen, in: Mayer, Nonna/ Perrineau, Pascal (Hg.): Le Front national à decouvert, Paris, 173-194
- Taguieff**, Pierre-André 1989(b): Un programme "révolutionnaire?", in: Mayer, Nonna/Perrineau, Pascal (Hg.): Le Front national à decouvert, Paris, 195-227
- Taylor**, Charles 1992: Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus, Frankfurt/M.
- Tella**, Torcuato di 1970: Populism and Reform in Latin America, in: Veliz 1970, 47-74
- Tönnies**, Ferdinand 1963: Gemeinschaft und Gesellschaft, Darmstadt
- Trautmann**, Günther 1991: Politische Kultur und nationale Identität - Italien in den neunziger Jahren, in: Gruner, Wolfgang D./Trautmann, Günther (Hg.): Italien in Geschichte und Gegenwart, Hamburg, 278-316
- Tristan**, Anne 1988: Von innen. Als Mitglied des Front National in der Hochburg Le Pens, Köln
- Trom**, Danny 1990: Rechtsradikalismus in Belgien, in: Schulz, Hans-Jürgen (Hg.): Sie sind wieder da. Faschismus und Reaktion in Europa, Frankfurt/M., 108-114
- Tullio-Altan**, Carlo 1986: La nostra Italia. Arretratezza socio-culturale, clientelismo, trasformismo e ribellismo dall'Unità ad oggi, Milano
- Ucakar**, Karl 1992: Verfassung - Geschichte und Prinzipien, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 81-95
- Ucakar**, Karl 1992: Die Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 210-226
- Uessler**, Rolf 1994: Rechtsextremismus in Italien, in: Kowalsky, Wolfgang/Schroeder, Wolfgang: Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen, 248-276
- Ulisse**, Autunno/Inverno 1993, Pavia
- Ulisse**, Inverno/Primavera 1994, Pavia

- UNHCR** - Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge 1995: Flüchtlingsalltag in Österreich - Eine quantitativ-qualitative Analyse der Vollzugspraxis des Asylgesetzes, Wien
- Universität Duisburg** 1992: Rechtsextreme Strömungen und Parteien in Westeuropa. (Unveröffentlichte Zusammenfassung der einzelnen Forschungsbeiträge gleichnamigen Lehrforschungsprojekts an der sozialwissenschaftlichen Fakultät 1990/91)
- Uomo qualunque** 1944, anno I, n.1.
- Uterwedde**, Henrik 1991(a): Inégalités sociales. Struktur, Entwicklung und Ursachen der Einkommensungleichheit in Frankreich, in: *lendemains*, Nr.62/91, 120-131
- Uterwedde**, Henrik 1991(b): Sozialer Wandel in Frankreich: von den Trente Glorieuses zur dualen Gesellschaft?, in: Albertin, Lothar: *Frankreich-Jahrbuch 1991*, 35-52
- Valsecchi**, Franco 1957: Cavour: Ein europäischer Staatsmann, Wiesbaden
- Venturi**, Franco 1952: *Populismo Russo*, Torino
- Viard**, Jean 1988: France du Sud contre France du Nord, in: *Le Journal des Elections*, N.3, 21
- Viard**, Jean 1989: Le dérangement marseillais, in: Mayer, Nonna/Perrinaeu, Pascal: *Le Front national è découvert*, Paris, 307-321
- Vigazzi**, Brunello (Hg.) 1987: *Dimensione atlantica. Le relazioni internazionali nel dopoguerra (1947-1949)*. Edizioni Universitarie Jaca, Milano
- Visentin**, Fernando 1990: Faschismus in Italien, in: Schulz, Hans-Jürgen: *Sie sind wieder da! Faschismus und Reaktion in Europa*, Frankfurt/M., 75-81
- Vobruba**, Georg 1986: Die populistische Anrufung der Gemeinschaft, in: *Dubiel: Populismus und Aufklärung*, Frankfurt/M., 221-247
- Walicki**, Andrzej 1969: Russia, in: Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest (Hg.): *Populism*, London, 62-96
- Wandruszka**, Adam 1954: Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Benedikt, Heinrich (Hg.): *Geschichte der Republik Österreich*, Wien,
- Waschek**, Hans 1992: *Stichwort Österreich*, München
- Weber**, Fritz 1992: Die wirtschaftliche Entwicklung, in: Dachs, Herbert (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, Wien, 20-36
- Weisenfeld**, Ernst 1980: *Frankreichs Geschichte nach dem Krieg. Ereignisse, Gestalten, Hintergründe 1944-1980*, München
- Wieser**, Theodor/Spotts Frederic 1983: *Der Fall Italien. Dauerkrise einer schwierigen Demokratie*, Frankfurt/M.
- Wiles**, Peter 1969: A Syndrome, Not A Doctrine: Some Elementary Theses on Populism, in: Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest (Hg.): *Populismus*, London, 166-179
- Wingert**, Lutz 1996: Unpathetisches Ideal. Mittelmaß statt Wahn: Über den Begriff eines bürgerschaftlichen Wir, in: *Frankfurter Rundschau*, 23.1.1996, 16
- Winock**, Michel 1990: *Nationalisme, antisemitisme, fascisme en France*, Paris, 41-49
- Winock**, Michel 1993 (Hg.): *Histoire de l'extrême droite en France*, Paris

- Winock**, Michel 1994: Histoire de l'extrême droite en France, Paris
- Wippermann**, Wolfgang 1983: Europäischer Faschismus im Vergleich 1922-1982, Frankfurt/M.
- Wodak**, Ruth et al. 1990: Wir sind alle unschuldige Täter, Wien
- Wolff**, Reinhard 1989: "Fortschrittsparteien" gegen den Fortschritt, in: Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer, Wien, 144-150
- Wörtsdörfer**, Rolf 1988: Klientel oder Klasse? Arbeiterbewegung und Sozialisten in einer städtischen Gesellschaft Süditaliens (der Fall Messina 1900-1914), Frankfurt/M.
- Yletyinen**, Ritta 1982: Sprachliche und kulturelle Minderheiten in den USA, Schweden und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M.
- Ysmal**, Colette 1989: Sociologie des élites du FN (1979-1986), in: Mayer, Nonna/Perrineau, Pascal: Le Front National à decouvert, Paris, 37-82
- Zapf**, Wolfgang 1991: Modernisierung und Modernisierungstheorien, in: Ders. (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften: Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main, Frankfurt/M., 23-39
- Zermeño**, Sergio 1994: Neoliberal Polarization and the Return of Personalized Leadership. Paper prepared for presentation at the Vienna Dialogue on Democracy, "The Politics of Antipolitics", organized by the Institute for Advanced Studies. Department of Political Sciences, Vienna, 7-10 July 1994
- Ziebura**, Gilbert 1989: Frankreich. Umriss eines neuen Wachstumsmodells?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B39, 3-13.
- Zimmermann**, Ekkart 1987: Vergleichende Krisen- und Konfliktforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand: Vergleichende Politikwissenschaft, Opladen, 241-260
- Zimmermann**, Ekkart 1993: Mechanismen der Regulierung gewaltsamer Konflikte in liberalen Demokratien, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2/93, Wien, 221-234